

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 256 =====

Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform 1853—1860

Von

Dr. Walther Peter Fuchs

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von F. Schöningh in Bonn
Herausgegeben von Dr. Carl Schlegel
Band 1. 1853. 1. Heft. 1. Lieferung.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.
W. H. Schöningh, Bonn.

1853

Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform 1853—1860

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Wilhelm Fiedler

Verlag von F. Schöningh

Bonn 1853

Verlag von F. Schöningh
Bonn 1853

Verlag von F. Schöningh

Printed in the United States of America

Meinen getreuen Eltern

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit ist in der Absicht entstanden, die Politik der deutschen Mittelstaaten in den 50er Jahren weiter zu klären. Die an Bismarck und Preußen orientierten Einzeluntersuchungen und die von Österreich ausgehenden Darstellungen aus diesem Zeitraum erfordern als Ergänzung seit langem eine Untersuchung, die ihr Augenmerk auf das umstrittene Objekt der zähen Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Großmächten richtet. An Arbeiten, die von einem Einzelstaat oder einer Einzelpersonlichkeit aus dieses Bedürfnis zu befriedigen gedachten, hat es bisher nicht gefehlt. Aber die Politik der Mittelstaaten, einer unter verwandten Gesetzen stehenden Staatengruppe, wird nicht anschaulich gemacht durch die bloße Summierung der Einzelphänomene. Es gilt vielmehr, das charakteristisch Mittelstaatliche, die zwischenstaatlichen Verbindungen, das Generelle herauszuarbeiten, das alles erst sichtbar wird, wenn die Gruppe als Ganzes in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt.

Eine solche Untersuchung, die dem Geschehen im Schatten des preußisch-österreichischen Gegensatzes nachgeht, kann von vornherein und mit Recht nicht das gleiche Interesse beanspruchen wie Arbeiten aus der größeren, zukunftsweisenden Entwicklung. In dem hier geschilderten Bemühen der Mittelstaaten um Erhaltung ihres Bestandes geht ein jahrhundertealtes Schicksal dem Ende entgegen, dessen Zeugen wir in diesen Tagen sind. Es braucht nicht erst betont zu werden, als handle es sich hier um eine Rettung des Föderalismus. Die Aufhellung der mittelstaatlichen Politik kann im Gegenteil die Schicksalsmächtigkeit des Bismarckschen Werkes und seiner Erfüllung im nationalsozialistischen Staat nur noch stärker hervortreten lassen.

Das Material für eine derartige Untersuchung in umfassender Weise heranzuziehen, dürfte ohne die Unterstützung wissenschaftlicher Institutionen kaum möglich sein. Die Bundesreformpläne jedoch spiegeln in sehr charakteristischer Weise das zentrale Anliegen der kleineren deutschen Staaten wieder. Es liegt an der führenden Rolle Beusts, des sächsischen Ministers, daß bereits auf Grund der Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs in Dresden die wesentlichen Linien dieser Pläne deutlich hervortreten. In ausgiebigem Maße habe ich außerdem die Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien, gelegentlich solche der Staatsarchive Stuttgart und Marburg herangezogen. Für vielfache Unterstützung und bereitwilligste Auskünfte bin ich den genannten Archiven zu großem Danke verpflichtet. Im besonderen danke ich den Herren des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien, die dem Reichsdeutschen liebenswürdige Gastfreundschaft gewährten. Die Anregung zu der Arbeit verdanke ich Herrn Prof. A. O. Meyer in München, der mich auf die Beustschen Pläne von von 1856—57 hinwies. Ihm und Herrn Prof. Mommsen in Marburg, der die Untersuchung mit manchem Rat gefördert hat, danke ich auch an dieser Stelle.

Die Arbeit wurde bereits im Sommer 1930 abgeschlossen. Seitdem ist eine Reihe von Arbeiten erschienen, die manches von dem hier berichteten Detail vorweggenommen haben. Infolgedessen sind der 1. und 3. Abschnitt beträchtlich gekürzt, die in- zwischen erschienene Literatur eingearbeitet worden.

Marburg/Lahn, im Mai 1934.

Inhalt.

	Seite
Vorwort	V
Literatur	IX
Einleitung. Die deutschen Mittelstaaten nach der Wiederbeschickung der Bundesversammlung 1851	1
Erster Abschnitt: Koalitionsprojekte während des Krimkrieges	12
1. Koalition und Trias	12
2. Erste Koalitionsversuche	23
3. Die Bamberger Konferenz	36
Zweiter Abschnitt: Reaktion und Bundesreform	54
1. Die öffentliche Diskussion der Bundesreform 1853—55	54
2. Die Mittelstaaten und das Bundesreformbegehren 1855	70
3. Beusts Denkschrift 1856	86
4. Beusts Denkschrift vom Mai 1857 und das Problem des Bundesgerichts	102
Dritter Abschnitt: Die Koalitionsprojekte 1858—60	123
1. Koalitionsversuche zu Beginn der Neuen Ära	123
2. Die Münchener Verabredungen	132
3. Die Würzburger Konferenz	152
4. Letzte Koalitionsversuche	170
Schlußbetrachtung: Friedrich Ferdinand von Beust	184

Digitized by the Internet Archive
in 2024

Literatur.

- Andreas, Willy: Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens, Stuttgart 1924.
- Bailleu, Paul: Der Prinzregent und die Reform der deutschen Kriegsverfassung H. Z. 78 (1897) 385 ff.
- Bassermann, Fr. D.: Denkwürdigkeiten 1811—1855, Frankfurt 1926.
- Bernstein, Aaron: Revolutions- und Reaktionsgeschichte Preußens u. Deutschlands von den Märztagen bis zur neuesten Zeit, 3 Bde. Berlin 1882—84.
- Beust, Friedr. Ferd. Graf von: Aus drei Vierteljahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen, 2 Bde. Stuttgart 1887.
- (Biegeleben, Arnold von): Erinnerungsblätter an den Freiherrn Reinh. von Dalwigk zu Lichtenfels von einem alten Diplomaten. Mainz 1881.
- Binding, Karl: Deutsche Staatsgrundgesetze. Leipzig 1893 ff.
- Bismarck, Otto von: Die gesammelten Werke, Bd. 1—3, 14/1. Berlin 1924 ff.
- Bogislaw (=Lothar Bucher): Der Rücktritt Bunsens von dem Londoner Posten. Deutsche Revue VII (1882) 152 ff.
- Borries, Kurt: Preußen im Krimkrieg 1853—1856, Stuttgart 1930.
- Brandenburg, Erich: Die Reichsgründung, 2. Aufl. 2 Bde. Lpzg. 1922.
- Brandt, Otto: Mittelstaatliche Politik im Deutschen Bund nach der Revolution von 1848. Zeitschr. f. bayer. Landesgesch. II (1929) 299 ff.
- Daerr, Martin: Beust und die Bundesreformpläne der deutschen Mittelstaaten im Jahre 1859. Neues Archiv f. sächs. Gesch. Bd. 51 S. 42 ff.
- Doeberl, Michael: Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert. Festreden der bayerischen Akademie d. Wissenschaften 1917.
- Bayern und die deutsche Frage in der Epoche des Frankfurter Parlaments, München 1922.
- Bayern und das preußische Unionsprojekt. München 1926.
- Entwicklungsgeschichte Bayerns Bd. 3 hrsg. von Max Spindler, München 1931.
- Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens. München 1918.
- Dove, Alfred: Ranke und Sybel in ihrem Verhältnis zu König Max, Ausgewählte Schriftchen 110 ff. Leipzig 1898.
- Dröysen, Johann Gustav: Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß hrsg. von Rudolf Hübner. Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jhs. Bd. 14, Stuttgart 1924.
- Briefwechsel, hrsg. von Rudolf Hübner. Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jhs. Bd. 25. 26. Stuttgart 1929.
- Politische Schriften, hrsg. von Felix Gilbert, München 1933.

- Duncker, Max: Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß hrsg. von Joh. Schultze. Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jhs. Bd. 12, Stuttgart 1923.
- Ebeling, Friedr. W.: Friedrich Ferd. Graf v. Beust, 2 Bde, Lpzg. 1870.
- Eckhart, Fritz: Die deutsche Frage und der Krimkrieg. Osteurop. Forschungen NF Bd. 9, 1931.
- Engel-Jánosi, Friedrich: Graf Rechberg, München 1927.
- Des Freiherrn von Prokesch Eintritt in den deutschen Bundestag. Monatsblatt d. Ver. f. Gesch. d. Stadt Wien X (1928) Nr. 7—9.
- Ernst II. Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha: Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. 3 Bde. Berlin 1888.
- Ernst, Otto: Franz Joseph in seinen Briefen, Wien 1924.
- Falkenstein, J. P. v.: König Johann von Sachsen, Dresden 1879.
- Fischer, Karl: Die Nation und der Bundestag, Leipzig 1880.
- Flathe, Th.: Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen, Bd. 3, Gotha 1873.
- Franz, Eugen: Wilh. von Doenniges und König Max II. in der Deutschen Frage, Zeitschr. f. bayer. Landesgesch. II (1929) 445 ff.
- Gerlach, Leopold von: Denkwürdigkeiten, 2 Bde. Berlin 1892.
- Geschichte der Frankfurter Zeitung, Frankfurt/M.
- Hassel, Paul: König Albert, 2 Bde. Berlin 1898.
- Hassell, W. von: Geschichte des Königreiches Hannover, Leipzig 1899.
- Holldack, Heinz Georg: Untersuchungen zur Geschichte der Reaktion in Sachsen 1849—55 Eberings Historische Studien H. 207, Berlin 1931.
- Huhn, Ernst: Das Großherzogtum Sachsen in der Bewegung der Jahre 1848—49. Zeitschr. d. Ver. f. thür. Gesch. u. Altertumskunde NF XXVII (1927) 221 ff. XXVIII (1928) 59 ff.
- Jasmund, Julius von: Aktenstücke zur orientalischen Frage, 2 Bde. 1856—57.
- Johann Georg Herzog zu Sachsen: Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen, Leipzig 1911.
- Jugler, Ferdinand: Entstehungsgeschichte, Bereich und Organisation der richterlichen Gewalt des früheren Deutschen Bundes. Diss. Marburg 1904.
- Kaltenborn, Karl von: Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse und Einheitsbestrebungen, Berlin 1857.
- Krusemarck, Götz: Württemberg und der Krimkrieg. Ausgew. Hall. Forschungen H. 6, Halle 1932.
- Lagarde, Paul de: Deutsche Schriften. Gesamtausgabe letzter Hand. 5. Aufl. Göttingen 1920.
- Losch, Philipp: Geschichte des Kurfürstentums Hessen 1806—66, Marburg 1922.
- Meiboom, Siegmund: Studien zur deutschen Politik Bayerns in den Jahren 1851—1859. Schriftenreihe z. bayer. Landesgesch. Bd. 6, München 1931.

- Meinecke, Friedrich: Johann Gustav Droysen, Staat und Persönlichkeit S. 98 ff. Berlin 1933.
- Meyer, Arnold Oskar: Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag, Berlin 1927.
- Meyer-Zoepfl: Corpus Juris Confoederationis Germaniae, 3 Bde., 3. Aufl. Frankfurt 1858.
- Mommson, Wilhelm: Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, H. Z. 138. (1928) 523 ff.
- Müller, Karl Alexander von: Die Bedeutung Bayerns für die geistige Kultur Deutschlands. Volk und Reich der Deutschen hrsg. von Bernh. Harms I 363 ff. Berlin 1929.
- Oertzen, Hellmuth von: Das Leben und Wirken des Staatsministers Jasper von Oertzen, Schwerin 1905.
- Oncken, Hermann: Rudolf von Bennigsen, 2 Bde. Stuttgart 1910.
- Großherzog Friedrich von Baden und die deutsche Politik. Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jhs. Bd. 22. 23. Stuttgart 1927.
- Poschinger, Heinr. v.: Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministers Otto von Manteuffel, 3 Bde., Berlin 1901.
- Preußen im Bundestag. Publikationen aus den K. Preuß. Staatsarchiven Bd. 12. 14. 15. 23. Leipzig 1882—84.
Aus der politischen Korrespondenz König Wilhelms I. von Württemberg, Deutsche Revue XXXI (1906) 141 f.
- Politik Preußens, 1858—1871, Die auswärtige, 1. Abt. Vom Beginn der Neuen Ära bis zur Berufung Bismarcks Bd. 1 bearb. von Christian Friese, Oldenburg 1933.
- Prokesch von Osten: Aus den Briefen des Grafen hrsg. von A. Graf Prokesch von Osten, Wien 1896.
- Protokolle der deutschen Bundesversammlung 1851—60.
- Raumer, Kurt v.: Das Jahr 1859 und die Deutsche Einheitsbewegung in Bayern, Quellen und Darstellungen z. Gesch. d. Burschenschaft u. d. dtschen. Einheitsbewegung Bd. VIII, 273 ff.
- Riehl, W. H.: König Maximilian II. von Baiern, Histor. Taschenbuch S. 3 ff. Leipzig 1872.
- Roth und Merck: Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht seit 1848. 2 Bde. Erlangen 1850—52.
- Rütz, Alfred: Mecklenburgs deutsche Politik 1850—66, Jahrbücher d. Ver. f. meckl. Gesch. u. Altertumskunde Jg. 86 (1922) 43 ff.
- Salomon, Ludwig: Geschichte des deutschen Zeitungswesens, Bd. 3, Oldenburg 1906.
- Schneider, Eugen: Württembergische Geschichte, Stuttgart 1896.
- Schüßler, Wilhelm: Die Tagebücher des Frhrn. Reinh. von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860—71, Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jhs. Bd. 2, Stuttgart 1920.
- Srbik, Heinr. Ritter v.: Metternich, der Staatsmann und der Mensch, 2 Bde. München 1925.

- Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung, Dtsche Vierteljschr. f. Literaturwiss. und Geistesgesch. VIII (1930) 1 ff.
- Stälin, Paul: König Wilhelm von Württemberg, Zeitschr. f. allg. Gesch. II (1885) 353 ff. 417 ff.
- Sybel, Heinr. v.: Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. Neudruck Leipzig 1930.
- Thumann, Hans Heinz, Beusts Plan zur Reform des deutschen Bundes vom 15. X. 1861, Neues Arch. f. sächs. Gesch. Bd. 46 (1925) 46 ff.
- Toelle, Hermann: Das Herzogtum Nassau und die deutsche Frage 1852—57, Diss. Marburg 1914.
- Treitschke, Heinr. v.: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Neudruck, Leipzig 1927.
- Historische und politische Aufsätze 8. Aufl. Leipzig 1918.
- Verhandlungen der Kammern der Abgeordneten in den Königreichen Bayern, Sachsen und Württemberg und im Großherzogtum Hessen.
- Vitzthum von Eckstädt, Graf C. Fr.: St. Petersburg und London in den Jahren 1852—64, Stuttgart 1886.
- Zur Orientierung in der Bundesreformfrage, Minerva IV (1855) 248 ff.
- Die Vorarbeiten für ein ständiges Bundesgericht von Deutschland, Dtsche Vierteljahrsschrift (Cotta) 1851 H. 4. 81 ff.

Broschüren.

- Politische Conturen aus dem Jahre 1853 vom Standpunkt des westlichen Deutschlands, Frankfurt 1854.
- Deutschlands Aufgaben in der orientalischen Verwicklung. Von einem ehemaligen Minister, München 1854.
- Deutschland unter dem Einfluß der Westmächte, Frankfurt 1854.
- Deutschlands und Österreichs Beruf bei der gegenwärtigen Weltlage. Von einem deutschen Staatsmann, Augsburg 1854.
- Diezel, Gustav: Deutschland und die abendländische Civilisation, Stuttgart 1852.
- Rußland, Deutschland und die östliche Frage, Stuttgart 1853.
- Die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland, eine Notwendigkeit in der jetzigen Krisis Europas, Gotha 1855.
- Die osteuropäische Gefahr, Trier 1854.
- Hagen, Karl: Die östliche Frage, Frankfurt 1854.
- Die deutschen Mächte und die Westmächte gegenüber Rußland, Berlin 1854.
- (Mathy, Karl): Vaterländische Hefte I. II. Mannheim 1854.
- (Öttingen-Wallerstein, Fürst Ludwig von): Deutschlands Aufgaben in der orientalischen Verwicklung, München 1854.

Einleitung.

Die deutschen Mittelstaaten nach der Wiederbeschickung der Bundesversammlung 1851.¹

In dem halben Jahrhundert, in dem der Deutsche Bund zum letztenmal den Versuch unternahm, das Staatsleben des gesamten deutschen Volkes in einer einzigen Organisation zu umgreifen, waren es weniger die starren, geschriebenen Rechtssätze seiner Verfassung als die tatsächliche Macht und die Größe seiner Glieder, die ihm die Ausmaße seiner Tätigkeit vorschrieben. Seine Grundgesetze begünstigten zwar theoretisch eine weitgehend gleichwertige Nebeneinanderordnung der einzelnen Bundesgenossen unbeschadet ihrer wirklichen Machtverhältnisse; praktisch jedoch nahmen Preußen und Österreich als weit in die europäische Politik vorstoßende Mächte von jeher eine überragende Stellung ein, die nur zum kleinsten Teil verfassungsrechtlich festgelegt war. Die von ihnen im Vormärz angewandte Taktik, mit der sie den widerspruchsvollen Apparat beherrschten, bestand darin, daß sie, ohne sich an schriftliche Vereinbarungen zu binden, über alle wichtigen Bundesangelegenheiten sich verständigten, bevor sie sie in Frankfurt zur Sprache und zum Abschluß brachten. So eng war diese Verbundenheit, für deren Bestand die Persönlichkeit des Fürsten Metternich bürgte, daß solche Fragen, über die eine Einigung nicht erzielt werden konnte, am Bundestage gar nicht verhandelt wurden. Es galt beiden für unfair, mit den Stimmen der kleineren Regierungen einander zu majorisieren.

1. Vgl. A. O. Meyer, Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag 19 ff. 66 ff.; H. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft I 6 ff.; Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches I 343.

Die Revolution des Jahres 1848, der tiefste Einschnitt in der Geschichte des Bundes, hatte zum erstenmal wieder in aller Schärfe den latenten Dualismus zwischen beiden Großmächten aufgerissen und der Gemeinsamkeit auf dem Felde der Bundespolitik ein Ziel gesetzt. Die nach dem Scheitern aller Reformversuche sich allein noch anbietende Lösung, die bedingungslose formale Restauration der vor 1848 gültigen Ordnungen, konnte sowohl für Preußen als auch für Österreich nicht gleichbedeutend sein mit der Rückkehr zu der alten Behandlung der Bundesfragen. Die planvolle Statik der deutschen Verhältnisse, auf die man sich zurückgezogen hatte, barg entgegen der Weisheit der Diplomaten eine starke dynamische Kraft in sich, die die Entwicklung in eine ganz andere Richtung drängte, als sie ursprünglich beabsichtigt hatten.

Österreich, durch den Vorsitz am Bundestage begünstigt, bemühte sich seit der Wiederbeschickung der Frankfurter Versammlung darum, seine Präsidialstellung, die bisher nur mehr ein Ehrenamt gewesen war, zu einer wirklichen Machtposition auszubauen. Nur so konnte es hoffen, sich selbst einen wirksamen Einfluß in Deutschland aufs neue und nun für dauernd zu sichern und alle preußischen Hegemoniegelüste beizeiten abzuriegeln. Im Rahmen dieser Politik gehörte die Verteidigung der alten Bundesverträge gegen offene und geheime Revolutionen von oben und von unten zu den Lebensaufgaben des österreichischen Staates. In Wien war man der Überzeugung, daß die wirksamsten Vorsichtsmaßnahmen gegen alle Störungen des Gleichgewichts in Deutschland in der Stärkung und Fortentwicklung des Bundes durch die Erweiterung seiner Kompetenz und durch die Betonung der österreichischen Vormachtstellung beruhten. Der Grundsatz: Die Exekutive der gemeinsamen Organisation ist dadurch zu erleichtern, daß die Zahl der Fälle verringert wird, wo Einstimmigkeit erforderlich ist, d. h. Preußen ist u. U. auch gegen seinen Willen mit Majoritätsbeschlüssen der Herrschaft des Bundesrechts zu unterwerfen — das wurde die Maxime der österreichischen Bundespolitik.

Preußen auf der andern Seite vermochte sich nur zögernd in seine Rolle zu finden. Seitdem in der Unionspolitik zum erstenmal der Anspruch auf seine Mission in der Einigung Deutschlands hervorgetreten war, hätte es in der Linie jener Politik gelegen, entschlossener als bisher preußische Großmachtgesichtspunkte

geltend zu machen und im Vertrauen auf seine guten Kräfte den Widerspruch Österreichs auszuhalten. Ein solches Ziel fest ins Auge zu fassen und etwas zu wagen, dazu waren weder Friedrich Wilhelm IV. noch einer seiner nächsten Berater die Männer. Nachdem in Dresden auch die letzte preußische Forderung, das alternierende Präsidium, abgeschlagen worden war, hatte Berlin nur noch den einen Wunsch, zum Bunde zurückzukehren. In dem Maße aber, in dem Österreich seine Machtposition in dem alten Gefüge nicht nur wieder bezog, sondern sie ausbaute, in dem Maße, wie es eine Geschäftsführung erstrebte, die von dem vor 1848 geübten Brauch entscheidend abwich, erkannte Manteuffel, der preußische Ministerpräsident, in dem Bund unter österreichischem Vorsitz eine Fessel, der sich zu entziehen die preußische Staatsraison erforderte. Die beiden Bundesgrundgesetze und die Geschäftsordnung selbst boten ihm Handhaben genug dar, um das Zustandekommen lästiger Beschlüsse zu erschweren. In möglichst vielen Fällen Stimmeneinheit zu fordern oder die unbequeme Bundeskompetenz durch freie Vereinbarungen zu umgehen, das wurde das bei den Bundesgenossen gefürchtete Prinzip seiner Frankfurter Politik. Aber er wagte am Ende auch nicht, aus der Defensive herauszutreten; er wartete auf Umwälzungen von außen her, die die unhaltbaren Zustände ändern sollten, und beschränkte sich auf moralische Eroberungen. Bismarck, der sich in den Jahren seiner Frankfurter Wirksamkeit durch das größere Maß an Mut, aber nicht grundsätzlich von seinem Chef unterschied, hatte seinen Posten in der Voraussetzung angetreten, daß die Rückkehr zum Bundestag identisch sein müsse mit der Wiederaufnahme der zwischen Preußen und Österreich früher geübten Praxis der Bundesgeschäfte. Er versuchte wiederholt, eine Verständigung über ein solches Gewohnheitsrecht herbeizuführen.² Die Tatsache aber, daß der Kaiserstaat die preußische Forderung nach Gleichberechtigung ablehnte und gar in der orientalischen Verwicklung deutlicher als je den Versuch unternahm, unter dem Deckmantel deutscher Interessen Preußen und den Bund für rein österreichische Ziele in Dienst zu stellen, öffnete ihm die Augen

2. A. O. Meyer 208 ff. 301 ff. 396 ff. 434 ff.

dafür, daß die endgültige Auseinandersetzung vielleicht doch nur mit dem Schwerte erfolgen könne.

Je deutlicher die Fronten zwischen den beiden großen Gegenspielern sich abzeichneten, je mehr der Bund zum Kampfplatz wurde, um so wirksamer griffen die mittleren und kleinen Bundesmächte, das unmittelbare Objekt des Kampfes, in die Auseinandersetzung ein.³ Während der Bund bei ihren großen Nachbarn nur einen — und nicht einmal den wesentlichsten — unter vielen Faktoren in ihrer politischen Rechnung darstellte, bedeutete er bei ihnen alles: ihr Element, die Atmosphäre, in der allein sie leben konnten. Seit Jahrzehnten, vornehmlich aber seit 1848, drohten ihnen tödliche Gefahren. Die Gedanken von „Volk“ und „Nation“ als die einen Staat konstituierenden Begriffe waren immer energischer in das Zentrum des politischen Denkens getreten. Je mehr diese Gedanken Gestalt gewonnen, je deutlicher sie ihre Kraft erkannt hatten, um so wirksamer waren sie dazu übergegangen, die sinnlos gewordenen Grenzen zu sprengen. Zu der Aushöhlung des legitimistisch-absolutistischen Staatsideals von innen her durch den Prozeß der Nationalisierung und Demokratisierung war die andere säkulare Bedrohung, die der Zerreibung in dem Gegensatz zwischen Preußen und Österreich getreten. Daß sein endgültiger Austrag nach dem Scheitern der preußischen Unionspolitik nur auf eine spätere Gelegenheit vertagt worden war, darüber bestand bei den Gefährdeten selbst kaum ein Zweifel. Eben dieses Widerspiel der beiden Großmächte, das im Gegensatz zum Vormärz nach 1851 die Konstellation im Bunde ausschließlich bedingte, vereinigte die kleineren Länder erst jetzt in Wahrheit zu einer besonderen Größe, dem „dritten Deutschland“. Auch vor 1848 hatten sie die selbstverständliche Führung des Bundes durch Preußen und Österreich nur mit Widerstreben ertragen, weil sie den autonomen Charakter ihrer Staaten zur Illusion herabdrückte. Besonders in Süddeutschland sind immer wieder vergeblich Anstrengungen gemacht worden, die kleineren Kabinette an der Leitung der Bundesgeschäfte wirksam zu beteiligen. Aber eben die preußisch-österreichische Einmütigkeit, die weder in ihren

3. Vgl. O. Brandt, Mittelstaatl. Politik im Deutschen Bund, Zschr. f. bayer. Landesgesch. II (1929) 299 ff.; K. v. Kaltenborn, Gesch. d. dtschen Bundesverhältnisse II. 331 ff.

inneren Betrieb noch in ihr Verhältnis untereinander gewaltsam eingriff, hatte einen Schwebezustand geschaffen, der Ruhe und Frieden und damit ihre anspruchsvolle Selbständigkeit erst verbürgte. Seitdem der geradezu unfreiwillige Rückhalt bei den großen Bundesgenossen grundsätzlich in Frage gestellt war, sah sich jeder der kleinen Staaten vor die Aufgabe gestellt, selbständig seinen Weg verfolgen zu müssen. Die Epoche des „vegetativen“ Staatslebens war endgültig beendet; es galt nunmehr, in der Auseinandersetzung mit stetig wachsenden inneren und äußeren Widerständen sich zu behaupten.

In dem Ringen mit dem nach Einheit drängenden Volkswillen und der preußischen Union hatte der Partikularismus sich einstweilen noch als die stärkere Macht erwiesen. Die legitimen Gewalten durften auf eine solche Probe ihrer Selbständigkeit mit Recht stolz sein. Doch die Einsicht, daß ihre Macht nicht ausreichen werde, um neue Stürme des Einheits- und Freiheitsbegehrens abzuweisen, war zu klar entwickelt, als daß sie es unterlassen hätten, sich beizeiten zu schützen. Zur Wahrung des moralischen Interesses, d. h. zur Durchführung der Reaktion im engeren Sinne griff jeder dieser Staaten, von seinen Nachbarn durch die Besonderheiten seiner Verfassung und seiner ganzen inneren Entwicklung getrennt, in allen wesentlichen Punkten für sich allein zu Maßnahmen. Die Erhaltung und Festigung des Bundes als der einzig wirksamen Versicherungsanstalt ihrer Existenz im besonderen gegen die äußeren Bedrohungen wurde nunmehr die Sorge, die in sehr viel höherem Grade noch als früher jetzt ihnen zufiel, seitdem sie auch nicht mehr auf das selbstverständliche Einvernehmen der deutschen Großmächte zählen durften. Bei aller faktischen Ohnmacht wahrte der Bund ihnen wenigstens einen unbezweifelbaren Rechtsanspruch. Es war Notwehr und ihrer Weisheit letzter Schluß, wenn sie alle Kritik an dieser Einrichtung in der Phrase zu ersticken suchten, daß nicht seine Grundgesetze als solche die Ursache für die zugegebenen Mängel wären, daß es vielmehr nur einer gewissenhafteren Befolgung jener Gesetze bedürfte, um zu erweisen, in welchem Maße sie die nationalen Wünsche zu befriedigen vermöchten.

Nirgends als in diesem Beginnen, die Bundesverfassung uneingeschränkt zur Geltung zu bringen und damit für sich selber

Garantien zu schaffen, zeigt sich nun unverhohlener ihre Ohnmacht, die die Bevormundung durch die Großmächte vor 1848 nur notdürftig verdeckt hatte. In ihrem inneren Recht kann eine Verfassung auf die Dauer nur durch ihre Zweckmäßigkeit bestätigt werden. Die Zweckmäßigkeit der Bundesakte hatte hier wie stets, wenn sich eine kollegiale Ordnung nicht auf die vollkommene Homogenität ihrer Teile oder ihre weitgehendste Freiheit gründet, bereits gegen sie entschieden. Ihre Mängel, die nicht nur den Idealen von Freiheit und Einheit entgegenstanden, sondern im wachsenden Wirtschaftsleben trotz Zollverein und anderen speziellen Übereinkünften auch in materieller Hinsicht immer spürbarer sich auswirkten, mußten in der Tat durch die peinliche Befolgung einmal unter ganz anderen Voraussetzungen vereinbarter Rechtsprinzipien ausgeglichen werden. Ihnen kam hier, obwohl auch sie vor Zeiten nur als Kompromisse in die Wirklichkeit getreten waren, eine sehr viel höhere Bedeutung zu, als es bei den Entschlüssen der einzelnen Kabinette ohne die gemeinsame Bindung hätte nötig sein brauchen. Denn allein in der Berufung auf das historische Recht waren Ansprüche der kleinen an die großen Bundesgenossen zu rechtfertigen und ihre beunruhigende Überlegenheit zu vermindern.

Freilich vermochten die Einzelstaaten auf direktem Wege wenig zur Festigung der Bundesautorität beizutragen. Von je her war ihre Initiativkraft nur gering gewesen. Nie wurde das schmerzlicher und mit dem Wesen eines „selbständigen“ Staates unvereinbarer empfunden als im Falle einer Meinungsverschiedenheit seiner beiden größten Mitglieder. Sie stellte die Einzelregierung vor die Notwendigkeit der Entscheidung, auf welche Seite sie sich schlagen wollte, und da die einzelnen Kabinette derartige Festlegungen scheuten, waren sie bei solchen Gelegenheiten zur Untätigkeit verdammt. Wenn die eine Großmacht es zu vermeiden suchte, mit Hilfe der Bundesgenossen die andere in die Minderheit zu setzen, so durften entweder Anträge gar nicht gestellt werden, oder man mußte die Verhandlung in dem schleppenden Geschäftsgang der Bundesversammlung begraben. Wertvolle Regelungen, die das Ansehen des Zentralorgans hätten heben können, kamen auf solche Weise nicht einmal in den Ansätzen zustande. Es konnte aber auch den größeren der Mittelstaaten

die Rolle des Vermittlers zwischen Berlin und Wien zufallen. Einem natürlichen Selbstbewußtsein wurde dann, wenn sie sich für das Zünglein an der Waage des deutschen Gleichgewichts glaubten halten zu dürfen, Vorschub geleistet, ein Selbstbewußtsein, das sie gelegentlich dazu verführte, den neuen Beruf durch Ausflüge in die europäische Politik noch zu stützen. Aber im günstigsten Falle endeten ihre Ausgleichsversuche mit einem Kompromiß, der niemandem recht nützte. Der sicherste Weg, zu einer segensreichen Vereinbarung zu gelangen, blieb der, dem Bunde die Regelung grundsätzlich zu entziehen und durch Einzelverständigungen mit den interessierten Regierungen ein Einvernehmen herzustellen. Ein solches Verfahren durfte einem Bundesbeschluß auch darum vorgezogen werden, weil es schneller herbeizuführen und leichter wieder zu kündigen war. Aber die freien Vereinbarungen waren die ärgsten Feinde des Bundes, weil sie auf der einen Seite am eindeutigsten seine Unfähigkeit erwiesen, vorhandene Bedürfnisse wirklich zu befriedigen, auf der andern Seite aber auch anschaulich machten, wie verschieden sie für weite Teile, etwa für Preußen und Österreich, geregelt werden mußten. Die kleinen Regierungen hüteten sich daher wohl, diesen Weg ohne Not zu beschreiten. Die so seltene Übereinstimmung Preußens und Österreichs erschien unter den neuen Verhältnissen sogar in einem andern Licht: So sehr die Einigkeit der Führermächte die übrigen Bundesgenossen der Notwendigkeit überhob, zwischen den beiden Antipoden wählen zu müssen, so dünkte sie doch der vorbehaltlose Beitritt zu solchen Beschlüssen, die Berlin und Wien bereits vereinbart hatten, bevor sie nach Frankfurt kamen, aus Gründen des Prestiges wenig ratsam. Das Bundesansehen gründete sich nach ihrer Rechnung auf den autonomen Charakter seiner Glieder, der offene Verhandlungen, keine oktroyierten Beschlüsse erheischte. Solche Anwandlungen von Eitelkeit, die Sorge, seiner Würde etwas zu vergeben, und die Enge der Verhältnisse schufen bei den meisten ein überfeines Empfinden für die Zerbrechlichkeit der Souveränität, aus der doch die Zeit langsam ein Stück nach dem andern herausbrach.

Die Einsicht, daß die fiktive Selbstständigkeit, der an die Stelle der realen Macht gesetzte bloße Rechtsanspruch im Ernst nicht ausreichte zur Garantie ihres Sonderdaseins, ließ sie, seit-

dem das erstarkte Nationalbewußtsein den Anschluß an auswärtige Mächte unmöglich gemacht hatte, notgedrungen doch bei einem der großen deutschen Nachbarn Schutz suchen. Nur persönliche Sympathien bewirkten bei einigen wenigen kleinen und kleinsten Fürsten ein Abweichen von der allgemeinen Regel, die für alle, die es mit der Behauptung ihrer Selbständigkeit ernst nahmen, den Anschluß an Österreich forderte. Denn ganz abgesehen von der bloßen Gefühlstradition, die in dem alten Erzhaushaus noch immer den Erben des alten Kaisertums erblicke, verband sie mit Österreich das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Bundes und die Notwendigkeit, das widerstrebende Preußen im Vollzuge der Geschäfte zur Anerkennung der Bundesautorität zu bewegen. Preußen konnte sich nur auf ihre Kosten vergrößern und wollte es offenbar auch. Österreich war im Gegensatz dazu ein saturierter Staat, dessen natürliche Ausdehnungsmöglichkeiten im Osten lagen. Das Sylvesterpatent von 1851 hatte den Kaiserstaat außerdem zum Bollwerk eines kompromißlosen absolutistischen Regiments gegen die aus der Revolution noch drohenden Errungenschaften des Volkes gemacht. Damit war für die reaktionären Glieder des Bundes wieder ein Ideal aufgerichtet. Die österreichische Sympathie war also selbstverständlich: Österreich war nächst Rußland der Hort konservativer Gesinnung.

Aber auch diese Freundschaft ging nicht so weit, daß man in den deutschen Residenzen einer österreichischen Hegemonie, dem Ziele Schwarzenbergs und Buols, das Wort geredet hätte. Man begehrte zwar bei Österreich Schutz vor dem unberechenbaren Preußen. Doch selbst in diesem Anlehnsbedürfnis zittert die Sorge, daß beide Großmächte eines Tages zur Aufteilung des „dritten Deutschland“ unter sich schreiten möchten. Weder Preußen noch Österreich sollte der Erbe derjenigen Rechte werden, auf die zu verzichten ein liberales Bürgertum und eine unruhige, in ihren Konturen noch nicht scharf umrissene demokratisch-proletarische Schicht sie zu bewegen strebten. Im Gegenteil: der Bund auch für die beiden Großmächte zum staatlichen „Oberbau“ auszubilden, war das sie selbst sehr fern dünkende, aber doch einzig denkbare Leitbild ihrer deutschen Bemühungen. Die prinzipielle preußisch-österreichische Verständigung hätte sie

wieder vollständig ausgeschaltet und ihre Überflüssigkeit bewiesen. Erst die Erhaltung einer erträglichen Spannung zwischen den beiden Rivalen verschaffte ihnen Lebensraum und Lebensatem.

Es ist unbestreitbar, daß allen deutschen Staaten in der Zange des preußisch-österreichischen Dualismus eine gewisse Gleichförmigkeit des politischen Handelns durch die Natur der Verhältnisse geboten war. Daß bei jedem einzelnen wieder die allgemeinen Gesetze der politischen Möglichkeiten unter charakteristischen, ihm allein eigentümlichen Vorzeichen erscheinen, versteht sich von selbst. Neben Preußen und Österreich heben sich aus der Schar der über dreißig Einzelstaaten, die der Wiener Kongreß aus der großen Konkursmasse übrig gelassen hatte, die sogenannten Mittelstaaten durch ihre Größe heraus. Der Sprachgebrauch grenzt sie nicht scharf ab.⁴ Gemeinhin versteht man darunter die vier Königreiche, die Großherzogtümer Baden und Hessen und das Kurfürstentum Hessen, d. h. diejenigen Staaten, die im engeren Rat der Bundesversammlung über eine selbständige Stimme verfügten und bei denen Preußen und Österreich selbständige Gesandtschaften unterhielten. Die Länder auf der Grenze zu den Kleinstaaten, namentlich Nassau und beide Mecklenburg, legten zwar Wert darauf, zu der angeseheneren Gruppe gerechnet zu werden; die Tatsache, daß ihre größeren Bundesgenossen sie in ihre Aktionen einzu beziehen pflegten, rechtfertigt auch dieses Begehren. Sie haben jedoch nie eine selbständige Linie verfolgen können, und gerade darin offenbart sich ihr kleinstaatlicher Charakter.

Aber auch bei der Gruppe der Mittelstaaten differenzierten wiederum Tradition, Größe und Lage, industrielle und wirtschaftliche Voraussetzungen und schließlich die Persönlichkeiten der leitenden Staatsmänner und ihrer Souveräne in hohem Grade ihre gemeinsamen politischen Interessen. Die norddeutsche, von Preußen auf allen Seiten eingekeilte Staatengruppe um Hannover mit Oldenburg, Braunschweig und beiden Mecklenburg gehorchte von Natur aus anderen Gesetzen als der geschlossene süddeutsche Staatenkomplex aus Bayern, Württemberg und Baden, der sich

4. Zur Terminologie vgl. Brandt 299; Treitschke, *Histor. u. pol. Aufsätze* I 216.

als die Grenzmark des Bundes gegen Frankreich betrachtete, während die mitteldeutschen Staaten Sachsen, die thüringischen Länder, die beiden Hessen und Nassau schwer daran trugen, daß sie auf der Grenzscheide des preußischen und österreichischen Einflußgebietes lagen. Die selten offen ausgesprochenen Gegensätze machten mit ihrem beständigen heimlichen Mißtrauen, ihrer Eifersucht und ihrer Mißgunst ein dauerndes, taktisch geschlossenes Vorgehen innerlich unmöglich. Die Königreiche neideten einander den Vortritt und die Initiative in Bundesfragen, während die Großherzogtümer und die noch kleineren Regierungen in der ständigen Sorge lebten, daß, ganz abgesehen von preußischen Annexionsgelüsten, durch die Initiative der größeren Mittelstaaten doch einmal die Schwarzenbergische Idee der Reichskreise als gradlinige Fortsetzung des zu Anfang des Jahrhunderts begonnenen Prozesses der Mediatisierung verwirklicht werden könnte. Welche Gegensätze umschlossen dazu die Persönlichkeiten der für die Mittelstaaten verantwortlich handelnden Männer! Neben dem ewig zaghaften, zu klaren Entscheidungen nur selten zu bewegenden, von seinen Ministern weit getrennten König Max von Bayern und dem milden, in die Geschäfte seines auswärtigen Ministeriums so selten eingreifenden König Johann von Sachsen standen der an der Verwaltung unmittelbar Anteil nehmende, derbe, draufgängerische, aber gutmütige König Wilhelm von Württemberg und der bis zur Krankhaftigkeit auf die Wahrung seiner Souveränitätsrechte bedachte König Georg von Hannover. Der kluge, aber auch eitle, von seinem Herrn abhängige von der Pflichten in Bayern hatte neben unbedeutenderen Beamten in andern Staaten den rastlos tätigen und sehr frei seines Amtes waltenden Beust in Sachsen als Gegenspieler. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in der praktischen Politik das Bewußtsein, Glied eines Ganzen zu sein, immer wieder mit dem historisch gewordenen autonomen Staatscharakter zusammenstieß, daß also in erster Linie nicht das Gemeinsame, sondern das Eigentümliche und Trennende betont wurde und auf ihre Ausbildung sogar besonderer Wert gelegt wurde.

Daß Bayern in jenen Jahren der Reaktion eine führende Stellung unter den Mittelstaaten einnahm, beruhte auf naturgegebenen und historischen Voraussetzungen. Auf diese Grundlage hat es

sich immer wieder berufen und eine solche Stellung selbst begehrt. Unter seinesgleichen hat man sie ihm auch nie ganz streitig gemacht. Daß aber nach ihm Sachsen, das kleinste der Königreiche, die vornehmste Rolle unter den Bundesmächten spielte und mit der süddeutschen Macht rivalisierte, bedarf der besonderen Begründung. Sachsen begreift in seiner Lage und Geschichte gleichsam stellvertretend die Situation der gesamten Mittelstaaten vor der Reichsgründung. Mitten zwischen die Großmächte eingezwängt, bot es beiden weite Strecken seiner Grenze. Es war daher das natürliche Durchgangsland zwischen beiden und, nur im Süden durch einen natürlichen Wall geschützt, im Kriegsfall immer preußisches Aufmarschgebiet. Nur mit großer Mühe hatte das Königreich von Napoleons Gnaden wenigstens einen Teil des Territorialbestandes gegen den Widerstand Preußens und Rußlands aus dem Wiener Kongreß gerettet. Sein endgültiges Schicksal war damit seit langem vorausbestimmt. Es bedurfte aber erst der Persönlichkeit eines Mannes, der das übliche Maß des zur Führung der Politik berufenen Bürokraten überragte, um die durch Geschichte und Lage des Landes gestellte Aufgabe zu erkennen und zu erfüllen. Friedrich Ferdinand von Beust, seit 1849 Minister des Auswärtigen in Dresden, hat, so lange er seinen Posten bekleidete, dieser Aufgabe seine ganze Kraft gewidmet. Ihm kommt unbestreitbar das Verdienst zu, die Situation der Mittelstaaten im Prinzip am klarsten erfaßt und daraus eine politische Folgerung gezogen zu haben. Er ist der phantasievollste und energischste Anreger und Durchführer der sogenannten mittelstaatlichen Politik.

Erster Abschnitt.

Koalitionsprojekte während des Krimkrieges.

1. Koalition und Trias.

Nach der Wiederbeschickung der Bundesversammlung mußte für die Mittelstaaten alle Initiative in Frankfurt identisch sein mit Versuchen, den Bund seiner wahren Bestimmung zuzuführen, d. h. ihn zu einem wirklich föderativen System zu machen. Solch bewußtes Streben nach Überwindung des alten und nun wiedergewonnenen Zustandes war jedoch bei den Interessierten keineswegs allgemein. Im Gegenteil, bei den meisten Regierungen begnügte man sich mit dem Erreichten, sei es aus der resignierenden Einsicht in die eigene Ohnmacht und die Unmöglichkeit zweckmäßigerer Gestaltungen, sei es aus Lässigkeit und billiger Zufriedenheit mit der wiedererrungenen Selbständigkeit. Beust dagegen erkannte es früher als alle seine Kollegen, daß die mindermächtigen Bundesglieder sich nicht in der bloßen theoretischen Behauptung ihres unbezweifelbaren Rechtes erschöpfen dürften, daß sie vielmehr mit ihren Ansprüchen sich auch praktisch durchzusetzen hätten, ja daß ihre Sicherheit davon abhinge, ob sie aktiv nach größerer Machtfülle für den Bund als Ganzes und damit auch für sich selbst drängten. Das Problem der Bundesreform, das er seit 1851 nicht mehr aus dem Auge verlor, erschöpfte sich bei ihm nicht darin, daß er mit größerem Fleiß und mehr Nachdruck, als es sonst üblich war, die Geschäfte betrieb. Er sann auf Projekte, wie durch eine neue Organisation die Hindernisse aus der Welt zu schaffen seien, die einer befriedigenden Wirksamkeit des Bundes entgegenstanden.

Die theoretischen Grundlagen dieser Reformpolitik sind denkbar schlicht: Die legitimistische Doktrin bildet den Angelpunkt der Beustschen Staatsanschauungen.¹ Der Umgestaltung der Bundesverhältnisse durch die Paulskirche, den gewaltsamen Aufständen, der Radowitzschen Politik und den zahlreichen Projekten in ihrem Gefolge hatte er sich widersetzen müssen, weil sie als Opfer die Existenz selbständiger Staaten gefordert hatten, ohne doch einen Gewinn, am wenigstens die Einigung Gesamtdeutschlands einschließlich Österreichs dafür einzutauschen. Die freiwillige Unterordnung souveräner Staatswesen unter eine einheitliche Gewalt ohne Beteiligung an deren Beschlüssen war für Beust mit dem monarchischen Prinzip unvereinbar. Diese Herrschaftsform vertrug nach seiner Anschauung am wenigsten eine Einschränkung ihrer Rechte nach außen.² Für eine gewissenhafte Regierung erschien es ihm z. B. unmöglich, ohne sich selbst aufzugeben auf die Pflege langjähriger Beziehungen zum Auslande oder auf den Oberbefehl über das heimische Heerwesen zu Gunsten einer anderen Macht zu verzichten.³ Er war überzeugt, „daß Staaten von dieser Bedeutung [wie Sachsen und seine Bundesgenossen] sehr gut fortbestehen können mit Aussicht auf Leben, wenn sie einer Bundesgewalt sich unterordnen, an der sie den ihrer Bedeutung zu bemessenden Anteil haben“.⁴ Daß die deutschen Verhältnisse nicht ideal waren, verhehlte er sich nicht. Ob aber eine Verfassung gedacht werden konnte, die bei ehrlicher Anwendung im Prinzip dem Streben nach einem nationalen Aufschwung mehr entgegenkam, die materiellen Bedürfnisse Deutschlands besser befriedigte und die konservativen Elemente in den Einzelstaaten nachhaltiger stärkte, war ihm mehr als zweifelhaft. Das Maß der zulässigen und erwünschten Reform lautete: „Die einzig mögliche, die einzig erlaubte Forderung eines einheitlichen Aufschwungs be-

1. Das Folgende auf Grund der beiden Denkschriften (D) Beust an Könnertitz 28. II. 54 und 19. VI. 55. Vgl. unten S. 35. 79 f.

2. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten I 59.

3. Vgl. dazu die sächsischen Vota anlässlich der Militärkonventionen Preußens mit einigen seiner norddeutschen Nachbarn 1856: Brandenburg, Reichsgründung I §70.

4. Beust I, 60.

ruht auf der Grundlage des Staatenbundes, und deren Hebung und Belebung ist wiederum allein durch eine kräftigere Handhabung der Bundesverfassung und durch eine fruchtbare Tätigkeit des Bundesorgans bedingt“.⁵ Nach einer weltanschaulichen Unterbauung dieses Konservativismus sucht man bei Beust vergebens. Auch auf sonst bei den Partikularisten gängige Beweisführungen, die Verweisung auf die deutschen Stämme, deren Erbe die Einzelstaaten angeblich verwalteten, oder auf die im germanischen Wesen liegende Neigung zur Individualisierung und Differenzierung,⁶ berief er sich nicht. Das monarchische Gottesgnadentum und die alte Vasallentreue, wie überhaupt Kräfte des Glaubens spielten für ihn wie für die meisten der mittelstaatlichen Amtsträger keine Rolle mehr. Der historische Anspruch in seiner Rechtmäßigkeit allein, eine rein geschäftlich-juristische Grundlage also, gab die schmale Basis ab, auf der eine vielverzweigte Tätigkeit für den ihm anvertrauten Staat sich aufbaute.

Beust empfand es peinlich, daß in den Revolutionsjahren die bedrohten Machthaber eine nationale Bewegung zwangsläufig hatten niederringen müssen, der er doch, so weit sie aus der Unzufriedenheit mit der bestehenden Bundesordnung entsprang, eine gewisse Berechtigung nicht hatte absprechen können. Die Wiedervereinigung der alten Bundesglieder war auch nach seiner Anschauung „nur mehr ein negativer Akt“ gewesen. Er hatte gehofft, daß man in Frankfurt ohne Verzug die Arbeiten an den Reformen fortsetzen werde, die in Dresden abgebrochen worden waren. Darin war er gründlich enttäuscht worden. Wohl war am Bunde eine Reihe von Gesetzen zustande gekommen, die den Zwischenfall der Revolution so schnell wie möglich vergessen machen und die Kontinuität mit den Zeiten des Vormärz wiederherstellen sollten. Aber die positive Weiterbildung des der Bundesversammlung vermachten „schätzbaren Materials“ der Dresdener Konferenz war unterblieben. Wo nationale Wünsche auf dem Spiel standen, hatte auch nach Beusts Urteil die Bundesversammlung regelmäßig versagt: Sie

5. D. Beust an Könnertitz 28. II. 54.

6. Denkschrift Pfordtens über die Reform des Deutschen Bundes bei Doeberl, Bayern u. Deutschland im 19. Jahrh. 95.

hatte die Auflösung der 1848 gebildeten deutschen Flotte verfügt; die freudig begrüßte Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen war nach einem ersten Versuch wieder eingestellt worden. Sie hatte überhaupt nichts verhandelt, was höher fliegende Forderungen hätte befriedigen können. Die Krisis des Zollvereins war ein neuer Beweis, wie die wachsenden wirtschaftlichen Bedürfnisse durch Organisationen neben dem Bunde befriedigt werden mußten. Zwar war überraschenderweise nach den Jahren der Stürme, die wie nur die Freiheitskriege zuvor breite Volksschichten an der politischen Entwicklung beteiligt hatten, eine Teilnahelosigkeit am Staatsleben eingetreten, die man nirgends erwartet hatte. Beust und auch Pfordten⁷ deuteten diese Ruhe nur als eine Pause, der um so heftigere Wiederholungen folgen mußten, wenn nur je die Verhältnisse Aussicht auf einen günstigeren Erfolg boten.

Solche Einsichten und Sorgen, die Preußen mit seiner beständigen Einschränkung, Vernachlässigung und Umgehung der Bundesautorität erst voll machte, teilte Beust mit den meisten seiner mittel- und kleinstaatlichen Kollegen. Nicht in der Bestimmung der Diagnose liegt also seine originelle Leistung, sie beginnt erst da, wo er praktische Heilmethoden vorschlägt und sie auch tatsächlich anzuwenden versucht.

Die Einsicht, daß die Lebensberechtigung eines Staates davon abhängt, ob er noch außenpolitische Aufgaben vor sich sieht, das Pflichtbewußtsein, die seinem Lande drohenden Gefahren abzuwenden, die Notwendigkeit, der öffentlichen Forderung nach einer größeren nationalen Einheit mit einer Erfüllung irgend welcher Art entgegenzukommen, sein Patriotismus, sein Ehrgeiz, der die grünweißen Grenzpfähle hinter sich zu lassen und in einem größeren Rahmen eine Rolle zu spielen begehrte: alle diese Impulse ließen Beust mit Nachdruck auf eine Belebung der Bundestätigkeit hinarbeiten. Wiederholt hatte er in Wien an die Tradition und den besonderen Beruf des Kaiserhofes zur Wahrung der Bundesinteressen erinnert. Bei der Berufung des Freiherrn von Prokesch zum Präsidialgesandten versuchte er, seine Bundesgenossen in diesem Sinne zu einer ge-

7. S. Meiboom, Studien zur deutschen Politik Bayerns 1851—59, Schriftenreihe z. bayer. Landesgesch. Bd. 6, S. 37.

meinsamen Demonstration zu veranlassen.⁸ Als der Versuch mißlang, schrieb er nach Wien: „Daß ... eine solche gehörig bemessene Entwicklung [d. h. die Bundesreform] für eine nicht mehr abzuweisende Anforderung der Gegenwart zu erachten und daß eine sorgfältige Pflege des nach so vielen Wechselfällen nicht ohne Anstrengung wiedergewonnenen Bodens des Bundesinstituts ebenso in der Pflicht wie in dem wohl verstandenen Interesse der einzelnen Bundesregierungen begründet sei, diese Ansicht wird bei unbefangener Erwägung der Verhältnisse dermalen wohl nicht mehr bezweifelt und sicherlich von sämtlichen Bundesgenossen geteilt werden, nachdem dieselben zu wiederholten Malen auf das feierlichste erklärt haben, daß sie bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit der Bundesversammlung nicht von der Absicht ausgingen, einfach zu dem Alten wieder zurückzukehren, sondern ihre ernstlichen vereinigten Bemühungen darauf richten würden, auf der Grundlage der bisherigen Bundesverfassung eine den Zeitverhältnissen und den wahren Bedürfnissen des Bundes entsprechende Neugestaltung herbeizuführen“.⁹ Auch andere Gelegenheiten ließ sich Beust nicht entgehen, um darauf hinzuweisen, daß die Bundesreform noch immer nicht abgeschlossen sei.¹⁰ Daß von den beiden Großmächten in dieser Hinsicht nichts zu erwarten sei, verstand sich von selbst. Die Kleinstaaten, in jedem Falle auf gegebene Kombinationen angewiesen, waren erst recht zur Anregung dieser Frage ungeeignet. Es blieben also nur die Mittelstaaten, deren größere staatliche Selbständigkeit sie auf eine intensivere Betätigung innerhalb des Bundes hinwies.

Schon vor und während der Dresdener Konferenz hatte sich Beust mit großer Energie für die besondere Mission der Mittelstaaten im Deutschen Bunde eingesetzt. Als nach dem Abschluß des Olmützer Vertrages der Plan erwogen worden war, die Exekutive des Bundes auf Preußen und Österreich zu beschränken, ein Plan, durch den die Mittelstaaten auf die

8. Fr. Engel-Jánosi, Des Frhrn. v. Prokesch Eintr. i. d. dtsh. Bundestag, Monatsblatt d. Ver. f. Gesch. d. Stadt Wien X (1928), Nr. 7—9.

9. D Beust an Könneritz 17. I. 53.

10. Aus Anlaß der Geschäftsordnungsrevision: D Beust an Könneritz 2. V 53.

Stufe der kleinen Länder herabgedrückt worden wären, hatte er geltend gemacht, daß bei den zu erwartenden Gegensätzen der beiden Großmächte in deutschen Fragen gerade die Staaten mittlerer Größe zum neutralisierenden Ausgleich berufen seien. Als isolierte einzelne würden sie sich eng an Preußen anschließen müssen, auf das die meisten ohnehin geographisch angewiesen seien. Nur als geschlossene Gruppe, stark genug, neben Preußen und Österreich eine selbständige Stellung zu behaupten, seien sie in der Lage, die Vermittlung zu übernehmen.¹¹ Diese Dreiteilung der Bundesgewalt, über die Beust ins einzelne gehende Pläne gar nicht vorgelegt zu haben scheint, sind in der offiziellen Diskussion der Dresdener Konferenz nicht wieder aufgetaucht. Beust hatte sich nur eng an Pfordten anschließen können, um auf diese Weise wenigstens eine gemeinsame Front der Mittelstaaten zu schaffen.

Erst die Darmstädter Koalition anläßlich der Krise des Zollvereins 1852¹² hatte für eine Reform des Bundes eine Perspektive eröffnet, die auf der alten Linie Beusts lag. Ganz unabhängig von Preußen und Österreich, sogar gegen jedes von beiden gerichtet, war unter den Mittelstaaten eine engere Vereinigung in vertragsmäßiger Form in dem Augenblick zustand gekommen, als die Gefahr einer Spaltung in Nord- und Süddeutschland sehr nahe gerückt war. Der Gedanke, daß in diesem engeren Verbande ein wertvoller Ansatz für eine praktisch zu betreibende Bundesreform liege, beschäftigte Beust seitdem lebhaft. Die Koalition hatte ihm bewiesen, daß das vereinigte Handeln der Mittelstaaten einige Aussicht bot, die Tätigkeit des Bundestages zu beleben und auch zu bestimmen. Die überall etwa gleichen politischen Voraussetzungen und Absichten führten, so rechnete er, eigentlich automatisch zu einer übereinstimmenden Auffassung und Behandlung aller Bundesangelegenheiten. Um die Großmächte, namentlich das widerstrebende Preußen den Wünschen der geschlossenen mittelstaatlichen Gruppe gegenüber gefügig zu machen, bedurfte es nur der gleichen Taktik,

11. H. G. Holldack, Untersuchungen zur Gesch. d. Reaktion in Sachsen 1849—55, Eberings Histor. Studien H. 207, S. 193 f. D Beust an Könneritz 15. XI. 50.

12. Meiboom 33—63.

die auch Preußen und Österreich gebrauchten, wenn sie am Bunde zu einem bestimmten Ziel gelangen wollten: der vorherigen Verständigung. Dauernder Bestand konnte ein solcher Zusammenschluß der Mittelstaaten nur dann haben, wenn die Anlehnung an Österreich gelang, das wegen der Gemeinsamkeit der Bundesinteressen nach Beusts Erwartungen keine ernstlichen Bedenken geltend machen konnte. Dann wäre es möglich gewesen, das den Bund praktisch sabotierende Preußen u. U. sogar zu überstimmen. Eine neue Organisation, einen status in statu zu schaffen, lag ausdrücklich nicht in Beusts Plänen. Die Förderung und Belebung der Bundestätigkeit war die einzige Absicht seiner Koalition, die er sich nur lose zusammengeschlossen und von Fall zu Fall gebildet dachte. Sie sollte eine gewisse Gleichförmigkeit in der Behandlung der Bundesfragen gewährleisten und eine Gefahr der bisherigen Verhandlungspraxis, die Zersplitterung der Stimmen, vermeiden. Auch den Großmächten werde nunmehr die Initiative erleichtert und eine schnellere Verständigung mit den größeren Höfen für sie geboten sein, glaubte Beust. Unliebsame Überraschungen von Berlin und Wien seien ausgeschlossen; Frankfurt könnte hinfort nicht mehr das Bild hoffnungsloser Parteiongen bieten.

Den periodischen Zusammentritt der Minister hielt Beust für eine unerläßliche Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung seines Gedankens. Die mit den Ansichten ihrer Souveräne bekannten Staatsmänner konnten alle Mißverständnisse und Hindernisse auf der Stelle durch persönliche Aussprache beseitigen und die übereinstimmenden Meinungen sofort in bindenden Formulierungen festlegen. Mündliche Verhandlungen mußten überdies auf zaghafte Gemüter einen wohlthätigen Druck ausüben. Den Konferenzen sollte die Aufgabe zufallen, gemeinsame Beschlüsse herbeizuführen, die dann der Bundesversammlung zur Sanktion vorzulegen waren.

Mit diesen Ideen über eine Bundesreform, die, wie Beust sich rühmte, an der gegebenen verfassungsmäßigen Grundlage festhielt, trat er zum erstenmal im Sommer 1853 hervor.¹³ Er

13. Staatsarchiv Marburg, Wilken von Hohenau an Baumbach 17. 26. VI. 53; G. Krusemarck, Württ. u. d. Krimkrieg, Ausgew. Forsch. z. mittl. u. neueren Gesch. H. 6, S. 16.

hatte im Sinn, die Minister der in Aussicht genommenen Koalitionsstaaten gegen Ende des Sommers „irgendwo am Rhein“ — auch von Frankfurt war die Rede — wo der Begegnung am leichtesten der Charakter des Zufälligen gegeben werden konnte, zusammenzubitten. Dort wollte er sein Programm ausführlich vortragen und gemeinsame Beschlüsse in schwebenden Bundesfragen vorbereiten. Die Geheimhaltung der Verabredung war zunächst erwünscht. Wenn die Großmächte von dem Bestehen der Koalition erführen, mußte der engere Bund bereits fest gegründet sein. Ihr Eingreifen und der unvermeidliche Lärm in der Presse über die „Sonderbündelei“ konnten alles vereiteln.

Die Behandlung Bayerns bot für Beust Schwierigkeiten ganz besonderer Art. Nur dann hatte sein Plan Aussicht, auch praktischen Nutzen zu leisten, wenn die süddeutsche Macht als der größte und angesehenste der Mittelstaaten, der Sachsen an Gebietsumfang um das fünffache übertraf, der Sprecher des „dritten Deutschland“ wurde. Um es dazu zu bewegen, war es unerlässlich, ihm die nominelle Führung der Koalition und alle Ehrenrechte abzutreten: Es sollte zu den Beratungen einladen und den Vorsitz führen. Beust hoffte, im zweiten Gliede doch noch von entscheidender Bedeutung zu bleiben. Darüber war er sich ganz im klaren, daß man Bayern dazu drängen mußte, die ihm zugedachte Rolle zu übernehmen. Denn was in München seinem Plane entgegenstand, war die spezifisch bayerische Idee der Trias. Seit der Gründung des Deutschen Bundes hatte sich dort mit wechselnder Intensität der Wunsch lebendig erhalten, neben Österreich und Preußen die dritte deutsche Großmacht zu werden.¹⁴ Während der Krisenjahre 1848/49 vertrat König Max den Gedanken, den sein wissenschaftlicher Mentor Wilhelm von Doenniges seit Jahren in ihm gepflegt hatte.¹⁵ Er begehrte für Bayern als die größte „rein deutsche

14. Diese Tradition ist bisher nicht eingehender untersucht worden. Vgl. Treitschke, *Deutsche Geschichte* I 176 f.; M. Doeberl, *Bayern u. d. deutsche Frage in d. Epoche d. Frankf. Parlaments* 45 ff.

15. Eugen Franz, *W. v. Doenniges und König Max II. in der deutschen Frage*, *Ztschr. f. bayer. Landesgesch.* II (1929) 445 ff. Der Wandel in der bayerischen Auffassung der Trias, der sich 1848/59 vollzog, wird bei

Militärmacht“ die Führung der Mittel- und Kleinstaaten, mindestens der süddeutschen, um wesentlich vergrößert und geschlossener den natürlichen Ausgleich zwischen dem Norden und Süden Deutschlands herzustellen. Seine charakteristische Färbung erhält das Projekt durch die Stellung, die der König sich selbst in der Organisation zugedacht hatte. Gegenüber der unitarischen Idee des Erbkaisertums forderte der „Entwurf von Grundzügen einer nationalen deutschen Bundesverfassung“¹⁶ ein dreigliedriges Bundesdirektorium aus Österreich, Preußen und einem Vertreter der Mittelstaaten, der niemand anderes als Bayern sein konnte. Dieser Anteil an der Zentralgewalt sollte ihm die Hegemonie über die Schar der Mittel- und Kleinstaaten, wenigstens der Bayern am nächsten liegenden, sichern. Diese Idee erfuhr in den Revolutionsjahren mannigfache Wandlungen.¹⁷ Selbst der König rechnete damit, daß die übrigen Mittelstaaten, namentlich Württemberg, ihm eine so bevorzugte Stellung nicht freiwillig zubilligen würden. Von Anfang an sah er daher für sein Land neben der rein politischen Macht bestimmte kulturpolitische Aufgaben vor. München sollte nächst Berlin und Wien der eigentlich deutsche Mittelpunkt für Kunst und Wissenschaft werden. Je unausführbarer die Bildung der politischen Trias in den nächsten Jahren sich herausstellte, um so eifriger wandte er sich der kulturellen Seite der Frage zu. So fruchtbar diese Idee für das geistige Leben ganz Deutschlands bis auf unsere Zeit auch gewesen ist,¹⁸ dahinter verbirgt sich doch wieder, politisch gesehen, „ein Entwurf zur künstlichen Befestigung des Gleichgewichts im bedrohlichen Dualismus der deutschen Großmächte durch Einfügung einer dritten aktiv neutralisierenden Kraft“.¹⁹

Doeberl dadurch verwischt, daß er ablehnende Urteile aus dem Jahr 1859 bei der Darstellung der Verhältnisse von 1848—50 verwendet.

16. Roth u. Merck I, 419 ff.

17. Vgl. Doeberl, a. a. O. 43 ff., 81 ff., 87 f.

18. K. A. v. Müller, Die Bedeutung Bayerns für die geistige Kultur Deutschland, Volk u. Reich d. Deutschen, hrsg. von Bernhard Harms I, 363 ff.

19. Alfred Dove, Ranke und Sybel in ihrem Verhältnis zu König Max, Ausgewählte Schriftchen 118; vgl. auch W. H. Riehl, König Max II. v. Bayern, Histor. Taschenbuch 1872, S. 39 ff.

Beust waren die Gelüste Bayerns nach einem beherrschenden Einfluß über die Mittel- und Kleinstaaten, die der neue Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in München, Freiherr von der Pfordten, zwar nicht in gleichem Maße, aber doch im Prinzip mit König Max teilte, nicht verborgen geblieben. Wenn auch vorläufig solche Erwartungen wie alle Hoffnungen auf organisatorische Reformen hatten begraben werden müssen, so hatten sie sich doch verraten und bei ihren Opfern Vorsichtsmaßregeln ausgelöst. Beeinträchtigung der sächsischen Selbständigkeit, mochte sie von den Großmächten oder dem mächtigsten Mittelstaat, von einer einheitlichen Zentralgewalt oder einem dreiteiligen Direktorium herrühren, war ihm in jedem Falle unerwünscht. Zudem war es sehr wahrscheinlich, daß alle von Bayern entfernter gelegenen Länder, die mit ihm kein zusammenhängendes Territorium ergaben, bei der Verwirklichung der bayerischen Triasidee zwangsläufig ausgeschlossen worden wären. Da auch Sachsen sich zu den Außenseitern eines solchen „großbayerischen“ Reiches zählen mußte, hätte es nur noch wählen können, ob es, völlig isoliert, Preußen oder Österreich anheimfallen wollte. Gerade von seinem Projekt, das unwandelbar an der Parität unter den Mittelstaaten festhielt, versprach sich Beust nicht nur die sichere Erhaltung der Einzelsouveränitäten, sondern auch die Unterbindung aller Erwartungen mit letztlich partikularem Vorteil. Die Darmstädter Vereinigung war 1852 ein geschickter Schachzug Beusts gewesen, um die gefährliche bayerische Separatpolitik zu neutralisieren.²⁰ Trias und Koalition waren ihm daher keine synonyme, sondern von Haus aus sogar entgegengesetzte Begriffe, wenn er es auch zuweilen für gut hielt, um der Koalition willen Bayern mit dem Gedanken der Trias aus seiner Zurückhaltung herauszulocken.²¹

In der ersten Hälfte des Juni 1853 trat Beust zum erstenmal

20. Meiboom 36. 39. 49.

21. Natürlich handelt es sich auch bei der Beustschen Koalition um eine Dreigliederung. Beust hat sich im Rückblick auf seine Tätigkeit als sächsischer Minister als „Vorfechter der Idee der Trias“ bezeichnet (Aus drei Viertel-Jahrhunderten II 31). Aber gerade in der Gegenüberstellung von Pfordten und Beust muß, entgegen der bisherigen Anschauung, an der ursprünglichen Verschiedenartigkeit der Pläne festgehalten werden.

mit seinen Plänen hervor.²² Die grundsätzliche Zustimmung des Königs Friedrich August von Sachsen und des Prinzen Johann ließ ihn freudig bei den in Dresden akkreditierten Gesandten der deutschen Regierungen für seine Sache werben. Hannover und Großherzogtum Hessen waren im großen und ganzen einverstanden. Auch Bayern, Württemberg und Kurhessen maßen dem Plan einige Bedeutung bei, zögerten aber mit der Zustimmung, so lange ein konkreter Anlaß für den Zusammenschluß nicht vorhanden war. Freiherr von Neurath, der württembergische Minister, sprach sich mit Rücksicht auf Berlin und Wien gegen die Koalition als Prinzip aus; er wollte sie nur als letztes Mittel zur Verteidigung der mittelstaatlichen Interessen gelten lassen, „wenn durch außerordentliche politische Konjekturen oder durch das Verhalten beider deutscher Großmächte oder doch der einen derselben für die Mittelstaaten oder einzelne von ihnen positiv oder negativ ein besonderer Anlaß gegeben wäre“. Gegen öftere persönliche Fühlungen der Minister hatte er nichts einzuwenden.²³ Auch Pfordten legte bei seiner Zustimmung Wert auf die Einschränkung, „daß derartige Zusammenkünfte nur als letztes Mittel zu betrachten seien und auf keinen Fall allzuhäufig stattfinden sollten“.²⁴ Bevor noch die Ausführung des Planes in die ersten Stadien eingetreten war, warf die orientalische Frage ihre drohenden Schatten auch nach Deutschland. Für Beust wurde sie der konkrete Anlaß zur Verwirklichung seiner Bundesreformgedanken.

22. Vgl. oben S. 18.

23. Staatsarchiv Stuttgart, Neurath an Linden 8. VII. 53.

24. Stuttg. Degenfeld an Neurath 18. IX. 53.

2. Erste Koalitionsversuche.

Den Streit im Osten beurteilte man bei den Mittelstaaten aus der ideologischen Perspektive, als handle es sich um einen neuen Ansturm der Revolution gegen das konservativ-monarchische Prinzip, das in seinem vornehmsten Hüter getroffen werden sollte. Sie sahen sich von Anfang an in den Streit der Grundsätze mit hineingerissen. Denn mit der Bedrängung Rußlands drohte eine neue Empörungswelle von Westen her gegen die eben erst wieder befestigte Ordnung in Deutschland hereinzubrechen. Würde nicht Preußen in dem Augenblick, wo Rußland nicht mehr den gleichmäßigen Druck auf die beiden deutschen Großmächte ausübte, versuchen, aus der orientalischen Krise Kapital zu schlagen für seine deutsche Politik, namentlich dann, wenn es sich wegen seines geringeren Interesses an dem Streitobjekt von Österreich trennen sollte? Der Gedanke wurde viel erörtert, daß nach dem Vorgang von 1815 ein europäischer Kongreß den Krieg beenden werde. Wollte man die Wünsche der Sieger nach materiellen Erfolgen zufriedenstellen, so war niemand mehr gefährdet als die kleinen Staaten zwischen den Fronten, die, des russischen Schutzes beraubt, ihrer Willkür ausgeliefert waren.

So weit bei ihnen partikuläre Gesichtspunkte den Ausschlag gaben — und das war ehrlicherweise bei der überwiegenden Mehrzahl der Fall — standen aus dem Solidaritätsbewußtsein der konservativen Interessen die Sympathien der kleineren Regierungen eindeutig auf Rußlands Seite. Verwandtschaftliche Beziehungen mit dem Zarenhause taten ein übriges. Eine einseitige Parteinahme kam jedoch nie in Betracht, wenn nicht auch Preußen und Österreich sich auf diese Seite schlugen. Ausnahmslos erstrebten die auf den Bund Angewiesenen eine

entschiedene neutrale Stellung Gesamtdeutschlands ohne bindende Verpflichtungen weder Rußland noch den Westmächten gegenüber. Dieser neutrale mitteleuropäische Block sollte im Sinne des Friedens gleichmäßig auf den Westen und den Osten wirken.¹

1. Welche Gefühle damals in Dresden vorherrschten, davon gibt eine Denkschrift Zeugnis, die König Friedrich August um die Jahreswende für den Kaiser Franz Joseph verfaßte. Es heißt dort: „Hier wage ich es denn unumwunden auszusprechen, daß selbst eine Vergrößerung Rußlands an der unteren Donau, so gefährlich sie für die politischen und materiellen Interessen des österreichischen Staates sein würde, mir nicht so Gefahr drohend für die politische Macht und Existenz Österreichs erscheint als eine Präponderanz der auf revolutionärem Boden stehenden Westmächte, namentlich Frankreichs, und eine Erniedrigung Rußlands oder nur eine Entfremdung desselben von den europäischen Interessen. . . . Louis Napoleon ist Absolutist aus persönlichen Gründen; aber abgesehen davon, daß seine Existenz doch immer eine populäre bleiben wird, so würde ein Bündnis mit ihm dem echt monarchischen Prinzip nie die Sicherheit gewähren können als das auf christlich-monarchischer Basis ruhende Rußland. Nach meiner innigsten Überzeugung würde ich eine solche Umwälzung der bisherigen Politik für das größte Unglück halten, welches Europa treffen könnte . . . Über kurz oder lang wird der Zeitpunkt eintreten, wo die Forderungen Frankreichs die Interessen Deutschlands verletzen werden, und wenn es dann, was mir in der nächsten Zukunft unvermeidlich erscheint, zum Kampfe mit dem Westen käme, würde uns der sichere Rückhalt Rußlands fehlen, wenn nicht gar das Endresultat die für Mitteleuropa gefährlichste Allianz Rußlands mit Frankreich sein sollte . . . Ich halte alle die Gefahren, welche möglicherweise durch Rußland geboten werden können, für nichts gegen die unermeßliche Gefahr, welche Europa droht, wenn die natürlichen Bande des konservativen Prinzips gesprengt werden . . . Noch ist es Zeit, daß die deutschen Mächte ihre Aufgabe als Erhalter des Gleichgewichts in Europa brauchen. . . . Erklären diese beiden Mächte offen und klar, ohne verdeckte Frage und ohne Rückhalt, daß sie in dem jetzigen Streit so lange neutral bleiben wollen, als nicht ihre heiligsten Interessen von einer oder der andern Seite ernstlich bedroht werden, so wird ganz Deutschland mit Freuden Amen! sagen; und dann steht mitten in Europa ein mächtiger fester Kern beisammen, der mit Gott und seiner guten Sache allen Drohungen widerstehen kann und wird. . . . Wiederholt drängt es mich, Ew. Majestät die unumwundene Überzeugung auszusprechen . . . daß ich in dem Entschlusse Österreichs, auf die Seite der Westmächte gegen Rußland zu treten, den Anfang zur Erniedrigung Deutschlands, zur Vernichtung der Würde und Macht Österreichs und zum Siege des revolutionären Prinzips in

Die österreichische Neutralitätserklärung am Bundestage vom 10. November 1853,² die ihn zum erstenmal mit der orientalischen Frage befaßte, zeigte den kleineren Regierungen sofort, daß der ersehnte mitteleuropäische Zusammenhalt nicht existierte. Die anfänglich von Preußen und Österreich gemeinsam geplante Erklärung war an dem nachträglichen Berliner Widerstande gescheitert und offenbarte mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, was man in Zukunft von dem Bunde zu erwarten haben werde. Sowohl bei Preußen als auch bei den Mittelstaaten regte sich aus diesem Anlaß das Bewußtsein, daß wesentliche Änderungen in der Handhabung des Bundes eintreten müßten, wenn er schweren äußeren Erschütterungen gewachsen sein sollte. Es war dies der Augenblick, wo Bismarck in Berlin anregte, sich mit Österreich über die Erneuerung der im Vormärz geübten Bundespraxis zu verständigen,³ der Augenblick, wo Manteuffel in Wien eine feierliche Erklärung an die österreichischen Gesandten bei den deutschen Höfen forderte, in der Buol, um das Ansehen des „in eine völlige Ohnmacht und Anarchie“ versunkenen Bundestages zu retten, seine Bereitschaft aussprechen sollte, „von jetzt an in der größten Eintracht zum Frommen Deutschlands und des Deutschen Bundes Hand in Hand“ mit Preußen zu gehen.⁴

Ungleich stärker wurden die Mängel des Bundes bei den kleineren Regierungen empfunden. „Daß die gegenwärtige dem Bundesorgan angewiesene Stellung einer völligen Nullität gleichkomme, wird von keiner Seite bezweifelt werden“, schrieb Beust.⁵ Auch Pfordten versprach sich keinen Erfolg von dem neuen österreichischen Verfahren, die Bundesgenossen einfach auszuschalten. Preußens Verhalten hielt er für nichts anderes

Europa . . . erkennen würde. Kniefällig flehe ich Ew. Majestät, einen so verhängnisvollen Schritt nicht zu tun; einmal getan, gestattet er keinen Rückweg mehr!“ (W Kabinettsakten Sekreta Sachsen).

2. K. Borries, Preußen im Krimkrieg 67; Fr. Eckhart, Die Deutsche Frage und der Krimkrieg, Osteurop. Forsch. NF. Bd. 9, S. 12—15.

3. Bismarck, G. W. I 389; Bismarck an Gerlach, G. W. XIV/1, S. 327, A. O. Meyer 208 ff.

4. Bismarck G. W. I 389, Anm. 1; Preußens ausw. Politik II 193 f. 197 f., 209 ff., 217 f.; Borries, 69 f.; Eckhart, 22 f.

5. D Beust an Bose 3. 8. XI. 53.

nütze, als „daß die deutschen Regierungen endlich zu der Überzeugung gelangen möchten, daß man vom Bunde nie etwas zu erwarten haben werde“.⁶ „Da bisher in Frankfurt ... die Mittelstaaten ... fast für mundtot hätten gelten können“, berichtete Bose, der sächsische Ministerresident in München, „so wolle er [Pfordten] vorschlagen, daß nunmehr die vier Königreiche die Initiative ergreifen und die nötigen Anträge am Bunde stellen sollen, und wäre es auch nur, um der Welt zu beweisen, an wem die eigentliche Schuld liege, daß am Bunde nichts zustandekomme“.⁷

Den Augenblick, wo die Mittelstaaten infolge der Uneinigkeit zwischen Berlin und Wien auf sich gestellt waren, hielt Beust für gegeben, um seine Pläne vom Sommer der Verwirklichung entgegenzuführen. Von Anfang an hatte er darauf gehofft, daß die Krisis zu einer Fortentwicklung des Bundes, des „*objet constant de tous ses voeux*“, beitragen werde.⁸ Bose hatte wiederholt in Unterredungen mit Pfordten die Darmstädter Koalition als ganz geeignet hingestellt, um „wenigstens ein Surrogat für die fast ganz paralyisierte Tätigkeit des Bundes zu bilden“.⁹ Am 24. November reiste Beust nach München, angeblich in privaten Geschäften.¹⁰ Die wahre und politische Absicht lag aber in den Besprechungen mit Pfordten und dem Grafen Degenfeld, dem württembergischen Gesandten in München, über die Fortführung des Zusammenschlusses der Darmstädter. Beust entwickelte die Dringlichkeit seiner Pläne, stellte eine Denkschrift in Aussicht, die die Gegenstände eines gemeinsamen Vorgehens näher bezeichnen sollte, und riet zu einer Zusammenkunft der Minister als einer ersten Etappe.¹¹ Er hatte keinen unmittelbaren Erfolg mit seiner Mission.

6. D Bose an Beust 6. XI. 53. Vgl. Meiboom 65 f.

7. D Bose an Beust 8. XI. 53. Bose vermutete, daß es sich um die „ständische Frage“ handeln werde.

8. W Dresden Berichte 9. X. 53.

9. D Bose an Beust 6. 8. XI. 53.

10. W Dresden Berichte 8. XII. 53; Krusemarck 17; Meiboom übergeht diese Reise.

11. Stuttg. Staatsarchiv, Degenfeld an Neurath 1. XII.; D Bose an Beust 8. XII. 53.

Pfordten deutete zwar an, „daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge wenn auch nicht ein fortdauerndes, doch ein engeres Bündnis der deutschen Mittelstaaten zur Notwendigkeit werden dürfte“, da „man dem Auftreten des Berliner Kabinetts einen festen Damm entgegenstellen müsse“.¹² Sogar König Max war nach dem Gespräch mit Beust der Meinung, daß man „zu einem entschiedenen Schritt selbst auf die Gefahr hin, in Berlin und in Wien etwas anzustoßen, werde greifen müssen“. Neurath stieß sich an dem Prinzip, das Beust mit der Koalition im Auge hatte, dem „fortdauernden, allgemeinen, engen Bündnis“.¹³ Bei der unentschlossenen Haltung Preußens und Österreichs aber hielten die Süddeutschen um ihrer eigenen Sicherheit willen einen so ungewöhnlichen Schritt noch nicht für angebracht. König Wilhelm von Württemberg faßte ihre Meinung dahin zusammen: „Bayern und Württemberg haben ihm [Beust] bestimmt erklärt, daß in diesem Augenblick von diesem Bunde keine Rede sein könne, wenn die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit nicht gefährdet werden [soll] und dann auch nur für einen bestimmten Zweck“.¹⁴ Da damit keine grundsätzliche Ablehnung der Koalition ausgesprochen war, blieb Beusts Zuversicht, daß die Zeit für ihn arbeiten werde, unerschütterlich. Im Stillen wirkte er weiter für seine Sache. Graf Görtz, der hessen-darmstädtische Gesandte, übernahm wieder die Vermittlung mit Dalwigk.¹⁵ Freiherr von dem Knesebeck, der hannoversche Vertreter in München, erwirkte nach einem Gespräch mit Beust bei seinem Chef, der erst wenige Tage im Amt war, die Zusage, daß Hannover mit den Mittelstaaten eine gemeinsame Politik verfolgen werde.¹⁶

Inzwischen beobachtete man bei ihnen die Entwicklung der Krise mit steigendem Mißbehagen. In dem Wiener Protokoll

12. Stuttgart Staatsar. Degenfeld an Neurath 17. XI.

13. Stuttg. Neurath an Degenfeld 4. XII. 53.

14. H. v. Poschinger, Aus der politischen Korrespondenz des Königs Wilhelm I. v. Württ. Deutsche Revue XXXI (1906) 141 f. Der Brief wird entgegen P.s Datierungsvorschlag aus dem Dez. 53 stammen.

15. W Dresden Berichte 8. XII. 53.

16. Hassell, Gesch. d. Königr. Hannover II/1 264 f.; D Knesebeck an Beust 21. XII.; Bose an Beust 22. XII. 53; Beust an Lenthe 24. III. 54.

vom 5. Dezember 1853 ergriffen Preußen und Österreich zum erstenmal scheinbar Partei gegen ihren alten russischen Verbündeten. Wenn es schon in Preußen vereinzelte Stimmen gab, die diese Interpretation eingestanden,¹⁷ so wurde das grundsätzlich Neue der Situation ungleich stärker noch von den kleineren Bundesregierungen empfunden. Ihnen wurde bei diesem Anlaß zum erstenmal deutlich, daß es sich in dem drohenden Kriege um eine Verschiebung der Kräftegruppierung handelte, die Europa fast ein halbes Jahrhundert beherrscht und auch ihre Existenz gesichert hatte. Beust gehörte seit den ersten Monaten des Konflikts zu den eifrigsten Verfechtern der russischen Politik in Deutschland.¹⁸ So sehr gefiel er sich in seiner Rolle eines „Ritters Rußlands“,¹⁹ daß man ihn in Paris und London ernstlich auf das Unzweckmäßige seiner lauten Parteinahme hinwies.²⁰ Die süddeutschen Staatsmänner teilten seinen Glauben an die Solidarität der konservativen Interessen. Namentlich König Wilhelm von Württemberg war bemüht, seinem russischen Verwandten nach Kräften Dienste zu leisten.²¹ Daneben beschäftigten sie aber auch realpolitische Erwägungen, die den andern Mittelstaaten ferner lagen. Bei der unsicheren Stellung Österreichs zu den großen Parteiungen beunruhigte sie vor allem das Schicksal Süddeutschlands im Falle einer französischen Invasion.²² Was aber alle kleineren Regierungen beinahe zur Verzweiflung brachte, war der Umstand, daß sie von Preußen und Österreich fast ganz ohne Mitteilung über den Ver-

17. Bismarck an Gerlach G. W. XIV/1 333.

18. Seine Stellungnahme in „Aus drei Viertel-Jahrh.“ I 181 ff. II 45 f., 50, 54 und die Darstellung seiner Anschauungen bei Ebeling, Beust I 225 ff. sind, wie ich im einzelnen nachprüfen konnte, mit größter Zurückhaltung zu verwerten.

19. W Dresden Berichte 28. I. 18. II. 54. Vgl. Sybel I, 337.

20. D Vitzthum an Beust 5. II. 54.

21. Krusemarck hat leider den im Stuttg. Staatsarch. liegenden Briefwechsel zwischen der Kronprinzessin Olga, der Tochter des Zaren, und Gortschakoff, damals russischem Gesandten in Stuttgart, nicht benutzt, wie er auch die Tätigkeit des Kronprinzenpaares im russ. Sinne an den deutschen und europäischen Höfen nicht in seine Untersuchung einbezieht.

22. D Bose an Beust 1. I. 54; Herzog Ernst, Aus meinem Leben II. 195; Krusemarck 8.

lauf der Ereignisse gelassen wurden. Die ständige Unsicherheit ließ sie befürchten, eines Tages vor Zumutungen gestellt zu werden, mit denen sie nie einverstanden sein konnten.

In dieser Atmosphäre wuchsen die phantastischsten Projekte, um die bedrohte Existenz zu sichern. In Stuttgart waren seit Beginn des Jahres der König und sein Minister von Neurath bemüht, eine Vereinigung der Mittelstaaten zu organisieren. In den Berechnungen König Wilhelms wurde die Allianz zwischen Österreich und Rußland als selbstverständlich vorausgesetzt. Er hoffte, um einerseits die russischen Bestrebungen nach einer Neutralitätserklärung Berlins und Wiens zu unterstützen und um andererseits sich vor Frankreich zu sichern, zwischen Preußen, Österreich und den süddeutschen Staaten ein Offensiv- und Defensivbündnis zustande zu bringen, zu dem die weniger unmittelbar bedrohten Regierungen Sachsen und Hannover später zugezogen werden sollten. Erst wenn die Zustimmung der größeren Mittelstaaten gesichert war, sollten die Einzelverträge, die gerade auch die außerdeutschen Besitzungen der Großmächte, praktisch also die Lombardei und Venetien, in den gegenseitigen Schutz einbezogen, vor den Bund gebracht werden. Eine Konferenz der mittelstaatlichen Minister war das nächstliegende Ziel.²³ In München²⁴ und Darmstadt²⁵ hatte der König zunächst unverbindlich seine Ideen mitgeteilt, ohne ein Echo auszulösen. Baden, das für eine Verbindung mit Preußen sich einsetzte, widerstrebte einem süddeutschen Bündnis.²⁶

Bei diesen Projekten handelte es sich lediglich um die Befriedigung eines augenblicklichen Partikularbedürfnisses. Von einer dauernden Praxis oder einer auf lange Sicht berechneten Organisation war keine Rede. König Wilhelm hoffte für den Fall, daß sich der Krieg mit Frankreich nicht vermeiden lassen würde, einen besonderen württembergischen Vorteil in Gestalt des Oberbefehls über das 8. Bundesarmee-korps und einen

23. W Stuttgart Ber. 29. I. 12. 25. II. 54; Varia, Handel an Buol 20. I. 54; vgl. Krusemarck 11. 21.

24. D Bose an Beust 8. II. 54.

25. D Dalwigk an Beust 17. II. 54.

26. Oncken, Großherzog Friedrich I 8.

Gebietszuwachs in Hohenzollern oder Baden zu erringen.²⁷ Neurath gab sich redliche Mühe, solchen übersteigerten Gelüsten seines Herrn dadurch zu begegnen, daß er auf den Anschluß an den Bund bedacht blieb.

Seit Ende Januar versuchte die Stuttgarter Regierung sehr energisch, Bayern zu einer Einladung an die Minister zu bewegen.²⁸ Bose, der ins Vertrauen gezogen worden war, schrieb an Beust: „Die Rollen sind vertauscht. Württemberg, das ewig zögernde, temporisierende Württemberg drängt zur Energie — freilich nur aus Furcht vor Frankreich — Bayern dagegen fürchtet, die Großmächte zu verletzen, wenn es seine Interessen und die seiner Verbündeten verteidigt“.²⁹ Beust faßte, um die württembergische Initiative zu unterstützen, sogleich eine Reise nach Süddeutschland ins Auge.³⁰ Auch sein Ziel war, auf dem Umwege über die Mittelstaaten Preußen und Österreich zu einer Erklärung in Frankfurt zu veranlassen und damit den Bund in das diplomatische Spiel einzuführen. In einer Denkschrift, die er in München überreichen ließ, entwickelte er seine Gedanken.³¹ Bose gab sich die größte Mühe, zusammen mit seinem württembergischen Kollegen Bayern zu einer Sonderaktion fortzureißen.³² Eine ernste Krankheit Pfordtens erschwerte die Verhandlungen sehr. Dem Staatsrat von Pelkhoven, der in seiner Abwesenheit die Geschäfte führte, hatte Pfordten die strikte Anweisung gegeben, sich in keine Verhandlungen über Ministerkonferenzen einzulassen.³³ Am 8. Februar nahm Bose die Entschließung des Königs Max entgegen: Er riet zu ruhigem Zuwarten in vollem Vertrauen auf

27. W Stuttgart, Varia, Handel an Buol 6. III. 54. Vgl. P. Stälin, König Wilhelm von Württ., Ztschr. f. allgem. Gesch. (1885) 358.

28. Die Einzelheiten bei Krusemarck 13—26.

29. D Bose an Beust 8. II. 54. Vgl. Meiboom 67.

30. W Dresden Berichte 13. II. 54.

31. D „Programm für die diesseits beantragte, aber nicht zu Stande gekommene Konferenz Febr. 1854.“

32. D Bose an Beust 22. I. 8. II. 54.

33. Stuttg. Staatsarchiv, Ow an Neurath 7. II. 54. Die Anschauung, als sei Pelkhoven im Gegensatz zu Pfordten eher für die Verwirklichung einer mittelstaatlichen Politik eingetreten (Krusemarck 19), ist in nichts begründet. Vgl. auch Meiboom 68.

die deutschen Mächte. Eine Ministerkonferenz gebe nur zu Mißtrauen Anlaß. Solange die Verhandlungen noch schwebten, könne man nicht gut Mitteilungen aus Berlin und Wien erwarten. Er hielt es für zweckmäßig, einstweilen die Bundestagsgesandten so zu instruieren, daß sie „sich gegenseitig über die beim Eintritt gewisser Eventualitäten an den Bund zu bringenden Anträge rechtzeitig verständigten“.³⁴ Ein nichtssagender Vorschlag! Die schriftliche Ablehnung der Koalitionspläne enthielt als weiteres Argument, daß die Mannigfaltigkeit der mittelstaatlichen Interessen keine Einmütigkeit garantiere.³⁵ Sowohl Bose als auch der württembergische Gesandte wurden daraufhin angewiesen, jede weitere Anregung in dieser Sache zu unterlassen.

Dieser abermalige Versuch Beusts zur Wiederbelebung der Koalition der Mittelstaaten bietet deutlich den Eindruck von Hast und Überstürzung. Die Kürze der Zeit gestattete es weder, Dalwigk, seinen alten Freund und Gesinnungsgenossen, den die württembergische Rivalität schon beunruhigt hatte,³⁶ zu benachrichtigen, noch um den Beistand Hannovers zu werben, an dem ihm als Gegengewicht gegen die süddeutsche Gruppe besonders viel liegen mußte. Es deutet alles darauf hin, daß erst der württembergische Vorschlag bei Beust Schritte auslöste, um seinen aufs Ganze gehenden Ideen eine Zukunft zu sichern. Die Partikularaktion aufzugeben, fiel ihm daher nicht besonders schwer.

Die Argumente, mit denen Beust die Notwendigkeit der Koalition rechtfertigte, blieben darum doch bestehen. Die französisch-österreichische Diplomatie schien es darauf abgesehen zu haben, ganz Deutschland in einen Krieg mit Rußland zu treiben, meinte er. Dieser Fall mußte Preußen einen Weg öffnen zur Fortführung seiner Unionspolitik. Griff Österreich auf der Seite der Westmächte in den Krieg ein, so neigten die Mittelstaaten selbstverständlich dem neutralen Preußen zu. Nur mit dem übrigen Deutschland vereint, konnte Preußen, so fürchtete Beust, den österreichischen Wünschen ein bedeuten-

34. D Bose an Beust 9. II. 54.

35. D Bose an Beust 10. II. 54.

36. D Dalwigk an Beust 17. II. 54.

des Gegengewicht bieten. Dieses Bündnis war wiederum nicht ungefährlich, denn die Mittelstaaten selbst schienen damit das Berliner Kabinett „zum alleinigen Hüter und Schirmherrn Deutschlands zu machen“.³⁷ Um dem moralischen Gewinn Preußens zuvorkommen, drängte Beust daher weiter auf den gesonderten Zusammenschluß der Mittelstaaten.³⁸ Österreich sollte nicht allein seine Stellung in Deutschland erhalten bleiben, die Koalition sollte es auch aus der verhängnisvollen Freundschaft mit den Westmächten lösen. Erklärte sie den unbedingten Willen zur Neutralität selbständig neben Preußen, so blieb dem Kaiserstaat kaum ein anderer Entschluß übrig.

Sobald dieser Druck spürbar wurde, mußte sich Österreich zur Wehr setzen. „Die Grenzen Deutschlands sind gegenwärtig nicht gefährdet“, schrieb Buol. „Verabredungen zwischen den deutschen Mittelstaaten scheinen uns . . . den Zweck, die Einheit des Handelns des gesamten Bundes zur Wahrung der gemeinsamen Belange im voraus möglichst sicherzustellen, für den Augenblick eher beeinträchtigen als fördern zu können“.³⁹ Für den Fall, daß Österreich gemeinsam mit den Westmächten handeln müßte, während Preußen untätig beiseite stände, forderte er: „Wir würden dann nicht München oder Dresden, sondern Wien für den geeigneten Ort einer Zusammenkunft der deutschen Minister halten und den offenen Anschluß der deutschen Regierungen an unsere Politik verlangen, wodurch dann auch sicherlich Preußen zu einer bestimmten Entschliebung sich hingedrängt fühlen würde“.⁴⁰

Der österreichische Vorstoß gegen die Koalition hatte vollen Erfolg. Zum großen Teil lag er aber darin begründet, daß zur gleichen Zeit von Berlin und Wien die so sehnlichst verlangten Nachrichten ausgingen.⁴¹ Der König von Württemberg leistete als einziger Widerstand. Dem geforderten bedingungslosen Anschluß an den Kaiserstaat gegenüber betonte er das Recht des Bundes auf eigene Politik. Die bayerische und

37. W Dresden Ber. 28. II.; D Beust an Könneritz 11. III. 54.

38. D Beust an Lenthe 24. III. 54.

39. W Gesandtschaftsarchiv Dresden Zirkular 10. II. 54.

40. W Dresden Weisung 25. II.; Stuttgart Wsg 2. III.

41. D Buol an Kuefstein Zirkular, Manteuffel an Redern Zirk. 9. II. 54.

sächsische Weigerung, nicht der österreichische Einspruch veranlaßte ihn, die alten Pläne vorläufig nicht weiter zu verfolgen.⁴² Minister Lenthe in Hannover, der gar nicht direkt zur Teilnahme an der Koalition aufgefordert worden war, hatte nie ernsthaft an das Zustandekommen geglaubt.⁴³ Dalwigk, der immer auf die Stärkung des Bundes um des „patriotischen“ Bedürfnisses willen hinwies, erklärte sich „vollkommen einverstanden“ mit den österreichischen Anschauungen.⁴⁴ Fürst Wittgenstein war ebenfalls der Überzeugung, „daß zu einer solchen Besprechung [der Minister] eine gegründete Ursache nicht mehr vorliegen dürfte“.⁴⁵ In Karlsruhe stimmte man jetzt so wenig wie früher den Beustschen Ideen zu.⁴⁶ Bayern allein hatte die Genugtuung, seine selbständige Ablehnung von Österreich ⁴⁷ gutgeheißen zu sehen.

Es entsprach der preußischen Politik, die sich des Bundes als Hemmschuh für die österreichische Aktivität bediente, daß Manteuffel mit den Urhebern der Koalition nicht streng ins Gericht ging. Mit einer Warnung vor einer Sonderpolitik in Dresden und Stuttgart ließ er es bewenden.

Beust dachte nicht entfernt daran, seine Versuche, die Tätigkeit und das Ansehen des Bundes zu beleben, aufzustecken. Als am 9. Februar zum erstenmal nach Monaten wieder eine Mitteilung an die einzelnen Kabinette gelangte, verwahrte er sich genau so wie früher gegen den Mitteilungsmodus: Nicht die einzelnen Höfe, sondern Frankfurt war der Ort, wo die Regierungen Mitteilungen der Großmächte und Preußen und Österreich die Stellungnahme ihrer Bundesgenossen entgegenzunehmen hatten.⁴⁸ Gerade erst verwarnt, hatte er nichts Eiligeres zu tun, als seine Mitverbündeten zu gleichlautenden Äußerungen zu bewegen.⁴⁹ Von allen Seiten wurde in Berlin und

42. W Stuttgart Ber. 17. 19. II. 7. III. Wsg 2. III.; D Neurath an Beust 20. II. 54.

43. W Hannover Ber. 12. 15. II. 54.

44. W Darmstadt Ber. 13. II. 54.

45. W Darmstadt, Wittgenstein an Lützow 16. II. 54.

46. W Karlsruhe Ber. 17. II. 54.

47. W Dresden Ber. 18. 23. II. 54; Stuttgart Ber. 19. II. 54.

48. D Beust an Hohenthal 15. II. 54.

49. D Beust an Nostitz 12. II., an Bose 12. 13. II. 54.

Wien das Recht auf eine selbständige, nicht erzwungene Neutralität betont.⁵⁰ Bei den Koalitionsfeindlichen wies man sogar darauf hin, daß eine bloß formale Beteiligung des Bundes das beste Mittel sei, um Sonderbündelei zu verhindern.⁵¹ Pfordten hätte die Vernachlässigung der Bundesversammlung gern in Kauf genommen, wenn er dafür mehr auf dem Laufenden gehalten worden wäre.⁵² Über die Rolle des Bundes aber gab er sich am allerwenigsten Täuschungen hin. Zu Bose äußerte er: „Der Bund sei seiner ganzen mangelhaften Organisation nach nicht berufen, in die Fragen europäischer Politik handelnd einzugreifen, er müsse sich vielmehr bescheiden, seine beiden mächtigsten Mitglieder, die in sich zugleich die Eigenschaft europäischer Großmächte vereinigten, in seinem Namen an denselben teilnehmen zu lassen und in ihnen Deutschland gleichsam verkörpert zu sehen. So demütigend dies auch für die Mittelstaaten sein möge, so kenne er für seine Person kein Mittel, um diesem Übelstande abzuhelpen. In einer Versammlung, in der Hamburg, Lübeck, Lichtenstein usw. als selbständige Mitglieder säßen, könne man den deutschen Großmächten nicht zumuten, über den Gang ihrer Politik eher Beratungen zu pflegen, als bis dieselben, bei einem bestimmten Wendepunkt angelangt, oder, um es beim wahren Namen zu nennen, dem Bunde die Rolle zu bezeichnen sei, die er in dem europäischen Drama zu übernehmen haben werde. Er wolle freilich sehr gerne zugeben, daß es der Würde des Bundesorgans angemessen sei, wenn die deutschen Großmächte ihm von Zeit zu Zeit . . . über den Gang der Verhandlungen Mitteilungen machen wollten. Dies hinge aber von ihrer freien Willkür ab und [es] besitze der Bund im Weigerungsfalle kein Mittel, sie dazu zu zwingen.“ Aus der Einsicht in die Ohnmacht des Bundes schöpfte er die Hoffnung, daß Bayern mit seinem Heer von 100 000 Mann in den kommenden Kriegsfällen ihn nicht so nötig haben werde wie andere deutsche Staaten.⁵³

50. D Bose an Beust 13. II., Neurath an Beust 20. II. Lenthe an Knyphausen 18. II.; W Stuttgart Neurath an Hügel 17. II. Bericht 25. II. 54.

51. W Hannover Bericht 12. II., Karlsruhe Ber. 6. III.

52. W München Ber. 12. III. 54.

53. D Bose an Beust 24. III.; fast wörtlich ebenso Stuttg. Degenfeld an Neurath 25. III. 54.

Beust war dagegen nach wie vor geschäftig. Nachdem die Koalition vereitelt worden war, legte er zu seiner Rechtfertigung seine Gedanken in einer ausführlichen Denkschrift nieder,⁵⁴ die, in erster Linie für Wien bestimmt, allen deutschen Regierungen mitgeteilt wurde, um dem Schaden vorzubeugen, den der österreichische Vorstoß seiner Sache bereitet hatte. Buol würdigte ihn allein einer ausführlichen, aber nichtssagenden Antwort, die ihn noch einmal auf Frankfurt als den zu Beratungen allein geeigneten Ort hinwies.⁵⁵ Dalwigk bedauerte es, daß Beusts Depesche nicht zur Veröffentlichung bestimmt sei, denn „sie würde der Nation den Beweis liefern, bei welchen Regierungen sie die aufrichtigste Teilnahme an ihren Interessen, den wahrhaft deutschen Sinn zu suchen hat“.⁵⁶

54. D Beust an Könneritz 28. II. 54.

55. W Dresden Weisungen 18. III. 54.

56. D Dalwigk an Beust 9. III. 54.

3. Die Bamberger Konferenz.

Trotz des tiefen Schweigens an den kleinen Höfen lag der Gedanke einer besonderen Politik der Mittelstaaten zur Klärung der Situation gleichsam in der Luft. Von den verschiedensten Seiten und infolge der mannigfaltigsten Anlässe strebte man immer wieder einem Ziele zu, das formal mit dem Beusts die größte Ähnlichkeit hatte. Darin lag freilich ein Unterschied, daß Beust prinzipiell über den konkreten Anlaß hinaus auf eine Reform des Bundes im Sinne der Verlebendigung des Gegebenen hindrängte, während alle anderen Versuche auf die Lösung einer aktuellen Bedrängnis sich beschränkten.

König Georg von Hannover hatte sich bisher aus Sorge, durch die Koalition in seinen freien Entscheidungen beschränkt zu werden, von allen derartigen Bestrebungen ferngehalten. Die ständigen Verhandlungen der Vertreter von England, Frankreich, Österreich und Preußen in Wien schafften, so besorgte er, auf die Dauer eine solche Gewöhnung und Identität der Interessen, daß es fraglich erschien, ob die deutschen Mächte aus der Verknüpfung sich wieder zu lösen vermöchten, wenn die Auseinandersetzung mit den Waffen beginnen sollte. Griffen sie mit in den Krieg ein, so war es ausgeschlossen, daß die übrigen Staaten des Bundes Neutralität wahrten. Angesichts dieser Gefahr durfte der Bund nicht länger zögern, Maßnahmen für die Erhaltung seiner Selbständigkeit zu beraten. Er forderte nichts als sein gutes Recht, wenn er Mitteilungen an der verfassungsmäßig dazu bestimmten Stelle verlangte.¹

Aber wohin sich auch der sonst so vorsichtige Lenthe wenden mochte,² Pfordten,³ Beust⁴ und Neurath⁵ versagten sich

1. D Lenthe an Knesebeck 4. III. 54; Krusemarck, 124 f.

2. D Lenthe an Knesebeck 4. III. 54.

3. D Bose an Beust 9. 12. 13. III. 54.

4. D Beust an Bose 11. III., an Lenthe 12. III. 54.

5. D Bose an Beust 19. III., W Stuttg. Ber. 24. III. 54.

ihm nacheinander. Die gekränkte Eitelkeit ließ den hannoverschen König nicht ruhen. „Rüstet euch, ist alles, was man uns sagt“, klagte er, „zum vorläufigen Meinungsaustausch werden wir nicht für würdig befunden“.⁶ Da es für seine Regierung ausgeschlossen war, für die Herrichtung der Truppenausrüstung von der Kammer einen Kredit zu erhalten, wenn je Rüstungen notwendig werden sollten, und ein Bundesbeschluß sie von der Landesvertretung unabhängig machte, war ihr eine Aufforderung aus Frankfurt, sich zur Wahrung der deutschen Unabhängigkeit bereit zu halten, sehr erwünscht.⁷ Schließlich war auch die Furcht vor Preußen für das starre Festhalten an dem einmal gefaßten Plan maßgebend. „Der Bund, zum Stillschweigen verdammt, ist gelähmt, tatsächlich mindestens geschwächt“, schrieb Lenthe. „Mag es ein Gespenst sein, aber die Unionspolitik von 1849 scheint mir nicht ferne zu stehen“.⁸ Die von Preußen strenger als von Österreich beobachtete Neutralität verschaffte ihm auf alle Fälle einen solchen Vorsprung vor der Präsidialmacht, daß eine größere Gefolgschaft unter den Kleinstaaten daraus zu besorgen war.⁹

Die Furcht vor Preußen war in Wahrheit unbegründet; denn die amtliche Berliner Politik war von dem, was man allenthalben von ihr erwartete, weit entfernt. Auch im Ausland hielt man es für eine Selbstverständlichkeit, daß Preußen die Gelegenheit benutzen werde, um sein Verhältnis zu Österreich zu verbessern.¹⁰ Napoleon war um den Preis des Anschlusses an Frankreich zu Zugeständnissen in diesem Punkte bereit.¹¹ Bismarck hatte seinem österreichischen Kollegen gegenüber nachdrücklich vertreten, „daß für Preußen die Erringung einer richtigen Stellung in Deutschland das Ziel aller Politik und die Hauptaufgabe im gegenwärtigen Zeitpunkt sein müsse“.¹² Prokesch

6. W. Hannover Ber. 19. III. 54.

7. Preuß. im Bundestag I 370 f.; Bismarck G. W. I 438; Bismarck an Gerlach G. W. XIV/1, S. 333.

8. Lenthe an Beust 20. III. 54.

9. W. Hannover Ber. 13. 19. III. 54.

10. Droysen, Briefwechsel II, 249.

11. Herzog Ernst, Aus meinem Leben II, 137 ff.

12. Prokesch, Briefe 362.

selbst hielt eine Verständigung über eine vernünftige Abgrenzung der beiderseitigen Machtbefugnisse in Deutschland für ganz in der Ordnung.¹³ Er war schließlich überzeugt, daß Preußen „Deutschland durch die Lockungen des Friedens an sich ziehen — faktisch das Gagernsche Projekt der Ausscheidung Österreichs erneuern — uns womöglich recht tief hineinreiten und dann im Trüben die Hegemonie herausfischen“ werde.¹⁴ Nächste Bismarck war Graf Pourtalès der einzige preußische Diplomat, der aus der orientalischen Verwicklung Vorteile für Preußen in der deutschen Frage erstrebte: die Freiheit zur Anbahnung eines wahren Bundesstaates, im Kriegsfall die Übertragung des militärischen Oberbefehls an Preußen und die Bewilligung der Heereskosten durch einen aus den Kammern aller Bundesstaaten gebildeten Ausschuß.¹⁵ Zur Realisierung aller solcher Projekte aber hätte es einer einheitlicher disziplinierten und furchtloseren Politik bedurft.

Mit großer Sorge beobachtete Beust, daß Preußen mit seiner Neutralitätspolitik den Interessen der deutschen Staaten in viel höherem Grade diene als Österreich mit seiner unklaren Parteinahme. Seitdem Anfang März der westlich orientierte Londoner Botschafter von Bunsen abberufen und der Kriegsminister von Bonin entlassen worden war, war nicht mehr zu befürchten, daß sich Preußen auf die Seite der Westmächte neigen werde. Aber es hatte einen beträchtlichen Vorsprung vor Österreich in seiner deutschen Politik gewonnen. In Wien wies Beust nachdrücklich darauf hin. „Das kaiserliche Kabinett kann wie immer so auch jetzt auf die ergebene und bundestreue Gesinnung von unserer und sicherlich auch von seiten der uns näher befreundeten Regierungen zählen“, schrieb er. „Ich wiederhole aber nochmals die auf Überzeugung und Erfahrung beruhende Behauptung, daß eine Erneuerung des Darmstädter

13. Bismarck G. W. I 431.

14. Prokesch, Briefe 362.

15. Borries, Preußen im Krimkrieg 76—78; Bogislaw (= Lothar Bucher), Der Rücktritt Bunsens von dem Londoner Posten, Deutsche Revue VII (1882) 154 f., der die über das Oberkommando hinausgehenden Angaben verwirft.

Verfahrens unter solchen Konjunkturen allein die nötige Aussicht auf Erfolg bietet“.¹⁶

Langsam brachte Beust seine Sache bei seinen Gesinnungsfreunden wieder in Erinnerung. Als ihm Dalwigk Anfang März den Grafen Görtz schickte, veranlaßte ihn Beust, sich sogleich nach Hannover zu begeben.¹⁷ Bismarck, der dort die Bedingungen für den Anschluß an ein preußisch-österreichisches Bündnis sondierte, entwickelten Lenthe und Lütcken ein Triasprogramm, das er der Einwirkung des Grafen Görtz zuschrieb.¹⁸ Die Entscheidung darüber, wann deutsche Interessen verletzt wären, gedachte Lütcken nicht den beiden Großmächten zu überlassen. Er wünschte einen solchen casus belli von drei Stimmen zu entscheiden, von denen die dritte einem oder mehreren Vertretern der Mittelstaaten zufallen sollte. Doch ließ er durchblicken, daß das ganze Manöver nur angestellt werde, um der Form Genüge zu tun, d. h. die Souveränität der großen Bundesstaaten zu wahren. Sollte Österreich in einen Krieg verwickelt werden, den das übrige Deutschland nicht billigte, so wollte Hannover mit den anderen Bundesgenossen auch unter der Führung Preußens Neutralität wahren.

Die über drei Wochen sich erstreckenden Verhandlungen zwischen Berlin und Wien über ein Schutz- und Trutzbündnis, das am 20. April zum Abschluß gebracht wurde, öffnete den Mittelstaaten endlich die Chance, auf die Beust seit langem gewartet hatte.¹⁹ Sein ganzes Bestreben war dahin gerichtet, für den Fall, daß die beiden Großmächte wirklich eine gemeinsame Position beziehen sollten, den Bund in seinen Rechten nicht verkümmern zu lassen.²⁰ Überraschenderweise begegnete er diesmal in München keinem Widerstand. Im Gegenteil, auch

16. D Beust an Könneritz Privat 11. III. 54.

17. W Dresden Ber. 9. 13. 29. III., Hann. Ber. 19. 25. III.; Bismarck G. W. I, 438.

18. Preußen im Bundestag I, 370. 372. W Hann. Ber. 23. 25. 31. III, 54.

19. Ich verzichte auf eine ausführliche Darstellung der Bamberger Konferenz. Meiboom (70—82) bietet sie auf Grund der bayerischen Akten, Krusemarck auf Grund des württ. Materials, leider ohne M. zur Kenntnis zu nehmen. Die Selbständigkeit der bayerischen Initiative muß gegen Meibooms Darstellung hervorgehoben werden. Vgl. auch Eckhart 69—70.

20. D Hohenthal an Beust Privat 7. IV. 54.

dort faßte man seit Anfang April Ministerkonferenzen für den Zeitpunkt ins Auge, wenn die Anträge der Großmächte für den Bund erst vorliegen sollten.²¹

Diesen Umschwung hatte König Max selbst bewirkt. Pfordten, der zur Kur in Lindau weilte und erst am 1. Mai wieder die Geschäfte übernahm,²² konnte während seiner Abwesenheit auf seinen Herren nicht den Einfluß ausüben, wie es unter normalen Verhältnissen wohl möglich gewesen wäre. Der König, den das Schicksal seines Bruders, des Königs Otto von Griechenland, beunruhigte und der darum für Bayern auf dem zukünftigen Friedenskongreß Sitz und Stimme bei Friedrich Wilhelm IV. begehrte, gab am 16. April schon überraschend die Anweisung, sein Ministerium solle sich sofort mit den anderen Mittelstaaten verständigen, was auf die zu erwartenden Beschlüsse der Großmächte hin zu tun sei. Er wollte sich nicht überraschen lassen. Pelkhoven hatte Mühe, ihn davon zu überzeugen, daß man die Ergebnisse der preußisch-österreichischen Verhandlungen erst kennen müsse, bevor man zu ihnen Stellung nehmen könne.²³ Auch sonst war es sein Bestreben, die Nervosität allenthalben zu beschwichtigen. Als Beust unmittelbar nach Bekanntwerden des Vertrages vom 20. April in München anfragte, ob jetzt die Konferenz der Minister einberufen werde,²⁴ vertröstete er ihn noch so lange, bis die Erklärung der beiden Großmächte in extenso vorliege.²⁵

Als Pfordten endlich die Geschäfte wieder übernahm, waren ihm die Hände schon gebunden: Er mußte eine Politik weiterführen, die der König befahl und zu der der Minister sich aus freien Stücken vielleicht nicht entschlossen hätte. Allein aus dieser Reserve wird sein Verhalten in den kommenden Wochen verständlich. Das Drängen des Königs wird ihn wiederum veranlaßt haben, bereits am 5. Mai, also noch bevor

21. D Bose an Beust 8. IV. 54.

22. Krusemarck S. 29 ist zu berichtigen.

23. D Bose an Beust 17. IV. 54.

24. D Beust an Bose 23. IV. 54.

25. D Pelkhoven an Bose Privat 23. IV., Bose an Beust 24. IV. 54. Von einem „Nachgeben“ Bayerns (Meiboom 70) kann also keine Rede sein.

die offiziellen Eröffnungen aus Berlin und Wien vorlagen, die Minister nach Bamberg einzuladen.²⁶ Beust hatte längst mit ausdrücklicher Zustimmung Münchens²⁷ durch eine besondere Mission seines Berliner Gesandten, des Grafen Hohenthal, Hannover für ein gemeinsames Vorgehen der Mittelstaaten gewonnen, wenn auch die Freudigkeit dazu nicht gerade groß war.²⁸ Selbst um beide Mecklenburg zu werben, ließ er sich nicht verdrießen; doch verstand es Pfordten, dem der ausgesprochen russische Einfluß auf der Konferenz zu stark werden mochte — der Herzog Georg von Mecklenburg war Flügeladjutant des Zaren — diese Einladung zu hintertreiben.²⁹

Am Himmelfahrtstage, den 25. Mai 1854, traten in Bamberg Pfordten, Beust, Lenthe, Neurath, Dalwigk, der Kabinettsrat von Meyer für Kurhessen und Fürst Wittgenstein für Nassau zusammen.³⁰ Die an die kleineren Regierungen ergangenen Einladungen waren wirkungslos geblieben: Braunschweig, um das sich Lenthe bemüht hatte, verzichtete,³¹ und auch Bülow telegraphierte im letzten Augenblick verstimmt ab.³² Beust und Pfordten trafen schon am 24. in Bamberg ein, um sich über ihre Taktik zu verständigen. Die erste Sitzung fand am 26. statt.

Wenn Beust damit gerechnet hatte, daß die Mittelstaaten freudig kommen würden, so sah er sich sehr bald schwer enttäuscht. Der König von Württemberg war nicht schlecht verärgert darüber, daß Bayern und Sachsen ihm jetzt mit der Opposition der kleineren Staaten zur Stützung seines russischen Verwandten den Rang abliefen. Die Aprilkonvention und namentlich der unklare Zusatzartikel hatten ihn verstimmt, konnte

26. D Zirkular 5. V. 54.

27. D Beust an Bose 11. 15. IV., Bose an Beust 11. 17. IV. 54.

28. D Hohenthal an Beust 15. 16. 17. IV. 54. König Georg verlangte für die zukünftigen Friedenskonferenzen für jedes der Königreiche einen selbständigen Vertreter.

29. D Beust an Bose 22. IV. 2. V., Bose an Beust 29. IV. 3. 6. 17. 19. V., Bülow an Beust 12. V., Beust an Bülow 20. V. 54.

30. Der ursprünglich in Aussicht genommene Termin, der 29., wurde auf Wunsch Hannovers, nicht auf Grund einer Beustschen Intrige (Meiboom 74) aufgegeben.

31. D Beust an den König 26. V. 54.

32. D Bose an Beust 23. V., Bülow an Beust 25. V. 54.

er darin doch nichts anderes erblicken als einen Triumph Österreichs über Preußen. Auch traute er nun dem Frieden zwischen den beiden Großmächten nicht recht. Von einem Beitritt zum Bündnis wollte er nichts wissen.³³ Nur das Solidaritätsgefühl mit den Mittelstaaten ließ ihn die Konferenz beschicken. Es geschah in dem Bewußtsein, daß sie nicht zu Beschlüssen ermächtigt war; ihre Vorschläge konnte er als letzte Instanz immer noch ablehnen.

In Hannover hatte man schon seit langem den Eindruck nicht verwinden können, daß das Unternehmen der Mittelstaaten nichts als Unannehmlichkeiten bringe. Nach langen Besprechungen erst entschied sich der Ministerrat gegen die Stimme seines Präsidenten von Lütcken für die Entsendung eines Vertreters nach Bamberg. „Von der Überzeugung durchdrungen, daß es seine Stellung bloß auf dem Wege des Rechts, nicht aber durch Streben nach eventueller Machtvermehrung zu bewahren vermöge, wird Hannover nach dem Willen S. M. des Königs die Beratungen in Bamberg beschicken, jedoch mit Ausweichen aller solcher Tendenzen, welche dem obigen Grundsatz widersprechen“. Das war das Programm, das Lenthe mitbrachte. Er hatte sogar nach München zu verstehen gegeben, daß er sich an Besprechungen über allgemeine Bundesangelegenheiten nicht beteiligen werde.³⁴

Dalwigk entschuldigte sich förmlich bei dem österreichischen Gesandten für seine Teilnahme: Es läge in den Gewohnheiten seiner Regierung, sich nur ungern von den Mittelstaaten zu trennen, namentlich dann nicht, wenn Bayern die gemeinsame Sache führte. Er war der Überzeugung, daß das Zusammenhalten der Mittelstaaten mit der Bamberger Konferenz sein Ende finden werde. Von Sachsen und Württemberg lägen Anzeichen vor, als verfolge man dort Tendenzen, die man in Darmstadt nicht billige.³⁵

Hinter ihm stand auch Kurhessen, mit dessen Vertreter er sich schon vorher verständigt hatte. Meyer war der Ansicht:

33. W Stuttgart Berichte 21. 24. 27. 29. V. 54.

34. W Hannover Berichte 12. 14. 16. 19. 21. V., D Bose an Beust 23. V. 54.

35. W Darmstadt Berichte 16. 21. 23. V. 54.

„Die Konferenz hätte füglich unterbleiben können“.³⁶ Sie hatte in seinen Augen nur den Zweck, Gleichheit in der Form der Beitrittserklärung zu dem preußisch-österreichischen Schutz- und Trutzbündnis herbeizuführen, ein Zweck, „der auch leicht schriftlich zu erreichen gewesen wäre“. Man hatte in Kassel lange geschwankt, ob man die Besprechung überhaupt beschicken sollte, sich aber schließlich „mit Rücksicht auf die anderen Mittelstaaten“ doch dazu entschlossen in der Absicht, auf eine einfache Annahme der Vorschläge zu dringen.

Baden war in diesem Falle mit dem von Berlin und Wien geübten Verfahren nicht einverstanden: Der Bund allein sollte Teilnehmer des Vertrages werden. Prinzregent Friedrich, der die Absichten Sachsens wohl durchschaute, beschickte die Konferenz, um mit seinem Einfluß gefährliche Tendenzen unschädlich zu machen. Er drohte damit, Sonderbestrebungen im Sinne der Trias zu veröffentlichen.³⁷

Selbst die von Beust und Pfordten nach außen zur Schau getragene Einigkeit war im Grunde nur Schein. Pfordten war zwiegespalten. Sein ganzer bayerischer Stolz bäumte sich dagegen auf, das dritte Deutschland als „bloße Werbebezirke der beiden Großmächte“ behandelt zu sehen. „Zu dieser Rolle könnten sich die Mittelstaaten nicht erheben,“ meinte er; „dann wäre es ebenso gut, man ließe sie gar nicht abstimmen und der Bund bestünde nicht, was Bayern dann gestatten würde, eine unabhängige Stellung in Deutschland einzunehmen wie etwa Belgien, Piemont oder Dänemark“.³⁸ Wenn das gemeinsame Organ nur ein stummes Werkzeug in der Hand der Großmächte, eine „Mediatisierungsanstalt“ werden sollte, dann würde Bayern sogar „als erste Macht auf die Vernichtung des Bundes hindeingen, um eine unabhängige Stellung wieder zu erlangen, für die ihr der Bund, auf eine so untergeordnete Rolle angewiesen, gar kein Ersatz böte“.³⁹ Zugleich war dem Minister aber die Ohnmacht seines Staates nicht verborgen. Er bekannte: „Er gehe ... von der Meinung aus, man müsse zwar seine

36. W Kassel Berichte 22. 26. V. 54.

37. Oncken, Großherzog Friedrich I 11 f.

38. W München Bericht 14. V. 54.

39. W München Bericht 2. VI., Darmstadt Ber. 7. VI. 54.

Stellung und seine Würde wahren, aber seine Kräfte nicht überschätzen. Ein solches Verfahren könne leicht zur Folge haben, daß wir durch den Gang der Ereignisse *gezwungen* würden, die Opfer zu bringen, die der freiwillige Beitritt zum Bündnis uns allerdings unter gewissen Umständen auch auferlegen könne. Der zu sehr an Bedingungen geknüpfte Beitritt sei daher ohne praktischen Nutzen und bringe uns außerdem in eine unangenehme Stellung den beiden deutschen Mächten gegenüber“.⁴⁰

Beust war der einzige, der ein ganz feststehendes Programm verfolgte. Die Zustimmung des Bundes kam für ihn erst dann in Betracht, wenn eine sichere Auslegung des Vertragstextes, namentlich des *casus foederis* im Zusatzartikel gegeben war und die Aufforderung zur Einstellung des kriegerischen Vorgehens sowohl nach Westen als auch nach Osten erging. Erst wenn diese Bedingungen erfüllt waren, war mit der Einigkeit Deutschlands der Dualismus Preußen-Österreich wirklich aufgehoben.⁴¹ Beust hoffte, „daß den Westmächten durch eine expektative Politik des kompakten gesamten Deutschland in ihrem Vorgehen ein Zaum angelegt“ und Österreich in seiner offenbaren Hinneigung zu den Westmächten gemäßigt werden könnte.⁴² Ohne Zweifel entsprach dieses Programm auch den Wünschen der anderen Mittelstaaten. Beust unterschied sich nur in dem Punkte von ihnen, daß er mit mehr Schneid als seine Kollegen die als richtig und notwendig erkannte Politik auch gegen den Widerstand der Großmächte durchzufechten bereit war.

Durch die ganze Konferenz zog sich der Kampf der beiden Männer. Auch darin blieb Pfordten zwiespältig, daß er auf der einen Seite den Aktivismus des sächsischen Kollegen herabzumindern bestrebt war, dessen diplomatischen Künsten er doch nicht immer entging, aber auf der andern um des bayerischen Ansehens willen nicht zu sehr hinter seiner Radikalität zurückbleiben durfte. Beust war daher die eigentliche Seele der Konferenz. Bereits in der Vorbesprechung am 24. Mai erlebte er die Genugtuung, daß Pfordten seine persönlichen An-

40. D Bosc an Beust 20. V. 54.

41. W Dresden Bericht 14. V. 54

42. W Dresden Bericht 17. V. 54.

schauungen um der Gemeinsamkeit willen nach anfänglichem Widerstreben zurückstellte. Sie kamen überein, statt der von Bayern vorgesehenen unverbindlichen Anfragen bei den deutschen Großmächten, einer Eingebung Preußens folgend,⁴³ identische Noten aller Konferenzteilnehmer nach Berlin und Wien vorzuschlagen.⁴⁴ Das entsprach in etwa auch den Wünschen der übrigen Minister: Sie wollten die Würde ihrer Souveräne wahren, indem sie nicht ohne Umstände den Beitritt vollzogen in der Hoffnung, Rußland mit der Einigkeit Deutschlands zum Nachgeben zu bewegen.⁴⁵ Wie ernst es selbst Pfordten mit der Rolle in der europäischen Politik war, bedeutet die Tatsache, daß er sich am zweiten Tage der Konferenz direkt nach Berlin und Wien wandte mit der Bitte, die Absendung der Aufforderung an Rußland, die Donaufürstentümer zu räumen, so lange hinauszuzögern, bis der Beitritt des Bundes zum Schutz- und Trutzbündnis gewährleistet sei, weil er sich davon eine heilsame Einwirkung auf die Entschließungen des Zaren versprechen mochte.⁴⁶

Die von Beust verfaßte identische Note, auf die man sich schließlich einigte, nachdem Dalwigk und Meyer auf Beusts Drängen Abänderung ihrer Instruktion beantragt hatten, ließ die Frage offen, ob die mittelstaatlichen Vorbehalte den Charakter der Bedingung, der bloßen Erwägung, der selbstverständlichen Voraussetzung oder der Ratschläge haben sollten. Wenn die erbetenen Antworten der Großmächte die gewünschten Auskünfte nicht bringen sollten, so wollte man, falls nur in unbedeutenden Punkten Ausstellungen zu machen waren, trotzdem beitreten. Bei grundsätzlichen Verschiedenheiten sollte eine zweite Konferenz in Frankfurt zusammentreten und dort mit den österreichischen und preußischen Vertretern so lange verhandeln, bis eine Einigung möglich sei. Bayern sollte entscheiden, ob eine erneute Beratung notwendig war. Für den

43. D Hohenthal an Beust Privat 14. V. 54.

44. Über die intimeren Vorgänge in Bamberg unterrichten Beusts Berichte an den König (D) 26. 27. 30. V. 54.

45. D Bose an Beust 13. V.; W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 29. V. 54.

46. W Dresden Berichte 2. 4. VI., Weisungen 17. VI.; D Könneritz an Beust 1. VI., Bose an Beust 3. VI. 54; Meiboom 77 f.

Fall, daß die deutschen Mächte die Wünsche der Mittelstaaten überhaupt nicht berücksichtigten, wollte man weder einzeln noch am Bunde beitreten, sondern sich bei einem auswärtigen Angriff nur auf die Defensive beschränken.⁴⁷

In allen Verhandlungen über den Beitritt der Bundesstaaten zum Aprilbündnis trat die prinzipielle Bedeutung der Bamberger Konferenz bei den Teilnehmern selbst vollkommen in den Hintergrund. Aber Beust hatte seinen Grundgedanken nie aus dem Auge gelassen. Bevor noch die erste Einladung zu der Zusammenkunft ergangen war, hatte er bei Pfordten angeregt, seine Gedanken über die Bundesreform in die Diskussion einzubeziehen. Der bayerische Minister hatte dem nicht widersprochen.⁴⁸ Es ist ein Zeichen dafür, in welchem Maße Beust seine Kollegen, die sich zum Teil schon im voraus gegen alle Koalitionstendenzen verwahrt hatten, zu leiten verstand, daß sie es duldeten, als er ihnen am 30. Mai kurz vor ihrer Abreise ein Protokoll vorlegte, in dem die Notwendigkeit von periodischen Ministerkonferenzen grundsätzlich dargelegt wurde.⁴⁹ Durch ihre Unterschrift verpflichteten sie sich sogar, den Gedanken bei ihren Fürsten Eingang zu verschaffen. Lenthe allein machte aus seiner abweichenden Instruktion kein Hehl. Zur Eröffnung der großen Münchener Industrieausstellung Anfang August wollten die Ministerialvorstände sich wieder vereinigen und bis dahin die zur Beratung gewünschten Fragen Pfordten vorlegen.

Bis zum 4. Juni trafen in München die Genehmigungen der verschiedenen Monarchen für den vereinbarten Notenentwurf ein. Selbst König Wilhelm von Württemberg, der an der Konferenz jetzt kritisierte, daß sie sich zu weit in die europäische Politik eingelassen habe, genehmigte wider Erwarten die Aktenstücke, „obgleich er weder von deren Inhalt noch Redaktion erbaut“ war.⁵⁰ Es war nun an den Großmächten, sich zu der Separatpolitik ihrer Bundesgenossen zu äußern.

In Berlin hielt man das Vorgehen der Mittelstaaten für ganz

47. W München Berichte 2. VI. 54.

48. D Beust an Bose 5. V., Bose an Beust 8. V. 54.

49. Gedruckt bei Krusemarck 104 f.

50. W Stuttgart Varia, Handel an Buol Privat 1. VI. 54.

zweckmäßig.⁵¹ Solche Bestrebungen waren nur dazu angetan, dem casus foederis die von Österreich vertretene Auslegung zu rauben, als sei das Bündnis nur gegen Rußland gerichtet. Bismarck freute sich ganz offensichtlich an „dem staatsmännischen Gebahren und der Courage, mit welcher die Firma Beust, Pfordten et Co. operirt“;⁵² er hielt es für richtig, sie ruhig gewähren zu lassen und nicht durch übertriebenen Eifer der Sache eine andere Erklärung unterzuschieben.⁵³ Gerüchte, als beabsichtige Beust, die Mittelstaaten zu einer bewaffneten Neutralität fortzureißen, mußte Graf Redern, der preußische Gesandte in Dresden, erst persönlich in Potsdam zerstreuen. Damit war auch der Plan hinfällig, ihn nach Bamberg zu schicken, um dringend von einem solchen phantastischen Vorhaben abzuraten.⁵⁴

Anders Österreich, dem daran lag, durch den möglichst schnellen Beitritt des Bundes seine Stellung zu verbreitern. Über die Veranstaltungen, die die deutsche Einigkeit im allerschlechtesten Lichte erscheinen ließen, gab Buol seinen Unmut unverhohlen zu erkennen.⁵⁵ Noch waren die Noten der Bamberger nicht eingetroffen, als er schon ein gemeinsames Vorgehen Wiens und Berlins gegen solche Eigenmächtigkeiten ins Auge faßte.⁵⁶ Wenn die Mittelstaaten schon glaubten, besondere Beratungen abhalten zu müssen, so sollten sie wenigstens in Frankfurt tagen, schrieb er ihnen.⁵⁷ Sein stärkster Schlag gegen sie war die vorzeitige Absendung der Räumungsaufforderung an Rußland, zu der nicht unerheblich der Schritt Pfordtens von Bamberg aus beigetragen hatte. Allen Erwartungen, als könne der Bund noch Einfluß auf die Textierung gewinnen, antwortete er mit einem *fait accompli*.

51. D Hohenthal an Beust Privat 14. V., Könneritz an Beust 30. V. 54.

52. Bismarck an Gerlach G. W. XIV/1, S. 358 f.

53. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 3. VI. 54.

54. W Dresden Berichte 25. 29. V.; D Hohenthal an Beust Privat 26. V.; vgl. Gerlach, Denkw. II 151 ff.

55. D Könneritz an Beust 19. V. 54.

56. W Vorträge und allerhöchste Handschreiben, Buol an Franz Joseph 4. VI., Dresden Weisungen 6. VI., Berlin, Weisungen 5. VI. 54 (Zirkular); vgl. Herzog Ernst II 200.

57. W Dresden Zirkular 22. V. 54.

Die Begegnung Kaiser Franz Josephs mit Friedrich Wilhelm IV. in Tetschen am 7.—10. Juni wurde dazu benutzt, eine gemeinsame Antwort Österreichs und Preußens auf die Bamberger Noten zu vereinbaren. Buol legte einen scharfen Entwurf vor. Doch gelang es dem General von Gerlach, dem Geheimrat von Balan und Manteuffel als preußischen Unterhändlern, die Bismarck von Frankfurt aus wiederholt davor gewarnt hatte, „den Österreichischen Büttel gegen die Bamberger zu spielen“,⁵⁸ Buol und seinen Unterstaatssekretär für deutsche Angelegenheiten Baron Biegeleben zu einer milderen Fassung zu überreden. Die geforderte Reziprozität wurde vorsichtig zurückgewiesen. Dann, wenn die einzelnen Regierungen dem Bündnis beigetreten waren, sollte es in Frankfurt eingebracht und dem Bunde selbst die russische Antwort vorgelegt werden, womit ihm bei den weiteren entscheidenden Schritten eine angemessene Beteiligung zugesichert wurde.⁵⁹

Die Tetschener Note dünkte Pfordten so rücksichtsvoll, daß er glaubte, auf die Zusammenkunft verzichten zu können.⁶⁰ Er riet, ohne Einschränkung beizutreten, wenn die in den Noten der beiden Großmächte gemachten Zugeständnisse am Bundestag wiederholt würden. Auf der Stelle sandte er den Entwurf zu einer identischen Antwortnote an die Bamberger ab.⁶¹ Nachdem die Aufforderung an Rußland zur Räumung der Donaufürstentümer schon einmal abgegangen sei, bilde der Beitritt zum Aprilbündnis die einzige Möglichkeit, um sich einen Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der Dinge zu sichern. Die Tetschener Note hatte außerdem in den einzelnen Kabinetten einen

58. Bismarck G. W. I 451. 453 f.; an Gerlach G. W. XIV/1, S. 359.

59. D Hohenthal an Beust 11. VI., Könneritz an Beust 14. VI. 54; Gerlach, Denkwürdigkeiten II 162 f. Beust rüstete seinen König, der zu der Begegnung in Tetschen eingeladen worden war, mit allen die Koalition betreffenden Aktenstücken aus und empfahl ihm, sie den Monarchen von Preußen und Österreich unbedenklich vorzulegen. Ob Friedrich August davon Gebrauch machte, steht nicht fest (Beust an den König 8. VI. 54).

60. D Bemerkungen zu der österreichisch-preußischen Antwort 20. VI., Pfordten an Beust 20. VI., Beust an Pfordten 21. 22. VI. 54.

61. D Pfordtens Zirkular 26. VI. 54.

recht günstigen Eindruck hervorgerufen.⁶² Sachsen, Darmstadt und Nassau schlossen sich ohne Einschränkung dem bayerischen Entwurf an, Kurhessen, Baden und Hannover wünschten ganz unbedingten Beitritt; Württemberg wollte die Entscheidung so lange hinauszögern, bis die russische Antwort vorlag.⁶³

Die Tatsache, daß die in Bamberg vertretenen Regierungen so schnell und widerspruchslos ihre mancherlei Bedenken fallen ließen, ist mit dem Aufsehen zuzuschreiben, daß ihr Auftreten in der deutschen Öffentlichkeit⁶⁴ und vor allem im Auslande hervorrief. Frankreich vermerkte es übel, daß in Bamberg davon die Rede gewesen war, daß auch die Westmächte zur Räumung der Donauufer veranlaßt werden müßten und daß dem Bunde eine selbständige Vertretung bei den zukünftigen Friedenskonferenzen zustehe. „Ce serait la confusion érigée en système“, schrieb Drouyn de Lhuys.⁶⁵ Pfordten erläuterte in einer besonderen, nach London gerichteten Note seine Bamberger Denkschrift,⁶⁶ bewirkte damit aber nur, daß Lord Clarendon seinen Gesandten in München, Stuttgart und Dresden eine ausführliche Kritik an der Sonderpolitik der Mittelstaaten vom Standpunkte der Westmächte übermittelte,⁶⁷ die in erster Linie an die Anschrift Sachsens ging. Beust, auf diese Weise zum heimlichen Premier der Koalition aufgerufen, ließ es sich nicht nehmen, energisch gegen diese Einmischung in eine rein deutsche Angelegenheit sich zu verwahren, eine Tat, mit der er in ganz Deutschland sich Sympathie erwarb, als seine Arbeit den Weg in die Presse nahm.⁶⁸ Pfordten schrieb nach der Lektüre an

62. W. München Berichte 22., Dresden Berichte 19. 21. 25., Darmstadt Berichte 21., Hannover Berichte 23. VI. 54.

63. D. Zirkulartelegramme 27. 28. VI. 54.

64. Bismarck G. W. I 456.

65. W. Präs. Ges. Frankfurt Berichte 10., München Bericht 29., Hannover Ber. 13., Dresden Ber. 15. VI.; D. Bose an Beust 15. VI. 54.

66. D. Vitzthum an Beust 13. VI. 54. Vgl. Vitzthum, St. Petersburg und London I, 96 ff.; Herzog Ernst, Aus meinem Leben II, 185; D. Bose an Beust 19. VI. 54.

67. D. Bose an Beust 27. VI.; W. Stuttgart Varia, Handel an Buol 27. VI.; Preußen im Bundestag IV 214 Anm. 1.

68. D. Beust an Vitzthum 9. VII. 54, gedruckt Beust I 189 ff. und

Bose, daß er es innig bedaure, „daß Herr von Beust nicht berufen ist, in diesem Augenblick die Geschicke Deutschlands maßgebend zu leiten“.⁶⁹ Weit peinlicher war aber den mittelstaatlichen Ministern, daß der Zar Anfang Juli den Obersten Isakoff und den Fürsten Labanoff in besonderer Mission an die königlichen Höfe sandte, um den Monarchen selbst für die Rußland bewiesenen guten Gesinnungen zu danken. Pfordten und Beust gaben sich große Mühe, so wenig Aufhebens wie möglich von diesem Besuch zu machen.⁷⁰

Als der Bund endlich am 24. Juli, ein Vierteljahr nach dem Vertragsabschluß, mit Ausnahme von Mecklenburg⁷¹ der Aprilkonvention beitrug,⁷² war von der Bamberger Vereinbarung, die Beust vornehmlich am Herzen gelegen hatte, wenig übrig geblieben. Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt⁷³ allein hatten das Protokoll über die periodischen Ministerkonferenzen ohne Einschränkung ratifiziert. Württemberg,⁷⁴ Baden⁷⁵ und Nassau⁷⁶ wandten sich gegen das Prinzip der Periodizität. Hannover wünschte nur gelegentliche Besprechungen der Ressortminister.⁷⁷ Kurhessen gar hatte die Genehmigung einfach verweigert.⁷⁸ Das bedeutete praktisch das Ende der dritten Staatengruppe. Pfordten riet, die Zusammenkunft so lange zu vertagen, bis

Ebeling I, 310 ff., Jasmund I, 311 ff., teilweise Vitzthum I, 101 ff. und Preußen im Bundestag IV 211, Anm. 1.

69. D 18. VII. 54.

70. D Kaiser Nikolaus an König Friedrich August 8. VI. (vgl. Krusemarck 106); Bose an Beust 4. 5. 8. 20. VII.; W Petersburg Berichte 1. VII./19. VI., Dresden Ber. 2. 12. VII., Hannover Ber. 11. VII., München Ber. 7. VII.

71. H. v. Oertzen, Jasper von Oertzen 185 f. König Wilhelm v. Württ.; der sich über der Frage des Beitritts von Neurath getrennt hatte, willigte doch endlich in die Zustimmung ein, als die russische Antwort auf die österreichische Räumungsforderung friedlicher ausfiel, als er erwartet hatte (vgl. ausführlich Krusemarck 42—55).

72. Prot. d. dtschen Bundesversaml. 1854 § 233.

73. D Dalwigk an Beust 8. VII. 54.

74. D Linden an Beust 20. VII. 54.

75. D Beer an Beust 14. VII. 54.

76. D Wittgenstein an Beust 11. VII. 54.

77. D Lenthe an Beust 18. VII. 54.

78. D Meyer an Beust 29. VII. 54.

solche Beratungsgegenstände vorlägen, über die man sich auf schriftlichem Wege nicht mehr einigen könne.⁷⁹

In der Tat begann mit dem Augenblick, wo der Bund dem Aprilvertrag beitrug, eine neue Phase in dem Verhalten der deutschen Staaten. Der Zeitpunkt, wo nach einer monatelangen und an Irrtümern reichen Entwicklung formal die verloren gegangene Einheit zwischen den Kräftegruppen sich wiederherstellte, wurde zugleich der Ausgangspunkt für eine neue, nun rückläufige Bewegung. Wenige Tage, nachdem der Bund Teilnehmer des Bündnisses geworden war, überraschte Wien die kleinen Höfe mit der Forderung, die Bundeskontingente mobil zu machen.⁸⁰ Damit zerriß endlich der Nebel, mit dem die Bamberger bisher die wahre Machtgruppierung verdeckt hatten: Preußen, das bis dahin mit seinem starken Willen zur Neutralität gleichsam illegitim die Führung der Mittelstaaten übernommen hatte, schwang sich nun rücksichtslos zu ihrem Anwalt auf. Jetzt, wo es Taten und nicht mehr Worte, Macht und nicht mehr Rechtsansprüche galt, stand das „reine“ Deutschland nicht mehr für sich da, erstrebte es auch nicht einmal, sondern stellte sich eindeutig auf die Seite des Staates, den es doch am meisten fürchtete. Die kleinen Regierungen mußten es erleben, wie Graf Buol, der überall beargwöhnte und für unzuverlässig gehaltene, ihre Freiheit zu knechten trachtete, wie er wiederholt an den einzigen Sinn des Bundes, die Sicherung vor Kriegsgefahr, rührte, ja daß er ihn innerlich aufhob, als er um den Preis eines Allianzvertrages, der ihnen Schutz und Erhaltung des Territorialbestandes garantierte, die Einzelstaaten zum Anschluß an die österreichische Politik aufforderte.⁸¹

Der Winter 1854/55 war eine der schwersten Zeiten, die der Bund je durchlebt hat. Die alten Verhältnisse schienen auf den Kopf gestellt:⁸² Österreich, das in erster Linie zur Erhaltung des Verbandes der deutschen Staaten bestellt schien, löste ihn fast gewaltsam auf, als die Regierungen sich seinem Willen

79. D Pfordtens Zirkular 28. VII. 54.

80. W Dresdens Weisungen Zirkular 28. VII. 54.

81. W Geheimes Zirkular 14. I. 55. Vgl. Prokesch, Briefe 416. Borries 285 f. Eckhart 153 f. Jasmund I, 413 ff.

82. A. O. Meyer 242 ff.

nicht fügen wollten. Wien selbst hielt ihn für ein unnützes Instrument, etwas, was man links liegen lassen mußte, wenn man es nicht für sich gewinnen konnte.⁸³ Selbst an dem Bundesrecht, dem einzigen Halt der meisten, wagte es zu rütteln. Graf Kuefstein, der österreichische Gesandte in Dresden, sonst eifrig und geschäftlich peinlich genau, fragte, ob der Kodex des Bundesrechtes „nicht auch das Schicksal eines codex civilis habe, wo jeder Advokat, jedes Tribunal eine andere Auslegung bereit halte“, wo nicht einmal ein Kassationshof für ungleich lautende Tendenzen vorhanden sei.⁸⁴ Für einen österreichischen Gesandten eine unerhörte Sprache. Wien verbot sogar seinem Vertreter, sich auf die Erörterung bundesrechtlicher Fragen mit dem sächsischen Minister einzulassen.⁸⁵ Österreich erschien daher „wie vom Bunde in Bann getan“,⁸⁶ und noch bevor Buol seine geheime Depesche hatte hinausgehen lassen, gab es „kaum einen gefährlichen und bundbrüchigen Plan, dessen man das österreichische Kabinett demnächst“ nicht für fähig gehalten hätte.⁸⁷ Bismarck, der geistsprühende Spötter über den Bund, schrieb in klarer Erkenntnis der Lage der Mittelstaaten: „Die Bundesakte ist das Brett unter ihren Füßen auf der stürmischen See von Europa, sie klammern sich krampfhaft daran und fürchten nur, daß Preußen es selbst aus den Fugen stoßen könnte ... Wir sind ... sehr stark, wenn wir fortfahren, uns formell und sachlich korrekt auf dem Boden des Bundesrechtes zu halten“.⁸⁸ In der Tat, das erkannte Beust als die Maxime seiner Politik: „Die auf die deutsche Bundesverfassung begründeten politischen und rechtlichen Verhältnisse zur Anwendung zu bringen und daher auch die daraus für sie selbst entspringenden Rechte gewissenhaft zu erfüllen“.⁸⁹ So weit ging sein Doktrinarismus, daß er nicht nur für sein Land die Vollziehung rechtmäßig gefaßter Bundesbeschlüsse in Aussicht stellte, auch wenn es selbst dagegen gestimmt hatte,

83. Prokesch, Briefe 430.

84. W Dresden Bericht 30. I. 55.

85. W Dresden Weisung 31. III. 55.

86. Prokesch, Briefe 433.

87. Bismarck G. W. II, 6.

88. Bismarck G. W. II, 18.

89. D Beust an Könneritz 19. I. 55.

sondern auch von Österreich verlangte er, daß es solche gegen seinen Willen zustande gekommenen Entschließungen respektiere.⁹⁰ Dalwigk, der sonst so getreue Helfer der Koalition, flüchtete sich aus lauter Angst in Österreichs Arme. Gegen Jahresende vereinbarte er mit Buol einen geheimen Staatsvertrag, in dem sich Österreich verpflichtete, daß „1. die Souveränitätsrechte Sr. K. Hoheit des Großherzogs unangetastet bleiben, 2. das Großherzogtum Hessen seine volle Integrität bewahre und daher keinen Territorialverlust erleide und endlich 3. das Großherzogtum dieselbe politische Stellung im Verhältnis zu den bedeutenderen deutschen Staaten behalte, die es jetzt einnimmt“.⁹¹ Was würde Beust gedacht haben, wenn er von diesen Mächtschaften seines Freundes gehört hätte?

Ganz still und unauffällig war die Koalition in der großen Flut des Geschehens untergegangen. Beust machte auch keine Anstrengungen mehr, sie wieder zum Leben zu erwecken. Einmal noch während des orientalischen Konflikts hielten die Gerüchte die Kabinette in Atem, Beust versammle wieder seine Getreuen. Von Paris zurückkehrend hatte er in Frankfurt und Hannover ein paar Besprechungen, die nicht die geringsten Folgen zeitigten.⁹² Ruhelos, in seiner deutschen Politik schwer enttäuscht, schwamm er mit dem Strome.

90. W Dresden Bericht 18. 20. I. 55.

91. W Darmstadt Varia 17. XI. 54.

92. Briefwechsel des Königs Johann mit Friedrich Wilhelm IV. 350 f.
Vgl. Meiboom 98 f.

Zweiter Abschnitt.

Reaktion und Bundesreform.

1. Die öffentliche Diskussion der Bundesreform 1853—55.

Der Krimkrieg bezeichnet den Augenblick, wo in Deutschland nach langer tiefer Enttäuschung über die in der Paulskirche und der preußischen Unionspolitik gescheiterten Pläne die nationale Bewegung zum erstenmal wieder ihre Stimme erhebt. Jedes Organes beraubt, hatte sie bisher das Bild völliger Erschöpfung geboten, als wenn der erste Aufschwung der Einheits- und Freiheitshoffnungen die Kräfte bereits überstiegen hätte. Bis auf die kleinen liberalen Kammergruppen in Preußen waren ihre Bekenner in die Vereinzelung getrieben worden oder standen einsam auf verlorenen Posten. Der Druck der Reaktion hatte die allgemeine Mut- und Ratlosigkeit vertieft, und umgekehrt hat auch die vielberufene Lethargie der fünfziger Jahre mit dazu beigetragen, daß die deutschen Regierungen in reaktionären Maßnahmen sich gegenseitig überbieten konnten, ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen. Gustav Diezel, einer der rührigsten Publizisten demokratischer Färbung, klagte: „Wer die nach einer verunglückten nationalen Bewegung eingetretene Apathie und Erlahmung, die durch eine grauenvolle, blindwütige Reaktion hervorgebrachte Depression mit dem Ernst des Augenblicks vergleicht, der eines mit frischen Sinnen begabten und von nationalem Schwung gehobenen Volkes bedürfte, dessen Zukunft erst noch zu erkämpfen ist, wer den Unverstand und die Unfähigkeit, den Haß gegen jeden großen nationalen Gedanken bei denen wahrnimmt, denen ein feindliches Schicksal die Vertretung der Interessen Deutschlands anheimgegeben hat, der kann sich eines trüben Blickes in die Zukunft und des Geständnisses nicht erwehren, daß nur eine Tatkraft, wie sie unsere Nation

bis jetzt nicht bewiesen, in Verbindung mit einem günstigeren Geschick die Gefahren abwenden kann, von denen unsere Zukunft bedroht ist.“ „Seit die deutschen Hoffnungen von 1848 zerstört worden sind, ist die öffentliche Meinung in Deutschland teils von törichter Vertrauensseligkeit, teils von blindem Fatalismus oder von dumpfer Verzweiflung beherrscht, und es ist vielleicht eine verlorene Mühe, in Wort und Schrift darauf hinzuweisen, daß eine Nation das Vertrauen auf sich selbst und auf die Zukunft auch im Unglück nicht aufgeben darf.“ „In der Tat muß man sich zuweilen besinnen, daß das historische Alter der deutschen Nation ein verhältnismäßig geringes ist, um in den trostlosen Zuständen der Gegenwart den Glauben an eine deutsche Zukunft zu retten“.¹

Der Dualismus der beiden deutschen Großmächte war in erster Linie dafür verantwortlich, daß der deutsche Staat der Zukunft — mochten sich die nationalen Elemente ihn unter dem Bilde des Bundesstaates oder der Republik vorstellen — nicht verwirklicht worden war. Davon, daß dieser Gegensatz gewaltsam gelöst werden müßte, ist bis zum Jahre 1855 nirgends die Rede, wohl aber davon, daß die Rivalität durch eine im Zuge der europäischen Politik liegende äußere Schwierigkeit bis zum förmlichen Bruch zwischen Preußen und Österreich belastet werden könnte. In Schleswig-Holstein, in Ungarn, in Italien und seit dem Staatsstreich Napoleons III. an der ganzen deutschen Westfront lagen Unsicherheitsfaktoren, die auf lange Sicht hin keine festen außenpolitischen Kombinationen zuließen. Was aber sollte aus Deutschland werden, wenn in einem Kriegsfall Preußen und Österreich verschiedene Wege gingen? Diezel legte schon 1852 auf diese Eventualität den Finger: „Findet ein Krieg die deutsche Nation in ihrer heutigen Zersplitterung . . ., so werden die deutschen Gewalten nach gewohnter Weise . . . sich als selbständige europäische Mächte betrachten, sie werden je nach dem Schein eines Sondervorteils oder einer ihnen drohenden Gefahr selbständige Bündnisse schließen und lösen; sie werden das Blut ihrer Untertanen lediglich auf dem

1. Gustav Diezel, Rußland, Deutschland und die östliche Frage, Stuttgart 1853, S. 90—93.

Altar des „engeren Vaterlandes“ opfern, und das Ende des Ganzen wird ein so vollständiger und noch unheilbarer Ruin sein, als er nach dem dreißigjährigen Kriege in Deutschland zutage lag“.² Der Ausbruch eines solchen, damals noch imaginären Krieges bedeute für Deutschland nur dann nicht den völligen Zusammenbruch, „wenn er für das deutsche Volk das Signal zu nationaler Einigung wird“.³

Das im Osten Europas heraufziehende Wetter, ausgelöst durch den Streit zwischen Rußland, der Türkei, Frankreich und England, verlieh solchen Sorgen eine ungeahnte aktuelle Bedeutung. Wiederum war es Diezel, der zuerst und am eindringlichsten die Ereignisse in ihrer Rückwirkung auf Deutschland überprüfte. „Wenn der Gegensatz gegen Rußland der Nation nicht zum Anlaß wird, sich zusammenzufassen und aus der Zersplitterung zu einem neuen nationalen Leben zu gelangen, dann ist diese Hoffnung für ewige Zeiten eine Chimäre“.⁴ Hier bot sich in der Tat dem nationalen Interesse eine Frage, deren vielfältige Deutung sich in eindringlicher Weise in der weitschichtigen, heute längst vergessenen Publizistik widerspiegelt.⁵ Je deutlicher seit dem Ende des Jahres 1853 die Fronten in dem heraufziehenden Kampf sich gruppierten, um so deutlicher kam der säkulare Charakter des Augenblicks den Zeitgenossen in den verschiedensten Lagern zum Bewußtsein. Mochten die einen aus dem Solidaritätsbewußtsein der konservativen Interessen zur Abwehr der westlichen Revolution mit dem Anschluß an den Osten oder nur mit einer ihm wohlwollenden Neutralität sympathisieren, mochten die liberalen und demokratischen Stimmen aus grundverschiedenen Voraussetzungen heraus die Waffenbrüderschaft mit den Westmächten for-

2. „Deutschland und die abendländische Civilisation“, Stuttgart 1852, S. 386

3. eb. 388.

4. „Rußland, Deutschland u. d. östl. Frage“ 102 f.

5. Die Auswertung des von mir mit möglichster Vollständigkeit gesammelten Broschürenmaterials aus den Jahren 1853—58, das in erster Linie in den Zusammenhang der Parteigeschichte gehört, behalte ich mir für eine andere Gelegenheit vor. Hier sind nur diejenigen Schriften herangezogen, die sich mit dem Problem der Bundesreform ausdrücklich befassen.

dern: immer handelte es sich um einen weltpolitischen Gegensatz. Neuzeit gegen Mittelalter, Freiheit gegen Sklaverei, Zivilisation gegen Barbarei, Revolution gegen Ordnung, Germanentum gegen Slaventum: So und ähnlich lauteten in ungezählten Antithesen die Parolen des Kampfes, in den die geographische Lage Deutschland mitten hineinstellte. Droysen z. B. sprach „apokalyptisch“⁶ von der „Unabhängigkeit Europas“, die es „vor Rußland zu retten“ gelte⁷. Ihm war gewiß, daß es sich „um die ganze politische Bedeutung und Entwicklung, ja um die Kultur Europas“ handle,⁸ so daß er „auf eine Wiederholung der Zeiten 1792—1815“ gefaßt war.⁹ Noch Ende 1854 schrieb er: „Wir stehen in einer jener großen Krisen, welche von einer Weltepoche zu einer neuen hinüberleiten, einer Krisis, ähnlich der der Kreuzzüge, . . . der der Reformationszeit . . .“¹⁰ Wie nahe stehen ihm Broschürenschreiber, die behaupteten: „Seit der Ausbreitung des Christentums vor 1800 Jahren ward nichts Ähnliches erlebt“,¹¹ die meinten, es handle sich „um das Mark der Welt-Interessen“, um „eine neue Entwicklungsstufe in dem Kulturgange der Menschheit“, um „den Keim einer teilweise neuen Welt-Gestaltung!“¹²

Diese weite Perspektive lenkte die Blicke auf die klägliche Verfassung Deutschlands zurück, das im räumlichen und geistigen Sinne die Brücke zwischen den streitenden Weltteilen, vielleicht sogar das Zünglein an der Waage der Entscheidung werden konnte. Würde es einer solchen Belastungsprobe gewachsen sein? Jetzt schien vielen Patrioten der Augenblick gekommen, um unter dem Zwange der Notwendigkeit entscheidende Reformen des deutschen Staatslebens vorzunehmen. Karl Mathy, der im Auftrage des literarisch-politischen Vereins des

6. Meinecke, J. G. Droysen, in: Staat u. Persönlichkeit 122.

7. Briefwechsel II 238.

8. ebd. II. 242.

9. ebd. II 241, vgl. 248.

10. Droysen, Polit. Schriften 328.

11. „Die osteuropäische Gefahr“, Trier 1854, S. 37.

12. (Fürst Ludw. v. Öttingen-Wallerstein) „Deutschlands Aufgaben in der orientalischen Verwicklung“ München 1854, S. 16. Die wenigen Beispiele lassen sich aus der Broschürenliteratur um ein Vielfaches vermehren.

Herzogs von Coburg schrieb, sprach es programmatisch aus: „Die öffentliche Meinung und ihre Organe, die Kammern wie die Presse, können wesentlich dazu beitragen, daß die Bundesreform in Angriff genommen werde, so lange es noch Zeit ist, indem sie in der Nation die Einsicht verbreiten, wie davon die Erhaltung oder der Verlust ihrer höchsten Güter bedingt wird“.¹³ Ebenso bezeichnete es ein Gesinnungsverwandter als den Zweck seiner Schrift, „die öffentliche Meinung auf die Wichtigkeit des Augenblicks aufmerksam zu machen und sie zur Kundgebung ihrer Wünsche in Beziehung auf eine den Bedürfnissen der Nation entsprechende Reorganisation unserer Bundesverhältnisse aufzufordern“.¹⁴ „Es ist mit Zuversicht zu erwarten“, schrieb ein anderer, „daß nunmehr nach der Beseitigung des russischen Einflusses bei den Westmächten die Wünsche der deutschen Nation Gehör, und daß durch sie dieses allgemein gefühlte und laut ausgesprochene Bedürfnis der deutschen Einheit endlich seine Befriedigung finden werde“.¹⁵ „Dem deutschen Volke, dem unbekannten Gotte“, widmete einer seine Schrift und rief aus: „Die Klein- und Großdeutschen, die Monarchisten und Demokraten haben sich nur in der Blindheit ihres Bewußtseins bekämpft . . . Werdet alle miteinander deutsch! Ihr werdet dann ein kompaktes Heer, eine Armee der Kultur sein, und unüberwindlich“.¹⁶ Karl Hagen formulierte die europäische Mission der deutschen Einheit: „Das ist gewiß, wenn Deutschland die Zeit recht begreift, wenn es sich auf der Grundlage nationaler Einheit neu gebärt, so wird diese Nation die Geschicke der Welt in der Hand tragen, und eine neue schönere Zeit wird über Europa erblühen“.¹⁷

Für „die unausbleibliche und unverschiebliche Bundesreform“ wußte Mathy aber nichts anderes vorzuschlagen als „eine erneuerte Bundesakte zwischen Österreich und Deutschland . . . welche den Krieg zwischen den Bundesgenossen aus-

13. (Karl Mathy) „Vaterländische Hefte“, Mannheim 1854, I 53.

14. „Deutschland unter dem Einfluß der Westmächte“, Frankfurt/M. 1854, S. 4.

15. ebd. 22.

16. „Die osteuropäische Gefahr“, Trier 1854, S. VI.

17. Karl Hagen, Die östliche Frage, Frankfurt 1854, S. 95.

schließt, eine gemeinsame Politik in allen europäischen Fragen ermöglicht, die Fälle und Modalitäten der Bundeshilfe . . . regelt, die innere Entwicklung aber nicht in ihren Bereich zieht“.¹⁸ „Die Verständigung zwischen Österreich und Preußen über ihre Stellung zu Deutschland und eine einheitliche Leitung der nationalen Angelegenheiten sämtlicher deutscher Staaten“,¹⁹ das schien ihm das nächste Ziel. Andere forderten weniger vorsichtig für Preußen das Oberkommando über das Bundesheer und die Leitung des diplomatischen Verkehrs, Bestellung der Gesandtschaften und Konsulate.²⁰

Die meisten Forderungen der national Gesonnenen gipfelten in einem deutschen Parlament. Bei den süddeutschen Liberalen, denen die preußische Neutralitätspolitik unverständlich blieb, bestand kein Zweifel darüber, daß Österreich mit seiner Feindschaft gegen Rußland und mit seiner Neigung, sich den Westmächten anzuschließen, deutsche Interessen verfolge. Österreich mußte daran liegen, so meinten sie, ganz Deutschland für sich zu gewinnen. „Wir stellen . . . die Alternative“, heißt es da, „daß Österreich jetzt schon in seiner Bedrängnis auf Deutschland zurückgreife und entweder, wenn Preußen deutsch handelt, mit ihm dualistisch das übrige Deutschland zu beherrschen oder, wenn Preußen widerstrebt, durch Ergreifung des Gedankens der nationalen Einigung auf parlamentarischem Weg sich die öffentliche Meinung Deutschlands gegen alle diejenigen zu verbinden suchen werde, welche auf russische Einflüsterungen horchen“.²¹ „Österreich und die ganze öffentliche Meinung Deutschlands müssen Preußen zu seinem eigenen wesentlichen Vorteile auf den eben angezeichneten Weg treiben, und wenn es trotzdem zögern sollte, dann bleibt für Österreich nur noch das einzige Mittel übrig, der Nation abermals zu bieten, was

18. „Vaterl. Hefte“ I, 49.

19. ebd. II, 85.

20. „Deutschlands Aufgabe in der orientalischen Verwicklung, von einem ehemaligen deutschen Minister“, München 1854, S. 10; „Die deutschen Mächte und die Westmächte gegenüber Rußland“, Berlin 1854, S. 10; „Deutschland unter dem Einflusse der Westmächte“ S. 25.

21. „Politische Conturen aus dem Jahre 1853 vom Standpunkte des westlichen Deutschlands“, Frankfurt/M. 1854, S. 19.

sie schon seit einer Reihe von Jahren verlangt, was man ihr erst abgeschlagen, nachher aber, weil sie es im Schwindel des Augenblicks nicht zu gebrauchen wußte, wieder genommen hat, nämlich: Vertretung aller deutschen Stämme auf einem Reichstage, um dadurch dem nationalen Willen organischen Ausdruck und Gewicht zu geben“.²² Wie dieses deutsche Parlament aussehen sollte, ob es aus allgemeinen Wahlen oder aus den Abordnungen der einzelstaatlichen Kammern hervorgehen sollte, wie es sich gegen die bestehenden Gewalten abzugrenzen habe, welche Funktionen ihm zustehen sollten, über diese und verwandte Fragen haben sich die eifrigen Forderer am wenigsten den Kopf zerbrochen. Sie kamen für sie erst in zweiter Linie.²³

22. „Deutschlands und Österreichs Beruf bei der gegenwärtigen Weltlage. Von einem deutschen Staatsmann“, Augsburg 1854, S. 54; „Deutschland unter dem Einflusse der Westmächte“, S. 25.

23. Karl Hagen, der Heidelberger Historiker, ist der einzige, der ein vollständiges System einer Neuordnung Deutschlands aufstellt: Die Regierung des Reiches geht von seinen drei Teilen Österreich, Preußen und dem übrigen Deutschland aus. Die beiden Großmächte werden durch ihre Souveräne repräsentiert, die dritte Gruppe von einem Fürsten, der auf 4 Jahre von den übrigen Fürsten gewählt wird. Dieses ausführende Organ ist gebunden an die Zustimmung des Reichs- und des Fürstenrates. Der Fürstenrat besteht aus sämtlichen regierenden Fürsten, zu denen die wichtigsten der früheren reichsunmittelbaren Häuser gehören. Die Stimmverteilung stimmt mit der der Bundesversammlung überein; die Mediatisierten bilden eine eigene Kurie. Der Fürstenrat versammelt sich einmal im Jahr, kann aber von der Reichsgewalt jederzeit einberufen werden. Alle Fürsten müssen persönlich erscheinen, ebenso die die Reichsgewalt ausübenden Souveräne. Der Fürstenrat ist zuständig für alles, was den Grundcharakter der Reichsregierung und der Verwaltung betrifft, also besonders bei Beschlüssen über Krieg und Frieden, bei Bündnissen, Handelsverträgen. Ein aus dem Fürstenrat aus sieben Personen auf befristete Zeit gewählter Reichsrat bildet mit den drei Reichsfürsten die Reichsregierung. Voraussetzung, für diesen Plan ist, „daß sämtliche Fürsten ihre besonderen Regierungen niederlegen: statt dessen nehmen sie ja teil an der Gesamtregierung des ganzen deutschen Reiches, sowohl durch den Fürstenrat als durch den Reichsrat“. Da besonders die mittleren Staaten, namentlich aber Preußen und Österreich einem solchen Ansinnen sich widersetzen werden, kann folgender Ausweg gewählt werden: Um eine gleichmäßige Einrichtung der Verwaltung zu erhalten, können sich diese Fürsten die Verwaltung ihrer Länder vorbehalten, so daß sie gleichsam als ihre eigenen Statthalter erscheinen. Das Bewußtsein, die Leitung eines großen mächtigen Reiches

Daß Österreichs zentralistisch-absolutistische Staatsform derartige Experimente ausschloß, scheint den Süddeutschen nicht recht zum Bewußtsein gekommen zu sein, obwohl sie für die besonderen Schwierigkeiten des Nationalitätenstaates und des Deutschtums in Österreich Verständnis aufbrachten.

Bei den norddeutschen Liberalen, die sich allein in Preußen wieder in eine Reihe von Gruppen schieden, ist von all dem nicht die Rede. Zu den Süddeutschen führte von ihnen und den Gothaern kaum eine Brücke, wie überhaupt der neu erstarkte Partikularismus nach 1851 jede auf ganz Deutschland gerichtete, die Grenze der Einzelländer überschreitende Parteibildung unmöglich gemacht hatte. Die Norddeutschen werden sich von einer Reform des Bundes nichts mehr versprochen haben; ihre Blicke waren auf Preußen gerichtet, das nach ihrem Wunsch, indem es sich gegen Rußland wandte, Deutschland den Weg weisen sollte. Es ist bezeichnend, daß allein Karl Mathy, der Badener, der Ende 1853 für den literarisch-politi-

in der Hand zu haben, wird sie dann später veranlassen, den Verzicht auszusprechen. Die Eifersüchteilen zwischen Österreich und Preußen werden von selbst fortfallen. „Diese Staaten werden fortan nicht mehr als gesonderte Staaten betrachtet werden, sondern als Glieder des Reichs. Der König von Preußen wird als Mitglied der Reichsregierung ebenso viel über Österreich zu sagen haben, als der Kaiser von Österreich in derselben Eigenschaft über Preußen“. „Es versteht sich wohl von selber, daß Österreich den Gedanken der Zentralisation seines ganzen Reiches aufgeben müßte. Die deutschen Provinzen Österreichs würden mit dem deutschen Reiche eine gemeinsame Verfassung und Verwaltung erhalten . . . Die nichtdeutschen österreichischen Provinzen bleiben unter dem Kaiser von Österreich, erhalten eine ihren Volkstümlichkeiten entsprechende Verfassung und Verwaltung, stehen aber unter dem Schutze des deutschen Reiches und sind gleichsam als Vasallenstaaten desselben zu betrachten“. (vgl. Lagar-des Vorschlag, der die kleineren deutschen Fürsten mit den nichtdeutschen Teilen der österreichischen Monarchie gewissermaßen belehnen wollte. Deutsche Schriften S. 27 ff.). „Es versteht sich, daß der Reichsregierung eine Volksvertretung zur Seite stehen muß. Der Reichstag ist ein wesentliches Glied der Reichsverfassung . . . Er wird aus zwei Gliedern bestehen müssen: 1. aus dem Fürstenrat . . . der also außer den obigen Befugnissen auch noch die Rechte einer ersten Kammer hätte; 2. aus dem Volksrat oder aus den Abgeordneten des Volks.“ (Karl Hagen, Die östliche Frage 84—87).

schen Verein verpflichtet wurde,²⁴ die Bundesreform in seinen Flugschriften erwägt, im übrigen aber entsprechend den Sorgen der Droysen, Duncker, Francke usw. Preußen an seine konstitutionellen Pflichten mahnte. „Eine wahrhaft konstitutionelle Regierung in Preußen wird nicht allein die Sympathien des preußischen Volkes, sie wird das Vertrauen der deutschen Stämme so überwiegend für sich haben, daß manche Hindernisse der Einigung von selbst verschwinden müssen“.²⁵ „Die Staaten germanischer Kultur gedeihen nicht unter dem Absolutismus, sie sind unter allem Wechsel der Geschicke immer wieder zu dem Prinzip der Repräsentation zurückgekehrt, und der Staat, welcher berufen ist, an der Spitze Deutschlands zu stehen, wird damit beginnen müssen, daß er seine eigene Verfassung heilig hält als die Grundlage seiner Ehre, seines Ansehens und seiner Macht“.²⁶ Preußens konstitutionelle Verfassung flößte ihm im Gegensatz zu Österreichs absolutistischer Regierungsform auch den Glauben ein, daß sie den ersehnten Anschluß an England, das Musterland des Liberalismus, gegen Rußland, den Hort des Konservatismus, bewirken werde.²⁷

Der vielstimmige Chor der Broschürensreiber darf gewiß nicht mit der „öffentlichen Meinung“ identifiziert werden. Dafür sind diese Kampfschriften, aus dem Augenblick entstanden und für den Augenblick bestimmt, offenbar viel zu wenig beachtet worden. Sie sind aber die Träger einer Tradition, die von 1848/49 über 1859 nach 1866 und 1870 führt. Die größte Zahl dieser Flugschriften, die es wert wären, der Vergessenheit wieder entrissen zu werden, erschien in den ersten Monaten des Jahres 1854, als die Entscheidung über die Stellung Preußens und Österreichs — ob Anschluß an die Westmächte oder Neutralität — noch nicht gefallen war. Dann verstummten wieder die Stimmen, die an die deutsche Einheit gemahnten, weil der preußisch-österreichische Zwiespalt die Hoffnungen bereits zerstört hatte. Droysen urteilte über sie: „Man wird nicht sagen können, daß

24. Über diesen Versuch einer liberalen Parteibildung, die auf das gesamte deutsche Leben Einfluß zu gewinnen strebte, hoffe ich auf Grund der Coburger Akten an anderer Stelle handeln zu können.

25. „Vaterl. Hefte“, I, 34

26. ebd. I, 36.

27. ebd. I, 38.

unsre Publizistik nur Literatenarbeit ist. Viele ehrenwerte Männer, wackere Patrioten fühlen sich durch den Ernst der Verhältnisse und in der Überzeugung, wirken zu können, getrieben, ihre Erwägungen, ihre Ratschläge, ihre Mahnungen zu veröffentlichen. Sie hoffen, daß die Macht der Wahrheit durchdringen müsse. Warum nur wird nicht auf sie gehört? Wollte man sich die Mühe tiefern Nachdenkens ersparen, so könnte man sagen: es ist nicht genug, zu erkennen, was wahr, recht, notwendig ist, sondern solche Erkenntnis bedarf der Personen, die sie auszuführen die äußern Mittel und den innern Drang haben; nicht die Ideen, sondern der Mann, nicht die intellektuellen, sondern die sittlichen Potenzen sind das, worauf es ankommt . . . In politischer Erwägung muß man anders verfahren, als die öffentliche Meinung tut; man muß auch den mangelnden Entschluß, die Unberechenbarkeiten an maßgebender Stelle als Faktor in die Rechnung nehmen, oder sie wird im Ergebnis falsch“.²⁸

Die Bundesreformbewegung aber, die sich in dieser besonderen publizistischen Form zum Wort gemeldet hatte, verlief gleichsam unterirdisch weiter. Vernehmlich erklangen die gleichen Stimmen wieder im Frühjahr 1855 in einigen süddeutschen Kammern, die die Ausgaben für die erhöhte Kriegsbereitschaft der Bundeskontingente zu bewilligen hatten.²⁹ Obwohl die Vertreter der Regierungen immer wieder warnten, sich „der Politik zu enthalten“, ließ sich eine Kritik an der völligen Ohnmacht und Ratlosigkeit des Bundes namentlich in diesem Augenblick nicht mehr aufhalten. Jeder einzelne Staatsbürger hatte jetzt, wo Einsätze von Menschen, Geld und Material von ihm gefordert wurden, ein Interesse daran zu erfahren, ob die ihm zugemuteten Opfer nicht nutzlos aufgebracht oder gar in einem Sinne verwendet würden, der seinen Absichten zuwiderliefe. „Österreich . . . ist unser Bannerträger, es ist der eigent-

28. Droysen, Politische Schriften 307 f.

29. Verhandl. d. Kammer d. Abgeordneten d. bayer. Landtages, sten. Berichte, Sitz. v. 1. II. 55, Bd. II, 101—115; Verhandl. d. württ. Kammer d. Abgeordneten in d. Jahren 1854 u. 1855, Sitz. v. 16. II. u. 11. III. 55, Protok. Bd. I, 557—568, 703—722.

liche Kern deutscher Macht“.³⁰ „Aus allen Volkskammern, die jetzt versammelt sind, sollte der Ruf ertönen: Krieg gegen Rußland, Krieg!“³¹ So riefen in Süddeutschland die Vertreter der Konstitutionellen wie der Ultramontanen von der Tribüne der Volksvertretung. Sie prophezeiten, daß das Rad der Geschichte über die hinweggehen werde, die der deutschen Aufgabe jetzt widerstrebten.³² Moriz Mohl erklärte in Stuttgart: „Wie stände Deutschland da, wenn die Bewegung im Jahre 1848 zu einer einheitlichen Vertretung der deutschen Nation und ihrer Interessen geführt hätte und wie steht Deutschland jetzt da, wo diese Einheit uns fehlt und wo die Angelegenheiten der Nation von etlich und 30 Kabinetten und von etlich und 30 dynastischen Politiken vertreten sind“.³³ Der Abgeordnete Probst rief am 1. März in den Saal: „Es ist zum Bewußtsein gekommen, daß der Deutsche Bund nicht erfüllt, was man von ihm hätte erwarten können und vielleicht früher erwartet hat. . . . Die Idee eines einigen deutschen Staates, wie er der Bildung und Lage Deutschlands in der Mitte Europas und seiner materiellen Bedeutung entspricht, ist klar geworden und eingedrungen in alle Herzen. Diese Idee hat ihr äußeres Organ verloren, weil wir keine Zentralisation mehr haben, nachdem die Nationalversammlung auseinander gegangen ist und der Deutsche Bund in dieser Beziehung nicht an ihre Stelle trat. Aber diese Idee ist nicht ausgelöscht, sondern sie besteht und wächst fort“.³⁴

Wieder war es wie leises Erwachen aus dem tiefen Schlaf der Lethargie, als sich in diesen Monaten die Aufmerksamkeit erneut der Bundesreformfrage zuwandte. Diesmal entsann sich die ganze breite öffentliche Meinung plötzlich, daß seit 1851 die in Aussicht genommene Revision noch nicht vorgenommen worden war, daß die Regierungen nicht bloß ihre feierlichen Versprechungen vergessen, sondern auch das, was bereits erungen worden war, wieder veräußert hatten. Weder für die nationalen, noch für die materiellen Interessen hatte der Bund

30. Fürst v. Ottingen-Wallerstein in d. bayer. Kammer, a. a. O. 110.

31. Nötter in der württ. Kammer, a. a. O. 705.

32. Lassaulx in der bayer. Kammer, a. a. O.

33. Württ. Kammer a. a. O. 709.

34. ebd. 722.

etwas zu tun vermocht: Die einen hatte er bei der Aufhebung der Grundrechte, der Flotte und in Schleswig-Holstein schmähschlich verraten, die anderen hatte er unabhängigen Organisationen überlassen müssen. Die Fundamente seines Gebäudes waren morsch; es war hohe Zeit, sie auszuwechseln.

Wenn eine Zeit geeignet schien, argumentierten die Reformeifrigen genau wie im Jahre vorher, so war es dieser Augenblick. Rußland besaß keine Möglichkeit mehr, das Reformwerk zu stören. Sein moralischer Einfluß war vernichtet, seitdem seine Eroberungsabsichten offenbar waren. England und Frankreich hatten — so meinten sie — sogar ein Interesse daran, in Deutschland eine starke Mauer gegen das gewaltige russische Reich zu errichten. — Die innere Lage Deutschlands war Veränderungen nicht minder günstig. Allenthalben hatten sich nach den Sturmjahren der Revolution die Verhältnisse wieder befriedet. Jetzt konnten die Regierungen eine Reform des Bundes als freiwillige Erfüllung früher gegebener Versprechen darbieten.

Aus dieser Stimmung ist der Antrag zu erklären, den der Demokrat Pfeiffer mit einer Reihe seiner Freunde am 18. Juli 1855 in der zweiten württembergischen Kammer einbrachte:³⁵ Sie sollte sich verpflichten, „bei der K. Staatsregierung das längst anerkannte und durch die neueren Erfahrungen immer dringender hervortretende Bedürfnis der Neugestaltung der öffentlich rechtlichen Verhältnisse Deutschlands im Sinne der Einheit und der aktiven Teilnahme des deutschen Volkes an der Leitung seiner gemeinsamen Angelegenheiten aufs neue geltend zu machen und daran zu mahnen, daß die Deutschen mindestens die endliche Lösung der gegebenen Versprechungen zu erwarten berechtigt sind“.

Mit einer Mehrheit von 64 : 15 Stimmen wurde der Antrag am 20. August angenommen.³⁶ Bei der Abstimmung waren die Ministersitze leer. Am gleichen Tage wurde die Kammer, die noch ein Mandat für zwei Jahre hatte, aufgelöst. Die Regierung,

35. Vgl. zum Folgenden: „Zur Orientierung in der Bundesreformfrage“, *Minerva* 1855 H. 4, S. 253—272; Kaltenborn II 310 ff. 345 f.; Sybel I, 398 f.; Doeberl, *Entwicklungsgesch. Bayerns* III 262 ff.

36. *Verhandl. d. württ. Kammer*, Sitz. v. 13. 18. VII. 18. 20. VIII. 55. Vgl. *Beilagenband I*, Nr. 224.

die der Sache keine große Bedeutung beimaß,³⁷ drohte damit, das Verfahren zu wiederholen, wenn es dem neuen Landtag einfallen sollte, den Antrag aufzugreifen. König Wilhelm befahl ausdrücklich, daß die Minister sich in keine Diskussion der Bundesreform einlassen sollten.³⁸

Die unmittelbare Folge dieses Antrags war, daß die Demokraten Mohr und Cretzschmar in der Darmstädter Kammer am 30. Juli unter Berufung auf das Stuttgarter Beispiel ebenfalls die Regierung aufforderten, sie möge sich für eine Revision der deutschen Bundesverfassung einsetzen. Die Dringlichkeit des Antrages wurde niedergestimmt. Auch hier blieb der demonstrative Vorschlag wirkungslos, da unmittelbar darauf die Versammlung vertagt wurde.³⁹

Den nachhaltigsten Eindruck machte das gleiche Begehren in der bayerischen Kammer. Sie beschloß am 25. September mit überwältigender Mehrheit, in ihre Adresse an den König einen Passus aufzunehmen, in dem die Forderung nach einer Volksvertretung in Frankfurt und nach einem obersten Bundesgericht zum Ausdruck kam.⁴⁰

Seitdem nahm dieser Appell seinen Weg durch die deutschen Ständeversammlungen. Coburg-Gotha folgte im Oktober, Sachsen-Weimar im November. Selbst noch im nächsten Jahre wurden in Baden und Nassau⁴¹ solche Anträge gestellt. Allgemein vermerkt wurde es, daß das preußische Abgeordnetenhaus schwieg.

Daß es demokratische Abgeordnete waren, die von Stuttgart aus die Bewegung auslösten, wurde in liberal-konstitutionell gesonnenen Kreisen ausdrücklich beachtet. Die Deutsche Allgemeine Zeitung erblickte in den Anträgen ein erstes Anzeichen für einen Kurswechsel in der Taktik der Demokraten, die

37. W Stuttg. Bericht 20. VII. 55.

38. W Stuttg. Bericht 21. VIII. 14. IX.; Stuttg. Linden an den König 29. X. König Wilh. an Linden 30. X. 55. Württ. Staatsanzeiger vom 18. XI. 55.

39. Verhandl. d. 2. Kammer d. Landstände d. Großherzogtums Hessen, Sitz. 30. VII. 55, Protokollbd. XIV. u. Beilage Nr. 899.

40. Protok. d. Adreßkommission d. bayer. Landtages 21. IX.; Verhandl. d. 2. bayer. Kammer, sten. Protok., Sitz. v. 25. IX. 55.

41. H Toelle, Das Herzogtum Nassau u. die deutsche Frage 93 ff.

bisher auf parlamentarische Mitarbeit verzichtet und auf das große, umwälzende Ereignis gewartet hatten, das ihrer Sache neuen Auftrieb geben sollte. Die Gruppe der Konstitutionellen habe es freudig zu begrüßen, schrieb sie, „wenn auf solche Weise jene kompakte Phalanx wieder hergestellt wird, die in den dreißiger und vierziger Jahren mit so großer Einigkeit, Beharrlichkeit und Ausdauer in allen deutschen Kammern die Sache des politischen Fortschritts und der nationalen Einheit verfocht und damit zuletzt glücklich durchdrang“.⁴²

Wenn es den Wortführern des Reformbegehrens lediglich um eine Demonstration zu tun gewesen war,⁴³ — man wird

42. Nr. 181 (5. IX. 55). Vgl. auch A. Bernstein, *Revolutions- u. Restaurationsgesch. Preußens u. Deutschlands v. d. Märztagen bis z. neuesten Zeit* II 63. Daß Herzog Ernst von Coburg den Demokraten Diezel in seine Dienste stellte, weil er ihn nicht zu den „Tendenzbären“ rechnete, gehört in den gleichen Zusammenhang (vgl. Anm. 43).

43. Ob die Antragsteller in Stuttgart mit Bewußtsein das Verfahren wiederholen wollten, das 1848 von der badischen Kammer ausgehend eine so elementare umstürzlerische Gewalt entfesselt hatte, steht dahin. Die Parallelität der Vorgänge ist auffallend. „Wenn wir verabredeten“, hatte Bassermann 1847 seinen Freunden zugerufen, „eine Vertretung am Bundestag, eine Ausbildung der Bundesakte in allen Ständeversammlungen zu beantragen, und immer wieder und stets mit verstärkter Kraft darauf zurückkommen, so werde man nach einiger Zeit schon sagen können, daß wir dem großen Ziele näher gekommen“ (Denkwürdigkeiten 14 f., 31 f.). Jedenfalls vermochten sie bei den überlebenden Kämpfern aus der Paulskirche, die am ehesten bei den alten Klängen hätten aufmerken müssen, nur ein schwaches Echo auszulösen (vgl. Droysen, *Briefwechsel* II 338. 347. 353. 357. 363).

Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß bei dieser Aktion der Kammern Gustav Diezel die Hand im Spiel hatte. Diezel, der in Göppingen lebte, verfaßte 1855 eine Schrift (*Die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland, eine Notwendigkeit in der jetzigen Krisis Europas*, Gotha 1855), die in den Sommermonaten erschien, in der er in veränderter Gestalt das Programm des literarisch-politischen Vereins aufgriff. Er forderte: die nationale Partei solle keine Verfassung entwerfen, sondern „in der jetzigen Krisis Europas durch die Tatsache ihrer Existenz und ihrer Wirksamkeit bezeugen, daß es noch ein deutsches Volk mit großen gemeinsamen Interessen und Ansprüchen an die Gegenwart und Zukunft gibt“ (S. 127). Mit gemeinsam unterzeichneten Erklärungen, die von Süddeutschland auszugehen hatten, sollte sie zum erstenmal in die Öffentlichkeit treten. Es ist wahrscheinlich, daß es sich bei dem Bundesreformbegehren der Kammern um eine Verwirklichung dieser Pläne handelt. In welchem Verhältnis der

nicht übersehen dürfen, daß zahlreiche Zustimmungen meist andern Beweggründen entsprangen als die Anregung selbst — so war diese Absicht vollkommen gelungen, als sich die gesamte deutsche Presse des Themas mit großer Wärme annahm. Während sich die Landtage mit der Forderung nach Volksvertretung und Bundesgericht begnügt hatten, boten die Zeitungen die ganze Skala der Wünsche und Ideologien, je nach der politischen Überzeugung. Das Interesse der süddeutschen Liberalen konzentrierte sich auch in dieser öffentlichen Diskussion wieder auf das Parlament. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schrieb: „Wenn irgend etwas in vor- und rückwärts, auf- und abflutender Bewegung dieser letzten acht Jahre unerschütterlich, gleichsam als der rettende Punkt, zu dem man immer wieder zurückkehrt, in den Überzeugungen der deutschen Nation stehen geblieben ist, so ist es der Glaube, daß nur in einer parlamentarischen Reform des Deutschen Bundes das Heil für Deutschland nach innen und außen zu finden, ohne eine solche aber jeder Versuch, Deutschland nach außen kräftig, im Innern glücklich und in sich befriedigt zu gestalten, im vorhinein als eine Sisyphus- und Danaidenarbeit zu betrachten sei“.⁴⁴ Selbst die Frankfurter Postzeitung schrieb: „Das steht in der öffentlichen Meinung fest, daß diese Politik [des Bundes] eine andere gewesen sein würde, wenn das Volk in der Lage wäre, die Interessen der Ehre, der Würde und des Vorteils von Deutschland selbst zu vertreten“.⁴⁵

Die freie deutsche Presse hatte in den Monaten des Krieges aus ihren österreichischen Sympathien kein Hehl gemacht. Die Hoffnung, daß Österreich auch die neue nationale Forderung in etwa befriedigen werde, gab dieser Stimmung neuen Auftrieb: „Wenn heute Österreich in die Hand nähme, was Preußen den seinigen entschlüpfen ließ, wenn es die Zufriedenstellung der Nation anstrebte, wenn es Brot reichte statt des Steins, es würde des vollen Danks und Beifalls gewiß nicht entraten. Da es die Interessen der Nation in würdiger Weise nach außen vertritt, und was in der orientalischen Krise Erhebendes im Herzog von Coburg dazu steht, der der Auftraggeber Diezels war (Aus meinen Leben II, 187 f., 330 f.), ist ungewiß.

44. Nr. 293 (15. XII. 55.).

45. Nr. 246 (15. X. 55.) Beilage.

deutschen Namen geschehen, sein Werk gewesen ist, so würde die Nation ihm die friedliche Entwicklung ihres inneren Lebens gewiß vorzugsweise gern verdanken“.⁴⁶ Daß die Gewährung einer Volksvertretung am Bunde gerade für Österreich seine Schwierigkeiten habe, verhehlte man sich kaum. Die Augsburger Postzeitung, ein katholisches Blatt, hatte schon im Juli den Vorschlag gemacht, Österreich solle mit der öffentlichen Meinung im südlichen und westlichen Deutschland wenigstens dahin wirken, „daß die Kammern der einzelnen Staaten ihren berechtigten Einfluß auf die Instruktionen der Bundesgesandten auch in Sachen der auswärtigen Politik bekommen“.⁴⁷ Als die Forderung nach dem Bundesparlament allgemein war, schrieb sie: Würden sich für Österreich unlösliche Schwierigkeiten herausstellen, „dann bliebe uns nur übrig, auf die Dreiheit im Deutschen Bunde zurückzukommen, derart, daß Preußen und Österreich ohne Vertretung ihre Bundesgewalt üben, die kleineren Staaten aber mit einer Gesamtvertretung hinter dem dritten Gliede entscheidungskräftig zusammenstünden. O, daß hier Bayern seine Rolle verstünde, sich Liebe und Achtung zu verschaffen wüßte“.⁴⁸

Solche hochfliegenden Pläne standen so sehr im Vordergrund, daß kleinere Wünsche; Änderung des Stimmverhältnisses in Frankfurt, Ausbau der Exekutive und Bundesgericht kaum ins Gewicht fielen. Das eben erst abgeschlossene österreichische Konkordat, ein Schritt zur weiteren Zentralisierung des Staates, verlangte bei ein paar Bescheidenen als Konsequenz beschleunigte Germanisierung Österreichs und den schon auf den Dresdener Konferenzen erwogenen Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund.⁴⁹ Selbst von der Koalition der Mittelstaaten,⁵⁰ ja von der Aufrichtung des alten Kaiserreiches war die Rede.⁵¹

46. Dtsche. Allg. Ztg. Nr. 226 (27. IX. 55.).

47. Nr. 197 (20. VII. 55.).

48. Nr. 292 Beilage (25. X. 55.).

49. Mainzer Zeitung Nr. 257. 258.

50. Freimüthige Sachsenzeitung Nr. 240 (17. X. 55.).

51. Augsb. Postztg. Nr. 267 (30. IX. 55.).

2. Die Mittelstaaten und das Bundesreformbegehren 1855.¹

Es war natürlich, daß sich die deutschen Regierungen den in der breiten Öffentlichkeit an sie gerichteten Aufforderungen auf die Dauer nicht entziehen konnten. Als sich die Kammern im Laufe des Sommers wegen der Bundesreform an sie wandten, waren sie zwar von dem Ansinnen überrascht gewesen, hatten ihm aber keine besondere Bedeutung beigemessen. Sie sahen in solchen Anträgen nur Propagandatricks, Wind, den sich die Oppositionsparteien selbst in die schlaffen Segel bliesen. Daß auf solche Augenblicksmanöver nicht einzugehen sei, verstand sich für sie von selbst. Die Anträge hatten daher nirgends eine offizielle Beantwortung erfahren. Erst als die Presse die Bewegung verbreiterte, faßten die Kabinette Abwehrmaßnahmen ins Auge. Die inspirierten Zeitungsartikel — die Regierungspresse stellte sie dafür nicht zur Verfügung — stritten es mit vielen Worten ab, daß der Augenblick für eine Bundesreform geeignet sei. „Die Zeit einer so ungeheuren Krise . . . ist wahrlich nicht dazu angetan, Hand zu legen an das einzige Band, welches Deutschland, wenn auch dürrtüg genug, noch zusammenhält“, schrieb die Augsburger Allgemeine Zeitung.² „Wenn die Flammen eines Weltbrandes gegen die Mauern züngeln, ist es nicht Zeit, an den Ausbau des Hauses zu denken“. Die Leipziger Zeitung, Beusts offizielles Organ,⁴ wurde nicht müde, den Beweis zu führen, wie sehr die Bundesversammlung auch in der orientalischen Krise den nationalen Ansprüchen genügt haben würde, wenn sich alle deutschen Regierungen zu mehr Bundestreue und zu wahrhaft föderativer Gesinnung entschlossen hätten. Von der Volksvertretung am Bunde konnte natürlich nicht die Rede sein. „Der Parlamenta-

1. Sybel I 399.

2. Nr. 295 (22. X. 55.).

3. Augsb. Allg. Ztg. Nr. 344 (10. XII. 55.).

4. L. Salomon, Gesch. d. Dtsch. Zeitungswesens III, 598 ff.

tarismus hat sich selbst gerichtet und ist in Deutschland gerichtet“, rief die Frankfurter Postzeitung.⁵ „Der Monarchie durch Majoritätsbeschlüsse das Gesetz zu diktieren“, betrachtete die Leipziger Zeitung als den Tod des Bundes.⁶

Man würde bei den Regierungen den aufgeregten und in sich so widerspruchsvollen Chor der Reformeifrigen nicht überschätzt haben, wenn nicht untrügliche Anzeichen vorgelegen hätten, daß das österreichische Kabinett mit diesem Reformbegehren in Verbindung stand. Schon zu Beginn der feindlichen Auseinandersetzung zwischen Ost und West hatte der Wiener Lloyd, der als offizielles Organ des Grafen Buol galt, geschrieben: „Man vergißt, daß die deutsche Bundesverfassung, welche nie dazu bestimmt war, ein einiges und freies Deutschland zu schaffen, weder nach innen noch nach außen Deutschland in den Tagen der Gefahr zu schützen vermag . . . Der Krieg . . . schreckt Europa aus dem Gefühl der falschen Sicherheit auf und wird hoffentlich zur Folge haben, daß die Ruhe des Weltteils, besonders Mitteleuropas, in Zukunft auf kräftigere Institutionen als bisher sich stützen wird“.⁷ Im Zusammenhang mit den Kammerdebatten tauchten nunmehr zuerst in der österreichischen, später auch in der deutschen, namentlich in der süddeutschen Presse Gerüchte auf, als beabsichtige die Wiener Regierung, in Frankfurt eine Reform der Bundesverfassung zu beantragen.⁸ Den Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion, die Forderung nach einem Parlament, bezeichneten auch diese Äußerungen als unzeitgemäß. Sie glaubten die deutsche Einheit am besten dann gewahrt, wenn die Regierungen sich in der großen schwebenden Frage eng an Österreich angeschlossen. Die preußische Presse hatte zu einer so plumpen Identifizierung von deutschen und österreichischen Interessen nicht geschwiegen, und auch andere Stimmen im übrigen Deutschland protestierten dagegen. So hatte sich denn der Ausgangspunkt der

5. Nr. 247 (16. X. 55.).

6. Nr. 241 (11. X. 55.).

7. Nach Minerva Jg. 1855, S. 252. Die Österreichische Zeitung vom 23. X. 55 nannte den Bund einen kindisch gewordenen Greis, der sich vor der ganzen Welt lächerlich mache; eine Reform sei notwendig, damit er wieder zeugungsfähig werde.

8. Pester Lloyd 7. IX. 55. Dtsche Allg. Ztg. Nr. 211 (2. IX. 55.).

Reformbewegung völlig verschoben: Statt von der Bundesreform, dem Parlament und den andern Vorschlägen war vornehmlich nur noch davon die Rede, ob die österreichische Politik deutsche Interessen verfolge oder nicht.

Die Verknüpfung der Bundesreform mit der von Österreich erstrebten Einheit in der akuten Frage legte den Regierungen den Verdacht nahe, daß Österreich sowohl in der einen als auch in der andern Richtung Artikel lanciere, um den mit seiner Politik nicht einverstandenen Kabinetten in den Kammern und durch die öffentliche Meinung Schwierigkeiten zu bereiten und sie auf diesem Umwege zum Anschluß an seinen Kurs zu nötigen. Die Augsburger Postzeitung, die ihre Instruktionen von Wien und vom katholischen Klerus zu beziehen pflegte,⁹ hatte sich in Süddeutschland in dieser Hinsicht besonders hervorgetan und deshalb auch die Aufmerksamkeit der bayerischen Regierung erregt. Der Ministerpräsident v. d. Pfordten glaubte über die österreichischen Ursprünge und Anlässe der Reformbegehren in der Presse nicht im Zweifel zu sein.¹⁰ Daß der Frage praktische Bedeutung zukomme, davon war auch er nicht zu überzeugen. Nur zu deutlich durchschaute er die Aussichtslosigkeit, an den Grundgesetzen des Bundes reparieren zu wollen. König Max verfolgte dafür mit um so lebhafterem Interesse die öffentliche Diskussion. Schon die egoistische, den Bund ignorierende Politik Österreichs während der vergangenen Monate hatte in ihm den Verdacht geweckt, als strebe Franz Joseph nach der alten deutschen Kaiserkrone und dem Verfügungsrecht über die deutschen Fürsten.¹¹ Nachdem die österreichische Presse den Boden vorbereitet hatte, erwartete er Eröffnungen von Wien in dieser Sache. Da er selbst eine Initiative am Bund erwog, um den Reformforderungen seiner Kammer irgendwie zu begegnen, veranlaßte er Pfordten sehr gegen dessen Willen¹² zu einer Anfrage bei Buol, in welchem Zusammenhang die

9. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns III. 262.

10. Bismarck G. W. II, 86 f.; Pfordtens Denkschrift über die Reform des Bundes 1856 bei Doeberl, Bayern und Deutschland im 19. Jh. 92.

11. W München Varia, Apponyi an Buol 22. II. 55; Doeberl III 262.

12. W München Berichte 15. X., 28. XI.; vgl. Bismarck G. W. II 80; D Bose an Beust 10. XI. 55.

Forderungen der Presse mit den Absichten des kaiserlichen Kabinetts ständen.¹³

Wien wird schwerlich mit den Reformforderungen der deutschen Kammern in Beziehung gestanden haben. Darüber kann jedoch kein Zweifel sein, daß es mit Geschick den Augenblick, in dem so nachhaltig die Sehnsucht nach einem einheitlichen Auftreten Deutschlands zum Ausdruck kam, benutzte, um auf die Notwendigkeit des Anschlusses an seine Politik hinzuweisen. Darüber hinaus beschäftigte aber auch die österreichischen Diplomaten die Frage, ob es in Anbetracht der mißlungenen österreichischen Bundespolitik in der orientalischen Verwicklung geraten sei, in der so heiklen Frage die Initiative zu ergreifen. Daß von der Bejahung des parlamentarischen Prinzips und „ähnlicher für die Durchbildung des Bundesverhältnisses ungeeigneter unpraktischer Ideen“¹⁴ keine Rede sein konnte, verstand sich von selbst. Graf Georg Esterhazy, der österreichische Gesandte in Berlin, legte Buol eine Initiative in der Sache nahe, schon damit sie Preußen nicht an sich risse. „Und wenn uns Deutschland auch nur die Institution eines so notwendigen Bundesgerichts zu danken hätte“, schrieb er, „so hätten wir schon sehr viel gewonnen. Der Augenblick ist kostbar, möchten wir ihn, wenn überhaupt tunlich, nicht unbenützt verstreichen lassen“.¹⁵

Dem Gedanken des Bundesgerichts stand das Wiener Kabinett in der Tat sympathisch gegenüber. Nicht nur Österreich, sondern auch die meisten deutschen Staatsmänner hielten es, gewiß in mangelnder Kenntnis der Materie, für wahrscheinlich, daß man sich in diesem Punkte am schnellsten einigen werde. Die Frage war aber in Wien noch zu wenig im einzelnen geklärt, als daß Buol mit bestimmten Vorschlägen hätte hervortreten können. Er erteilte daher eine dilatorische Antwort nach München, ließ aber die Reformfrage als nicht abgeschlossen gelten. Österreich habe zwar kein unmittelbares Interesse daran, werde also auch nicht die Ini-

13. D Bose an Beust 11. X. 55. Meiboom 97 f. erkennt den Zusammenhang nicht.

14. Buol zu Könneritz (D Könneritz an Beust 16. X.)

15. W Berlin, Berichte 1. X. 55.

tiative ergreifen können. Vertraulichen Beratungen über das Problem stände aber nichts im Wege.¹⁶

Pfordten war ohne Einschränkung mit dieser Auffassung einverstanden.¹⁷ Sie gab ihm die Gewähr, daß Wien in Zukunft nicht mehr mit der konstitutionellen Partei liebäugeln werde.¹⁸ Am sympathischsten berührte ihn, daß Buol die Sache nicht weiter zu verfolgen gedachte. Seine persönliche Anschauung von der idealsten Lösung der deutschen Frage war die, „daß eine Abteilung Deutschlands in drei Gruppen, wovon die beiden Großmächte jede eine und alle übrigen deutschen Staaten die dritte zu bilden hätten, wohl die praktischste Lösung dieser verwickelten Frage wäre“. Und schließlich: mochte der Bund zugrundegehen, Bayern würde sich schon durchhelfen.¹⁹

Auch Beust war die österreichische Depesche nach München zugestellt worden mit der Aufforderung, sich zu dem Problem zu äußern.²⁰ Auf der Rückreise von seinem Sommerurlaub hatte er mit Buol eine Begegnung in Golling gehabt, wo sie u. a. auch über die Bundesreform ihre Gedanken ausgetauscht hatten.²¹ Die Audienz bei Kaiser Franz Joseph hatte das gleiche Problem berührt.²² Seitdem galt Beust in Wien, wo man ihn wegen seines schneidigen Auftretens gegen die Revolution ohnehin besonders geschätzt zu haben scheint,²³ als Expert auch in dieser Frage. Sein unmittelbar bevorstehender Besuch der Pariser Weltausstellung²⁴ gebot einstweilen eine kurze Darlegung; eine ausführliche Denkschrift stellte er für später in Aussicht.²⁵

Die breite Diskussion über die Bundesreform rundete bei Beust ein Bild ab, das sich im Laufe der Zeit ihm eingeprägt

16. W München Weisungen 10. X. 55.

17. W München Berichte 15. X. 55.

18. D Bose an Beust 10. XI. 55.

19. Bismarck G. W. II, 79.

20. W Dresden Weisungen 11. X. 55.

21. W Dresden Berichte 23. IX.; D Beust an Könneritz 19. X. Könneritz an Beust Privat 20. X.; Beust I 199 f.

22. W Dresden Berichte 23. IX. 55.

23. Vitzthum, Berlin u. Wien S. 278 ff.

24. Vgl. Beust I, 200, Meiboom 113 ff.

25. W Dresden Berichte 17. X. 55.

hatte. Die politische Hochspannung der Revolutionsjahre — so meinte er — hatte aus psychologischen Gesetzen eine Lockerung gefordert. Der tiefste Punkt dieser Kurve schien ihm bereits überschritten zu sein. Der Gleichgültigkeit gegen das Geschick des Bundes war jetzt, durch den orientalischen Konflikt bedingt, lebhafteres Interesse gefolgt. Ernste politische Motive könnten jedoch dieser populären Bewegung nicht zugrundeliegen, weil sie sonst in dem Augenblick, wo ihr ärgster Feind, Rußland, so geschwächt war, eine stärkere Agitation betreiben haben würde. Beust fürchtete für die bestehende Staatsordnung viel gefährlichere Feinde. Als Chef der politischen Polizei Sachsens war er gerade in letzter Zeit mit einer Reihe von Anzeichen bekannt geworden, aus denen er glaubte schließen zu müssen, daß die Partei des Umsturzes im Stillen ihre Tätigkeit mit neuem Eifer aufgenommen hatte.²⁶ Eine anhaltende Teuerung hatte in dem industriereichen Sachsen die in der proletarischen Bevölkerung dauernd rumorende Unzufriedenheit vergrößert. Durch die schlechte Ernte waren auch die armen bäuerlichen Bezirke unruhig geworden. Beust selbst sah sich wiederholt persönlichen Anpöbelungen ausgesetzt. Manche Anzeichen erinnerten ihn an die ersten Monate des Revolutionsjahres 1848. Vor allem aber hatten ihn die Schwierigkeiten bedenklich gestimmt, die ihm in den sächsischen Kammern entgegengetreten waren. Gegen Ende der Session hatte sich die Opposition so gesteigert, daß die 2. Kammer in den ersten Augusttagen eine Vorlage der Regierung, das neue Jagdgesetz, mit großer Mehrheit verwarf, obwohl Beust mit der Einmischung des Bundes gedroht hatte.²⁷

Dies überraschende Verhalten der Volksvertretung würde nicht viel bedeutet haben, wenn ihm nicht ähnliche Vorgänge in andern Staaten hätten an die Seite gestellt werden müssen. In Württemberg waren die Verhandlungen über wichtige neue Gesetze völlig ergebnislos verlaufen.²⁸ In Hannover wurde eben der

26. Über die Organisation und Tätigkeit der Polizei unter Beust vgl. H. G. Holldack, Untersuchungen z. Gesch. d. Reaktion in Sachsen 1849—55, Eberings Histor. Studien H. 207, S. 129—135.

27. Verhandl. d. 2. sächs. Kammer, Sitz. v. 3. 4. 7. VIII. 55. Vgl. Flathe 715.

28. Schneider, Württ. Gesch. 540 f.

Verfassungsstreit zwischen der Ritterschaft und der neuen Volksvertretung dadurch beendet, daß König Georg sein neues Ministerium mit der Durchführung der von der Bundesversammlung beschlossenen Verfassungsänderungen beauftragte, womit die 1848 beschworene Verfassung gebrochen war.²⁹ In Kurhessen, wo der Verfassungskonflikt immer noch nicht beendet war, wurde in diesen Wochen Hassenpflug entlassen.³⁰ In Bayern bemühte sich die Regierung seit Jahren vergeblich, das noch von 1848 her gültige Wahlgesetz zu beseitigen. Selbst die Auflösung der Landesvertretung im Frühjahr 1855 hatte keine Besserung gebracht, im Gegenteil, die Neuwahlen hatten die Opposition noch beträchtlich vermehrt.³¹

Seitdem die deutschen Regierungen wieder in den Besitz der Staatsgewalt gelangt waren, die ihnen die Volksbewegung streitig gemacht hatte, war ihre innere Politik nahezu ausschließlich von dem Gedanken bestimmt worden, der Souveränität des Volkes wieder enge Grenzen zu setzen. Dieser auf einer breiten Front geführte Kampf hatte sich in der Hauptsache in den einzelnen Staaten nach eigenen Gesetzen vollzogen und nicht überall die gleichen Ergebnisse gezeitigt. Für die Rechtskontinuität in den einzelnen Staaten war seit 1849 die Auseinandersetzung mit den Kammern von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Mit wechselndem Erfolg war ihnen Stück für Stück von den Errungenschaften der Revolutionsjahre wieder entrissen worden. Da die Volksvertretungen aus begreiflichen Gründen Widerstand geleistet hatten, suchten die Regierungen nicht nur innerhalb der verfassungsmäßig ihnen zustehenden Rechte, sondern auch darüber hinaus nach Handhaben, um die ständische Gewalt immer enger einzukreisen. Auch hier hatte der Bund wieder seine Hilfe angeboten. Er konnte einerseits die Beschränkung weiter vortreiben, sie andererseits überall gleichmäßig gestalten, so daß nicht die liberalen Sympathien der einen Regierung die andern bei der

29. Hassell, *Gesch. d. Königreichs Hannover* II/1 330 ff.; Beusts und Pfordtens Stellung dazu II/1 296 ff.

30. Losch, *Gesch. d. Kurf. Hessen*. 217.

31. Doeberl, *Ein Jahrh. bayer. Verfassungslebens* 133 ff.; Doeberl, *Entwicklungsgesch. Bayerns* III 283.

öffentlichen Meinung in Mißkredit brachten oder sie gar gefährdeten.

In dem sogen. Reaktionsausschuß hatte die Bundesversammlung sich selbst ein solches Organ geschaffen, das überall da eingreifen sollte, wo die Regierungsgewalt zur Beschränkung der konstitutionellen Rechte nicht ausreichte. In einer Reihe von Staaten, deren Regierungen mit ihren Kammern nicht einig werden konnten, hatte er den legitimen Gewalten, wenn sie sich schließlich zum Staatsstreich, zur Oktroyierung einer neuen Konstitution, gezwungen sahen, einen willkommenen Rückhalt geboten. Wo andererseits die Regierungen mit der Beschränkung liberaler Staatsgrundgesetze gezögert hatten, waren sie von diesem Ausschuß befohlen worden. Das Problem aber, das man schon bei seiner Einsetzung empfunden hatte, daß nämlich ein Eingriff des Bundes der inneren Autorität einer Regierung nicht zuträglich sei, dieses Bedenken hatte sich im Laufe der Zeit so nachdrücklich geltend gemacht, daß der Ausschuß seine Arbeit zum größten Teil sehr bald eingestellt oder seine Autorität nur noch da eingesetzt hatte, wo ihm wie bei den kleinen Staaten kein nennenswerter Widerstand entgegentreten konnte.

König Max von Bayern war seit der Revolution in besonderem Maße um seine Krone besorgt. So lange die staatliche Ordnung Deutschlands noch im Fluß war, hatte er Pfordten immer wieder gemahnt, Bund und Bundesreform dazu zu benutzen, um möglichst viel von den Errungenschaften des März wieder aus den Verfassungen der Einzelstaaten zu kehren.³² Die Schwierigkeiten mit seinen Kammern hatten den König mehr und mehr unter den Einfluß entschlossener aber unverantwortlicher Reaktionäre geraten lassen, die ihm rieten, mit Hilfe des Bundes seine Volksvertretung zu zähmen. Die Sorge um die eigene Staatssouveränität hatte zwar solche Eingriffe von außen immer wieder verboten, aber man hatte in München doch verschiedentlich den Gedanken erwogen. Schon 1853 dachte man daran, wegen der „ständischen Frage“ die Königsreiche in Frankfurt Anträge einbringen zu lassen.³³ Im Frühjahr 1855 hatte der König wieder einmal eine ungefüge Kammer auf-

32. Doeberl, Bayern und das preußische Unionsprojekt 84.

33. Vgl. oben S. 26.

lösen müssen. Zum österreichischen Gesandten in München äußerte er: „Glauben Sie mir, unsere größten Feinde sind die Roten. Auf sie alle müssen wir stets ein wachsames Auge haben; die Revolution schlummert nur und lauert nur auf eine günstige Gelegenheit, um wieder das Haupt zu erheben“. Zur gleichen Zeit äußerte er den Gedanken, daß durch eine strikte Verabredung unter den Königreichen eine einheitliche Beschränkung der ständischen Rechte zustandekommen müsse.³⁴ Bei einer Begegnung zwischen Pfordten und Beust im August 1855 war von diesem Vorschlag die Rede gewesen. Beust hatte, die bayerische Anregung in einer für ihn charakteristischen Weise abwandelnd, die Ansicht vertreten, daß allein ein kräftiges Auftreten des Bundes in den Verfassungsschwierigkeiten der Einzelstaaten anzustreben sei, um an ihm eine Stütze den Kammern gegenüber zu finden.³⁵

Dem Reaktionsausschuß am Bundestage war bisher die Aufgabe zugefallen, die Verfassungen der Einzelstaaten im Sinne des konservativen Prinzips zu überprüfen. Bei den Konflikten, die auf Grund seines Eingreifens zwischen den Regierungen und den Volksvertretungen entstanden waren, konnte nach Beusts Anschauung den Kammern, die sich auf ihre geschworenen Eide beriefen, die Rechtmäßigkeit ihres Widerstandes nicht abgesprochen werden. Er hielt die Grundgesetze des Bundes insofern für zwiespältig, als die Bundesakte zwar die Einführung landständischer Verfassungen gefordert,³⁶ die Bundesversammlung es aber versäumt hatte, der Entwicklung der Partikularverfassungen früh genug ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie waren zu verschiedenen Zeiten, auf sehr verschiedenen Voraussetzungen beruhend, zum Teil sogar nach ausländischen Vorbildern zustandekommen und hatten alles Interesse von der Ausbildung der Bundesverfassung fort auf das Staatsleben der einzelnen Länder gelenkt. Wenn also selbst vom konservativen Standpunkt aus der Eingriff der Zentralbehörde in die Verfassung des Einzelstaates berechtigt erschien, so blieb doch die Frage, warum der Bund solche bundeswidrigen Bestimmungen überhaupt hatte entstehen lassen.

34. W München Berichte 28. III, 55.

35. W Dresden Berichte 15. VIII, 23. IX, 55.

36. Bundesakte Art. XIII.

Hier, meinte Beust, hätten Reformbestrebungen einzusetzen, wenn sie von den Regierungen ausgehen sollten. Ihr Ziel konnte ja nicht sein, der Bundesreform im Sinne der Liberalen und Demokraten gerecht zu werden, sondern nur, die Tätigkeit der Frankfurter Versammlung durch irgendwelche Mittel zu beleben, und sei es selbst dadurch, daß sie mit Hilfe des Bundes die reaktionäre Gesetzgebung der Einzelstaaten zum Abschluß brachten. Die eine Lösung, um derartige Kollisionen aus der Welt zu schaffen, sah er in einer „Art Vertretung der Kammern der verschiedenen Staaten bei dem Bundestag“. Damit sollte das vornehmste Interesse des Volkes wieder nach Frankfurt gelenkt werden. Da alle wichtigen Debatten dort stattfinden würden, sei eine größere Ruhe in den Einzelstaaten die natürliche Folge. Die Konzession an den Volkswillen werde darum nicht gefährlich sein, weil die zentrale Vertretung kein Budget zu bewilligen habe. Der Gedanke selbst war nicht neu; Beust hatte ihn mit Pfordten zusammen schon auf den Dresdener Konferenzen mit Nachdruck vertreten. Die Neuauflage dieses Vorschlages war vollkommen ungefährlich. Denn so lange Österreich auf jede Repräsentation verzichtete, kam einer solchen Anregung nur noch rhetorische Bedeutung zu.

Die zweite, Beust selbst näher stehende Lösung war eine einfache reaktionäre Maßnahme: Man mußte die Kompetenz der Volksvertretungen durch Bundesbeschluß beschneiden. Die lästigen Budgetdebatten, gewöhnlich der Anlaß zu weitschweifigen Kritiken an den Maßnahmen der Regierungen, konnten am einfachsten in der Weise beseitigt, überhaupt die übergroße Bedeutung der Stände dadurch herabgemindert werden, daß nur noch eine Vermehrung der Ausgaben, d. h. die Bewilligung zusätzlicher Steuern an die Zustimmung der Kammern gebunden wurde. Auch dieser Vorschlag war nicht neu. Die ersten deutschen Verfassungen hatten durchweg in dieser Weise die Volksvertretungen im Zaume gehalten, und die neue, vom Bundestag in Kassel oktroyierte Verfassung enthielt ebenfalls diese Bestimmung.³⁷ Da es

37. Pfordten legte im Dez. 1855 seinem König eine Denkschrift, die Einschränkung der Rechte der Kammer betreffend, vor, die den gleichen Vorschlag enthielt (Doeberl, Ein Jh. bayer. Verfassungslebens 134 f.). Ob es sich hier um ein bloßes Aufgreifen des Beustschen Gedankens handelt,

Beust aussichtslos dünkte, solche Einschränkungen der ständischen Rechte auf verfassungsmäßigem Wege, d. h. durch Bewilligung der einzelnen Kammern selbst, zu bewirken, wollte er den Bund entsprechende Beschlüsse fassen lassen. Gleichzeitig sollte er die Gelegenheit wahrnehmen, bestimmte Normen für die Einzelverfassungen aufzustellen. Falls diese Ideen keine Beachtung finden sollten, so blieb nach Beust die Errichtung eines obersten Bundesgerichts immer noch eine ernst zu nehmende Aufgabe. In seiner Note nach Wien, in der er seine Gedanken entwickelte, ließ er einen leisen Vorwurf durchblicken, daß Österreich so wenig Interesse an der Reformfrage zeige, und riet ihm im Hinblick auf Preußen, das den Bund in letzter Zeit „liebgewonnen“ habe, zur Initiative.³⁸

Beust bewies damit, daß er das auf die Entwicklung des Bundes gerichtete Begehren in sein Gegenteil verkehrte, nur aufs neue seine diplomatische Taschenspielerkunst. Die Normierung und Beschneidung der Partikularverfassungen stellte sich für ihn nicht als eine gebieterische Notwendigkeit, sondern als eine bloße Ausflucht, höchstens als eine Krönung seiner reaktionären Bemühungen, als ein Wunsch dar, an dessen Erfüllung er aber selber zweifelte. Zwar stand er mit seinen Absichten gar nicht so vereinzelt da. Selbst Bismarck empfahl, als er die bayerischen Nöte an Ort und Stelle erfahren hatte, in Berlin das gleiche Verfahren.³⁹ Beust aber formulierte seine Vorschläge nur ganz unverbindlich und vage. Was war von einem solchen Unternehmen, das an seinen Erfolg selbst nicht glaubte, anderes als Erfolglosigkeit zu erwarten?

Obwohl in Wien seit langem schon der „Mißbrauch in den Verfassungen“ und die „übergreifende Gewalt in den konstitutionellen Körperschaften in den einzelnen Staaten“ beobachtet wurde — auch der Gedanke der Normierung der Partikularverfassungen scheint dort nicht unbekannt gewesen zu sein⁴⁰ — ging Buol nicht

bleibt dahingestellt. Meibomm hat diese Denkschrift wie überhaupt die ganze Diskussion 1855 übersehen.

38. D Beust an Könnertitz 19. X. 55.

39. Bismarck G. W. II, 87.

40. A. O. Meyer 289. Herzog Ernst, Aus meinem Leben II, 52 f. (1852).

auf die Anregung ein. Nur dann wollte Österreich in Beratungen über Bundesreformen eintreten, wenn sie von den Regierungen gefordert werden sollten. Auch München, wo „eine kleine Dosis Karlsbader Beschlüsse“ sehr erwünscht gewesen wäre,⁴¹ um die Kammern zur Raison zu bringen, schwieg zu den sächsischen Vorschlägen.⁴²

Buol hatte seine Stellungnahme zu der öffentlichen Diskussion auch in Berlin⁴³ und in den andern deutschen Residenzen⁴⁴ bekanntgegeben. Für die beiden Großmächte war die Frage der Bundesreform, sobald sie vor dem Forum der übrigen Bundesgenossen behandelt wurde, eine Angelegenheit des Prestiges. Friedrich Wilhelm IV. litt wohl darunter, daß Deutschland in der großen Auseinandersetzung des Augenblicks nicht die Macht und Größe manifestierte, die ihm zukamen. Die öffentliche Diskussion des Reformproblems konnte ihn zu schwärmerischer Begeisterung für den Bund veranlassen, ohne daß seine Ideen über haltlose Theorien hinausgekommen waren. Er sprach davon, daß die Legislation und die Exekutive am Bunde getrennt werden müßten, ohne zu sagen wie. Vor allem erwärmte er sich an dem Gedanken des Bundesgerichts, das es ihm in Zukunft ersparen sollte, Vorgänge wie die in Kurhessen und Hannover gutheißen zu müssen.⁴⁵ Manteuffel aber war froh, als Österreich versicherte, daß es die Initiative andern überlassen werde. Er schrieb: „Wir betrachten die Grundpfeiler und die gegenwärtige Form des Bundes als die unter den gegebenen Verhältnissen bestmögliche und wüßten nicht, was denselben zu substituieren wäre. Ich gebe indessen zu, daß in späteren Zeiten bedeutende Umgestaltungen eintreten werden und müssen, aber nur infolge von großen Weltereignissen. Wer dabei den kürzeren ziehen wird, ob Preußen, ob Österreich, vermag ich nicht vorherzusehen“⁴⁶. Nur dagegen verwahrte er sich ausdrücklich, als sei eine Sicherung des Rechtszustandes und die Pflege der

41. Bismarck an Gerlach G. W. XIV/1, S. 423.

42. D Bose an Beust 10. XI. 55.

43. L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten II 346 f.

44. W Zirkulare 25. X. 55.

45. W Berlin Berichte 7. IX. 19. X. 23. XI. 55.

46. D Manteuffel an Redern.

materiellen Interessen „einzig, ja selbst vorzugsweise nur von einer Entwicklung der Bundesverfassung zu erwarten“. Die österreichische Behauptung, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Bundesreform und dem Verhalten der deutschen Staaten während der orientalischen Verwicklung bestehe und daß die Zukunft Deutschlands von dem engen Anschluß der Einzelstaaten an Österreich abhinge,⁴⁷ das Argument also, mit dem es auch seinen Pressefeldzug bestritten hatte, ging nicht unerwidert durch. Pfordten, der es immer noch bedauerte, mit seiner Anfrage in Wien in ein Wespennest gegriffen zu haben,⁴⁸ hatte diese Forderung des unbedingten Gehorsams temperamentvoll zurückgewiesen: Der Bund werde so zu einer „Mediatisierungsanstalt“. „Eher sollte der König von Bayern aus demselben austreten, als seine Selbständigkeit, sein unveräußerliches Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, aufzugeben. Dies werde ich ihm raten, so lange ich Minister bin“.⁴⁹ Preußen konnte die Anmaßung erst recht nicht unerwidert lassen. Dadurch aber, daß beide ihre Depeschen den Bundesgenossen mitteilten, befolgten sie das sicherste Rezept, um eine praktische Reform illusorisch zu machen. Wer von den kleinen Regierungen hätte den Mut aufgebracht, bei solchen Voraussetzungen an die Bereitwilligkeit der Großmächte zu glauben? Hier und da dämmerte die Bismarcksche Einsicht, daß hier ein Problem vorliege, das wenig Aussicht hatte, je auf dem Wege freier Vereinbarung gelöst zu werden.⁵⁰

Eine selbständige Fortentwicklung erfuhr die Bundesreformfrage allein von Bayern aus.⁵¹ König Max, zwischen Selbständigkeitsgelüsten und Anhänglichkeit an den Bund seltsam schwankend,⁵² hatte ein ganz ursprüngliches Interesse daran genommen. Im Sommer schon legte er seinen wissenschaftlichen Freunden die Frage vor, welche gemeinnützigen materiellen Einrichtungen einer generellen Regelung durch den Bund fähig seien. Pfordten

47. W München Weisungen 19. X. 55; vgl. A. O. Meyer 287 ff.

48. D Bose an Beust 10. XI.; Stuttgart Staatsarchiv, Degenfeld an Linden 11. XI. 55.

49. W München Bericht 28. XI. 55.

50. W Darmstadt Berichte 31. X.; Stadt Frankfurt Berichte 31. X. 55.

51. Vgl. Sybel I, 403 f.

52. Bismarck G. W. II, 86 ff.

ging auf den Vorschlag gewiß nicht aus volksbeglückender Absichten ein, sondern um der Opposition der Kammer ein Zugeständnis zu machen. So griff denn die bayerische Regierung auf das „schätzbare Material“ der Dresdener Konferenzen zurück, dessen sich, seitdem es dem Bunde zu treuen Händen übergeben worden war, noch niemand wieder erinnert hatte. Im Nov. regte sie die Verständigung über gemeinsame Heimats- und Ansässigmachungsgesetze, Gesetze über Auswanderung, gleiche Münze, Maße und Gewichte, über gemeinsamen Gerichtsstand und eine einheitliche Handelsgesetzgebung unter den deutschen Regierungen an.⁵³

Seit Bestehen des Bundes nahezu gehörten diese Probleme zu denen, über die sich die Bundesversammlung nie hatte einig werden können. Pfordten war sich der Schwierigkeiten solcher Anregungen für die Autonomie der Landesgesetzgebung in höherem Maße bewußt als der König⁵⁴. Man begegnete seinem Vorschlag überall mit großer Zurückhaltung. Beust hoffte, hier eine neue Möglichkeit zur Herbeiführung der Koalition zu gewinnen.⁵⁵ Den Ausschlag mußten natürlich die Großmächte geben. Wie wenige wirtschaftliche Interessen Österreich an das übrige Deutschland fesselten, zeigte sich an dieser Stelle. Es war nicht in der Lage, die für die andern Bundesstaaten vielleicht segensreichen Einrichtungen in der ganzen Monarchie oder auch nur in dem zum Bunde gehörigen Teil einzuführen. Buol bemerkte, „daß mehrere der von Bayern benannten Punkte wohl nur dann als herangereift zur Behandlung durch den Bund sich darstellen dürften, wenn man unter dieser letzteren nicht unbedingt ein sofort auf die sämtlichen Staaten des Bundes gleichmäßig sich erstreckende Regelung versteht, sondern mehr eine Evidenthaltung dessen, was unter den dermaligen Umständen in der Richtung der Annäherung an einen gemeinsamen Zweck geleistet werden kann und allenfalls einer vermittelnden Einwirkung behufs der Beseitigung derjenigen Hindernisse, die einer den gesamten Bund

53. W München Varia, Pfordten an Schrenk Abschr. 10. XI. 55.

54. Bismarck G. W. II, 95 f. 97 ff.; W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 28. XI. 55.

55. Meiboom 98 f.

umfassenden Einigung für den Augenblick noch entgegenstehen“.⁵⁶ Preußen andererseits hatte kein Interesse daran, Vereinbarungen dieser Natur dem Bunde zu überlassen; stets hatte es vorgezogen, über kündbare Verträge mit den Einzelstaaten sich in diesen Dingen den entscheidenden Einfluß zu sichern.⁵⁷

Es handelte sich also von vornherein darum, die bayerischen Anträge in Ehren zu begraben. Die schwerwiegendsten Bedenken gegen sie ließen sich von der formalen Seite beibringen. Derartige Gegenstände bedurften der Stimmeneinheit,⁵⁸ die bei der Beteiligung von Dänemark und Holland, wie eine 40 jährige Praxis erwiesen hatte, nie oder nur mit Abstrichen an den ursprünglichen Vorlagen zustandekamen. Schon Graf Thun hatte sich gelegentlich dafür verwandt, „diese beiden überwiegend außerdeutschen Staaten bei Beratung politischer Interessen des Bundes gewissermaßen außer den Bund zu setzen“.⁵⁹ Geheimrat von Nostitz, der sächsische Bundestagsgesandte, hatte ebenfalls im Oktober 1855 auf diesen Umstand den Finger gelegt und in einer umfangreichen, aber in Dresden überhaupt nicht beachteten Denkschrift⁶⁰ den Vorschlag gemacht, sich darüber zu verständigen, „daß Österreich, Preußen, Dänemark und die Niederlande auf ihr Verlangen und wenn besondere hindernde Verhältnisse dargelegt werden, weder an Verhandlungen über solche gemeinnützigen Anordnungen teilnehmen, noch an die zu fassenden Beschlüsse gebunden sein sollten“, die mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit im Plenum zu fassen wären. Rechberg setzte sich in Wien warm für diesen Vorschlag ein.⁶¹

Die Verhandlungen der beiden Großmächte über die bayerischen Anträge waren nichts anderes als ein Versteckspiel: Keiner wollte dem andern die Initiative überlassen, jeder aber auch sich selbst von der Sache möglichst fernhalten. Während Österreich sich dafür einsetzte, die angedeuteten Gegenstände

56. W Präs. Ges. Frankfurt Weisungen 22. XI. 55.

57. Preußen im Bundestag II, 272, Anm. 1.

58. Wiener Schluß-Akte Art. 64. 65.

59. W Berlin Berichte 3. IV. 54.

60. D Nostitz an Beust 12. X.; W Präs. Ges. Frankfurt Varia, Nostitz an Rechberg 26. XI. 55.

61. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 28. XI. 55.

durch Verhandlungen der einzelnen Regierungen untereinander der Behandlung am Bunde „gewissermaßen entgegenreifen“ zu lassen,⁶² verständigte sich Bismarck mit Pfordten über eine direkte Behandlung am Bundestage unter der Voraussetzung, daß die Vereinbarungen zunächst nur für eine gewisse Reihe von Jahren abgeschlossen würden.⁶³

Beide Wege verfolgten den Zweck, die Vorschläge ungefährlich zu machen. In der Sitzung vom 21. Februar 1856 wählte die Bundesversammlung den Ausschuß, in dem die Anregungen, die das deutsche Volk mit der Unzulänglichkeit des Bundes aussöhnen sollten, wieder auf lange Zeit versenkt wurden.⁶⁴ Allein das Handelsgesetzbuch ist noch zu Lebzeiten des Bundes verwirklicht worden.⁶⁵

In der öffentlichen Meinung, von der die ganze Reformbewegung ausgegangen war, fand die bayerische Initiative kaum noch ein Echo. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schrieb aus diesem Anlaß: „Das deutsche Volk wird sich mit der Einführung eines gleichen Buttermaßes oder der Erklärung des Zollzentners zum allgemeinen Bundesgewicht nicht die höheren Ansprüche abkaufen lassen, welche es an sein oberstes Bundesorgan in rechtlicher und nationaler Beziehung zu stellen befugt ist“.⁶⁶ Im übrigen war inzwischen die Diskussion der Bundesreform langsam verstummt. Dazu hatte es nicht des geringsten Eingriffes der Regierungen bedurft. Der Schlaf der Erschöpfung, in dem die deutsche Öffentlichkeit seit dem Scheitern des Einheitswerkes lag, war noch nicht ausgeschlafen.

62. W Präs. Ges. Frankfurt Weisungen 6. XII. 55.

63. Bismarck G. W. II, 86 ff, 90.

64. Protok. d. dtschen. Bundesversammlung 1856 § 69—71.

65. Zur Geschichte des Handelsgesetzbuches vgl. A. O. Meyer 312.

66. Nr. 303 (29. XII. 55).

3. Beusts Denkschrift 1856.

Als der Pariser Friede des Jahres 1856 das Schicksal der alten Allianzen besiegelte, die mehr als 40 Jahre lang Europa im Gleichgewicht gehalten hatten, legte sich ein dumpfes Gefühl der Unsicherheit auf die deutschen Regierungen, wenn sie an die Zukunft dachten. Seit Bestehen des Bundes war es das erstemal, daß er einer europäischen Verwicklung ganz großen Stils begegnet war. Sie war darum so schicksalsschwer gewesen, weil sie den Rückhalt zerstört hatte, der 1815 die Voraussetzung für seine Gründung gebildet hatte. Daß sehr bald schon neue Konflikte sich ergeben würden, namentlich in Italien, der Wetterecke des Festlandes seit der neuen Kombination Frankreich-Sardinien, das verhehlten sich die Einsichtigen nicht. Das Vertrauen in die Haltbarkeit des Deutschen Bundes aber war schwer erschüttert worden durch den Zwiespalt, der die beiden Großmächte nun auch in der Außenpolitik getrennt hatte. Die inneren Sorgen der Einzelstaaten waren mehr und mehr zurückgetreten. Um ihrer Selbständigkeit willen galt es jetzt, ihre gemeinsame Organisation aufs neue zu rüsten.

In den ersten Monaten nach dem Friedensschluß liefen von einigen Seiten in Wien Aufforderungen ein, zur Wiederbelebung der deutschen Verhältnisse durch geeignete Vorschläge die Hand zu bieten.¹ Österreich selbst schien dadurch, daß es Preußen den Eintritt in die Friedenskonferenz ermöglicht hatte, den Auftakt zu einer neuen Verständigung gegeben zu haben. Es hatte auch allen Grund, durch einen neuen Kurs in seiner deut-

1. W Dresden Varia, Ernst II v. Koburg an Buol 24. V. 56; W Berlin Varia, „Denkschrift des großherzoglich-badischen Gesandten in Berlin, Freiherrn von Meysenbug über die Reform des deutschen Bundes und die Einführung eines obersten Bundesgerichts 1856“.

schen Politik sich wenigstens seine natürlichen Bundesgenossen zurückzugewinnen, die während des Krieges mehr und mehr auf die Seite Preußens gedrängt worden waren. Buol mußte es darauf ankommen, den einzelnen, in ihrem Vertrauen schwankend gewordenen Regierungen neue Beweise seines Entgegenkommens zu bieten.²

Sachsen gegenüber geschah das in der Frage der Bundesreform. Im Mai 1856 wurde Fürst Richard Metternich, der Sohn des greisen Staatskanzlers, mit der österreichischen Vertretung in Dresden betraut. Der junge Diplomat, der damit seinen ersten selbständigen Posten im auswärtigen Dienst bezog,³ erhielt eine Instruktion mit auf den Weg, die ihn über die Lieblingsideen des sächsischen Ministers, die Bundesreform, unterrichtete.⁴ Im Hinblick auf seine letzten Vorschläge, die Zurückführung der einzelstaatlichen Verfassungen auf gleichmäßige Grundsätze, empfahl sie, zunächst durch einen vertraulichen Meinungsaustausch unter den einflußreicheren Staaten eine übereinstimmende Ansicht zu erzielen⁵ und namentlich darüber sich zu vergewissern, ob und bis zu welcher Grenze Preußen in die Sache sich einlassen werde. Unter diesen Voraussetzungen stellte Österreich seine Mitwirkung in Aussicht.

So willig und begierig, die Bundesreformfrage wieder anzuregen, wie man in Wien voraussetzte, war Beust nun keineswegs. Im Ausgang des orientalischen Konfliktes hatte er eine Rolle gespielt, die seine Bedeutung weit über die Grenzen Sachsens hinausgehoben und ihn selbst größere Bundesgenossen hatte überflügeln lassen.⁶ Seitdem war in seinem Bewußtsein der Bund stark zu Gunsten der großen Politik in den Hintergrund getreten. Metternich gewann den Eindruck: „Herr von Beust ... kümmert sich nur um eine Sache mit Eifer und dem

2. A. O. Meyer 301 ff.

3. Srbik, Metternich II, 436.

4. W Dresden, Instruktion für Metternich, 17. V. 56.

5. D Könneritz an Beust 3. VI. 56.

6. Vgl. die Friedensvermittlung zwischen Frankreich und Rußland durch den Grafen Seebach, den Schwiegersohn Nesselrodes und sächs. Gesandten in Paris (Beust I 200). Beust bemühte sich ferner um eine eigene Vertretung des Bundes auf dem Pariser Friedenskongreß (Meiboom 93 f.).

ihn auszeichnenden Talente, wenn diese Sache seiner Individualität eine in Deutschland geltend gemachte Wichtigkeit hinzusetzen kann. Herr von Beust braucht, was man französisch *relief* nennt, und liebt ... auf einem Säulenfuß zu stehen“.⁷ Seine Pläne über die Bundesreform basierten auf einem kräftigen Zusammenstehen der Mittelstaaten, die allein ein wahres selbstloses Interesse am Bunde nahmen und als geschlossene Phalanx die Bundesverhältnisse hätten weitgehend bestimmen können. Aber eben diese Voraussetzung, kompaktes Auftreten und Handeln, war im Augenblick am wenigsten erfüllt. Sein vor Monaten in Aussicht gestelltes Memoir über einzelne Reformvorschläge hatte Beust zwar nicht vergessen trotz aller Erfolglosigkeit, aber er betrieb die Arbeit daran nicht eben emsig. Immer noch fühlte er sich in seiner Bewegungsfreiheit eingengt durch die ständische Vertretung. Er hätte es gewagt, dem Übelstande durch einen Staatsstreich nach hannoverischem oder kurhessischem Vorbilde ein Ende zu machen, wenn er nicht an dem Widerspruch seines Königs gescheitert wäre, der sich durch sein Wort an die Verfassung gebunden fühlte.⁸

Fürst Metternich, ein liebenswürdiger und geistvoller Mann,⁹ der wie geschaffen war, einen Menschen wie Beust zu fesseln, wartete vergeblich darauf, daß der Minister von seinen Lieblingsideen zu sprechen anfangen werde.¹⁰ Voller Ungeduld, ein aktuelleres Thema für seine Berichterstattung zu erhalten, las er ihm schließlich aus freien Stücken die betreffenden Stellen seiner Instruktion vor.¹¹ Buol war über dies Vorgehen des unerfahrenen Diplomaten wenig erbaut und befahl ihm sogleich, „bei den großen Schwierigkeiten einer förmlichen Anregung dieser Frage“ ohne eine ausdrückliche Initiative Beusts die Sache nicht weiter zu berühren.¹² Beust aber zeigte sich „unendlich dankbar“ für das Vertrauen. Nach 14 Tagen lag seine erste große Arbeit über die „Bundesreformfrage“ vor.¹³ Er wollte

7. W Dresden Berichte 23. V. 56.

8. W Dresden Berichte 7. IX. 56.

9. Srbik, Metternich I 244. 286. II, 526.

10. W Dresden Berichte 23. V. 56.

11. W Dresden Berichte 26. V. 56.

12. W Dresden Weisungen 30. V. 56.

13. W Dresden Berichte 15. VI. 56.

sie zunächst dem König, darauf dem Gesamtministerium vorlegen; als offizielle Anregung der sächsischen Regierung gedachte er sie den größeren Mittelstaaten zuzustellen und eine Konferenz ihrer Minister anzuregen. Schon bei der ersten Instanz stieß er aber auf unerwarteten Widerspruch. Dem stark ausgeprägten Rechtsbewußtsein des Königs¹⁴ widerstrebte es trotz des Vertrauens, das er zu seinem Minister hegte, auf solche Vorschläge einzugehen. Nicht viel besser erging es Beust im Gesamtministerium, das unter dem Vorsitz des Königs sich weigerte, sich mit der Arbeit zu identifizieren.¹⁵ Dagegen, daß sich Beust auf privatem Wege an die deutschen Kabinette wandte, hatte es nichts einzuwenden.

Beust war sehr verstimmt über so viel Widerspruch an einer Stelle, wo er ihn nicht erwartet hatte.¹⁶ Die eingehende Beschäftigung mit der Materie hatte ihm selbst die großen sachlichen Schwierigkeiten seiner Vorschläge aufs neue vor Augen geführt. Nun verlor er jede Lust an der Umarbeitung und gab die Hoffnung auf Erfolg auf. Von Wien aus wurde ihm aber beteuert, mit welcher Anteilnahme man seiner Arbeit entgegen sehe.¹⁷ Er konnte also nicht mehr zurück, ohne sich eine Blöße zu geben. Am 29. Juni sandte er seine Denkschrift nach Wien, Berlin, München, Stuttgart, Hannover, Darmstadt, Karlsruhe, Kassel und Weimar. Er gab sie als nur private und „flüchtig gegebene Anregung“ aus und stellte eine zweite offizielle Darlegung mit genauen Angaben darüber, wie die Sache praktisch zu verfolgen sei, in Aussicht, wenn die Antworten zustimmend ausfallen sollten. Von der Koalition oder vorbereitenden Konferenzen war nicht die Rede.¹⁸

14. Vgl. Falkenstein, König Johann v. Sachsen 136.

15. D Beust an das Gesamtministerium 23. IX., Beust an Redern Privat 29. VI. 56. Die Protokolle über die Sitzungen des Gesamtministeriums aus den hier behandelten Jahren sind weder im Sächs. Hauptstaatsarchiv, noch im Auswärtigen Ministerium in Dresden zu finden (vgl. Holldack 6 f., 62 Anm. 75, 65 Anm. 79, 147 Anm. 32).

16. W Dresden Berichte 15. VI. 56.

17. D Könneritz an Beust 22. VI. 56. Buol machte den Vorschlag, zur Stärkung des konservativen Elementes im Bunde den mediatisierten Fürsten eine Kuriatstimme zu geben.

18. D Zirkular, Konzept und Abschrift 29. VI. 56.

Die Denkschrift trat der Kritik entgegen, die man gemeinhin am Bunde übte. Die „nationale Frage“ war dem Minister am wenigsten wichtig. Denn darüber bestand für ihn kein Zweifel, daß die auf einer „idealistischen Utopie“ oder einem „revolutionären Plan“ beruhende Forderung nach der Unterordnung selbständiger monarchischer Staaten unter eine einheitliche Gewalt nicht ernsthaft erwogen werden brauchte. Es gälte zu erkennen, „daß ein Bund gleichberechtigter Staaten, dessen Charakter und Zweck wesentlich darauf beruht, die Selbständigkeit der einzelnen Staaten behufs ihrer freien und eigentümlichen Entwicklung sicherzustellen, nicht zugleich diejenigen Elemente in sich aufnehmen und entfalten kann, welche geeignet wären, einem solchen Bundesorganismus die Spannkraft einer selbständigen Bundesregierung zu verleihen“. Den Regierungen sei nur daraus ein Vorwurf zu machen, daß sie in der Presse nicht mit dem nötigen Eifer die bestehenden Zustände verteidigt und es unterlassen hätten, über ein gemeinsames Vorgehen gegen die umlaufenden gefährlichen Ideologien sich zu verständigen. Gewiß beweiße die Geschichte des Bundes die Schwerfälligkeit seiner Verfassung und ihre geringe Entwicklungsfähigkeit; aber andererseits habe der Bund während dreier europäischer Krisen, 1830, 1848 und 1854, die Bewährungsproben bestanden. Damit sollte „keineswegs ein Zustand unbedingter Vollkommenheit anerkannt werden“. „Nur“, schrieb Beust, „wird man der Wahrheit am nächsten stehen, wenn man bei der Erkenntnis von Mängeln und bei dem Aufsuchen von Verbesserungsmitteln weniger nach Änderungen an der Verfassung selbst, als nach Änderungen in deren Behandlung greift.“

Der Erörterung der materiellen Interessen wich die Denkschrift aus, um sich ganz den Problemen der Konstitutionen zuzuwenden. Sie stellte fest: Im Verfassungsleben der Einzelstaaten hat sich ein Gefühl der Unsicherheit und Unbehaglichkeit bemerkbar gemacht, das auf eine Abnützung des bestehenden Systems schließen läßt. Wenn die Regierungen lange nichts gegen diese Schädigungen, die aus den Volksvertretungen hervorgehen, unternommen haben, so wird es jetzt immer dringlicher: Die Kammern verschwenden bei ihren Budgetberatungen viel Zeit und Kraft, die zu den Resultaten in keinem Verhältnis

stehen. Da sich viele Posten beständig wiederholen, obwohl jedesmal ihre Berechtigung neu erkämpft werden muß, genügt es, wenn die Kammern nur die Änderungen des Etats bewilligen. Sodann beeinträchtigt die ausführliche Beratung der Gesetzesvorlagen mit der ganzen ständischen Vertretung ihr Grundprinzip und läßt sie an Kasuistik gewinnen. In Zukunft sind diese Vorlagen ebenfalls im Ausschuß zu beraten, und das Plenum beschränkt sich darauf, unter Vermeidung von Detailberatungen das Prinzipielle zu diskutieren.¹⁹ Auf diese Weise wird es sogar möglich sein, die Kammerausschüsse verschiedener Länder mit gleichen Interessen zu gemeinsamer Beratung zu vereinigen. — Diese Neuerungen sollten — hier zeigt sich die Einwirkung des Kabinetts — nicht mehr durch den Bund oktroyiert, sondern mit der Genehmigung der Stände selbst eingeführt werden. Dem Einwand, daß dadurch die Rechte des Volkes geschmälert würden, hoffte Beust dadurch zu begegnen, daß man den Kammern den praktischen Nutzen und das erhöhte Ansehen klarmachte, daß sie bei solcher Beschleunigung ihrer Arbeit sich erringen würden. Der Verlust an Rechten sollte durch einen weiteren Ausbau der lokalen Vertretungen in Bezirken und Gemeinden ausgeglichen werden.

Der letzte Teil der Arbeit beschäftigte sich mit dem Bundesgericht. Fälle, wo sich Konflikte zwischen Einzel- und Bundesverfassung ergaben, hatte bisher die Bundesversammlung als einseitiger parteiischer Gerichtshof geschlichtet. Das Bundesgericht sollte in Zukunft als neutrale Instanz diese Aufgabe übernehmen. Voraussetzung dafür war eine Normierung, d. h. eine solche Zurechtstutzung der Einzelverfassungen, daß Konflikte praktisch unmöglich wurden. In solchen Reformen, die angeblich das konstitutionelle System retten sollten, erblickte die Arbeit „schöpferische Akte“, die geeignet seien, das Ansehen des Bundes zu heben und die Klagen über seine Verfassung verstummen zu lassen.

Es ist deutlich, daß es sich hier nur um eine Wiederholung der schon im Vorjahr gemachten Vorschläge handelt. Sie als

19. Beusts ursprüngliche Absicht war, das Plenum nur die Annahme oder die Verwerfung des Ausschußberichtes in Gesetzesvorlagen aussprechen zu lassen.

Bundesreform auszugeben, war vom Standpunkt der Reformbewegung, die von diesen Plänen nie Kenntnis erhalten hat, geradezu Blasphemie. Für Beust selbst konnten sie nur den Schlußstein in der sonst abgeschlossenen Reaktion bedeuten. Man wird ihm jedoch nicht gerecht, wenn man seine Gedanken für etwas so Einmaliges und Absonderliches hält. Alle deutschen Regierungen stießen im Kampf gegen die Revolution in ihren Verfassungen an die Schranke, die sich einem rücksichtslosen Vorgehen gegen die Rechte des Volkes entgegenstellte. In allen Kabinetten hat man sich darüber Gedanken gemacht, wie zur Behauptung und Stärkung der monarchischen Staatsgewalt eine Reduzierung der ständischen Macht zu bewerkstelligen sei. In dem Kontrollapparat des „Reaktionsausschusses“ war auch schon der Bund für dieses Ziel mobilisiert worden. Aber gerade die Geschichte seiner Entstehung zeigt, wie sehr sich die Regierungen scheuten, eine Instanz außerhalb ihres eigenen Machtbereiches über sich Gewalt gewinnen zu lassen. Behauptung der Souveränität im Innern gegen die Kammern und Einschränkung der staatlichen Autonomie durch das Bundesorgan standen sich in einem unauflösbaren Widerspruch hier wie bei allen Problemen der Bundespolitik gegenüber. Beust war einer von denen gewesen, die bei der Konstituierung des politischen Ausschusses dafür eingetreten waren, um der Selbständigkeit der Einzelstaaten willen seine Kompetenzen und Machtmittel zu beschränken.²⁰ Wenn er sich jetzt wiederum in den *circulus vitiosus* hineingab, so geschah es, um durch ein geeignetes Verfahren, die vorbereitenden Ministerkonferenzen, und eine geeignete Institution, das Bundesgericht, die Gesamtheit der Bundesgenossen zu gleichartigem Vorgehen zu veranlassen. Beusts Rezept für die Bundesreform war die Koalition. Daß die Schwierigkeiten in den Konferenzen geringer sein würden als am Bundestage, war kaum zu erwarten. Nur darin, daß die verantwortlichen Leiter der Politik, mit größeren Freiheiten ausgerüstet als die an ihre Instruktion gebundenen Bundestagsgesandten, persönlich sich berieten, und zwar an einem Ort ohne die verpflichtende Strenge der Eschenheimer Gasse und ohne

20. Vgl. Holldack 202 ff.

das gleiche Maß von Öffentlichkeit,²¹ darin erblickte Beust einen Ansatz für die Bundesreform, wenn — ja wenn gemeinsame Beschlüsse in solchen Beratungen je zustandekommen sollten. Brachte man dann ihre Ergebnisse noch in Frankfurt ein, dann stand der Bund wirklich in Einigkeit da. —

Wenige Tage, nachdem Beust seine Denkschrift hinausgeschickt hatte, trat er seine Sommerreise an.²² In München hatte er eine flüchtige Begegnung mit Pfordten. Der Geschäftigkeit seines sächsischen Kollegen herzlich müde und nach einem 10 Monate dauernden Kampf mit den Kammern sehr abgearbeitet, hatte der Minister die Arbeit noch gar nicht gelesen. Er vermied es, auf ihre Gedankengänge näher einzugehen.²³ Einen Monat später traf Beust in Wien ein. Man bewies ihm in der Hofburg wieder größtes Entgegenkommen. Der Kaiser selbst hatte seine Denkschrift durchgesehen und wiederholte ihm verschiedentlich, mit welchen Erwartungen er seiner zweiten Arbeit entgesehe.²⁴ Sein Interesse war nicht geheuchelt. Ihn scheint in der Tat in diesen Monaten der Gedanke beschäftigt zu haben, mit Hilfe Preußens „durch Bundestagsgesetze auf Verbesserung des Ständewesens und Abschaffung dummer Institutionen“ zu wirken.²⁵ Der Kaiser und sein Minister erklärten Beust, die einzige Bedingung für die Unterstützung seiner Pläne durch Österreich sei die vertrauliche Verständigung der Regierungen vor der Diskussion in Frankfurt, wobei man sich besonders Preußens vergewissern müsse. Wenn der Wunsch nach vorbereitenden Konferenzen von den andern ausgesprochen werden sollte, so stände der Beteiligung Österreichs nichts im Wege.

Über so viel Zuvorkommenheit, die selbst auf seine geheimen Konferenzpläne einging, war Beust erstaunt und über-

21. Der Frankfurter Fürstentag 1863 versuchte noch eine Stufe höher den gleichen Gedanken zu verwirklichen.

22. D Zirkular an die deutschen Höfe 2. VII. 56.

23. D Bose nach Dresden 6. VII.; W München Berichte 11. VII. D Bose an Pfordten Privat 2. VII. 56.

24. D Könnertitz an Beust 24. VII., 3. 6. VIII.; W Dresden Berichte 10. VIII. 56.

25. Otto Ernst, Franz Joseph I. in seinen Briefen 87 ff.

rascht. In der stolzen Zuversicht fuhr er nach Hause, daß das kaiserliche Kabinett seinen Intentionen zum mindesten reges Interesse entgegenbrachte.²⁶ Er war nun selbst geneigt zu glauben, daß Verbesserungen zu erzielen waren, wenn — und dies Wenn erwies sich als *conditio sine qua non* — ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Großmächten erreicht werden könnte.

Österreich ließ es nicht allein bei den Worten bewenden. Buol bekundete an den deutschen Höfen seine Bereitwilligkeit, auf die in der sächsischen Denkschrift berührte Frage einzugehen. Er regte eine vorbereitende Verständigung unter Österreich, Preußen

26. W Dresden Berichte 10. VIII. 56. Eine Ausarbeitung des Freiherrn von Biegeleben unterzieht die sächsische Denkschrift einer ausführlichen Kritik. Sie mißbilligt, daß Beust sich ganz innerhalb der optimistischen Anschauungen bewegt, „welche in der Tatsache, daß eine friedliche Lösung der orientalischen Verwicklung zustandegebracht worden ist, die Rechtfertigung der Bamberger Politik entdecken und den gewahrten Schein der Einigkeit des Deutschen Bundes für das Wesen nehmen. Von einer Fortdauer der Garantie der Gesamtbesitzungen Österreichs und Preußens — also von der Heilung des wesentlichsten aller organischer Gebrechen des Bundes — ist in der Denkschrift nicht die Rede“. Im Hinblick auf die Regelung der materiellen Bedürfnisse durch den Bund beharre Beust auf seiner früheren Anschauung. „Es wird schon als ein Gewinn zu betrachten sein, wenn die Regierungen von der Ansicht immer mehr zurückkommen, daß der Bund kein geeignetes Organ für die Behandlung der materiellen Fragen sei. Ein Fortschritt von wirklich praktischem Wert könnte sich aber hieran knüpfen, wenn die Regierungen sich gewöhnten, diese Fragen nicht erst dann an den Bund zu bringen, wenn sie sich schon als reif zu einer allgemeinen Vereinbarung darstellen, sondern dem Bund eine fortwährende Einflußnahme, eine vermittelnde Einwirkung auf Beseitigung der Hindernisse einer einstimmigen Regelung — etwa durch das Organ des bereits bestehenden Handelspolitischen Ausschusses — zur Aufgabe zu machen.“ Über den die Verfassungsfragen behandelnden Teil urteilte Biegeleben: „Eine praktische Entwicklung könnte diesen Sätzen wohl nur gegeben werden durch eine allgemeine Aufstellung der Bedingungen, unter welchen die Verfassungen der einzelnen Staaten als bundesgemäß anzuerkennen wären, durch Aufnahme des Grundsatzes, daß der Bund die als bundesgemäß anzuerkennenden Verfassungen auf Ansuchen der beteiligten Regierungen garantieren werde durch Einsetzen einer bundesrechtlichen Instanz zur Aufrechterhaltung der vom Bunde garantierten Verfassungen“ (W Dresden Weisungen s. d.).

und den größeren Regierungen an „sowohl über die maßgebenden Zwecke der einzuleitenden Beratungen, als über die Wege und Formen, in welchen die Regierungen Deutschlands sich zu denselben zu verständigen hätten“. Als die zweckmäßigste Form erschien ihm „die Abhaltung von Kabinettskonferenzen, in welchen sämtliche Bundesregierungen vertreten wären, die jedoch nur die Aufgabe haben dürften, die Bestimmungen, über welche man übereinkommen würde, zur verfassungsmäßigen Sanktion durch die Bundesversammlung vorzubereiten“. Buol mahnte förmlich, die Stellungnahme zu den Beustschen Vorschlägen bekanntzugeben.²⁷

Die Hoffnungen Beusts waren insofern enttäuscht worden, als er bei seiner Rückkehr nach Dresden erst eine einzige Antwort vorfand, die der kurhessischen Regierung. Sie war sehr höflich und allgemein gehalten und vermied es, auf einzelne Punkte einzugehen. Nur beim Bundesgericht hegte sie einige Sorgen für die Souveränität.²⁸ Keine Antwort erwartete Beust mit solcher Ungeduld wie die von Preußen, von der das Schicksal seiner Sache abhing.²⁹ In den ersten Tagen des September traf Manteuffels Promemoria in Dresden ein.³⁰ Preußens Stellung konnte als logische Folgerung seiner Bundespolitik nicht zweifelhaft sein: Es hatte dabei nichts zu gewinnen. Friedrich Wilhelm IV. hatte im Gespräch mit dem greisen Metternich die Beustschen Gedanken berührt, sie aber als nicht ausführbar bezeichnet.³¹ Manteuffel handelte nach dem Grundsatz, zunächst auf die Vorschläge formal einzugehen und Entgegenkommen vorzutäuschen, dann aber in den Verhandlungen selbst zu versuchen, sie auf ein totes Gleis zu schieben. Er kritisierte, daß Beust zwar Übelstände aufzeige, aber nicht die Mittel zur Änderung angebe. Die Unzufriedenheit durch Beschlüsse der Frankfurter Behörde totzuschlagen, konnte nicht seinen Beifall finden. Die Schwierigkeiten, die der Vereinbarung gemeinnütziger Einrichtungen am Bunde in dem Erfordernis der

27. W Zirkular 14. VIII. 56.

28. D Meyer an Nostitz 10. VIII. 56.

29. W Dresden Berichte 16. 28. VIII. 56.

30. D Manteuffel an Beust Privat 31. VIII. 56; Pro-Memoria Berlin im August 1856; vgl. Poschinger, Manteuffel III, 131 f.

31. Metternichs nachgelassene Papiere VIII, 384. Vgl. dazu die entgegengesetzte Äußerung zu König Max v. Bayern, Meiboom 27.

Einstimmigkeit entgegenstünden, beruhten ja nicht auf dem bösen Willen einzelner, sondern auf der Verschiedenheit der Verhältnisse und Bedürfnisse. Eben diese Ungleichartigkeit gestatte es auch nicht, von Bundes wegen eine gleichmäßige Regulierung in Verfassungsfragen zuzugestehen. Ihre rechtmäßige Einschränkung in den Einzelstaaten könnte dadurch nur erschwert werden. Ganz vertrauliche Besprechungen „bevor formelle Verhandlungen selbst nur unter den beteiligten Kabinetten“ eingeleitet würden, hielt er für den einzuschlagenden Weg.

„Ja, ja, ja und zuletzt immer nein!“ so faßte Beust die preussische Stellungnahme zusammen, die seine Hoffnungen zerstörte.³² Er beschränkte sich darauf, die weiteren Antworten zur Kenntnis zu nehmen und dem König vorzulegen. Dalwigk war mit Beusts Grundsatz wohl einverstanden, glaubte aber nicht an einen praktischen Erfolg. In ein paar persönlichen unverbindlichen Zeilen antwortete er auf das „wahrhaft erfreuliche“ Schreiben und bezeichnete es als sehr wünschenswert, „einer jeden Vorlage am Bunde vertrauliche ministerielle Beratungen vorausgehen zu lassen und diese letztere wieder durch genau präzisierte Vorschläge . . . vorzubereiten“.³³

Minister Hügel in Stuttgart grenzte sich, ohne daß dazu ein besonderer Anlaß vorgelegen hätte, energisch gegen die Trias ab. Mit einem deutlichen Hinweis auf Bayern nannte er sie „den Ausgangspunkt des entschiedenen Widerstandes aller übrigen in ihrem Selbstgefühl aufs empfindlichste verletzten Regierungen, welche eher ihren Schutz bei außerdeutschen Mächten suchen oder in das Lager der revolutionären Partei eintreten würden, als sich bisher gleichberechtigten Nachbarstaaten unterzuordnen“. Auf verfassungsmäßige Weise eine Beschränkung in den Rechten der Kammern durchzuführen, hielt er für unausführbar. Nur bei eifriger Förderung der materiellen Interessen durch den Bund werde es „gewiß minder schwierig werden, auch für die Einzelverfassungen . . . ein Korrektiv zu finden“. Er wies darauf hin, daß sich das Bundesgericht leicht über die Bundesversammlung erheben könne,

32. W Dresden Berichte 7. IX. 56.

33. D Dalwigk an Beust Privat 26. VIII. 56. Vgl. auch Sybel I, 407.

wenn nicht in jedem einzelnen Falle die Bundesversammlung entschied, ob die Anrufung des Gerichts begründet sei. Hügel, der anfangs zu einer Konferenz der Minister bereit gewesen war,³⁴ wünschte nun, von der preußischen Stellungnahme beeinflusst, alles Experimentieren zu vermeiden, eine Einberufung also erst dann, wenn Sicherheit bestand, daß etwas dabei herauskäme.³⁵

Graf Platen, der hannoverische Minister des Äußeren, hatte wenig Hoffnung, daß Beusts Projekt zu einem Resultat führen werde. In seiner umfangreichen Antwort tauchte wieder die Anregung einer formalen Trias auf. Die Jahre 1848—50 hätten das dringende Bedürfnis nach einer Einrichtung aufgedeckt, welche „die ganze exekutive Gewalt der Bundesversammlung in einem kleinen Rat konzentrierte, der aus etwa drei Mitgliedern bestände (Österreich, Preußen und einem Mitglied, das von den übrigen Bundesgliedern jährlich neu gewählt ist) und ohne Instruktion verführe“. Der gleiche Zweck sei auch schon durch eine Verkleinerung des jetzigen engeren Rates zu erreichen, wenn nach dem Schwarzenbergischen Gruppierungssystem Kuriatstimmen gebildet würden. Das Beratungsrecht der Stände mit ihrer Zustimmung zu beschränken, hielt Platen nicht für durchführbar. Die Vereinigung der Ausschüsse mehrerer Länder, „die in bewegten oder aufrührerischen Zeiten sehr bedenklich werden könnte“, lehnte er ab. Das Bundesgericht hielt er nur dann für zweckmäßig, wenn es allein für die Streitigkeiten zuständig gemacht wurde, für die bisher die Austrägalinstanz kompetent war. Gerade für die Konflikte zwischen Einzel- und Bundesverfassung sei es nicht passend.³⁶

Fürst Wittgenstein, der leitende Minister in Nassau, schrieb mit unverhohlener Ironie an Beust: „Ich huldige dem scharfsinnig denkenden Arzte, der eine solche Diagnose zu stellen vermag. Möge er bei weiterer Behandlung seines Kranken nicht auf organische Leiden stoßen, welche dem Heilverfahren unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen“.³⁷ Sein spezieller Wunsch war eine Bundeszeitung, „eine Art deutscher Moniteur“.

34. W Stuttgart Berichte 27. VIII. 56.

35. D Hügel an Beust 29. VIII. 56.

36. D Platen an Beust 16. IX. 56.

37. D Wittgenstein an Beust 30. IX. 56.

Pfordten endlich ließ am längsten auf sich warten. Auf seiner Urlaubsreise hatte er Beust in Dresden einen Besuch abgestattet, wobei er herausfordernd von der notwendigen Selbständigkeit Bayerns gesprochen hatte.³⁸ Im Juni erst hatte er eine ausführliche Denkschrift zur Bundesreform verfaßt, die, offenbar nicht zur Mitteilung an andere Regierungen bestimmt, bedeutsamen Aufschluß gibt, über die Prinzipien seiner deutschen Politik.³⁹ Darin stimmte er mit seinem Kollegen überein, daß das Wesen des Bundes „Einigkeit, nicht Einheit“ sei, das daher „die Frage einer Umbildung Deutschlands zum Einheitsstaat für jetzt und für lange Zeit in das Gebiet derjenigen Fragen gehört, mit welchen besonnene und praktische Männer sich nicht zu beschäftigen vermögen“. Ihn trennte aber von Beust die Überzeugung, daß der Zweck des Bundes „ein überwiegend negativer und defensiver, die Erhaltung der Unverletzlichkeit und Selbständigkeit aller seiner Glieder . . . , nicht aber ein positiver, aktiver oder aggressiver“ sein könne. Er sah den Bund unabweislich der Auflösung und Umschmelzung in neue Gruppierungen entgegengehen. Bayern zählte er zu denjenigen Staaten, die auch ohne den Bund existieren konnten. Es würde in der unvermeidlichen Krisis einen Kristallisationspunkt abgeben, dem die zertrümmerten kleinen Staatswesen zuströmen mußten. Die Auflösung des Bundes herbeizuführen oder zu beschleunigen lag nicht in Bayerns Macht; es konnte nur für diesen Zeitpunkt sich bereithalten durch die Kräftigung der natürlichen Elemente seines staatlichen Daseins — seiner Tradition, seines Territorialbestandes, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten — und durch die Behauptung eines bayerischen Nationalgefühls, um dann als wahrhaft selbständiges Gebilde aus der Neugestaltung Deutschlands hervorzugehen.

Die praktische Folgerung aus dieser Grundanschauung war die Trias; denn daß noch ein anderer Staat bei der Katastrophe die Funktion haben werde wie Österreich, Preußen und Bayern, die

38. D Zirkular 2. VII. 56.

39. Gedruckt bei Doeberl, Bayern und Deutschland im 19. Jh., Festreden d. Bayer. Akademie d. Wiss. (1917) 91 ff. Meiboom, der diese Denkschrift übersehen hat, gibt infolgedessen ein schiefes Bild von Pfordtens Stellungnahme.

zersprengten Teile neu zusammenzufassen — etwa Hannover im Norden und Sachsen im Osten — davon war keine Rede. Bayern wünschte bei einer Abänderung der bestehenden rechtlichen Verhältnisse seinen Einfluß auf die Mittel- und Kleinstaaten zu legalisieren, die dritte deutsche Großmacht zu werden. Nur dann bedeute, so hatte Pfordten dargelegt, z. B. eine neue Stimmverteilung in der Frankfurter Versammlung einen Vorteil, wenn Österreich und Preußen je eine, alle übrigen Staaten die dritte Stimme bekämen, wovon die letztere nun nach den wirklichen Machtverhältnissen, etwa auf der Grundlage der Einwohnerzahl aufgeteilt werden müßte. Mit solchen Anschauungen schloß sich Pfordten eng an die bayerische Tradition seit der Gründung des Deutschen Bundes an. Die Frage, ob sein Glaube an die Zukunft des bayerischen „Reiches“ mehr bedeutete als eine Selbsttäuschung, mit der er sich über die Tragik seiner Aufgabe hinweghalf, die letztlich doch ungelöst bleiben mußte, diese Frage bleibt offen. Denn als praktischer Politiker rechnete er nicht mit der Möglichkeit, daß seine Triasidee verwirklicht werden könnte. Er hielt es nicht für klug, den Gedanken in die Debatte zu werfen, weil die übrigen kleinen Staaten, die bei dieser Lösung nur ihre Hörigkeit wechselten, nur vor der Zeit mißtrauisch wurden. Bayern mußte die Rolle ihres Freundes spielen, meinte er, und danach streben, faktisch immer mehr *primus inter pares* zu werden. Es hatte „kein Interesse, auf eine Umänderung der Bundesverfassung zu dringen, weil aus einer solchen notwendig nur eine Beschränkung seiner Selbständigkeit zugunsten der beiden deutschen Großmächte ohne Gewinn für die deutsche Nation im Ganzen hervorgehen würde“. Ein real denkender Staatsmann müßte „die Beseitigung des Mangelhaften in der Bundesverfassung dem unaufhaltsamen Gange der Zeit überlassen“. Selbst der Ausbildung der Bundestätigkeit stand Bayern entgegen, wenn sie nicht zugleich einen partikularen Vorteil bot. Von der Regelung materieller Interessen durch Mehrheitsbeschlüsse in Frankfurt wollte Pfordten nichts wissen. Abgesehen von der Gefahr, die dadurch der inneren Selbständigkeit der Einzelstaaten drohte, bot die bayerische Verfassung keine Handhabe, um einen Bundesbeschluß ohne Zustimmung der Kammern zum Landesgesetz zu dekretieren. In

dieser Weise z. B. eine Verfassungsänderung herbeizuführen, war ein aussichtsloses Unterfangen.

Pfordtens Antwort an Beust, die sich eng an das preußische Promemoria anschloß,⁴⁰ sprach unverblümt aus, daß „namentlich für die größeren deutschen Mittelstaaten der Gedanke eine tiefe Berechtigung habe, die Einwirkung des Bundes auf ihre inneren Verhältnisse sich nicht allzuweit von derjenigen Linie entfernen zu lassen, auf welcher dieselbe den Großmächten gegenübersteht“. Der Bund habe nur die Stellen zu bezeichnen, wo die Verfassungen der Einzelstaaten mit den Grundprinzipien des Bundes in Widerspruch stünden. Die Ausführung und das letzte Wort gehöre aber den gesetzgebenden Faktoren der einzelnen Länder. Auf alle anderen Vorschläge ging Pfordten gar nicht ein. Dadurch aber, daß er Themen für künftige Beratungen stellte — Grundsätze über die Wahl und Zusammensetzung der ständischen Vertretungen, Bestimmungen über die Verantwortlichkeit der Minister, Recht der ständischen Initiative, Kompetenz der Geschworenengerichte in politischen und Preßprozessen, lauter Fragen, die ihn in seinen Verhältnissen einschränkten — schloß er sich von gemeinsamen Beratungen nicht aus, wenn sie je zustandekommen sollten.

Beust war hochbeglückt von der Berücksichtigung, die man seiner Arbeit geschenkt hatte. Fürst Metternich, der schnell sein Vertrauen gewonnen hatte, schrieb an seinen Chef: „Ich kann nicht umhin, wenn ich beim Lesen jener Aktenstücke auf eine recht verständliche Anspielung auf seine nicht immer konstitutionellen Ideen treffe und dieselbe so ganz den eigentlichen focus seiner Anstrengungen berührt, hell auf zu lachen, wobei der sehr heitere Staatsmann auf das gemütlichste einstimmt“.⁴¹ Über die Erfolglosigkeit seines Unternehmens war sich Beust aber klar. In der versprochenen zweiten Denkschrift wollte er der Presse seine Aufmerksamkeit widmen. Als er sich geflissentlich nach den Wünschen des Wiener Kabinetts erkundigte, erhielt er keine Antwort.

In ganz besonderer Weise reagierte noch gegen Ende des

40. D Pfordten an Gise, Abschrift 29. X. 56.

41. W Dresden Berichte 19. IX. 56.

Jahres Herr von Watzdorf aus Weimar auf die Beustschen Anregungen. Von einem Vorgehen am Bunde, das mehr im Sinne hatte als die Einführung eines Bundesgerichts, versprach er sich gar nichts, wohl aber von separaten Verständigungen unter den Regierungen, besonders den benachbarten und „stammverwandten“. Schon 1849 hatte er eine Verschmelzung der Landesvertretungen der thüringischen Staaten mit der sächsischen vorgeschlagen. Pfordten, damals Minister in Dresden, hatte ihn abgewiesen.⁴² In großen gesetzgeberischen Vorlagen schloß sich Weimar schon immer an die sächsischen Vorbilder an. Nach langen Beratungen in den Kammern kamen dann Gesetze zustande, über deren Bewilligung zwar viel Zeit verstrichen war, die sich aber doch nur in unwesentlichen Punkten von den sächsischen Mustern unterschieden. Was hatte ein Staat wie Weimar zu befürchten, wenn er sich den Kosten- und Zeitaufwand von eigenen Beratungen schenkte und die sächsischen Vorlagen bloß übernahm oder sich an kombinierten Ausschüssen beteiligte, die gemeinsame Entwürfe ausarbeiteten? Watzdorf wünschte sich mit Beust über ein gemeinsames Zivilgesetzbuch und ein Normalbudget zu verständigen.⁴³

Beust selbst bemühte sich schon seit langem um einen engeren Anschluß des ernestinischen an das albertinische Sachsen. Seine Absicht war vor allem, den militärischen Anschluß der thüringischen Staaten, die bisher zur Reserveinfanteriedivision gehörten, durchzuführen.⁴⁴ Da eine Umorganisation der Bundesarmee nur über die Bundesversammlung möglich war, zweifelte Beust selbst an dem Erfolg eines solchen Versuches. Weder in der einen noch in der andern Richtung scheint er sich bemüht zu haben.

42. Vgl. E. Huhn, Das Großherzogtum Sachsen in d. Bewegung d. Jahre 1848—49, Ztschr. f. thüring. Gesch. XVIII (1928) 132 ff.

43. D Watzdorf an Beust 20. X., Carlowitz an Beust 9. 17. 20. 28. XI. 6. 12. XII. 56.

44. Vgl. Bismarck G. W. I, 401 f.; Preußen im Bundestag I, 382 Anm. 1; II, 10 ff.

4. Beusts Denkschrift vom Mai 1857 und das Problem des Bundesgerichts.¹

Mitte März 1857 überraschte die badische Regierung unvermittelt die deutschen Kabinette mit einer Denkschrift die „Errichtung eines Bundesgerichts betreffend“.² Freiherr von Meysenbug war unter den Ministern, denen Beust im Jahre vorher seine Arbeit vorgelegt hatte, der einzige geblieben, der geschwiegen hatte. Mit dem Problem der Bundesreform hatte man sich jedoch in Karlsruhe schon wiederholt beschäftigt. Nach dem Abschluß des Pariser Friedens hatte Meysenbug, damals noch Gesandter in Berlin, eine umfangreiche Arbeit zu diesem Thema geliefert, die nirgends Beachtung gefunden hatte. Um die gleiche Zeit und unabhängig davon beschäftigte sich auch der Großherzog Friedrich mit Reformgedanken. Er erstrebte nichts anderes als eine „Koalition deutscher Fürsten und Regierungen“, die sich in ihrem Wesen vollkommen mit der von Beust geforderten Vereinigung deckte: freie Beratungen der Regierungen außer Preußen und Österreich zur Erzielung gemeinsamer Vorlagen am Bundestage.³ Als ihm die sächsische Denkschrift vorgelegt worden war, hatte er Befehl gegeben, „im Sinn praktischer Ergebnisse“ darauf einzugehen. Auf der alten Voraussetzung aufbauend, daß der Bund die freiwillige Vereinigung selbständiger monarchischer Staaten darstelle, hatte sich der Minister wieder dem Bundesgericht zugewandt, das schon in seiner Denkschrift von 1856 eine Rolle gespielt hatte.⁴

1. Sybel I, 421 f.

2. D Meysenbug an Beust Privat 10. III. 57. Die Angabe Sybels, als habe Baden die Arbeit in Frankfurt amtlich eingebracht, entspricht nicht den Tatsachen.

3. Oncken, Großherzog Friedrich I 45 ff.

4. D Meysenbug an Rüdts Abschrift 10. III. 57.

Die in aller Stille entstandene neue Ausarbeitung verfolgte den Zweck, die Frage wieder anzuregen, um zu gegebener Zeit beim Bundestage einen entsprechenden Antrag stellen zu können.

Unter den österreichischen Diplomaten war dem Bundesgericht ein eifriger Förderer in der Person des Grafen Rechberg erstanden. Die kleineren Staaten, bei denen die Einsetzung einer eigenen, von den Bundesgesetzen geforderten obersten Berufungsinstanz für ihre Rechtsprechung⁵ unzweckmäßig war, verfolgten die Tendenz, als Oberappellationshöfe die Obergerichtsbänke der größeren Bundesgenossen anzuerkennen.⁶ Um dem wachsenden Einfluß vornehmlich Preußens auf die Rechtsprechung seiner kleinen und kleinsten Nachbarn zu steuern, schlug Rechberg schon 1855 die Einsetzung eines Bundesgerichts vor, das für die Kleinstaaten zugleich mit andern Funktionen die der fehlenden dritten Instanz übernehmen sollte.⁷ Buol riet einstweilen davon ab, weil die Verhältnisse in Frankfurt eben wenig günstig waren.⁸ Als dann im Sommer des gleichen Jahres in den deutschen Kammern und in der Presse die Forderung nach einer Reform des Bundes sich erhob, fand die Frage des Rechtsschutzes durch eine höchste Behörde ganz besondere Beachtung. Buol ließ sich über den zugrunde liegenden historischen Sachverhalt ausführlich Vortrag erstatten,⁹ aus dem hervorging, daß seit der Begründung des Bundes Österreich stets zu den Befürwortern eines Bundesgerichts gehört hatte. Die Instruktion für Rechberg, der nunmehr endgültig zum Präsidialgesandten ernannt worden war, schenkte denn auch dieser Frage besondere Aufmerksamkeit.¹⁰ Wien war bereit, über diesen Punkt zu verhandeln. Aber ebenso wie das Reformbegehren in der Öffentlichkeit verstummte, so war auch dieses Nebelgebilde aus den diplomatischen Korrespondenzen verschwunden.

5. Bundesakte Art. XII.

6. Vgl. E. Huhn, Das Großherzogt. Sachsen 1848/49, S. 131.

7. W. Präs. Ges. Frankfurt Bericht 23. V. 55.

8. W. Präs. Ges. Frankfurt Weisung 31. V. 55.

9. W. Polit. Archiv, „Einsetzung eines ständigen obersten Gerichtshofes in Deutschland 5. X. 55“. Der Verfasser, Legationsrat Dr. Hofmann, hielt an der Wiener Universität Vorlesungen über deutsches Bundesrecht.

10. W. Präs. Ges. Frankfurt, Instruktion für Rechberg, 31. X. 55.

Die badische Denkschrift kam für Österreich genau so überraschend wie für die andern deutschen Regierungen. Reck-berg war der einzige — Graf Georg Esterhazy, ebenfalls ein Befürworter des Bundesgerichts, war inzwischen gestorben — der sich für eine Initiative seiner Regierung mit Wärme einsetzte. „Die Mißstimmung und die Unzufriedenheit über die gegenwärtigen Zustände sind fortwährend im Steigen“, schrieb er von Frankfurt, „und es wäre die höchste Zeit, die geeigneten Mittel zu ergreifen, um durch Befriedigung der gerechten und billigen Wünsche beruhigend auf die Stimmung zu wirken“.¹¹ Er gedachte das Bundesgericht als Waffe in dem zähen Kampf mit Preußen zu verwenden. „Immerhin würde das Ansehen und die Stellung Österreichs in Deutschland unendlich gehoben, wenn konstatiert würde, daß Österreich das Bundesgericht gewollt hat, daß aber die Befriedigung eines in ganz Deutschland so allgemein gefühlten Bedürfnisses durch den Widerstand Preußens gescheitert ist“. „Durch eine solche Tatsache würden auf lange Zeit hin alle Intrigen der Gothaer Partei gegen Österreich in ganz Deutschland gelähmt werden“, schrieb er. Buol aber zog es vor, die alte Taktik beizubehalten: in der zweiten Linie beobachtend stehen zu bleiben und einem andern die undankbare erste Anregung zu überlassen. Da in Karlsruhe kein Einspruch erhoben wurde, „wenn ein anderes deutsches Kabinett sich der in dem Aufsatz entwickelten Ansichten bemächtigen und das Projekt einer Durchführung entgegenführen wollte“,¹² war Beust der gegebene Mann in diesem Falle. Die badische Denkschrift ging von seiner Arbeit aus, und schließlich war er als Vorsitzender des Bundesgerichtsausschusses während der Dresdener Konferenz noch in ganz besonderem Maße Fachmann. Buol bat ihn also um ein Gutachten über die badischen Vorschläge.¹³

Fürst Metternich fand Beust schon an der Arbeit, als er ihm den Auftrag mitteilen wollte.¹⁴ Aus der Beschäftigung mit der Bundesreformfrage im Vorjahre war Beust die Aufgabe

11. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 8. IV. 57.

12. W Karlsruhe Berichte 28. III. 57.

13. W Dresden Weisungen 4. IV. 57.

14. W Dresden Berichte 6. IV. 57.

verblieben, in einer zweiten Arbeit die Wege anzugeben, auf denen seine Projekte verwirklicht werden sollten. Er hatte selbst keinen Zweifel darüber gehegt, daß seine Absichten an dem preußischen Widerstand scheitern würden. Vor allem hatte er sich gehütet, in den Verdacht zu geraten, als wolle er die eine oder die andere Großmacht in Verlegenheit bringen. Mit voller Absicht hatte er daher auf eine Zeit der Ruhe und Geschäftslosigkeit in Bundessachen gewartet, bevor er die alten Gedankengänge weiter verfolgte.¹⁵ Der badische Entwurf kam nach seiner Anschauung immer noch zu früh, zwang ihn aber jetzt doch zur Stellungnahme. In knapp drei Wochen war Beusts zweite Denkschrift über die „Bundesreform“ fertig,¹⁶ die diesmal die Zustimmung des Königs fand und trotz starker Kritik innerhalb des Gesamtministeriums als offizielle Anregung der sächsischen Regierung am 22. Mai hinausging.¹⁷

Die Arbeit knüpft an die vorjährige Denkschrift an und führt aus: Die der Vereinbarung gemeinsamer materieller Interessen am Bundestag entgegengehaltenen Schwierigkeiten verschwinden, wenn der Bund zum Vermittler der freien Verabredungen gemacht wird. Für solche Fälle, wo erwiesenermaßen besondere Interessen einzelner Staaten einer für den ganzen Bund verbindlichen Regelung entgegenstehen, ist ein Entschluß nach Stimmenmehrheit zu fassen, der für die beistimmenden Bundesglieder Gültigkeit haben soll. Wenn man an der Kompetenz des Bundes gezweifelt hat, Verfassungsänderungen in den Einzelstaaten zu verfügen, deren letztlliche Einführung von den Kammern abhängt, so ist darauf zu entgegnen: Die innere Einheit des Bundes beruht auf dem Wohl der Einzelländer. Es entspricht also seinem Sinn, wenn die Regierungen über das dem öffentlichen Wohl ihrer Länder Zusagende beraten und ihre Entschlüsse den heimischen Kammern zur Annahme empfehlen. — Ministerkonferenzen sollen nur dann stattfinden, wenn über die Notwendigkeit bestimmter Entschlüsse auf dem Korrespondenzwege vorher eine Verständi-

15. W Dresden Berichte 22. I. 57.

16. D Denkschrift vom 30. IV. 57.

17. Das Konzept trägt die Randbemerkung von der Hand des Königs Johann: „Ich wüßte nichts zu erinnern“.

gung erzielt worden ist. Solche Konferenzen werden in der Öffentlichkeit teils Hoffnungen, teils Befürchtungen hervorrufen. Die Abkürzung der Landtage und der Ausbau der lokalen Vertretungen sind Erfordernisse, die in den Kammern selbst als notwendig verspürt werden.¹⁸ Wenn daher die Konferenzbeschlüsse durch die Presse die nötige Unterstützung erfahren, dürfte sich den Regierungen wenig Widerstand entgegenstellen. Und selbst da, wo Landesvertretungen sich der Annahme verschließen sollten, kann weder das Ansehen des Bundes noch das der Regierungen leiden. Für die Annahme der Konferenzbeschlüsse durch die Kammern gibt es überdies ein Druckmittel, das Bundesgericht. Seine Konstituierung kann entweder von der allseitigen Annahme der Konferenzbeschlüsse durch die Kammern abhängig gemacht werden, oder aber das Gericht tritt sofort ins Leben und erklärt sich nur für Verfassungsstreitigkeiten der Länder kompetent, die die Modifikationen der Verfassung angenommen und darauf die Garantie des Bundes erhalten haben. Die Bedenken, die von seiten der Souveränität gegen das Bundesgericht erhoben werden, sind nicht stichhaltig. Die Staatsbehörden vergeben ihrer landesherrlichen Autorität eben so wenig, wenn sie sich unter eine gemeinsame Garantie des Bundes stellen, wie wenn sie sich bei Verfassungskonflikten einem Staatsgerichtshof unterordnen, der wie in Sachsen z. T. durch die Kammer ernannt wird. Um allen Bestrebungen nach einer grundsätzlichen Reform der Bundesorganisation ein für allemal den Boden zu entziehen, bedarf es einer gemeinsamen Kundgebung der Regierungen, die alle Hoffnungen gründlich zerstreut, als fänden solche Projekte irgendwo Unterstützung oder auch nur Sympathie. Angriffe auf die Bundesversammlung und auf die Bundesverfassung müssen durch die Regierungspresse und u. U. sogar mit Polizeigewalt abgewehrt werden. Zur Beaufsichtigung der Presse muß dem Politischen (Reaktions-) Ausschuß eine besondere Kommission von Beamten zur Seite gestellt werden, die auf Ausschreitungen gegen die Bundesautorität aufmerksam zu machen

18. Vgl. die Anträge des Abgeordneten Dr. Wahle auf Abkürzung der Finanzberatungen in der 2. sächs. Kammer, Sitzg. vom 12. 23. I., 3. II., 16. 30. IV. 55.

und Irrtümer bei der Besprechung von Bundesangelegenheiten zu berichtigen hat. Das geschieht am zweckmäßigsten durch Gründung eines Bundesorgans in Frankfurt. Die Sorge für die materiellen Interessen ist dem Bunde zuzuweisen. Wenn es gelingt, nur einen Teil des reichlichen Materials zu beraten, so werden die Konferenzbeschlüsse insgesamt eine größere Zukunft haben. Schließlich sind von den Konferenzen noch die notwendigen Verfassungsmodifikationen festzustellen und die Frage zu erörtern, ob nicht einige Verfassungsbestimmungen mit den Bundesgesetzen unverträglich sind.

Im Zusammenhang mit diesem letzten Punkt steht die Diskussion des Bundesgerichts. Beusts Denkschrift war begleitet von einem Gutachten über die badische Arbeit, aus dem nun vollends deutlich wird, in welcher Weise er seine Pläne über die Beschneidung der Einzelverfassungen mit dieser Bundesbehörde verknüpfte. Auch König Johann, ein Freund juristischer Studien, beschäftigte sich in einem eigenhändigen Aufsatz mit dem Bundesgericht.¹⁹ Beide Entwürfe werden erst dann verständlich, wenn man sie in die Geschichte der Bundesgerichtsprojekte einordnet.

Die Errichtung eines obersten Bundesgerichts gehörte seit dem Zusammenschluß der deutschen Staaten zu den Traktanden seines Zentralorgans, ohne daß je der Plan verwirklicht worden wäre.²⁰ Das Bedürfnis nach einer dem Reichskammergericht und dem Reichshofrat entsprechenden Instanz wurde schon bei der Gründung des Deutschen Bundes empfunden. Sowohl Österreich als auch besonders Preußen und die meisten Kleinstaaten sprachen sich für die Einführung eines Obertribunals aus, das in allen Fällen des öffentlichen und privaten Rechts in letzter Instanz entscheiden sollte. Es scheiterte aber an dem Widerstand einiger Mittelstaaten, namentlich an Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, die für ihre neu erworbene Souveränität fürchteten. Um die

19. D Hausarchiv Johann 140.

20. Vgl. zum Folgenden: D Ergebnis der Beratungen der 4. Kommission auf der Dresdener Konferenz; „Die Vorarbeiten für ein ständiges Bundesgericht von Deutschland“, Dtsche Vierteljahrsschrift (Cotta) 1851 H. 4 S. 81 ff.; Ferd. Jugler, Entstehungsgeschichte, Bereich. u. Organisation d. richterlichen Gewalt d. früheren D. Bundes, Diss. Marburg 1904, S. 27 ff.

dringendsten Streitfälle der Bundesglieder untereinander schlichten zu können, einigte man sich vorläufig auf eine Austrägalinstanz, bei der absichtlich offen gelassen wurde, ob sie ständig sein sollte.²¹ In den Verhandlungen am Bundestage über die Gerichtsordnung dieser Austrägale erklärte sich Österreich gegen Preußen und Bayern für die Permanenz, vermochte aber nicht mehr, als daß in der vorläufigen Ordnung von 1817 die Bildung eines ständigen Gerichtshofes als noch nicht aufgegeben anerkannt wurde.²² Das Ergebnis der Wiener Ministerialkonferenzen 1820 war ein Gerichtsverfahren, das für jeden Fall einen besonderen Austrag schuf, daneben aber den Bundesgliedern die Freiheit ließ, untereinander ohne Mitwirkung des Bundes über besondere Behörden sich zu verständigen, vor denen sie Recht nehmen wollten.²³ Die Regierungen selbst empfanden diese Lösung als ungenügend und vorläufig und stellten eine Revision in Aussicht. 1842 erst wurde auf Grund eines erneuten bayerischen Antrages eine Umarbeitung beschlossen,²⁴ die aber nicht weiter gefördert wurde. Der Mangel einer obersten Recht sprechenden und damit auch Recht schaffenden Behörde wurde, da sich die Rechtskonflikte nicht allein auf die Streitigkeiten der Bundesglieder untereinander beschränkten, besonders bei neu auftauchenden staatsrechtlichen Problemen empfunden, für die dann von Fall zu Fall besondere Ordnungen vereinbart werden mußten.²⁵

Seit der Einführung der Konstitutionen in den meisten deutschen Staaten erforderten die Zerwürfnisse der Regierungen mit

21. Bundesakte Art. XI.

22. Austrägalordnung des Deutschen Bundes vom 16. VI. 1817, *Corpus Juris Confoederationis Germaniae* II 47, vgl. Art. III.

23. Wiener Schlußakte Art. 19—24, Verfahren über die Aufstellung von Austrägalinstanzen vom 3. VIII. 1820, Exekutivordnung zur Vollziehung austrägalgerichtlicher Erkenntnisse vom 3. VIII. 1820, C. J. C. G. II, 105 f., 111 f., 113 ff.

24. Beschluß die Revision des Austrägalverfahrens betr. vom 15. IX. 1842, C. J. C. G. II, 409.

25. Für Justizverweigerung: W. S. A. Art. 29; für Klagen von Privatpersonen über zwischen mehreren Bundesgliedern strittige Forderungen: W. S. A. Art. 30; für Klagen der Standesherrn: Kommittierung einer richterlichen Instanz für die Mediatisierung vom 15. IX. 1842, W. S. A. Art. 63, C. J. C. G. II, 106. 110. 408,

ihren Landständen immer dringender die Ausbildung eines bundesgerichtlichen Schlichtungsverfahrens. Durch einen Bundesbeschluß vom Jahre 1834 sollte ein Bundesschiedsgericht in Kraft treten, das solche Streitigkeiten aburteilen und namentlich da einschreiten sollte, wo die Kammern das Budget verweigerten.²⁶ Damit war grundsätzlich ein bedeutender Schritt zu einer Bundesgerichtsbarkeit getan, der aber infolge der vielen Vorbehalte der Regierungen wirkungslos blieb. Sie nahmen die Ernennung der Spruchmänner für sich in Anspruch; es bestand keine absolute Nötigung weder für die eine noch für die andere Partei, auf Verlangen der einen vor dieser Instanz Recht zu nehmen, vielmehr war die Kompetenzerklärung ihrer beiderseitigen freien Verein-Tätigkeit getreten.

barung anheimgegeben. Dies Schiedsgericht war praktisch nie in

Erst die Revolution von 1848 forderte von neuem einen Rechtsschutz, diesmal aber mehr von seiten der Regierten her, die bisher überhaupt keine Sicherungen für ihre Rechte besessen hatten. Bereits 1847 beehrte Radowitz die Einsetzung eines obersten Bundesgerichts, dessen Organisation und Kompetenz er genau umriß.²⁷ Die preußische Regierung erhob am 18. März 1848 zum erstenmal öffentlich das Verlangen nach einem Bundesgericht, dem alle Streitigkeiten staatsrechtlichen Ursprungs zwischen den Fürsten und ihren Ständen und zwischen den einzelnen Regierungen untereinander zur Schlichtung zufallen sollten.²⁸ Die gleiche Forderung findet sich seitdem in allen Verfassungsentwürfen der Revolutionsjahre: in dem Programm des Siebener-Ausschusses der Heidelberger Versammlung,²⁹ in dem Entwurf eines Reichsgrundgesetzes, das der Bundesversammlung von den 17 Vertrauensmännern übergeben wurde,³⁰ in der Reichs-

26. Errichtung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Regierungen und Ständen C. J. C. G. II, 316 ff.

27. Roth u. Merck, Quellen z. Gesch. d. öffentl. Rechts seit 1848, I 5 ff., bes. 19 u. 23 ff.

28. ebd. I, 145 ff. bes. 147.

29. § IV, 4, Roth u. Merck I, 183.

30. Art. III C § 22—24, Roth u. Merck I, 381. Vgl. J. G. Droysen, Aktenstücke u. Aufzeichnungen z. Gesch. d. Frankf. Nationalversammlung 101 ff.

verfassung der Paulskirche³¹ und in dem Berliner Entwurf einer Reichsverfassung.³² Von ganz besonderer Bedeutung war die Münchener Übereinkunft vom 27. Febr. 1850, in der die deutschen Mittelstaaten, bisher Gegner einer solchen Institution, unter den allgemeinen Bundesangelegenheiten auch die Errichtung eines Bundesgerichts forderten.³³ Seitdem schien seiner Verwirklichung nichts mehr im Wege zu stehen. Das Erfurter Parlament verabschiedete umfangreiche Gesetze über die Einrichtung und die Kompetenz des Reichsgerichtes. Während der Dresdener Konferenz beschäftigte sich eine besondere Kommission unter dem Vorsitz Beusts mit dem Problem.³⁴ Sein umfangreicher Bericht teilte das Schicksal des „schätzba ren Materials“. 1851 wurde am Bundestag ein besonderer Ausschuß für diese Angelegenheit eingesetzt, als dessen Referent der mecklenburgische Bundestagsgesandte von Oertzen fungierte. Sein Bericht ist der Bundesversammlung nie vorgelegt worden.

Bei dem Bundesgericht handelte es sich um eine Institution, der in erster Linie politische Bedeutung zukam. Aus Furcht, in ihrer Selbständigkeit durch ein Obertribunal zu sehr beeinträchtigt zu werden, und weil das Wesen der monarchischen Souveränität die Unterordnung unter eine richterliche Instanz angeblich ausschloß, hatten es die Mittelstaaten seit dem Wiener Kongreß erreicht, daß die Bundesversammlung, in der sie Sitz und Stimme hatten, d. h. also die politische Behörde den entscheidenden Einfluß auf die Bundesgerichtsbarkeit behielt. Diese Tendenz, bei Konflikten staats- und privatrechtlicher Art, in die die Regierungen verwickelt wurden, nicht so sehr rechtliche als vielmehr politische Entscheide zu fällen, ist von ihnen auch nach 1848 nicht aufgegeben worden. Die Arbeiten der Paulskirche und des Unionsparlamentes über das Reichsgericht, die in diesem Abschnitt nahezu wörtlich übereinstimmen, bemühten sich zum erstenmal darum, die verworrene und völlig unzureichende Rechtsprechung in allen Fällen des Staatsrechts zu

31. Abschnitt V § 125—129, Karl Binding, Dtsche Staatsgrundgesetze II 26 ff.; Droysen, a. a. O. 677.

32. Abschnitt V § 123—127, Binding II, 71 ff.

33. Meinecke, Radowitz S. 378.

34. D Ergebnis der Beratungen der 4. Komm. (gedruckt).

ergänzen und zu vereinheitlichen. Nach dem Scheitern der verschiedenen Reichsverfassungen verstummte in der Öffentlichkeit der Ruf nach einem Bundesgericht nicht wieder. Er wurde sogar erheblich gestärkt durch die verschiedenen gewaltsamen Eingriffe der Bundesbehörde in die Einzelverfassungen im Gefolge der Reaktion gegen 1848.

Die in dem ersten Jahrzehnt nach der Revolution hervorgetretenen Entwürfe über das Bundesgericht, die Vorschläge der Dresdener Konferenz, der badische und der sächsische Plan, bedeuten sämtlich einerseits ein langsames Zurückweichen der bestehenden Gewalten vor der öffentlichen Meinung, indem sie das Begehren formal zu erfüllen und die wirklichen Mängel im Staatsrecht abzustellen strebten, andererseits aber den Versuch, gleichzeitig die Regierungsgewalt aus den Einschränkungen durch die Verfassungen wieder zu befreien, d. h. die Reaktion mit der Errichtung des Bundesgerichts zu krönen. Die Entwürfe unterschieden sich sonach nicht so sehr prinzipiell von einander als durch das Mehr oder Minder an Kompetenz, die sie dem Obertribunal zugestanden.

Während noch die 17 Vertrauensmänner und der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung bestrebt gewesen waren, möglichst vollständig alle Fälle namhaft zu machen, in denen das Bundesgericht einschreiten sollte,³⁵ bemühten sich die von den Regierungen ausgehenden Entwürfe, sie auf ein Minimum zu beschränken. Es ist hier nicht der Ort, die Zuständigkeit des Bundesgerichts nach den verschiedenen Vorschlägen im einzelnen abzugrenzen. Für ihre politische Wertung bezeichnend ist nur ihre verschiedene Stellung zu den Verfassungskonflikten in den Einzelstaaten und ihre Abgrenzung des Bundesgerichts gegen die Bundesversammlung. Der Entwurf der Dresdener Konferenz erstrebte die von Beust stets geforderte Garantie der einzelstaatlichen Verfassungen auf Grund gewisser Voraussetzungen durch den Bund, und nur für diese bestätigten Verfassungen erkannte er Streitigkeiten der Entscheidung durch das Bundesgericht zu.³⁶ Die von der Reichs- und Unionsver-

35. Vgl. zum Folgenden Droysen, a. a. O. 82. 84. 101 ff., 111—137. 424—429. 677—682.

36. Vorschläge der 4. Kommission Art. II 9.

fassung zum Aufgabenkreis des Bundesgerichts gerechneten Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder die Auslegung der Landesverfassung³⁷ strich der Dresdener Entwurf überhaupt, indem er es der Landesgesetzgebung überließ, diejenigen Personen zu bestimmen, die zu solchen Klagen legitimiert sein sollten.³⁸ Das Bundesgericht sollte grundsätzlich nur dann zuständig sein, wenn die Bundesversammlung in jedem Falle vorher eine Vermittlung unternommen hatte, die gescheitert sein mußte. Aber selbst dann noch konnte sie „wegen mangelnder Kompetenz des Bundesgerichts die Einstellung des Verfahrens anordnen und den hierdurch veranlaßten Kompetenzkonflikt durch einen Bundesbeschluß entscheiden“,³⁹ d. h. also: Wenn der rechtliche Entscheid des Bundesgerichts Konsequenzen zu zeitigen drohte, die zu decken die Bundesversammlung nicht bereit war, so hatte sie es stets in der Hand, die Zuständigkeit des Gerichts aufzuheben.

Der badische Entwurf schloß sich eng an die Dresdener Vorschläge an.⁴⁰ Drei Konflikte wollte er abweichend von ihnen nicht dem Aufgabenkreis des Bundesgerichts zuerkennen: die Verweigerung oder Hemmung der Rechtspflege in den Einzelstaaten, die er auf einen Kompetenzstreit zwischen Justiz und Verwaltung zurückführte, die Klagen von Privatpersonen gegen einen deutschen Souverän, wenn die Landesgesetzgebung keinen genügenden Gerichtsstand begründete, und den Entscheid darüber, ob in der Bundesversammlung im Zweifelsfalle *jura singulorum* geltend gemacht werden durften und damit ein Beschluß Einstimmigkeit erforderte. Dafür wollte Meysenburg dem Bundesgericht die Funktion zuerteilen, über einzelne Rechtsfälle den Regierungen auf ihr Ersuchen Gutachten zu erstatten und bei der Bearbeitung von Gesetzentwürfen, die das Rechts-

37. Reichsverf. § 126 e; Unionsverf. § 124 e.

38. Vorschläge der 4. Kommission Art. VII.

39. Vorschläge der 4. Kommission Art. IV.

40. Die Stellung des Großherzogs zu diesen Plänen ist, obwohl er sie offiziell billigte, nicht klar. Roggenbachs Bundesreformplan von 1859 folgt, was das Bundesgericht anbetrifft, weithin der Reichsverfassung von 1849. Vgl. Oncken I 149 f.

gebiet betrafen, mitzuwirken. Ihr Mißtrauen gegen die ganze Institution wollte er dadurch beseitigen, daß er den Kompetenzkreis des Gerichts möglichst eng zog und so zwischen Gericht und Bundestag abgrenzte, wie es der Dresdener Entwurf und schon Radowitz getan hatten: „Die Zuständigkeit des Bundesgerichts wird durch einen Beschluß der Bundesversammlung begründet, wodurch eine zur richterlichen Entscheidung geeignete und durch Vermittlung der Bundesversammlung nicht auszugleichende Streitigkeit dem Bundesgericht zur Erkenntnis überwiesen wird“.⁴¹

Die gleichen Probleme kehren bei dem Streit über die Organisation des Gerichts wieder. Die 17 Vertrauensleute und der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hatten Großzügigkeit gefordert. Die Zahl der Reichsrichter sollte mindestens 21 betragen. Das Recht der Ernennung erkannten sie zu gleichen Teilen dem Reichsoberhaupt, dem Staaten- und dem Volkshaus zu. Die Nationalversammlung entschloß sich später, derartige Bestimmungen in einem besonderen Gesetz, nicht in der Verfassung unterzubringen.⁴² Das Erfurter Parlament hatte bereits solche Gesetze verabschiedet. Der Dresdener Entwurf machte in dieser Hinsicht nur spärliche Angaben: Er bestimmte, daß das Bundesgericht aus einem Präsidenten und sechs Beisitzern sich zusammensetzen sollte, die sämtlich in Frankfurt, dem Sitz des Gerichtes, wohnen sollten.⁴³ Alle weiteren Beschlüsse behielt er besonderen Bundesbeschlüssen vor.⁴⁴ Baden wagte zum erstenmal, einen Teil dieser Fragen wieder in Angriff zu nehmen. Da es ein siebenköpfiges Kollegium in Anbetracht des ihm zufallenden Wirkungskreises für zu groß hielt, sollte nur ein Teil seiner Mitglieder sich ausschließlich der Bundesgerichtsbarkeit widmen und in Frankfurt wohnen. Die übrigen sollten immer nur zur Fassung der Endbescheide einberufen werden.

Schwierig war ferner der Ernennungsmodus. Baden entschied sich dafür, diese Funktion der Bundesversammlung allein

41. Roth u. Merck I, 25 f.

42. § 128.

43. Dresdener Entwurf.

44. Vorschlag der 4. Kommission Art. VI.

zuzuweisen und sympathisierte mit folgendem Verfahren: Jede der 17 Stimmen der Bundesversammlung schlägt einen Rechtsgelehrten vor; aus den 17 Kandidaten wählt die Versammlung zuerst fünf ordentliche Mitglieder, aus ihnen den Präsidenten, dann vier außerordentliche; beim Ausscheiden eines Mitgliedes muß das neue stets aus 17 präsentierten gewählt werden. Die Bundesrichter sind auf die Bundesgrundgesetze zu vereidigen und auf Lebenszeit anzustellen.

Das Beustsche Gutachten zur badischen Denkschrift geht von der Voraussetzung aus, „daß das Bundesgericht die Bundesbeschlüsse als Entscheidungsnormen zu beachten habe, ohne sich eine Erörterung über ihre materielle oder formelle Begründung erlauben zu dürfen.“ Beust wollte erst dann die Kompetenzbestimmung des Gerichts durch die Bundesversammlung vornehmen, wenn es sie selbst zu überschreiten drohte, nicht wie Baden vor jedem speziellen Fall. Dadurch werde der Bund von vornherein im Urteil der öffentlichen Meinung wieder Partei bleiben, meinte Beust. Auch dem Rechtsempfinden des Königs Johann entsprach es, das Gericht selbst über seine Kompetenz entscheiden zu lassen. Nur die Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen über die Steuerbewilligung wünschte er direkt durch die Bundesversammlung zu regeln.

Zur Organisation des Gerichts nahm Beust jetzt zum erstenmal Stellung. Daß es der neuen Behörden an Arbeit fehlen werde, befürchtete er nicht. Um dieser Sorge willen die Zahl der Richter herabzusetzen, hielt er für unbegründet. Bei der Unterscheidung Badens zwischen ständigen und nicht-ständigen Mitgliedern ergaben sich für ihn neue komplizierte Fragen: die Zulässigkeit der Berufung an das Plenum usw. Solchen Schwierigkeiten ging man nach seiner Meinung am einfachsten mit sieben ständigen Richtern aus dem Wege. Bei der Ernennung entschied er sich für den von Baden empfohlenen Modus, erwog aber auch, ob man nicht die Wahl im Plenum vor sich gehen lassen sollte. Dadurch wäre jeder Regierung die Möglichkeit geboten gewesen, alle Kandidaten zu nomieren. Nur hätte man damit den kleinen Staaten einen unverhältnismäßigen Einfluß vor den Groß- und Mittelstaaten eingeräumt. König Johann erfand für die Wahl der Richter noch eine andere Variante: Österreich und Preußen

sollten je eine Stimme erhalten; die übrigen 15 Stimmen des engeren Rates teilte er in Kurien ein und stellte dabei anheim, ob außer bei den Königreichen nicht nach einem bestimmten Turnus gewählt werden sollte.

Als Beust die Grundgedanken seiner neuen Denkschrift bekanntgab,⁴⁵ hielt er es für hoffnungslos, an ihre Verwirklichung zu glauben. Aus der reichen Kritik des Gesamtministeriums schien ihm eine gewisse Lässigkeit, sogar eine heimliche „Sympathie für den Liberalismus Preußens“ entgegenzutreten. Er wurde nicht müde zu wiederholen, daß nur der österreichische Auftrag ihn zu dieser Denkschrift veranlaßt habe.⁴⁶ Das Begleitschreiben zu seiner Arbeit kommt einer Entschuldigung gleich: Ich gebe mich „keiner Täuschung darüber hin, daß der von mir gegebene Impuls zu einer allgemeinen Beratung geringe Aussicht auf eine allseitige Unterstützung hat. Man wird mir dagegen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß die mir gestellte Aufgabe keine leichte war und daß Anträge, die noch tiefer und schärfer in die bestehenden Verhältnisse eingreifen würden, in gleicher Weise auf noch entschiedeneren Widerstand ohnfehlbar stoßen mußten“.⁴⁷

Das Echo war dann auch wenig aussichtsvoll. Buol hütete sich wohl, voreilig sich zu äußern.⁴⁸ Rechberg schrieb: „Wir können nur von ganzem Herzen wünschen, daß dieser Plan sich verwirklichen ließe“. Aber auch er riet dringend, das Bundesgericht nicht von Verfassungsänderungen abhängig zu machen.⁴⁹ Biegeleben, ohne den Buol in diesen Dingen nichts zu entscheiden wagte, hielt Österreich nicht für berufen, an einer Reform des konstitutionellen Systems mitzuwirken. In bezug auf das Bundesgericht sprach er sich gegen die Permanenz aus, weil er eine jedermalige feierliche Einberufung für sein moralisches Ansehen für zukömmlicher hielt als eine Untätigkeit, die seiner Autorität nur schaden könnte.⁵⁰ Seine Reserve begründete man in Wien mit

45. Die Mitteilung der Depesche an Könneritz erfolgte am 25. IV., die der Denkschrift am 22. V. 57.

46. W Dresden Berichte 12. IV., 18. VI. 57.

47. D Zirkular 22. V. 57.

48. D Könneritz an Beust Berichte 14. IV. 57.

49. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 22. IV. 57.

50. D Könneritz an Beust 20. IV. 57.

dem Hinweis auf Preußen, das dem Bundesgericht Eingriffe in seine Verfassung nicht gestatten werde. In der Tat hatte Mantuffel inzwischen den badischen Entwurf bis in die Einzelheiten hinein erbarmungslos zerpfückt. Damit war dem Deutschen Plan in Frankfurt von vornherein jede Chance geraubt. Nostitz hielt es für bedenklich, in Beratungen darüber einzutreten, da seine Kollegen in der Ablehnung eines Sinnes seien.⁵¹

Die schroffste Ablehnung erfuhr Beust von München. Pfordten war nicht gewillt, sich in die Sache einzulassen, bevor eindeutige Stellungnahmen von Berlin und Wien vorlagen. Er wollte nicht daran glauben, „daß z. B. der König von Preußen darein willige, bei einem Konflikt mit den Kammern seines Reiches sich dem Urteil eines solchen Gerichtshofes zu unterwerfen“. Jeden Versuch aber, die Bundesgewalt zu erweitern, den jene beiden Mächte nicht auch für sich anerkannten, betrachtete er als Versuch zur Mediatisierung. Er wußte einen andern Weg, um zu einem Bundesgericht zu gelangen. Bayern hatte in Frankfurt ein allgemeines Handels- und Wechselrecht beantragt. War es erst so weit, daß in allen deutschen Ländern nach diesem Recht Urteile gefällt würden, so würde sich auch bald das Bedürfnis nach einem Oberappellationshof geltend machen. Hatte man die Öffentlichkeit erst an die Sprüche dieses Gerichtes gewöhnt, dann konnte man auch leicht seine Kompetenzen erweitern und ihm politische Fragen zur Entscheidung vorlegen.⁵²

Beust waren diese Stellungnahmen schon bekannt, als er noch über seiner Arbeit saß. Er verschickte sie trotzdem. Buol legte er besonders die Punkte seiner Denkschrift ans Herz, die von der Ministerkonferenz handelten. Er gedachte Preußen damit wenigstens zu einem Verzicht auf alle Unionspolitik zu zwingen.⁵³

Anstatt Beusts Pläne einfach abzulehnen, schien es Buol zweckmäßiger, Preußen die Verantwortung für ihr Scheitern zuzuschieben. Er erklärte sich also zum zweitenmal zu Beratungen bereit, unter der Voraussetzung freilich, die er schon früher gestellt hatte, daß nämlich die voraufgehende Korrespondenz ein positives

51. D Nostitz an Beust 28. IV. 57.

52. D Bose an Beust 30. IV. 57.

53. D Beust an Könneritz 22. V. 57.

Ergebnis der Zusammenkunft erwarten ließ. Dann erst wollte Buol die Initiative ergreifen, wenn Sachsen ihm das preußische Urteil über seine Vorschläge mitteilte.

Manteuffel lehnte natürlich die Beustschen Vorschläge rundweg ab und war gewillt, den Regierungen jede Hoffnung in dieser Hinsicht zu rauben.⁵⁴ Die Gefahr aber, daß man Preußen erneut undeutscher Gesinnung zeihen werde, erforderte eine vorsichtige Form. Die österreichische Antwort an Sachsen war in Berlin bekannt.⁵⁵ Sie enthielt eine Herausforderung, indem sie Preußen „auf die Bahn eines liberalisierenden Werbens um die nationalen Sympathien Deutschlands“ lockte. Bismarck, um Rat gefragt, schlug in die gleiche Kerbe. Am liebsten hätte er Beust zu einer Veröffentlichung seiner Pläne verführt. Er faßte allein den preußischen Vorteil ins Auge.⁵⁶ Die Antwort, die nach seinen Angaben in Berlin ausgearbeitet wurde, wies gerade auf die Schwierigkeiten hin, die Beusts Anregungen von Österreich her entgegenstanden. Sollte sich herausstellen, „daß Österreich in der Einsetzung eines Bundesgerichts, welches Verfassungsstreitigkeiten zu entscheiden berufen wäre, für sich eine Bürgschaft fände, welche ihm die Teilnahme an der Entwicklung des ganzen Deutschland erleichterte“, so war Preußen bereit, seine Bedenken zurückzustellen.⁵⁷

Mit Beusts Einverständnis wurde diese Antwort auch in Wien bekanntgegeben,⁵⁸ wo sie eine peinliche Sensation hervorrief.⁵⁹ Preußen legte unnachsichtig den Finger auf die wunde Stelle, die Beust so sorgfältig geschont hatte. Die größte Bereitwilligkeit des Grafen Buol, auf Verhandlungen über die Beustschen Punkte sich einzulassen, konnte keine Vorbedingungen schaffen, die nun einmal nicht vorhanden waren. Von Sachsen aus wurde darauf hingewiesen, im österreichischen Interesse die Bundesfreundlichkeit Preußens auf die Probe zu stellen, um sie nicht zu einer Waffe in Preußens Hand werden

54. Manteuffel an Bismarck, Preußen i. Bdstag III, 127, Anm. 2.

55. ebd. III, 127, Anm. 3.

56. Bismarck G. W. II, 235 ff.

57. D Manteuffel an Redern Abschr. 9. VII. 57.

58. D Manteuffel an Flemming 1. VIII. 57.

59. D Könneritz an Beust Privat 15. VIII. 57.

zu lassen.⁶⁰ Buol war in großer Verlegenheit um einen Antwortentwurf. Mehrere Arbeiten wurden vorgelegt, aber keiner für gut befunden. Beust wurde nachdrücklich aufgefordert, in Berlin seinen Einfluß geltend zu machen, daß um der Sache willen die Schwierigkeiten dort nicht noch vergrößert würden.⁶¹ Die Antwort, die schließlich Anfang September fertiggestellt wurde, ging dem preußischen Argument einfach aus dem Wege, indem sie auf die Förderung der materiellen Interessen hinwies. Selbst damit hätte sich das Wiener Kabinett einverstanden erklärt, solche Regelungen mit Stimmenmehrheit dem Bunde zu sichern. Aber Preußen scheine es seit der Gründung des Zollvereins als ein Axiom zu betrachten, auf diesem Gebiete nur durch Separatverhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen. In der Frage der Reform des konstitutionellen Systems erkannte es nunmehr die Gleichförmigkeit der Verhältnisse nicht mehr als Grundlage an. Auf die bloße Möglichkeit hin, daß gemeinsame Beschlüsse in dieser Richtung zustandekommen könnten, war Österreich nicht gewillt, einseitige Versprechungen für die Umgestaltung seiner staatlichen Organisation zu geben. Es flüchtete ebenso wie Preußen⁶² für den Fall, daß der Rivale sich den Argumenten fügen werde, zu weiteren Verhandlungen an den Bundestag. Er war das sicherste Grab für alle Reformprojekte.

Der anschließende preußisch-österreichische Notenwechsel, der bis zum Beginn des nächsten Jahres dauerte,⁶³ hätte vollkommen genügt, um alle Hoffnungen im Beustschen Sinne einfürallemal zu vernichten. Aber auch bei den andern Regierungen war das Echo nicht freudiger. Kurhessen gab überhaupt keine Antwort.⁶⁴ Darmstadt erklärte sich zu Konferenzen

60. W Dresden Weisung 6, IX, 57.

61. W Dresden Berichte 18, VI; D Könneritz an Beust 2, IX.; W Dresden Varia, Metternich an Buol Privat 24, VII, 57.

62. Bismarck G. W. II 235.

63. Manteuffel an Flemming 3, XI. (vgl. Preußen im Bundestag III 154 ff.; die endgültige Depesche stimmt fast wörtlich mit Bismarcks Entwurf überein); Buol an Koller 26, XI.; Manteuffel an Flemming (Bismarck entwarf auch diese Depesche G. W. II, 273 ff.) 21, I, 58.

64. D Nostitz an Beust 3, VII, 57.

gern bereit. „Über den Inhalt des Memoires mich im einzelnen zu verbreiten, glaube ich vorerst unterlassen zu dürfen, da in der Hauptsache volles Einverständnis herrscht“, schrieb Dalwigk und verbarg damit nur schlecht sein wahres Urteil.⁶⁵ Fürst Wittgenstein hatte seinen alten Gedanken nichts Neues hinzuzufügen.⁶⁶ Hannover war nicht davon zu überzeugen, daß das Bundesgericht der Souveränität der Einzelstaaten keinen Abbruch tun und den beiden Großmächten noch mehr Mittel an die Hand geben werde, ihre Stellung über die andern Bundesgenossen zu erhöhen.⁶⁷ Baden stellte eine abschließende Arbeit über das Bundesgericht in Aussicht.⁶⁸ Daß Pfordten sehr zurückhaltend war, konnte Beust nicht weiter Wunder nehmen;⁶⁹ er war auch diesmal wieder der letzte, der auf die sächsischen Vorschläge antwortete. Die Pressemaßnahmen schlug er vor von dem Politischen Ausschuß am Bundestage vornehmen zu lassen und von der Gründung einer Bundeszeitung abzusehen. So lange nicht Preußen und Österreich mit einem gemeinsamen Vorschlag für das Bundesgericht hervorträten, müßte jede Erörterung die Aussichten verschlechtern, das Ziel je zu erreichen. Denn wenn die Öffentlichkeit von den geheimen Plänen der Regierungen erfahren sollte, würde das Bedürfnis nach einem solchen Gericht nur noch stärker hervortreten.⁷⁰ Er übersah es keinen Augenblick, daß jede der beiden Großmächte nur so lange in die Erörterung der Bundesreform sich einließ, wie sie mit dem Widerstand des Rivalen rechnen konnte.

Als Baden im Dezember 1857 die Antworten auf seine Denkschrift über das Bundesgericht in einer neuen Arbeit kritisch zusammenstellte, mußte Beust sich eingestehen, daß auch sein zweiter großer Anlauf, eine Reform der deutschen Verhältnisse herbeizuführen, gescheitert war. Der Koalition hatte wiederum wie zur Zeit des Krimkrieges sein eigentliches Bemühen gegolten. Sie sollte die Neutralisierung der Mittel-

65. D Dalwigk an Nostitz 2. VI. 57.

66. D Wittgenstein an Beust 13. VI. 57.

67. D Könnertitz (sächs. Geschäftsträger in Berlin) an Beust 15. VI. 57.

68. D Meysenbug an Nostitz 30. VI. 57.

69. D Pfordten an Gise 20. X. 57.

70. D Bose an Beust 13. XII. 57.

staaten durch die beiden Großmächte aufheben und dem Bunde selbst wieder einen wirklichen Wert verleihen. Beust zielte mit seiner Reform nicht unmittelbar auf einen partikularen Vorteil für Sachsen wie Bayern mit der Befürwortung der Trias. Wenn seine Pläne allein um den Garanten der einzelstaatlichen Selbständigkeit, den Bund, kreisten, so konnte dabei für Sachsen nur mittelbar ein Vorteil herauspringen. Dadurch, daß seine Vorschläge diesmal weniger seiner eigenen Initiative entwachsen waren, war er von seinem letzten Ziel immer weiter abgedrängt worden. Die Aufmerksamkeit war von der Koalition der Mittelstaaten auf die vorbereitenden Konferenzen übergegangen, an denen auch Preußen und Österreich teilnehmen sollten, und von den Konferenzen war sie schließlich auf die vorbereitende Korrespondenz gegliitten. Und weil schon die schriftliche Verständigung im allerersten Stadium mißlungen war, waren die Zusammenkünfte erst recht überflüssig geworden. Beusts Reformvorschläge waren schließlich eine Verlegenheit, die er selbst deutlich empfunden hat.

Man darf nicht übersehen, daß die Beschränkung der Konstitutionen, das Bundesgericht, die gemeinsame Proklamation der Regierungen und die anderen Vorschläge Beusts nur Mittel zum Zweck waren; er gedachte damit die Mittel- und Kleinstaaten in die Koalition hineinzulocken. Die Absicht war mißlungen. Lag es nicht auch an den Mitteln? Die Beschneidung der Rechte der Volksvertretung war längst ein überaltertes Ideal. Zwanzig Jahre vorher schon war die Wiener Ministerialkonferenz daran gescheitert, als Metternich noch fest im Sattel gesessen hatte. Beust hat die Parallele mit 1834 wohl empfunden und den gleichen Ausgang seines Unternehmens zu beschwören versucht. Damals nach einer kurzen Praxis des konstitutionellen Verfassungslebens, meinte er, seien die Fehler und Schwächen des Systems noch nicht so bekannt gewesen wie heute, wo sie offen am Tage lägen. Seine Kollegen in den deutschen Kabinetten standen Beusts Wünschen gar nicht so fern, wie sie wohl selbst glauben machen wollten. Auch sie begehrten eine größere Beschränkung der Volksrechte, um aus der Zwiespältigkeit der mit den Verfassungsgesetzen geschaffenen Souveränität, der des Monarchen und der des

„Staates“, der doch kein rechtes Organ hatte, herauszukommen. Aber dieser Wille ist bei ihnen schon tausendfach gebrochen; sie wagten keine ernsthafte Kur mehr. Sie dachten zu loyal, sie hatten zu viele Vorurteile, als daß sie sich in das Abenteuer gestürzt hätten, die Verkürzung der Volksrechte ohne die Zustimmung der Kammern durchzuführen. Ausschlaggebend für ihre Weigerung war aber wohl die Einsicht, daß in jedem Falle Eingriffe des Bundes in die inneren Hoheitsrechte des Einzelstaates seiner Selbständigkeit, seinem Prestige gefährlich werden mußten. Aus dem gleichen Grunde verschlossen sie sich gegen das Bundesgericht. Abgesehen davon, daß das von den Regierten geforderte Gericht anderer Kompetenzen und einer anderen Organisation bedurfte als das, das den Regierungen zu Willen sein sollte, bedeutete Beusts Vorschlag doch, mochten Kompetenz und Organisation ausfallen, wie sie wollten, die Schaffung einer Zentralgewalt, die mit der Autonomie der Bundesglieder unvereinbar war. Die anderen Projekte Beusts haben nur peripherische Bedeutung. Zu einer besonderen Kundgebung, daß das Reformwerk abgeschlossen und alle Hoffnungen im unitarischen Sinne vergeblich seien, dazu lag kaum ein besonderer Grund vor. Die Reformbegehren in den Flugschriften, in den Kammern und in der Presse waren schnell wieder verstummt. Ausdrückliche Erklärungen der Regierungen gegen solche längst verklungenen Stimmen würden sie voraussichtlich erst recht wieder geweckt haben. Daß die materiellen Interessen vom Bunde nicht gefördert werden konnten, das hatte eine 40jährige Bundespraxis zur Genüge bewiesen. Es war reiner Euphemismus, wenn Beust mit viel Worten und Überredungskünsten eine Änderung herbeizuführen hoffte.

Um bei aller Uneinigkeit und Zwiespältigkeit nur zu Beratungen zu kommen, wie Wien vorgeschlagen hatte, dazu hätte es der überlegenen Kraft eines Metternich bedurft. Buol aber, in den deutschen Verhältnissen wenig bewandert, war dazu nicht fähig. Er glaubte, seitdem der unerbittliche Dualismus der beiden Großmächte über dem Bunde stand, in den Mittelstaaten das Element erkannt zu haben, mit dem das preußische Übergewicht in Deutschland einzudämmen sei. Den Anregungen seiner kleinen Bundesgenossen, der einzigen, über die das

isolierte Österreich nach dem unglücklichen Ausgang des Krimkrieges verfügte, wenn auch nur mit geheuchelter Wärme entgegenzukommen, war für ihn eine Notwendigkeit. Buol ließ sich aber nicht nur auf Beusts Vorschläge ein, er rief sie sogar hervor. Es geschah gewiß nicht darum, weil er sich von der Beustschen Bundesreform einen Vorteil für Österreich mit seinen ganz anders gearteten inneren Verhältnissen versprochen hätte. Beust ging es letzten Endes auch gar nicht um Reformen, vielmehr um die Befestigung des Gegebenen, für das nach seiner Meinung kein vollwertiger Ersatz gefunden werden konnte. Von einer Konsolidierung der Bundesverhältnisse aber konnte allemal Österreich und nicht Preußen sich einen Gewinn versprechen. Scheiterten solche Erwartungen, zu denen Österreich Anlaß gegeben hatte, so konnte es stets die Schuld Preußen zuschieben, das sich offensichtlich einer Reform der Bundesverhältnisse sperrte.

Aber Preußen verdarb doch diese Rechnung. Es ist ein Zeugnis für die diplomatische Kunst Bismarcks, daß er überzeugend klarmachte, daß nicht Preußen, sondern die besonderen Verhältnisse des Kaiserstaates das Eingehen auf die sächsischen Anregungen verbot. Es war ein verhängnisvolles Ergebnis jener Initiative, die zu einer Stabilisierung des Bundes und auch zu einer Unschädlichmachung des ihn zerreißenen Dualismus führen wollte, daß sie mit einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Berlin und Wien, also mit ihrem Gegenteil endete. Damit war über ihre wahre Bedeutung das härteste, aber auch gerechteste Urteil gesprochen.

Dritter Abschnitt

Die Koalitionsprojekte 1858—60.

1. Koalitionsversuche zu Beginn der Neuen Ära.

Es ist ein besonderes Charakteristikum der Persönlichkeit Beusts, daß ihn in seinem Wirken für den Bund, der einzigen Sicherung für die Selbständigkeit seines Staates, auf die Dauer nichts enttäuschen oder erbittern konnte. Mit einer beispiellosen Hartnäckigkeit verfolgte er trotz aller Fehlschläge immer wieder das gleiche Ziel, und es fragt sich, was man an ihm mehr bewundern soll: die Konsequenz, mit der er die Aufgabe seines Amtes zu Ende führte gegen die Verhältnisse, oder die Unbefangenheit, mit der er an den Mächten der Zukunft vorbeisteuerte. Es sind uns keine direkten Zeugnisse dafür bekannt, daß ihm die Hoffnungslosigkeit seiner Situation als Minister eines mittleren Staates zwischen zwei rivalisierenden Großmächten je recht zum Bewußtsein gekommen wäre. Er scheint voll eines gläubigen Optimismus gewesen zu sein, daß die Selbständigkeit der deutschen Staaten am Ende doch erhalten bleiben werde, wenn sie nur nicht die Hände in den Schoß legten. Als Preußen und Österreich den über seinen Vorschlägen entbrannten Depeschenkrieg im Januar 1858 ergebnislos abbrachen, stellte er in kaum zu überbietender Geschäftigkeit eine dritte ausführliche Ausarbeitung mit neuen vermittelnden Gesichtspunkten in Aussicht. Sie wurde nicht mehr ausgeführt. Beust legte andere Eisen ins Feuer.

Dem Zusammenschluß der Mittelstaaten hatte er sich inzwischen wieder in einer unverfälschteren Form zugewandt. Diese enge Vereinigung konnte — das war ihr besonderer Vorzug — unter verschiedener Perspektive gesehen werden: von Bayern als Versuch, die Trias im Sinne eines Bundes der kleineren Staaten mit bayerischer Spitze

zu verwirklichen, von Sachsen und denen, die sich von einer bayerischen Führung keinen Erfolg versprochen, als Belebung der Bundestätigkeit. Beust hatte sich schon öfters mit Geschick dieser Doppeldeutigkeit bedient, um Bayern mit sich fortzureißen. In einem vertraulichen Begleitschreiben zu seiner Arbeit über das Bundesgericht hatte er dem bayerischen Minister vorgestellt, daß die Bamberger Konferenz bereits ergeben hätte, wie aussichtslos es war, die Vereinigung der Mittelstaaten auf dem Wege über Verträge mit den einzelnen zu verwirklichen, daß man vielmehr allein „im Wege des praktischen Handelns“ zu diesem Ziele gelangen müsse. Bayerns Mission in Deutschland fordere, daß es die Mittelstaaten mit Hilfe jener Vorschläge zusammenbringe, die Beust einer gemeinsamen Regelung empfahl.¹

Pfordten war stumm geblieben. Bose hatte berichtet: Eine Umgestaltung des Bundes in einen wahrhaft förderativen Verband sei nach Pfordtens Anschauung nur dann denkbar, wenn Preußen und Österreich aus dem Bunde ausschieden. Unter dieser Voraussetzung sei es wohl theoretisch möglich, daß die bleibenden Regierungen sich in einer Form vereinigten, die dem Bunde jetzt zu geben man sich vergeblich bemühen werde. Es sei aber völlig erfolglos, innerhalb der jetzigen Bundesverhältnisse eine bleibende Verschmelzung der Mittel- und Kleinstaaten versuchen zu wollen. Preußen und Österreich würden es in ihrem eigenen Interesse zu hindern wissen. Noch viel sicherer werde ein solcher Versuch an der Eifersucht der Beteiligten scheitern. Die Trias sei höchstens für einen bestimmten Zweck und nur für kurze Zeit zu erreichen. Bayern werde sich nie einer Bundesreform unterwerfen, der nicht zuvor auch Preußen und Österreich sich unterzogen hätten.² „Denn einer Zentralgewalt, welcher sich diese beiden Mächte unterordneten, könne sich der König von Bayern unbedenklich ebenfalls unterordnen“.³

Beusts Bestreben ging mehr und mehr dahin, München nicht allein von den Mittelstaaten, sondern auch von Wien aus unter Druck zu setzen. Während eines Besuches des Grafen Buol in

1. D Beust an Bose Privat 22. V. 57.

2. D Bose an Beust 12. III. 58.

3. D Bose an Beust 13. XII. 57.

Dresden richtete Beust an ihn die Frage, in wie weit er bereit sei, bei einer strafferen Zusammenfassung der dritten Staaten-Gruppe dem Bunde als solchem eine erhöhte Kompetenz in inneren und äußeren Bundesfragen zuzugestehen. Buol ließ darüber keinen Zweifel. Der zeitweiligen Vereinigung der Mittelstaaten in bestimmten Fällen stand Österreich nicht entgegen. Dem dauernden Zusammenschluß, der Organisation widersetzte es sich, weil es sonst Gefahr lief, seine eigene Stellung in Deutschland zu untergraben.⁴

Damit war Beust vorerst zurückgewiesen. Die besondere deutsche und die europäische Lage schufen jedoch unaufhörlich neue Anlässe zu einer Sonderpolitik der Mittelstaaten. Sie zitterten mehr und mehr vor den kühnen Worten, die sie von Berlin zu hören bekamen. Seitdem Prinz Wilhelm die Stellvertretung für den König übernommen hatte, glaubte der sächsische Minister in den preußischen Depeschen den Geist des

4. Buol bestätigte später seine Ansicht in einem besonderen Erlaß nach Dresden, in dem es heißt: „ . . . ich nehme nicht Anstand zu wiederholen, daß ich Freiherrn von Beust gerne die hohe Berechtigung des Begriffes eingeräumt habe, den er mit dem Beruf der Mittelstaaten in allen inneren deutschen Angelegenheiten verbindet. Es ist eine Tatsache und jede neue Verhandlung . . . bestätigt es, daß in Deutschlands inneren Fragen die im Kreise der Königreiche obwaltende Meinung ein Ausschlaggebendes Gewicht zwischen Österreich und Preußen behauptet. Es ist dies aber auch eine Tatsache, die, wie groß auch unter Umständen ihre Bedeutung werden kann, bei uns kein Mißtrauen erzeugt, da wir uns der gerechten Intentionen und des aufrichtigen Anteils an den wohlverstandenen Interessen unserer Bundesgenossen bewußt sind. Wir sind im Gegenteil von dem Nutzen überzeugt, den ein umsichtig herbeigeführtes Einverständnis zwischen den Mittelstaaten in vielen Fällen stiften kann, da wir unbedenklich anerkennen, daß sich in einer solchen Einigung das wahrhaft deutsche Gesamtinteresse in der Regel am reinsten aussprechen werde. An dem . . . Vorhandensein dieser Tatsache aber und an ihrer diskreten Benützung in dazu geeigneten Fällen sollten, wie uns scheint, die deutschen Königreiche sich genügen lassen und sich hüten, durch ostensibles Hervortreten als gesonderte dritte Gruppe gleichsam eine förmliche schiedsrichterliche Stellung zwischen den beiden Großmächten in Anspruch nehmen zu wollen. Das Prinzip des Bundes würde dadurch von vornherein beeinträchtigt, und Reibungen und Verwicklungen bedenklicher Art könnten nicht ausbleiben“ (W Dresden Weisungen 19. XI. 57).

neuen liberalen Führers zu erkennen.⁵ Die Sprache des preußischen Bundestagsgesandten aber übertraf alles, was man bisher von Berlin gewöhnt war.⁶ „In dem Bunde, wie er jetzt ist, und noch weniger in dem Bunde, wie er nach der Meinung vieler auszubilden wäre, ist kein Platz für Preußen, es müßte denn ein solcher durch Einräumung einer bevorzugten Stellung und mindestens durch Teilung des Präsidio geschaffen werden“, drohte er den Vertretern der kleinen Höfe, die er aus dem österreichischen Bann herauszuschlagen versuchte. „Ein kleiner Schritt ist noch nötig“, schrieb Beusts Frankfurter Gesandter, „dann werden wichtige Sachen nicht mehr hier, sondern in irgendeiner Residenz verhandelt. Ein Bundestagsgesandter wird ein Abgeordneterposten werden. Wenn man aufrichtig sein will, muß man jetzt schon zugeben, daß es sehr fraglich ist, ob ein solcher Apparat wie die Bundesversammlung mit Militärkommission usw. im Verhältnis zu den Geschäften, wie sie gehandhabt werden, und zu den Resultaten steht. Wäre es nicht möglich, daß günstigere Verhältnisse eintreten könnten, dann möchte man fast meinen, es sei besser, das Ding beim rechten Namen und die Bundesversammlung eine überflüssige Institution zu nennen; sie könnte durch ein paar permanente Büros hier und durch jährliche Regierungsbevollmächtigte so ziemlich ersetzt werden, und das Volk würde dann wenigstens an den Bund nicht die Ansprüche machen, zu denen der überflüssige Apparat der deutschen und fremden Gesandten, Militär-Bevollmächtigten usw. dasselbe fast zu berechnen scheint“.⁷ Pfordten deutete das Verhalten Bismarcks als auf Instruktion beruhend. In Berlin scheine man nur eine Gelegenheit zu suchen, meinte er, um aus einem Verbande zu scheiden, der Preußens wahren Plänen nur hinderlich sei. Wenn er früher um Bayerns willen diesen Zeitpunkt herbeigewünscht hatte, so begann er jetzt sich davor zu fürchten, je durchsichtiger die Kräftekonstellation in der Außenpolitik wurde. Preußen schien ihm durch eine Sprengung

5. W Dresden Bericht 18. XI. 57. Vgl. Bismarck G. W. II, 383 ff.

6. A. O. Meyer 387 ff.

7. D Nostitz an Beust 30. IV. 9. V. 58. In seinem Bundesreformprojekt von 1861 hat Beust diese Anregung aufgegriffen. Vgl. Thumann, N. Archiv f. sächs. Gesch. Bd. 46 (1925) S. 46 ff.

des Bundes freie Hand bekommen zu wollen, um einer französisch-russischen Allianz nach Belieben beitreten oder fernbleiben und Österreich bei dem drohenden Konflikt in Italien seinem Schicksal überlassen zu können. Pfordten mahnte eindringlich in Wien, daß es im österreichischen Interesse liege, sich mit Preußen zu verständigen. Nur unter der Voraussetzung, daß der Bund erhalten bliebe, habe der Kaiserstaat Aussicht, ganz Deutschland im Kriegsfall an seiner Seite zu finden.⁸ In Wien aber bezahlte man mit großen Worten: Wenn Preußen wider Erwarten aus seiner Drohung Ernst machen sollte, dann würde wie nach der Zerrüttung des Jahres 1848 zu beweisen sein, „daß Preußens Rücktritt vom Bunde noch nicht der Auflösung des Bundes und der Vernichtung aller Garantien, die er seinen Mitgliedern bietet, gleichkomme“.⁹

Den Bund zu stärken wurde unter solchen Befürchtungen wieder ein ernstes Anliegen der Mittelstaaten. König Max, den die Opposition des Landtages unvermindert bedrängte, verfiel aufs neue seinen Lieblingsideen, der Förderung der materiellen Bedürfnisse durch den Bund. Er schlug vor, wenn es nicht anders gehen sollte, sich sogar ohne Preußen zu einigen und ihm den Beitritt offen zu halten.¹⁰ Pfordten versuchte zögernd, auf andere Weise Sicherungen zu erhalten. In Wien sondierte er persönlich, wie man dort über die Gruppierungsidee des Fürsten Schwarzenberg dachte. Auch über die Aussichten der Koalition zog er Erkundigungen ein. Er erhielt die Auskunft, „daß ein festeres Anschließen der Mittelstaaten aneinander wünschenswert und zweckmäßig sei“, aber Buol setzte hinzu, daß er darunter nicht die Bildung der dritten Gruppe verstehe.¹¹ Beust beobachtete mit Sorge, wie die politische Erregung wieder langsam in die Breite wuchs. Die Entwicklung in Preußen, namentlich die Vermählung des Prinzen Friedrich mit Viktoria von England ließ die liberale Presse frohlocken, daß nun mit der preußisch-englischen Allianz die Vorbedingung für eine neue Stellung Preußens in Deutschland geschaffen sei. Zum ersten-

8. W München Berichte 7. IV. 58.

9. W München Weisungen 13. IV. 58.

10. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 9. IV. 58.

11. D Könnertitz an Beust Privat 9. VI.; Bose an Beust 11. VII. 58.

mal seit vielen Jahren war in der sächsischen Kammer wieder die Bundesreformfrage ventiliert worden. Beust hatte in einer viel beachteten Rede die innere Unmöglichkeit der beantragten nationalen Volksvertretung nachzuweisen versucht.¹² Mit einer Bundeszeitung dachte er sich jetzt der öffentlichen Stimmung entgegenzustellen. Er hatte sie schon 1851 als Ersatz für die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen propagiert, weil er mit dem größeren Einblick in die Frankfurter Arbeiten auch eine gerechtere Beurteilung ihrer Schwierigkeiten zu schaffen meinte. Der Plan eines „Deutschen Moniteur“ hatte auch in der Versammlung höherer Polizeibeamter Anklang gefunden. Von Österreich war er unterstützt, von Preußen wenigstens nicht bekämpft worden. Beust hatte in die Verhandlungen persönlich eingegriffen, weil er die geplante Zeitung nicht als eine polizeiliche sondern als eine politische Maßregel anzusehen wünschte. Er hatte die Einrichtung eines Bundespreßbüros gefordert.¹³ Sogar in der ersten Kammer und in seiner Presse hatte er den Gedanken öffentlich aufgegriffen.¹⁴ Da Beust voraussah, daß Preußen auf ein solches Unternehmen nie eingehen werde, schlug er vor, daß eine Staatengruppe sich zur Begründung eines solchen Organs vereinige.¹⁵ Pfordten schüttelte zu solchen Machenschaften nur den Kopf. „Es heiße Mooren weiß waschen wollen, wenn man den Bundestag gegen die öffentliche Meinung in Schutz zu nehmen suche und für ihn eine ruhige und unparteiische Beurteilung beanspruche“, meinte er.¹⁶ „Politische Parteien sind nicht zu bekehren, sondern nur zu überwinden“.¹⁷

12. Verhandlungen d. 2. Kammer d. sächs. Landtages Sitz. v. 18. II. Vgl. Flathe 739 f. D Hausarchiv, Johann 140, Beust an den König 20. II.; D Hohenthal an Beust 21. II. Bose an Beust 5. III.; W Dresden Weisungen 10. III. 58.

13. D Hausarchiv, Beust an König Johann 2. XI. 58; Gesch. d. Frankfurter Zeitung 41.

14. Verhandl. d. 1. Kammer Sitz v. 8. III. 58; Dresdener Journal Nr. Nr. 149 (2. VII. 58).

15. Vgl. dazu die parallelen, freilich auf einer besseren Einsicht beruhenden Bemühungen des Großherzogs von Baden um ein „Deutsches Wochenblatt“ Oncken I 47 ff.

16. D Bose an Beust 3. VIII. 58.

17. D Pfordten an Bose 22. II. 58.

Als die Neue Ära in Berlin ihren Einzug hielt, wuchs an den deutschen Höfen die Sorge, daß das liberale Preußen im Bunde mit England jetzt Unionspläne verwirklichen werde.¹⁸ Zwar traute man dem Prinzregenten keine solche Absichten zu, wohl aber seinen neuen Mitarbeitern, die ihn vielleicht weiter mit sich fortreißen würden, als er selbst zu gehen bereit war.¹⁹ Hohenthal, der sächsische Gesandte in Berlin, nannte es „mit dem Feuer spielen“, „wenn bei der gegenwärtigen Situation Europas die Regierung eines großen Staates ohne alle und innere Notwendigkeit und aus freien Stücken liberal konstitutionelle Politik treibt“.²⁰ Beust hatte sich aus diesem Anlaß sofort wieder der Koalition wegen nach München gewandt und in den schwärzesten Farben die von Preußen drohenden Gefahren geschildert. Die Mittelstaaten sollten Preußen zu einer Erklärung veranlassen, forderte er, in der es von den Erwartungen der liberalen Presse abrücke.²¹ Pfordten aber, der auch nicht gerade rosig in die Zukunft sah, wehrte müde ab; man müsse sich „im Geist vereinigen“.²²

Man sollte annehmen, daß der österreichisch-französische Konflikt in Italien, den namentlich die süddeutschen Staaten mindestens seit 1856 mit wachen Augen kommen sahen, der wieder einmal in verhängnisvoller Weise den Zwiespalt zwischen Preußen und Österreich offenbarte und die Mittelstaaten in eine furchtbare Erregung versetzte, den kleinen Kabinetten eine Chance für ihre besondere auf Kräftigung des Bundes gerichtete Politik geboten hätte. Es hat in der Tat auch nicht an Versuchen gefehlt, die Einheit des Bundes zu retten, indem Preußen durch förmliche Anträge seiner kleinen Bundesgenossen in Frankfurt zur Hilfeleistung für Österreich gedrängt wurde. Von einer besonderen mittelstaatlichen Politik kann merkwürdigerweise nicht die Rede sein. Beust machte dem Fürsten Metternich zwar

18. D Hohenthal an Beust 11. XI. Beust an Hohenthal 21. XI.; W Dresden Varia, Metternich an Buol Privat 14. XII. 58.

19. D Hohenthal an Beust 16.. XI., Könneritz (Petersburg) an Beust 17. XI. 58.

20. D Hohenthal an Beust 7. XI. 58.

21. D Beust an Nostitz 14. XI. 58.

22. D Bose an Beust 11. XI. 58.

bittere Vorwürfe, daß Österreich durch den Widerstand gegen die Koalition sich eines sicheren Beistandes beraubt habe;²³ er unternahm aber nichts, um seine alten Pläne bei dieser Gelegenheit zu verwirklichen. „Ne blessons pas, ne provoquons pas, mais ne lessons pas d'illusions“, war sein Leitsatz geworden.²⁴

Der Grund für diese Vorsicht war zunächst ein persönlicher. Zu einer Zeit, als noch keine kriegерischen Auseinandersetzungen in Sicht waren, hatte König Johann seinen Minister auf seine ausdrückliche Bitte²⁵ mit der offiziellen Werbung um eine portugiesische Prinzessin für den Prinzen Georg von Sachsen am Hofe zu Lissabon beauftragt.²⁶ Unter den völlig veränderten Umständen des Jahres 1859 hielten Freunde und Feinde eine solche Vergnügungsreise für ein Unding. Selbst dem König scheint seine Zustimmung leid getan zu haben.²⁷ Aber den Minister lockte das Außergewöhnliche und die Aussicht, unmittelbar vor Kriegsbeginn in den Zentren der europäischen Diplomatie Einblick in den Stand der Verwicklung zu bekommen.²⁸ Die politischen Gründe aber für Beusts Zurückhaltung in der Sache der Koalition sind andere.²⁹ Zwar hatte Österreich sogleich bei Beginn der Auseinandersetzung seine kleinen Bundesgenossen auf einen engeren Zusammenschluß hingewiesen, der, wenn Preußen je seine Bundeshilfe sperren sollte, auch außerhalb der Frankfurter Versammlung sich konstituieren mochte.³⁰ Alles geschlossene Vorgehen der Mittelstaaten scheiterte aber an dem Widerstande Bayerns. „Ich kann Dir nicht verhehlen“, schrieb Schrenk an seinen Jugendfreund Rechberg, „daß ein Vorgehen am Bunde gegen Preußens Willen

23. W Dresden Varia, Metternich an Buol Priv. 17. II. 59.

24. W Dresden Varia, Metternich an Buol Priv. 4. II. 59.

25. D Hausarchiv, Johann, Beust an den König 4. XI.

26. Beust I 220 ff., Ebeling I 353 ff., Hassel, König Albert II, 41 ff., Flathe 749.

27. W Dresden Varia, Metternich an Buol Priv. 7. IV.

28. W Dresden Berichte 17. IV. 59. Vgl. Beusts Rede in der 2. Kammer zur Rechtfertigung seiner Reise, Sitz. v. 3. VI. 59.

29. Wiederholt tauchten Gerüchte auf, als rief Beust wieder zur Koalition (vgl. Oncken, Großherz. Friedrich I 83. 86; Droysen, Briefwechsel II 614 f.). Nach dem mir zugänglichen Material treffen sie nicht zu.

30. W Zirkular 5. II. 59.

— eine Majorisierung Preußens auf die Gefahr dessen Austritts aus dem Bunde hin — oder aber Vereinbarungen außerhalb des Bundes die bereits bestehenden Gefahren der Lage so gewaltig vermehren, daß der Entschluß, einen dieser Wege zu gehen, selbst dahier, wo die Gesinnungen fast ausnahmslos ganz entschieden sind, doch schwer wird gefaßt werden und vielseitige Bedenken und Einwendungen erregen wird. Ich meinerseits glaube, daß, wenn die traurige Eventualität einer Spaltung unmöglich mehr zu vermeiden sein sollte, jedenfalls von uns nur auf bundesrechtlichem Boden weiter vorgeschritten werden kann“.³¹

Immerhin waren die militärischen Zusicherungen, die die Mittelstaaten dem Kaiser Franz Joseph gegeben hatten, so stark, daß Buol mit dem Beistand des Bundes glaubte rechnen zu dürfen, als er in Turin das Ultimatum stellte. Als dann die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien den Bund warten hießen, machten sich die kleinen Kabinette an Österreich notgedrungen des Wortbruches schuldig. Sollten sie etwa ihre Truppen nach Österreich schicken und sich der Gefahr aussetzen, ihre Länder von preußischen Armeekorps besetzt zu sehen? Allen gemeinsamen Bestrebungen der Mittelstaaten schob Preußen schließlich dadurch einen Riegel vor, daß es in Frankfurt beantragte, den Oberbefehl über die süddeutschen Truppen Bayern zu übertragen, während es selber die Leitung des 9. und 10. Armeekorps begehrte.³² Die Entrüstung an den kleinen Höfen über die formelle Erklärung, Preußen werde sich keinen Mehrheitsbeschlüssen in Frankfurt unterwerfen, war ungeheuerlich.³³ Aber die Niederlagen des Kaiserstaates hätten sie wohl oder übel zum Gehorsam gezwungen, wenn nicht Österreich durch den Frieden von Villafrance seine italienische Position geopfert hätte, um seine deutsche zu retten. „Österreich kann nicht vergessen, wieviele Arme sich in Deutschland erhoben und nur des Führers bedurften, um zur rechten Zeit seine Feinde zu bekämpfen“, schrieb Beust nach Wien.³⁴

31. W Nachlaß Rechberg 8. VI. 59.

32. Die auswärtige Politik Preußens I Nr. 464.

33. ebd. I Nr. 393 Anm. 1.

34. D Beust an Könneritz 13. VII. 59.

2. Die Münchener Verabredungen.¹

Der Krieg in Italien hatte in Deutschland eine ungeheure nationale Begeisterung ausgelöst. Die liberalen und demokratischen Elemente, deren vereinzelte unorganisierte Tätigkeit bisher aller Stoßkraft entbehrt hatte, riefen seit den ersten Monaten des Jahres unablässig mit sich steigender Eindringlichkeit nach der Einheit Deutschlands. Wenn es noch eines untrüglichen Beweises für die Lebensfeindlichkeit der alten Bundesverfassung bedurft hätte, dann war er gegeben in der Ohnmacht Deutschlands, wie sie der Krieg gezeigt hatte. Jetzt schien wieder einmal die Stunde da, um Kleinstaaterei und Dualismus ein Ende zu setzen. Eine neue Zentralisierung Deutschlands unter einer einheitlichen Gewalt, Vereinigung aller politischen und militärischen Kräfte unter einem preußischen Oberhaupt, Schaffung einer nationalen Volksvertretung, das waren die großen Parolen, die in ungeahnter Stärke in Versammlungen und Adressen in ganz Deutschland sich Bahn brachen.

Wenn die Kabinette der Einzelstaaten gehofft hatten, der Friede werde die begreifliche Erregung entspannen, so sahen sie sich bald enttäuscht. Die Bewegung wuchs im Gegenteil immer mehr ins Breite und rüttelte an den Grundpfeilern der Souveränität. Beust erblickte in ihr „eine systematische Aufwieglung der Untertanen gegen ihre rechtmäßigen Regierungen“. Durch sorgfältige und gut unterrichtete Polizeiberichte war er auch über die intimeren Vorgänge der Bewegung genau unterrichtet. Bestürzt aber als über die Unruhe der öffentlichen Meinung selbst war er über die Lethargie, der seine Bundesgenossen angesichts des heim-

1. Vgl. zu diesem und dem folgenden Kapitel M. Daerr, Beust und die Bundesreformpläne d. deutschen Mittelstaaten im Jahre 1859, Neues Archiv f. sächs. Gesch. Bd. 52 (1931) S. 42 ff. Diese Untersuchung erschien, als meine Darstellung schon abgeschlossen war. Da ich bedeutend mehr Material heranziehen konnte, verzichte ich darauf, im einzelnen mich auf Daerr zu berufen.

lichen Aufruhrs verfallen waren. Es wurde ihm zur Gewißheit, daß die Lauheit der alten Autoritäten die Bewegung immer weiter anspornte. Es hätte zwar in der Gewalt der einzelnen Regierung gelegen, ihr durch Polizeimaßnahmen Schranken zu setzen. Daran hat es auch nicht gefehlt, und Beust selbst strebte danach, wenigstens die Staatsverwaltung von solchen Elementen freizuhalten, die das 'Bestehende umzustürzen trachteten.² Isolierte Repressalien aber gegen die Presse und das Versammlungsrecht mußten jenseits der Schlagbäume des Einzelstaats, wo man vielleicht liberaleren Maximen huldigte, den Ansturm gegen ein furchtsames und unduldsames Regiment vermehren. Die einzelne korrekte Regierungspresse betrieb ein Danaidengeschäft, so lange es noch Regierungsorgane gab, die unklaren Vorstellungen von Einheit, Zentralgewalt, einheitlicher militärischer und diplomatischer Führung Raum gaben, anstatt die bestehenden rechtlichen Verhältnisse vorbehaltlos zu verteidigen. Beust befolgte das alte Rezept aus dem Jahre 1855, als er ebenfalls als einzelner mit einer breiten Volksbewegung nicht fertig zu werden glaubte: er appellierte an den Bund. Die Bundesversammlung war allein in der Lage, unter den Regierungen ein einheitliches Verständnis darüber anzubahnen, ob die Bundesverfassung in ihrer jetzigen Gestalt aufrecht zu erhalten oder Reformen zu unterwerfen sei. Sie allein war auch imstande, einheitliche Maßnahmen gegen die Einheitsbewegung zu erlassen. Es galt aber noch mehr, als nur über eine negative Abwehr sich zu verständigen. Preußen mußte über sein Verhalten während der vergangenen Monate zur Rechenschaft gezogen und darüber befragt werden, wie es grundsätzlich zum föderativen Prinzip stehe. Denn Beust war zu tiefst davon überzeugt, daß Preußen mit seiner bundesfeindlichen Politik die Einheitsbewegung nicht gerade ausgelöst hatte, sie doch wenigstens ständig förderte, daß es nur einer Umkehr der preußischen Machthaber bedurfte, um die Agitation im wesentlichen in sich selbst zusammenfallen zu lassen.³ Der sächsische Minister, der sich nicht „den Boden unter den Füßen abgraben lassen“ wollte, beabsichtigte, Preußen zu eindeutigen Erklärungen zu veranlassen. Ent-

2. Beust I 271, Flathe 743.

3. D Beust an Platen 9. VIII. 59.

weder mußte es dann mit Forderungen hervortreten, die von Bundes wegen offen und ehrlich zu bekämpfen waren, oder es mußte der in seinem Namen betriebenen Agitation ein öffentliches Dementi entgegenstellen.

Der Anlaß zu solchen Erklärungen sollte, so wünschte er, durch den Bund in Frankfurt gegeben werden. Die einzelnen Regierungen waren aufzufordern, Reformvorschläge, die sie für durchführbar hielten, vorzulegen. In erster Linie schien dazu der Präsidialhof berufen, der nach der Niederlage im Kriege gegen Frankreich und Sardinien seine Stellung in Deutschland erneut festigen mußte, wenn er nicht noch hoffnungsloser isoliert werden wollte. Beust glaubte in Wien den Boden auch bereits gut vorbereitet. Man hatte dort die Bewegung genau verfolgt, seine Bundesgenossen mit Material über die Agitation im preußischen Sinne versehen, während des Krieges damit an den kleinen Höfen vor Preußen Angst gemacht und nun nach Friedensschluß um Abwehrmaßnahmen gebeten, wobei man besonders ein einheitliches Vorgehen der Presse im Auge hatte.⁴ Beust leitete als Antwort auf diese Anregung in den ersten Tagen des August seine Aktion mit zwei Depeschen in Wien ein, die er auch seinen Bundesgenossen mitteilte.⁵ Sie enthielten die Aufforderung, sich mit Berlin darüber zu verständigen, welche Maßnahmen gegen die bundesfeindlichen Äußerungen der öffentlichen Meinung vom Bunde zu ergreifen und über welche Reformanträge die Diskussion in Frankfurt zu eröffnen sei. König Johann beobachtete außerdem als katholischer Monarch mit Schrecken die konfessionellen Argumente in der Propaganda, die Österreich von Deutschland trennen wollte. Er bat den Kaiser Franz Joseph inständig, alles zu tun, „was geschehen kann zum Wohle des Volkes und der Kirche“.⁶

Rechberg kannte die deutschen Verhältnisse zu gut, als daß er von einem so plumpen, im Grunde nur gegen Preußen gerichteten Vorgehen sich etwas versprochen hätte. Unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens hatte er Baron Kübeck, seinem Nachfolger in Frankfurt, sein Programm in der deutschen Politik

4. W Dresden Weisungen 28. VII. 59.

5. D Beust an Könneritz 5. VIII., an Hügel u. Platen Privat 9. VIII., an Nostitz 10. VIII., an Bose 9. VIII.

6. W Dresden Varia 18. VIII. 59.

entworfen: „Unser ganzes Gewicht müssen wir nunmehr in die Wagschale legen, um der Bundesgesetzgebung wieder Geltung zu verschaffen. Wir wären nie in die Notwendigkeit versetzt worden, die Präliminarien in Villafranca zu unterzeichnen, wenn eine Bundesregierung durch ihre Erklärung, sich der Majorität nicht fügen zu wollen, nicht den Gesetzen des Bundes Hohn gesprochen und die Akte des Bundes gelähmt hätte. Es müssen nunmehr alle Bundesregierungen mit vereinten Kräften dahin wirken, der Widerkehr eines solchen bundeswidrigen Verfahrens vorzubeugen“. „Preußen muß den Bund wieder anerkennen und sich seinen Gesetzen fügen oder lieber aus dem Bundesverbande scheiden. Sein Bestreben, seine Stellung im Bunde zu benutzen, um ihn zu Grunde zu richten, kann nicht länger geduldet werden; will es aufrichtig seine Pflichten als Bundesglied erfüllen, so werden wir diesen Beschluß mit Freuden begrüßen und alles tun, um seine Durchführung zu erleichtern. Aber es muß vor allem mit der Gothaer Partei brechen und sich als treues und redliches Bundesglied erweisen“.⁷ Man wird den energischen Tenor einer solchen Äußerung nicht überbewerten dürfen. Rechberg, einem Schüler Metternichs, war es schon in seiner Frankfurter Zeit um eine Verständigung mit Preußen zu tun gewesen.⁸ Buol hatte er wiederholt gewarnt, die andere Großmacht mit Hilfe der Mittelstaaten zu majorisieren und ihre Tendenz, zwischen Wien und Berlin zu vermitteln, noch zu bestärken. Als Minister verfolgte er gleich zu Anfang dasselbe Ziel. Eben als Beust sich nach Wien wandte, kam durch Rechbergs Initiative eine Verabredung zustande, in der sich Berlin und Wien zusicherten, am Bundestage nicht ohne vorherige Verständigung untereinander Anträge einzubringen oder denen von dritten Regierungen zuzustimmen, freilich unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, ihr Antrags- und Zustimmungsrecht nicht an die vorherige gegenseitige Zustimmung zu binden.⁹ Von dem vor 1848 üblichen Vetorecht, für dessen Einführung Bismarck sich wiederholt eingesetzt hatte, war die neue Regelung weit entfernt.

7. W Nachlaß Rechberg 25. VII. 59.

8. Fr. Engel-Jánosi, Graf Rechberg 5 ff.

9. Vgl. jetzt: Die ausw. Politik Preußens I, Nr. 510.

Obwohl die Intentionen der Beustschen Vorschläge dem Wiener Kabinett nicht fern gelegen haben können, war für Reichberg bei der neuen Sachlage doch Vorsicht geboten. Er hielt es für unwahrscheinlich, daß Preußen sich offen auf die Seite der nationalen Bewegung stellen werde, weil er sicher zu sein glaubte, daß Frankreich gegen ein geeintes Deutschland intervenieren werde.¹⁰ Er beschied also Beust vorerst abschlägig. Es sei problematisch, „ob diese große Institution [der Bund] für den Augenblick regelmäßig und sicher genug funktionieren könne, um durch von ihr ausgehende Maßregeln ihr Ansehen aufrecht zu erhalten“. Auf Preußens Mitwirkung in der Bekämpfung der Bewegung zu rechnen, hielt er für illusorisch. Eine übereinstimmende Sprache der Regierungsorgane und der konservativen Presse müsse vorerst genügen. Gerade die Mittelstaaten seien in besonderem Maße dazu berufen, das föderative Prinzip gegen die unitarischen Bestrebungen zu verteidigen. Er schlug vor, sie möchten sich untereinander über politische Maßnahmen verständigen und sie nacheinander am Bunde anzeigen. Im übrigen bat er um nähere Bezeichnung der Reformvorschläge, die „in Berlin in Anregung gebracht und in der öffentlichen Meinung Deutschlands von Österreich und den Mittelstaaten gemeinsam vertreten werden könnten“.¹¹

Aus den Antworten seiner kleineren Bundesgenossen entnahm Beust zu seinem Erstaunen, daß man anderwärts die Einheitsbewegung nicht so ernst nahm. Platen forderte zwar „eine vernünftige Bundesreform“, damit auch die Regierungstreuen „mit dem fast lächerlich gewordenen Institut wieder ausgesöhnt würden“, aber er selbst hatte noch keinen Plänen nachgegangen.¹² Hügel erklärte sich mit Polizeimaßnahmen des Bundes ausdrücklich nicht einverstanden. Er hätte zu allen Zeiten seine wesentlichsten Aufgaben zu mangelhaft erfüllt. In der Meinung der Gut-

10. D Könneritz an Beust 10. VIII. 59.

11. W Dresden Weisungen 19. VIII. 59.

12. D Witzendorff an Beust 13. VIII., Platen an Beust Privat 16. VIII. 59. Die Anregung des Innenministers von Borries zu Besprechungen der Polizeiressors zwecks einheitlichen Vorgehens gegen die Einheitsbewegung scheint nicht bis zu Beust gedrungen zu sein. Hassell, Gesch. d. Königreichs Hannover II/1 Beilage IV.

gesinnten müsse er noch mehr sinken, wenn er sich als Büttel gegen Bestrebungen hergäbe, die Deutschlands Einheit zum Ziel hätten. Der Einheitsbewegung sei nur dadurch entgegen zu wirken, daß man ihr durch wirkliche Veränderungen der Bundesorganisation den Boden entziehe. Die viel begehrte Volksvertretung am Bunde etwa lasse sich wohl in der Weise verwirklichen, daß man den Ausschüssen, die über die Regelung gemeinsamer materieller Interessen zu beraten hätten, größere Kommissionen von Sachverständigen beordnete. Bei offenen Besprechungen über die Reformen in Frankfurt müsse sich die zweifelhafte Stellung Preußens am ehesten klären.¹³

Widerspruch begegnete Beust auch in München. In der bayerischen Kammer war am 12. Aug. ein Antrag auf eine stärkere Zentralgewalt und eine Volksvertretung am Bunde mit großer Mehrheit abgelehnt worden.¹⁴ In ganz Deutschland wurde diese Abstimmung als ein Sieg des konservativen Prinzips und als ein Zeichen betrachtet, daß die Agitation für Preußen nicht sehr tief wurzele. Rechberg hatte unter dem Eindruck dieser Nachricht seine ablehnende Antwort an Beust ausgefertigt.¹⁵ Auch Schrenk, der neue bayerische Ministerpräsident, wurde nun nicht müde zu wiederholen, daß in wenigen Wochen die Bewegung im Sande verlaufen sein werde.¹⁶ Unter diesen Umständen den Bund mit neuem Haß zu beladen, wenn er die Polizei in Tätigkeit setzte, dazu bestand keine Veranlassung. Die Ausführung von Bundesbeschlüssen im Sinne Beusts hätte außerdem kein einheitliches Vorgehen garantiert, weil die Preß- und Vereinsgesetze in den einzelnen Ländern sehr verschieden gehandhabt wurden. Immerhin fürchtete Schrenk doch, daß Preußen durch die Niederlage seiner vermeintlichen Parteigänger in der bayerischen Kammer zu Reformanträgen am Bunde schreiten möchte. Es konnte damit in den Augen der Liberalen nur noch wohlgefälliger erscheinen, ohne doch fürchten zu müssen, daß seine Vorschläge je die Billigung der andern Re-

13. D Hügel an Beust Privat 16. 18. VIII. 59.

14. K. v. Raumer, Das Jahr 1859 u. d. dtsch. Einheitsbewegung in Bayern, Quellen u. Darst. z. Gesch. d. Burschenschaft VIII (1925) 308 ff.

15. D Könnertitz an Beust 17. VIII. 59.

16. D Bose an Beust 14. VIII. 59.

gierungen finden würden. Schrenk hielt es für geraten, Preußen in der Reformfrage zuvorzukommen. Berlin hatte die Bundeskriegsverfassung für unausführbar erklärt, weil ihre Bestimmungen über die oberste Leitung die erfolgreiche Kriegsführung ausschließe.¹⁷ Da Bayern außerdem hoffen durfte, bei einer Neuorganisation des Bundesheerwesens einen Vorteil für sich zu erringen, nachdem ihm Preußen den Oberbefehl über die süddeutschen Bundestruppen angeboten hatte, schlug es vor, Preußen seine Wünsche in der Militärkommission vortragen zu lassen.¹⁸ Schrenk wünschte ebenfalls den Oberfeldherrn des Bundesheeres in Kriegs- und Friedenszeiten für eine Reihe von Jahren zu ernennen, so daß er immer schon vorhanden war, wenn einmal Gefahr drohte. Er sollte mit größerer diktatorischer Gewalt ausgerüstet sein, die Befehlshaber der einzelnen Bundesarmee-korps selbständig ernennen und absetzen und im Frieden auch die Inspektion des Bundesheeres übernehmen.¹⁹

Beust mußte am Ende des Monats seinen Antrag, so weit er den Bund zur obersten deutschen Polizeibehörde zu stempeln suchte, als gescheitert betrachten.²⁰ Daß man durch irgendwelche Reformanträge der liberalen Agitation bzw. Preußen den Wind aus den Segeln nehmen müsse, darüber war man weitgehend eines Sinnes. Nur über das Maß der Reform und die Art und Weise des Vorgehens gingen die Ansichten noch auseinander. Die bayerische und österreichische Antwort enthielten für Beust bereits den Hinweis auf einen neuen, vielleicht noch sichereren Weg, den Bund zu aktivieren. Schrenk hatte den Wunsch geäußert, mit seinem sächsischen Kollegen die Lage einmal eingehend zu besprechen, ohne damit eine Ministerkonferenz ausdrücklich anzuregen.²¹ Hügel hatte mündlich und schriftlich sich bereit erklärt, an den Beratungen einiger Kabinettschefs über einheitlich vorzunehmende Maßregeln sich zu beteiligen²². Und schließlich hatte auch Rechberg wiederholt

17. Die auswärtige Politik Preußens I, Nr. 482.

18. D Bose an Beust 17. 24. VIII. 59.

19. W München Berichte 13. IX. 59.

20. D Beust an Könneritz 31. VIII. 59.

21. D Bose an Beust 14. VIII. 59.

22. D Hügel an Beust Privat 16. VIII. 59.

die Mittelstaaten auf Beratungen untereinander zum Schutze des föderativen Prinzips besonders hingewiesen.²³ Am 10. Sept. meldete sich Beust zur Besprechung in München an, nachdem er sich vorher vergewissert hatte, daß er auch Pfordten noch antreffen werde.²⁴ Als Beust reisebereit war, setzte er auch Hügel in Kenntnis, der sich auf der Stelle nach München aufmachte.²⁵

Schrenk hatte auf eine vertrauliche Besprechung mit Beust gerechnet und sah sich plötzlich als Vorsitzenden einer Ministerkonferenz, die er gerade zu vermeiden gesucht hatte.²⁶ Diplomatisches Geschick und Festigkeit hätten ihn allein noch aus der Überrumpelung befreien können. Doch auch darin erwies sich Beust als der überlegene. Sein Programm war von ausschlaggebender Bedeutung in den Beratungen. Beust glaubte Beweise dafür in Händen zu haben, daß das preußische Ministerium mit der gothaischen Agitation unter einer Decke steckte und auf die Dauer ihrem Drängen nachgeben werde. „Agitiert nur ruhig weiter — wenn der richtige Zeitpunkt gekommen sein wird, werden wir auch hervortreten“, so charakterisierte Beust die preußische Einstellung zur Einheitsbewegung.²⁷ Wollten die Mittelstaaten den Gefahren für ihre eigene Selbständigkeit begegnen, überlegte er, so konnte es nur so geschehen, daß sie durch wirkliche Reformen der Bewegung das Wasser abgruben. Die Bildung

23. W Dresden Weisung 19. VIII. In einem Schreiben Rechbergs an Hügel heißt es: „Fast möchte ich glauben, daß unter den obwaltenden Verhältnissen zunächst die deutschen Mittelstaaten es als ihre Aufgabe betrachten sollten, dem preußischen Hofe die Notwendigkeit einlenkender Schritte und eines offenen Wiederanschlusses an das Bundesprinzip immer mehr deutlich zu machen“. „Mit E. E. darf ich annehmen, daß die Freiherren von Schrenk und von Beust nicht abgeneigt sind, über die von Ihnen angeregten Fragen in nähere Verständigung einzutreten, und es könnte daher vielleicht zur Förderung des Zweckes dienen, wenn der Inhalt des gegenwärtigen Schreibens unter dem Siegel engen Vertrauens zur Kenntnis der genannten beiden Minister gebracht würde“ (W Stuttgart Weisungen, Rechberg an Hügel, in Abschrift nach München 6. IX. 59).

24. D Beust an Bose 10. 11. IX. 59.

25. D Beust an Hügel 18. IX. 59.

26. Davon, daß König Max die Münchener und später die Würzburger Zusammenkunft veranlaßt habe (Doeberl, Bayern u. Dtschld. im 19. Jh. S. 21), kann keine Rede sein.

27. W München Berichte 20. IX. 59.

einer neuen Zentralgewalt, an der Preußen und Österreich beteiligt sein sollten, war des Übergewichtes der Großmächte wegen von vornherein unannehmbar. Mit einer freiwilligen Übertragung der Hoheitsrechte der kleineren Fürsten auf Preußen und Österreich würden sie sich selbst mediatisieren. Ein Bund ohne die Großmächte, in dem jeder der kleinen Souveräne wirklich den Einfluß ausübte, der seiner Stellung entsprach, schien ihm die einzig denkbare Lösung. In diesem „reinen“ Deutschland war es möglich, gewisse populäre Bedürfnisse zu befriedigen. In einem aus allen Bundesländern beschickten Parlament würden stets die Preußen und die Österreicher die übrigen Abordnungen erdrückt haben. Eine Volksvertretung aus den Landtagen innerhalb der dritten Gruppe dagegen hätte den Einzelstaaten, weil ihre Größenverhältnisse nicht so erheblich differierten, wirklichen Einfluß gestattet. Doch dieses Ziel lag einstweilen in weiter Ferne. Beust gab sich nicht dem Wahne hin, als könne der Verein der Mittelstaaten in dem von ihm bezeichneten Ausmaß ad hoc konstituiert werden. Die souveränen Staaten mußten sich zunächst innerhalb der gegebenen Ordnung zur Koalition, d. h. zu einer Arbeitsgemeinschaft verbinden und in der Behandlung von Bundesfragen eine gewisse Praxis und Gewöhnung schaffen. Reformanträge, die die junge Einheitsbewegung mit ihren Gegnern aussöhnen sollten, und Verabredungen über übereinstimmendes Vorgehen der Polizei und der Presse waren ihre nächsten Aufgaben. Hatte dann auch die Propaganda die Vorzüglichkeit dieser Lösung der deutschen Frage erwiesen, dann war es an der Zeit, die förmliche Konstituierung bei passender Gelegenheit vorzunehmen.

Auf der Suche nach einem Kompromiß zwischen den Forderungen der liberalen „öffentlichen Meinung“ und den Selbstständigkeitsbedürfnissen der deutschen Fürsten verfiel Beust mit diesem Programm aufs neue den Plänen, die er unentwegt seit 1853 verfolgte. Die neue Formulierung des Koalitionsprinzips²⁸ unterscheidet sich von früheren in bemerkenswerter Weise durch die Radikalität. Hier wird die Koalition gleichsam durchsichtig gemacht. Hinter ihr zeigt sich in nebelhaften Umrissen das Ziel, auf das sie hinweist. Es ist nicht mehr der Bund in seiner alten Ge-

28. Jetzt gedruckt bei Daerr 121—124.

stalt, sondern ein neuer, anderer, noch undefinierter Zustand. Ein dumpfes Gefühl für das unaufhaltsame Schicksal der Einzelstaaten, die Sorge vor den „Impulsen auswärtiger Konjunkturen“ scheint sich hier verhalten anzukündigen. Beust hat in seinen verschiedenen Bundesreformplänen nie so energisch wie an dieser Stelle die grundsätzliche Trennung der Mittel- und Kleinstaaten von den Großmächten betont. Zum erstenmal ist nicht mehr von der Verlebendigung des Bundes durch die Koalition als einem bloßen Mittel, sondern vom Sonderdasein der dritten Gruppe, der Trias als Institution die Rede. Erstaunlich ist nur, wie bald sich Beusts Vorschläge im Dunkel verlieren. Von der Verbindung der dritten Gruppe zu Preußen und Österreich, von der neuen Zentralgewalt, an der die Mittelstaaten auch als geschlossener Block beteiligt sein mußten, erfahren wir nichts. Es bleibt sogar die Frage offen, ob die neue ideale Organisation innerhalb der alten Bundesverfassung verbleiben sollte. Nur über gewisse Grundformen seiner zukünftigen mittelstaatlichen Gruppe hat Beust keinen Zweifel gelassen. Gerade die preußische Politik während des Krieges, als der Prinzregent, die Bundeskriegsverfassung überspringend, Bayern den Oberbefehl über die beiden süddeutschen Armeekorps anbot, dürfte Beust die Gefahr gezeigt haben, in der Sachsen schwebte. Die Mittelstaaten durften nicht voneinander getrennt werden, sonst war Sachsen verloren. Das preußische Angebot kam zweifellos einem bayerischen Geltungsbedürfnis entgegen. In München verstand man die Trias entweder in der Weise, daß der König von Bayern die Vertretung sämtlicher Mittel- und Kleinstaaten bei der Zentrale für sich forderte, oder so, daß er als Haupt der süddeutschen Gruppe auf einer realen Machtgrundlage die dritte deutsche Großmacht neben Preußen und Österreich zu werden begährte. In beiden Fällen handelte es sich allein um bayerische Partikularinteressen, die die Souveränitätsbedürfnisse der anderen Mittel- und Kleinstaaten gewiß nicht sonderlich respektiert haben würden. Beust dachte daher mit vollem Bewußtsein an eine Kollektivsouveränität seiner dritten Gruppe ähnlich der der Bundesversammlung. So war, falls man die Zahl der Stimmen von der der Einwohner abhängig machte, dem dicht besiedelten Sachsen ein erheblicher Einfluß auf gemeinsame Beschlüsse gesichert. Aus dem gleichen Prinzip erwachsen seine Vorschläge

über die Volksvertretung. Nicht die Vertretung als solche war ihm wichtig. Wenn sie schon nicht zu umgehen war, so strebte er danach, den sächsischen Einfluß in diesem zentralen Organ zu behaupten. Einzelheiten über die Organisation und die Kompetenz des Parlaments sind nicht einmal angedeutet. Vielleicht dachte Beust daran, die näheren Bestimmungen der Bregener Übereinkunft vom Jahre 1850 hervorzuholen. Doch auch dafür sind keine Anhaltspunkte vorhanden. Daß die nationale Bewegung vom Jahre 1859 nur noch eine Vertretung einzelstaatlicher Kammerabordnungen fordere, war eine aus der Luft gegriffene Unterstellung, mit der Beust hoffen mochte, seine Bundesgenossen seinem Plane geneigter zu machen.

Ob es Beust mit diesen in weiter Ferne liegenden Zielen ernst gewesen ist, steht dahin.²⁹ Denn er selbst hat „ihre praktische Schwierigkeit und sogar Unmöglichkeit“ ins Auge gefaßt und als ihren „unzweifelhaften Vorzug“ hervorgehoben, „das Einzige zu sein, was bisher als Korrektiv für die Gothaer Ideen sich als brauchbar erwiesen hat“. Seine Bundesgenossen hatten ihm nachdrücklich versichert, daß man der nationalen Bewegung nur mit wirklichen Reformen begegnen könne. Wollte er nur formal diese Forderungen erfüllen? Wollte er nur einzelne Unternehmungen mit partikularem Vorteil verhindern, sie mit seinen Plänen einfangen und sie in der nächsten Zukunft zur Verwirklichung seiner alten näher liegenden Pläne nötigen?

In den Beratungen, die am 19. Sept. begannen, lag der Nachdruck in der Tat auf dem Sofortprogramm.³⁰ Man einigte sich, vermutlich unter dem Einfluß des bayerischen Vertreters, dahin, von Polizeimaßnahmen durch den Bund ganz abzusehen. So weit die nationale Bewegung mit den Landesgesetzen in Konflikt geraten sollte, blieb es Sache der einzelstaatlichen Gerichte, sie abzuurteilen. Die Aufforderung an Preußen, sich eindeutig zur

29. In den Kreisen der sächsischen Beamten wurde andeutungsweise auch von einer gemeinsamen Militärverfassung der Mittel- und Kleinstaaten und von gemeinsamer diplomatischer Vertretung dem Ausland gegenüber gesprochen (D Kohlschütter an Beust 23. IX., W Hannover Berichte 23. IX. 59). Von Beust selbst sind solche Gedanken nicht bezeugt.

30. Für die verschiedenen Stadien der Aktenstücke vgl. Daerr a. a. O.

Bundeskompetenz zu erklären, kam in einem von Hügel redigierten Antrag an die Bundesversammlung zum Ausdruck. Seine Motivierung appellierte mit deutlicher Spitze gegen Preußen an die Pflicht aller Bundesglieder, für die Aufrechterhaltung und den Vollzug der rechtmäßig gefaßten Bundesbeschlüsse einzustehen und mit allem Ernst gegen die unberufenen auf den Umsturz der Bundesverfassung gerichteten Bestrebungen vorzugehen. Der Antrag selbst forderte die Militärkommission auf, sich über die an der Bundeskriegsverfassung vorzunehmenden Änderungen zu äußern.

Damit aber nicht genug. Ähnlich wie 1854 in Bamberg setzte Beust die Einigung über ein „Programm“ durch, das in kurzen Formulierungen die Hauptgesetze eines Vereins der Mittelstaaten bezeichnete. Sie gehen wiederum nicht grundsätzlich, sondern in der Schärfe ihrer Formulierungen über das bisher gewohnte Maß hinaus. Die beitretenden Regierungen verpflichteten sich, über alle wichtigen Bundestagsgeschäfte einheitlich abzustimmen, rückhaltlos zu Mehrheitsbeschlüssen zu schreiten, wo sie verfassungsmäßig erlaubt waren, für die Durchführung solcher Beschlüsse mindestens innerhalb ihrer eigenen Grenzen einzustehen, weitere Pläne zur Bundesreform zu beraten und von Zeit zu Zeit Ministerkonferenzen abzuhalten. In engster Verbindung damit stehen Beusts Aufzeichnungen über die Ideologie der dritten Staatengruppe, die in die offiziellen Beratungsergebnisse aufgenommen wurden. Wie wenig die Minister von den in eine ferne Zukunft weisenden Plänen befangen waren, bezeugt die Tatsache, daß sie sich zu sorgsamer Prüfung von Bundesreformvorschlägen „unter unverrückter Festhaltung der Grundprinzipien des Bundesvertrages“ und zur Ausschöpfung aller im Bundesrecht gegebenen Handhaben bekannten. Eine besondere Rolle bei den Verhandlungen spielte die Bundeszeitung, die Beust zur Aufklärung der öffentlichen Meinung über die nationalen Absichten der Mittelstaaten zu gründen gedachte. Seine Aufzeichnungen zu diesem Projekt wurden ebenfalls den offiziellen Beratungsergebnissen einverleibt. Man einigte sich dahin, bei seinen Souveränen um die Genehmigung der vereinbarten Entwürfe, vornehmlich des Antrages für die Bundesversammlung und des Programms der Koalition nachzusuchen. Bayern sollte dann im tiefsten Vertrauen die Bearbeitung von

Kurhessen und Nassau, Württemberg die von Baden und Darmstadt, Sachsen die von Braunschweig, Mecklenburg und Hannover übernehmen. Der vereinbarte Antrag, mit dem die Koalition zum erstenmal an die Öffentlichkeit treten wollte — weitere Reformanträge hatte man sich ausdrücklich vorbehalten — sollte in der ersten Sitzung des Bundestages nach den Ferien am 20. Okt. eingebracht werden.

Voraussetzung für die Zustimmung Bayerns und Württembergs war die Verständigung des Grafen Rechberg. Fürst Metternich, der nach dem Kriege auf den Botschafterposten nach Paris berufen worden war, hatte, mit Beusts Gedanken bis in die Einzelheiten vertraut, bei dem Wechsel am Wiener Ballhausplatz für den Verfechter der Koalition eine Einladung erwirkt, die Beust am Tage seiner Abreise nach München erreichte.³¹ Nachdem dort die Verabredungen zunächst provisorisch zustande gekommen waren, war es Beust um die Zustimmung seines Königs zu tun. Dann war er bereit, auch im Namen seiner übrigen Bundesgenossen die Mission zu übernehmen. König Johann machte mit seiner Einwilligung zu den Münchener Entwürfen nicht die ge-

31. D Beust an den König 19. 22. IX. 59. Aus dem Briefe geht hervor, daß König Johann auf schriftlichem Wege bei Beust den Gedanken anregte, die Minister möchten in München ihre Ansichten über eine Zusammenkunft aller deutscher Fürsten mit dem Prinzregenten von Preußen austauschen. Schrenk und Hügel rieten wegen der Fülle der entgegenstehenden Schwierigkeiten ab. Ausschlaggebend dafür war ein Brief Dalwigks an Beust (16. IX. 59), in dem es heißt: „Den Prinzregenten von Preußen hatte ich vor 8 Tagen zu sehen Gelegenheit. Ich empfahl ihm, um seiner selbst und um seines Landes willen baldige Verständigung mit Frankreich und Vertrauen in die freundschaftlichen Gesinnungen der übrigen deutschen Staaten, die im Falle eines französischen Angriffs Preußen treu zur Seite stehen würden. Aber ich fand hier Hopfen und Malz verloren. Der Prinz versicherte, auf die guten Gesinnungen der deutschen Mittelstaaten nicht entfernt zu zählen, und von Österreich behauptete er, es habe den Frieden von Villafranca einzig und allein abgeschlossen, um Preußen nicht zur Aktion kommen zu lassen und nachträglich ihn, den Prinzen, durch sein Friedensmanifest aufs tiefste beleidigt. Ich widersprach auf das ernsteste und bestimmteste. Aber der Prinz ließ mich kaum zu Worte kommen und versicherte, er würde sich, wenn Frankreich ihn angriffe, mit seinen Preußen bis auf den letzten Blutstropfen schlagen. Soll man da lachen oder weinen?“

ringsten Schwierigkeiten.³² Da Rechberg wiederholt drängte, mit den Beratungsergebnissen bekannt gemacht zu werden,³³ stellte sich Beust bereits am Monatsende in Wien ein. In einer Reihe von Unterredungen mit Rechberg — auch dem Kaiser berichtete Beust ausführlich — legte er rückhaltlos alle in München verhandelten Aktenstücke vor.

Das Wiener Kabinett war in der Tat in seiner deutschen Politik in einiger Bedrängnis. Es konnte ebensowenig wie seine Bundesgenossen auf die Dauer untätig zusehen, wie die Agitation im preußischen Sinne die Fundamente seiner Stellung in Deutschland unterhöhlte. Um die feindliche Stimmung einzudämmen und das Bundesprinzip wieder zu festigen, hatte man in Wien bereits eine Reihe von Reformanträgen ins Auge gefaßt. Rechberg selbst hatte sich während seiner Frankfurter Gesandtschaft wiederholt für die Errichtung eines Bundesgerichts eingesetzt,³⁴ und das Handelsgesetzbuch und gleiches Maß und Gewicht hielt er auch jetzt noch zu einer Behandlung am Bundestage für aussichtsreich.³⁵ Grundsätzlich hätte er die Gelegenheit gerne benutzt, um mit Hilfe der materiellen Interessen die Kompetenz des Bundes zu erweitern. Daß Preußen in eine österreichische Initiative willigen werde, war aber schwerlich zu erwarten. Das einzige Sprachrohr, das Österreich noch zur Verfügung stand, wenn es die Verabredung mit Preußen respektierte, waren die Mittelstaaten. Was Beust daher kaum zu hoffen gewagt hatte, gelang ihm tatsächlich. Das Wiener Kabinett versprach, Preußen gegenüber von den Münchener Verabredungen keinen Gebrauch zu machen. Gegen Beusts Trias- und Koalitionsprogramm hatte Rechberg nichts einzuwenden, im Gegenteil, er erkannte es als im österreichischen Interesse liegend an, wenn die Mittelstaaten sich zu einer besonderen Gruppe zusammenschlossen.³⁶ Nur gegen die in Aussicht genommenen

32. D Beust an Schrenk 25. IX. 59.

33. W Dresden Weisungen 21. IX.; D Könneritz an Beust 26. IX. 59.

34. Vgl. oben S. 103 f.

35. W Stuttgart, Rechberg an Ow; D Bose an Beust 27. IX. 59.

36. Im Jahre 1861 hat Beusts auf Rechbergs Veranlassung nachträglich noch Triasgedanken in sein Bundesreformprogramm eingearbeitet. Vgl. Thumann 54 f.

Vereinigung der Kammervertretungen äußerte Rechberg Bedenken. Er stellte auch sein Einverständnis mit dem bevorstehenden Antrag am Bunde in Aussicht und sicherte seine Zustimmung „vorbehaltlich der Prüfung im einzelnen“ zu bei ferneren Anträgen auf Errichtung des Bundesgerichts und der Einführung einer Reihe von Gesetzen über materielle Interessen. Im entscheidenden Punkt erlangte Beust aber keine Konzession: Rechberg ließ keinen Zweifel, daß er der eingegangenen Verpflichtung gegen Preußen nicht zuwider handeln wollte.³⁷ Beust ließ sich an der grundsätzlichen Anerkennung der Koalition genügen und kehrte hoch befriedigt nach Dresden zurück.

Unterdessen hatten auch die andern beiden Souveräne die Münchener Vereinbarungen ratifiziert. Der König von Württemberg war über das Beratungsergebnis hoch erfreut.³⁸ Er fühlte sich durch das Begehren des Prinzregenten von Preußen nach dem Oberbefehl über die Bundesarmee persönlich beleidigt, um so mehr, als er den militärischen Fähigkeiten des Prinzen mißtraute. Preußen „bedurfte einer Lektion, damit es von seinen hochfahrenden Plänen abließ“.³⁹ Hügel fürchtete dagegen, die Erwartungen der Öffentlichkeit würden sehr enttäuscht werden, wenn nur der vereinbarte Antrag in Frankfurt vorgelegt würde, aus dessen Motivierung lediglich die Absicht hervorging, an der alten Bundesverfassung festzuhalten. Er wünschte eine ausdrückliche Erklärung, daß das Handelsgesetzbuch und andere Verbesserungen des Wirtschaftslebens mindestens für den Bereich der Mittelstaaten eingeführt werden sollten. Selbst dann versprach er sich eine größere Wirkung auf das Publikum, wenn noch vor dem 20. Okt. eine Ministerkonferenz in Aussicht gestellt wurde.⁴⁰

Unerträglich lange zögerte Bayern seine Entschließung hinaus. Erst nachdem König Max des österreichischen Ministeriums sich vergewissert hatte⁴¹ und Beust durch Rechberg eine

37. W Dresden Weisungen 7. X. 59.

38. D Bose an Beust 24. 25. 26. IX. 59.

39. D Bose an Beust 26. IX. 59.

40. D Bose an Beust 28. IX. 59.

41. D Bose an Beust 8. X. 59.

douce violence hatte ausüben lassen,⁴² willigte er ein, knüpfte daran aber eine Reihe von Vorbehalten, die die Genehmigung möglichst unschädlich machen sollten. Den Antrag für die Bundesversammlung unterwarf er mit Hilfe des Generals von der Tann⁴³ einer Redaktion, die auch noch die letzten Eckchen, an denen Preußen sich hätte stoßen können, abfeilte. In dem Programm milderte er durch entsprechende Zusätze die Schärfen und wünschte die beiden Beilagen, bei denen ihn besonders die Bezugnahme auf die Volksvertretung am Bunde schokierte, als Beusts persönliches Eigentum zu betrachten.⁴⁴ Um eine Brüskierung Preußens zu vermeiden, schlug er endlich vor, den Antrag durch Bayern vorher in Berlin bekannt geben zu lassen.⁴⁵ Der geistige Vater dieses Votums war Pfordten, der entgegen dem Wunsche Beusts an den Besprechungen nicht teilgenommen hatte. Durch das Privatkabinett des Königs war er von den Vereinbarungen verständigt und um eine ausführliche Stellungnahme gebeten worden⁴⁶. Es zeigte sich nun, daß die alten Unterschiede in der Bewertung der Trias zwischen Pfordten und Beust, wie sie schon in früheren Jahren hervorgetreten waren, noch immer die gleichen waren. Der bayerische Bundestagsgesandte stimmte ganz der Ansicht seines Königs zu, „daß Bayern in einer andern Lage ist als die übrigen Mittelstaaten“. Sie hielten Bayern nicht in dem gleichen Maße auf den Bund angewiesen wie die andern Bundesgenossen. Ihr Denken war daher nicht in erster Linie auf eine Stärkung der gemeinsamen Organisation gerichtet, die auch die Selbständigkeit ihres Staates gesichert hätte, sondern auf einen direkten bayerischen Machtzuwachs, der es gestattet hätte, die übrigen mittleren und kleineren Staaten zu überflügeln. Beusts ganzes Bestreben ging dahin, Hannover und Sachsen als die Bayern am entferntest gelegenen in den engeren Bund mit einzubeziehen und damit gerade das gemeinsame Schicksal um der einzelnen willen zu be-

42. D Könneritz nach Dresden 2. X. 59.

43. W München Weisungen 4. X. 59.

44. Vgl. die Korrekturen bei Daerr 119 ff.

45. D Schrenk an Beust Privat 7. X. 59.

46. Vgl. Doeberl, Bayern u. Deutschland im 19. Jh. 105 ff. Der Briefwechsel ist leider nur unvollständig veröffentlicht.

tonen. Bayern aber hatte bei einer Kollektivsouveränität keine nennenswerten Vorteile zu gewinnen. Zwar rechnete auch Pfordten damit, daß das zukünftige Deutschland dreieggliedert sein werde, „aber nur so, daß der Norden an Preußen, der Südwesten an Bayern fällt“. Doch auch bei diesem Plan lag die Verwirklichung in weiter Ferne, und Pfordten wurde nicht müde davor zu warnen, bewußt auf den Zerfall des Bundes hinzuwirken. Seine nächsten Ziele stimmten ganz mit denen Beusts überein. Auch er empfahl in erster Linie „Ausbildung und Verbesserung der Bundesverfassung auf ihren Grundlagen“, entschiedene Förderung der gemeinsamen Interessen Deutschlands „durch belebende Tätigkeit des Bundes“. „Er ist das einzig mögliche Band für alle deutschen Staaten, und aus seiner später allerdings unvermeidlichen Auflösung wird Bayern nur dann einen Machtzuwachs erlangen, wenn es dieser Auflösung offen und ehrlich entgegenarbeitet“. Pfordten empfahl: „Festes Zusammenhalten der Mittelstaaten unter Bayerns Führung zu diesen Zwecken. Hierfür rate ich jedoch keinerlei Bund im Bunde, keine neue Organisation, keine formelle Trias, sondern nur eine materielle, geistige, also stetige Verständigung über Bundesfragen durch Korrespondenz oder Verabredung unter den Ministern oder den Bundesgesandten unter bayerischer Initiative“.⁴⁷

In Stuttgart und Dresden war man über die bayerischen Reserven sehr verärgert. König Wilhelm bewilligte die Modifikationen nur ungern; denn Preußen verdiene keine Schonung.⁴⁸ Auch König Johann blieb nichts anderes übrig als ja zu sagen. Beust knüpfte daran nur den Vorbehalt, daß ein Widerspruch Preußens, „in welcher Form er auch sei, die Abgabe der Erklärung in der Bundesversammlung nicht hindern dürfe“.⁴⁹

Mit wahren Feuereifer wurde nun die Werbung der übrigen Bundesgenossen betrieben. Dalwigk und Meysenbug waren verletzt, daß man sie nicht für würdig befunden hatte, von Anfang an

47. Dieser Satz, den der König fast wörtlich aus Pfordtens Schreiben übernahm (vgl. Doeberl a. a. O. 108 u. 109) zitiert Doeberl in „Bayern u. d. deutsche Frage in d. Epoche d. Frankf. Parlaments“ S. 47 als Anschauung des Königs Max über die Trias während der Revolutionsjahre!

48. D Bose an Beust 10. 14. X. 59.

49. D Beust nach München 9. X. 59.

an den Beratungen teilzunehmen.⁵⁰ Dalwigks Furcht vor den Königreichen hatte dadurch neue Nahrung bekommen. Ein paar freundliche Worte von Beust genügten aber zur Versöhnung, so daß er sich bei der Besprechung in Heidelberg mit Hügel am 6. Okt. mit allem einverstanden erklärte. „Sie haben“, schrieb er seinem Universitätsfreund, „als diplomatischer Schriftsteller eine Eigentümlichkeit, die Goethe als Dichter besaß, die nämlich, dem Leser das Gefühl zu geben, als habe er die Gedanken des Autors längst in sich getragen und nur nicht recht aussprechen können“.⁵¹ Meysenbug machte aus seiner ablehnenden Haltung kein Hehl. Dem Gedanken der Koalition stand man in Karlsruhe gewiß nicht fremd gegenüber. Aber der Großherzog hatte mit ihrer Hilfe dem Partikularismus der Großmächte um des Ganzen willen steuern und nicht so sehr eigene Vorteile erringen wollen. Meysenbugs letztes Wort war, daß alle Demonstrationen zwecklos seien, so lange es nicht um rein sachliche Probleme ginge.⁵²

Die weitaus schwierigste Aufgabe hatte Beust mit Hannover übernommen. Als er dort den Antrag für die Bundesversammlung bekannt gab, konnte sich der König nicht zur Bewilligung verstehen ohne Kenntnis der andern in München vereinbarten Ergebnisse.⁵³ Während Platen ihn zur Genehmigung zu bestimmen suchte, bestärkten der Innenminister von Borries und der Polizeipräsident Wermuth ihren Herrn in seiner Abneigung gegen jede Veränderung der Bundesverfassung. Hinter dem Rücken des Außenministers erklärte Wermuth in Wien, als gerade Beust mit Rechberg konferierte, daß die österreichische Zustimmung zu den Münchener Vereinbarungen nicht den Wünschen Hannovers entspreche.⁵⁴ Der Anschlag mißlang.⁵⁵ Eine Reise Platens nach Dresden wurde nicht bewilligt. Beust sagte auf wiederholtes Bitten seines Kollegen sein Erscheinen in Hannover oder an einem andern Orte zu für den Fall, daß wenigstens der Antrag

50. D Bose an Beust 25. IX. Privat 8. X. 59.

51. D Dalwigk an Beust Privat 12. XI. 59.

52. D Meysenbug an Hügel Abschrift 18. X. 59.

53. D Platen an Beust Privat 27. IX. 59.

54. D Beust an Platen 8. X., Platen an Beust 10. X.

55. Die Darstellung bei Hassell, Gesch. d. Königr. Hannover II 1, 407 f. verschweigt, daß es sich um die Münchener Verabredungen handelt.

angenommen werden würde,⁵⁶ setzte aber dann, als Platen darüber keine Gewißheit geben konnte, die Werbungen durch seinen Berliner Geschäftsträger von Könneritz fort. König Georg, von seiner Kamarilla darin eifrig bestärkt, verstand sich nicht zur geringsten Einschränkung seiner Souveränitätsrechte, die er für die unausweichliche Folge jeder auch noch so geringfügigen Reform hielt. „Allein stehen und an dem durch die Bundesgrundgesetze Gegebenen festhalten“, das war sein Wahlspruch.⁵⁷ Sogar Rechberg ließ durch seinen Gesandten vorstellen, wie sehr Österreich den Anschluß Hannovers an die Koalition wünsche.⁵⁸ Der König bewilligte schließlich den Antrag der Mittelstaaten; der Motivierung aber, die die Bundesverfassung als mangelhaft hinstellte, vermochte er sich nicht anzuschließen.⁵⁹ Beust war nicht minder als Rechberg bekümmert, daß eins der Königreiche grundsätzlich der Koalition fernblieb.⁶⁰

Besonderes Gewicht legte Beust noch auf Sachsen-Meiningen, dessen Beitritt das Mißtrauen der Kleinstaaten gegen die Königreiche hätte vermindern können. Der Herzog wich der direkten Aufforderung jedoch aus.⁶¹ Die übrigen Kabinette wurden summarischer behandelt. Braunschweig wurde so spät benachrichtigt, daß seine Einwilligung zu dem Antrag der Mittelstaaten in der Bundesversammlung nicht mehr zu erreichen war. Der Kurfürst von Hessen stimmte auch dem Programm unter der einen Voraussetzung zu, daß auch Bevollmächtigte bei der Konferenz der Minister zugelassen werden müssten.⁶² Auch in Nassau und Mecklenburg wurden zustimmende Antworten erwirkt.⁶³

Dennoch blieb das Ergebnis der Bundestagssitzung vom 20. Okt., der ersten öffentlichen Demonstration der Koalition, dürftig genug. Bei der Abstimmung fehlten Mecklenburg, Baden und vor allem Hannover, die sich entweder nur dem Antrag oder

56. D Könneritz an Beust 10. X. 59.

57. D Grünler an Beust 2. X.; W Hannover Berichte 11. X.

58. W Hannover Weisungen 6. X. 59.

59. D Reitzenstein an Beust 20. X. 59.

60. W Hannover Varia, Rechberg an Ingelheim Privat 20. X. 59.

61. D Carlowitz an Beust 14. X. 59.

62. Staatsarchiv Marburg, Hauptprotokoll 17. X. 59.

63. Örtzen 246.

unter ausdrücklichen Vorbehalten anschlossen. Wie zum Hohn machte Baden darauf aufmerksam, daß die Militärkommission seit 1853 an der Revision der Bundeskriegsverfassung arbeite, bisher aber nichts zustande gebracht habe.⁶⁴ Österreich stimmte mit einem einzigen Satze der Motivierung des Antrages zu. In Frankfurt wartete man mit größter Spannung auf das preußische Votum. Usedom, der preußische Bundestagsgesandte, und seine Kollegen erwarteten eine geharnischte Erklärung seiner Regierung. Schleinitz aber hatte „mit einer an Teilnahmslosigkeit grenzenden Ruhe“ dem Grafen Hohenthal versichert, „daß Preußen durchaus mit keinerlei Voreingenommenheit diese Bestrebungen beurteile“.⁶⁵ In seiner Erklärung zur Abstimmung in der Bundesversammlung übergang es die versteckten Vorwürfe und Angriffe gegen seine Bundespolitik und seine Einstellung zur Einheitsbewegung. Mit der Fortentwicklung der Bundesverfassung, bekannte es, beschäftigte es sich schon lange. Aber allein darin erblicke es einen Fortschritt, wenn sich die Bundesbeschlüsse „innerhalb des Gebietes ihrer richtig beschränkten Kompetenz“, Reformvorschläge aber „auf der Basis praktischer Ausführbarkeit“ bewegten. Nur unter der Voraussetzung, daß der Bund bei der weiteren Entwicklung seiner Institutionen von dieser Grundlage ausginge und „dabei zugleich den wohlverstandenen Bedürfnissen der Nation und den realen Machtverhältnissen seiner Mitglieder ihre volle Berücksichtigung“ widerfahren ließ, werde der Bund in den Tagen der Gefahr wirkliche Macht entfalten können.⁶⁶ Beust wäre ein energischer Protest zweifellos lieber gewesen. Immerhin war er auch jetzt sicher, daß die preußische Erklärung „die öffentliche Meinung in Deutschland darüber aufkläre, von welcher Seite die Hemmnisse einer gesunden verfassungsmäßigen Tätigkeit des Bundes ausgehen“.⁶⁷

64. Protok. d. Bundesversammlung 1853 S. 236 k.

65. D Hohenthal an Beust 14. X. 59.

66. Protok. d. Bundesversammlung 1859 § 280.

67. W Dresden Berichte 24. X. 59.

3. Die Würzburger Konferenz.

Über der Sorge, dem Antrag auf Revision der Bundeskriegsverfassung die erforderliche Stimmenzahl zu sichern, war der Grundgedanke der Koalition völlig in den Hintergrund getreten. Besonders für Hügel scheint das Ergebnis der Münchener Verabredungen, so weit es mit dem Antrag in der Bundesversammlung der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, mit der beabsichtigten Wirkung in keinem rechten Verhältnis gestanden zu haben. Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Stuttgart hatte er auf eine Erklärung gedrungen, die die deutsche Nation in den Stand setzen sollte, „sich eine richtige Vorstellung von der Natur der Vereinigung zu machen, die die antragstellenden Regierungen unter sich geschaffen haben“.¹ Auf Beusts Rat hatte er seinen Vorschlag auch in München unterbreitet, war aber bei Schrenk auf keine rechte Gegenliebe gestoßen.² Kaum war am 20. Okt. der Antrag der Mittelstaaten unter Dach und Fach gebracht, als auch Beust sich mit aller Kraft für das gleiche Ziel, die Ministerkonferenz, einsetzte. Es würde, so meinte er, für die Erwartungen, die in bundesfreundlichen Kreisen erwacht seien, eine bittere Enttäuschung bedeuten, wenn die Vereinigung der Mittelstaaten nach verheißungsvollen Versprechungen noch längere Zeit mit der Bearbeitung weiterer sachlicher Probleme zögere. „Es wäre jammerschade“, schrieb er an Platen, „wenn wir unsere brillante Position nicht benutzten. Das Publikum ist der hohlen Phraseologie der Parteiblätter und der preußischen Regierung müde, und wir haben es ganz in der Hand, es endlich einmal für den Bundestag zu interessieren, wenn nur dort einiges Leben wird“.³

1. D Bose an Beust 25. IX. 59; vgl. oben S. 146.

2. D Hügel an Schrenk Abschr. 28. IX., Bose an Beust 2. 8. 13. X. 59.

3. D Beust an Platen Privat 26. X. 59.

Unaufhörlich brachte er neue Einfälle vor, die bei der Ministerkonferenz zur Beratung gestellt werden sollten. Obwohl die Münchener Verabredungen darüber keine prinzipielle Regelung getroffen hatten, verstand es sich von selbst, daß Bayern das *directorium actorum* zufiel. Beust, Hügel und Dalwigk drängten nachdrücklich in München, möglichst bald die Einladungen hinausgehen zu lassen, damit den Regierungen Zeit zur Vorbereitung einzelner Beschlüsse bliebe. Aber der bayerische Minister bremste ihren Aktivismus, wo es nur anging. König Max hatte sich für die Einberufung weiterer Konferenzen ausdrücklich seine weiteren Entschließungen vorbehalten.⁴

In den ersten Tagen des November überraschte Baden ohne jede Vorbereitung die deutschen Regierungen zum zweitenmal mit einer Denkschrift zur Errichtung des Bundesgerichts, von einigen kleineren Änderungen abgesehen der gleichen, die es schon 1857 vorgelegt hatte.⁵ Die Mittelstaaten waren peinlich betroffen. Offenbar versuchte der erhoffte Bundesgenosse, ihnen eine Initiative abzugeben. Auf was für unsicheren Füßen ihre Vereinbarungen standen und wie verschieden sie das Prinzip der Koalition deuteten, zeigte sich jetzt. Hügel machte getreu den Münchener Verabredungen geltend, daß man sich erst verständigen müsse,⁶ und forderte damit den energischen Protest des bayerischen Ministers heraus. Man könne Baden nicht das Recht zu seinem Antrage absprechen und es sei gefährlich, wenn man sich immer auf Sonderberatungen zurückziehen wolle.⁷ Beust instruierte ohne Zaudern seinen Bundestagsgesandten, die Verweisung des badischen Antrages an den Ausschuß zu beantragen und zu betonen, daß Sachsen mit der vorgeschlagenen Kompetenzregelung des Bundesgerichts nicht einverstanden sei.⁸ Auch ihm kam es mehr auf die Art der Behandlung als auf die Sache selbst an. Als Baden am 3. Nov. seine Anregung in Frankfurt einbrachte, wurde ihm von keiner Seite Widerstand geboten. Kübeck, der neue Präsidial-

4. D Bose an Beust 23. 24. X. 59.

5. D Meysenbug an Beust 30. X. 59.

6. D Bose an Beust 1. XI. 59.

7. D Bose an Beust 1. XI. 59.

8. D Beust an Nostitz 2. XI. 59. Vgl. Protok. d. Bundesversammlung 1859 § 305. 331. 337.

gesandte, wollte Pfordten, der neu in den Ausschuß für das Bundesgericht gewählt worden war, veranlassen, das Referat zu übernehmen. Der aber schob den lichtensteinischen Gesandten von Linde vor.⁹ Preußen hielt sich ganz zurück und forderte nur, daß die Frage der Organisation vor der Kompetenz behandelt werde. Die Sache selbst blieb schon sehr bald hoffnungslos stecken. Die Frankfurter Versammlung hat die Verwirklichung des Bundesgerichts nie erlebt.

Der badische Antrag war für die drei Hauptträger der Koalition Beust, Hügel und Dalwigk nur noch mehr Anlaß, aufs neue in München zu drängen. Um dort alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, schlug Beust vor, Preußen offiziell von der Absicht der Konferenz zu unterrichten. Wahrscheinlich gegen den Willen Schrenks gab König Max schließlich seine Zustimmung,¹⁰ daß sein Minister auf den 23. Nov. die Zusammenkunft nach Würzburg ausschrieb.¹¹ Noch einmal rührte Beust kräftig die Werbetrommel, um wenigstens die Reihe der Königreiche in der dritten Gruppe endlich zu vervollständigen.¹² Platen, der an dem Erfolg der Beratungen zweifelte, setzte sich, um einer Isolierung Hannovers vorzubeugen, noch einmal für die Teilnahme ein.¹³ Der König aber blieb bei seiner Meinung, daß an der Bundesverfassung nichts zu verändern, daß es darum unnötig sei, sich an einer Konferenz zu beteiligen, die Reformen beschließen wollte.¹⁴ Glücklicher waren Beusts Versuche bei den ernestinischen Nachbarn. Die Minister von Harbou aus Meiningen und von Larisch aus Altenburg sagten unter der Bedingung zu, daß durch eine Einladung in Weimar und Gotha wenigstens formell die Einheit der thüringischen Kurie erhalten bliebe. Beust war auf diese Anhänger besonders stolz, weil er mit ihnen die Angst vor den Königreichen bei den Kleinstaaten zu bannen hoffte. Auch Örtzen, der mecklenburgische Minister, sagte sein Erscheinen in Würzburg zu.

9. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 9. XII. 59.

10. D Bose an Beust 12. XI. 59.

11. D Schrenks Zirkulare 12. XI. 59.

12. D Könneritz (Berlin) an Beust 5. 9. XI., W Hannover Berichte 23. XI. 59.

13. D Könneritz (Berlin) an Beust 25. XI. 59.

14. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 30. XI.

Mit großen Erwartungen fuhr Beust nach eingehenden Beratungen mit dem Gesamtministerium zunächst nach Frankfurt, wo er Hülgel traf, der ihn um eine Vorbesprechung gebeten hatte. Schrenk versprach sich kaum nennenswerte Resultate von der Zusammenkunft und hoffte nur, daß sie vielleicht von günstigem Einfluß auf Preußen sein werde. Seine wesentlichste Arbeit in Würzburg bestand darin, das Aktionsbedürfnis seines sächsischen Kollegen zu bändigen und die Leitung nicht aus der Hand zu verlieren. Am 24. Nov. eröffnete er die Sitzung mit Bemerkungen von programmatischer Bedeutung, die vornehmlich an Beusts Adresse gerichtet waren: Es handle sich hier nicht darum, einen Bund im Bunde zu statuieren, der Zweck der Zusammenkunft liege in den freien Besprechungen; bindende Beschlüsse zu fassen sei hier nicht der Ort. Stand Beust eine größere Überzeugungs- und Redegabe und größere diplomatische Geschicklichkeit zu Gebote, so repräsentierte der andere den größten deutschen Mittelstaat, dessen Überlegenheit an faktischer Macht und an Einfluß schließlich auch Beust sich fügen mußte. Immer wieder aber versuchte er im Plenum und mehr noch in Einzelbesprechungen, den Gedanken des „dritten Deutschland“ auf der Grundlage der periodischen Ministerkonferenz anzubringen, während Schrenk ihm mit einer nüchternen Geschäftsführung entgegenarbeitete.

Die Verhandlungen selbst aber, die mit nur kurzen Unterbrechungen sechs volle Tage dauerten, belehrten Beust nach und nach sich zu bescheiden. Schon die beiden ersten Tage, die die Beratung der kurhessischen Frage¹⁵ voll in Anspruch nahm, offenbarten die heilloseste Verwirrung. Beust selbst hatte das Problem als den Hauptgegenstand der Tagesordnung bezeichnet, weil er von Preußen weitere Vorschläge erwartete, die der nationalen Bewegung bedeutende Zugeständnisse machen würden und denen er zuvorkommen wollte. Aber „die Ansichten konnten nicht weiter auseinander gehen, als es in den ersten Tagen der Fall war“, schrieb Beust seinem König.¹⁶ Im Prinzip setzte man sich für die vom Bunde für gut befundene Verfassung von 1852 ein und

15. Zur Sache vgl. Sybel I 464 ff.; Losch, Gesch. d. Kurfürstentums Hessen 308 ff.

16. D 30. XI. 59.

trat den preußischen Anschauungen entgegen, die den ungeteilten Beifall der Einheitsbewegung hatten. Zwar gaben die maßgebenden Personen in Würzburg zu, daß der Bund 1852 in Kurhessen zu weit gegangen sei. Da nun aber der Beschluß einmal gefaßt war, mußte er um der Autorität willen auch ausgeführt werden. Schrenk, der das einleitende sachliche Referat geliefert hatte, kam es vor allem darauf an, eine Überstimmung Preußens zu verhüten. Er hatte schon im voraus eine Instruktion für Pfordten ausgearbeitet, die nach langem Hin und Herr von denjenigen Staaten, die im kurhessischen Ausschuß der Bundesversammlung vertreten waren, angenommen wurde. Sie gebärdete sich liberal und legitimistisch zugleich, indem sie grundsätzlich für die Verfassung von 1852 eintrat, aber den Ständen selbst, auch wenn die kurhessische Regierung sich weigern sollte, die Freiheiten der Verfassung von 1831 zugestand. Nachdem Preußen seine Stellung schon bezeichnet hatte, ein hoffnungsloser Kompromiß. Ob selbst Österreich das Ergebnis der Konferenz billigen werde, war ungewiß.

Erst am dritten Tage konnte man sich der Beratung anderer Punkte zuwenden.¹⁷ Die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen war eines jener Probleme, die die Frankfurter Versammlung seit ihrer Wiederbeschickung mit sich herumschleppte, ohne damit fertig zu werden.¹⁸ Seit 1851 wurde die Öffentlichkeit über die Vorgänge in dem Frankfurter Gremium in verschiedenster Weise unterrichtet. Zunächst war man übereingekommen, daß ein Ausschuß, in dem Preußen keinen Sitz hatte, von den laufenden Geschäften nach eigenem Ermessen das veröffentlichte, was ihm gut schien.¹⁹ Die einseitige Handhabung dieses Verfahren führte zu mancherlei Unzuträglichkeiten zwischen den beiden Großmächten,²⁰ die Preußen dadurch aus der Welt zu schaffen suchte, daß es 1852 die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle beantragte. Die Sorge, es möchten besser geheim zu

17. Wo keine anderen Angaben gemacht sind, beruht die folgende Darstellung auf den beiden Berichten: D Beust an den König 30. XI.; Staatsarchiv Marburg, Abée an den Kurfürsten 26. 28. 30. XI. 59.

18. Zur Sache vgl. Kaltenborn II 372 ff.; Karl Fischer, die Nation und der Bundestag 24 ff.; A. O. Meyer 68 f.

19. Protok. d. Bundesvers. 1851 §§ 202. 208.

20. Bismarck G. W. I 108 ff.

haltende Verhandlungsgegenstände leichter in die Öffentlichkeit dringen, lähmte alle Verhandlungen. Bismarck wurde in den bestehenden Ausschuß gewählt, und damit war die Sache begraben. Während der Präsidialgesandtschaft Prokeschs beschränkten sich die beiden Vertreter der Großmächte darauf, in der Frankfurter Postzeitung der eine und im Frankfurter Journal der andere kurze Inhaltsangaben der Verhandlungen herauszugeben.²¹ Seit der Tätigkeit Rechbergs in Frankfurt waren auch diese Veröffentlichungen, die oft polemischen Charakter getragen hatten, eingestellt worden. Die zunehmenden Indiskretionen aber, die man auf die mangelhafte offizielle Benachrichtigung der Presse zurückführte, bewegten endlich 1856 den bestehenden Ausschuß, die Veröffentlichung der früher in Gebrauch gewesenen kurzen Resümés wieder aufzunehmen. Sie sollten in Zukunft nach jeder Sitzung von einem Mitglied verfaßt und von der ganzen Versammlung genehmigt werden.²² 1858 stellte Bismarck wieder den Antrag, die Bundestagsprotokolle zu veröffentlichen.²³ Er glaubte mit der Erfüllung dieses längst in ganz Deutschland gefühlten Wunsches nur einen Vorteil für die Politik Preußens zu nutzen. Bis auf Bayern setzten sich die im Ausschuß vertretenen Regierungen für den Antrag ein.²⁴ Doch erfolgte auch fernerhin nichts. Die Einheitsbewegung ließ sich dies Argument in ihrer Propaganda gegen den Bund nicht entgehen. Baden machte sich den Umstand zu nutze, um seiner Verärgerung über die Koalition Luft zu machen. Vierzehn Tage vor dem Zusammentritt der Minister regte der badische Bundestagsgesandte, Herr von Marschall, bei Kübeck als dem Vorsitzenden des Ausschusses an, die Beratungen wieder aufzunehmen.²⁵ Zwei Tage vor dem Beginn der Würzburger Konferenz sprach Usedom das gleiche Begehren aus.²⁶ Die Würzburger mußten sich beeilen, wenn sie sich den populären Antrag nicht entgehen lassen wollten. Die Sache selbst war wieder in

21. Preußen im Bundestag II 284 f.

22. Pr. B. V. 1856 § 14.

23. Pr. B. V. 1858 § 216.

24. Preußen im Bundestag III 323 f.

25. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 9. XI. 59.

26. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 23. XI. 59.

nichts gefördert. Nicht einmal über die Technik der Veröffentlichung einigte man sich.

Die gemeinsame Benutzung der Presse und die Errichtung eines besonderen Organs der dritten Staatengruppe gehörte von je her zu den Lieblingsplänen Beusts. Eine zielbewußte Propaganda hielt er schon seit Jahren für eins der wenigen Mittel, die verloren gegangenen Sympathien dem Bund wieder zuzuführen. Es charakterisiert seine Mentalität, daß er sich von der Gründung eines „Deutschen Moniteurs“, der dem Auslande gegenüber die gesamte deutsche Presse repräsentieren, im besonderen aber das deutsche Volk von der Vortrefflichkeit seiner Organisation überzeugen sollte, in dem Augenblick einen Erfolg versprach, als aufs neue breiteste Bevölkerungsschichten auf die Zertrümmerung des morschen Gehäuses zu hoffen begannen. Die einzigen Zeitungen, die bisher in erster Linie dazu berufen gewesen wären, die Interessen des Bundes zu vertreten, waren die offiziellen Regierungsblätter. Beust selbst hatte schon immer in seinen Organen, dem Dresdener Journal und der Leipziger Zeitung, mit zahlreichen eigenen Beiträgen einer zielbewußt-Preßpolitik sich befleißigt. Die von den Einzelstaaten ohne Verbindung untereinander subventionierten Zeitungen bildeten aber keinen Ersatz für das von ihm angestrebte Bundesorgan. Die Leserkreise der Regierungspresse waren nur klein, im Ausland, d. h. in den Nachbarstaaten, war sie meist nur bei den Behörden bekannt. Die Enge der Verhältnisse beschränkte auch ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten. Vor allem aber genügte sie nicht der politischen Bedürfnissen. Als bekannte Sprachrohre der einzelner Regierungen hatten die einzelnen Organe Rücksichten zu nehmen. Schlimmer noch empfand es Beust, daß ihre Sprache in den Angelegenheiten des Bundes nicht einheitlich war. Gerade angesichts der unitarischen Bewegung empfand er die Mängel schmerzlich. Nur eine gemeinsame Preßzentrale konnte diese Aufgabe lösen. Die unzweifelhafte Lähmung des Bundesansehens durch Preußen führte er nicht allein auf sein materielles Übergewicht und seine diplomatische Überlegenheit zurück, sondern vor allem auch auf die zielbewußte Ausnützung aller Mittel, die ihm die Presse an die Hand gab und denen die Mittelstaaten nichts entgegenzusetzen hatten. Nur ein groß ausgestattetes Organ, zu dem keiner d

Einzelstaaten allein die Mittel aufbringen konnte, war in der Lage, ein ansehnliches Gegengewicht zu bilden.²⁷

Hier werden nun die eigentlichen Motive Beusts wieder deutlich. Die sächsischen Regierungsblätter waren im Lande selbst heftig umstritten.²⁸ Das Dresdener Journal, seit 1850 von der Regierung aufgekauft, war ein Zuschußbetrieb mit nur kleinem Leserkreis. Die Leipziger Zeitung, eine finanzielle Spekulation der Regierung, erregte dadurch Unwillen, daß sie, obwohl Beust in den Preßfehden mit Berlin und Wien nicht müde wurde, ihren unabhängigen Charakter zu betonen,²⁹ das Monopol auf die Veröffentlichung der amtlichen Erlasse und Bekanntmachungen der Regierung sich gesichert hatte. In der Tat war es Beusts Bestreben, sie auf das Niveau der Augsburger Allgemeinen Zeitung zu erheben, indem auch gelegentlich freiere Stimmen darin zu Wort kamen. Bis zum Ende der fünfziger Jahre waren diese Versuche aber nicht überzeugend gelungen.

Schon früher hatte Beust den Gedanken einer „Bundeszeitung“ angeregt, aber kein Echo damit ausgelöst.³⁰ Beust aber war nicht zu belehren. Bei den Münchener Besprechungen legte er zum erstenmal ein detailliertes Programm vor. Ein Dr. Fischer, Sohn des bekannten Flotten-Fischer, der in Frankfurt die „Deutschen Blätter“ herausgab, hatte sich bereit erklärt, seine Zeitung zu einem besonders den Interessen der Mittelstaaten dienenden Organ auszubauen, wenn ihm von den Regierungen eine bestimmte Auflage garantiert werde. Beust brachte in München grundsätzliche Bedenken gegen diese Art der Beteiligung vor. Die Zeitung, die in der Lage sein mußte, auch in ihrem unpolitischen Teil sich den großen preußischen Tageszeitungen würdig an die Seite zu setzen, sollte nach seinem Vorschlag von den Regierungen aufgekauft werden. Sie sollten Beiträge auf der Grundlage der Matrikularbeiträge leisten und

27. Vgl. Hierzu die analogen Pläne des Großherzogs von Baden über Gründung eines „Deutschen Wochenblattes“, des Organs seiner Koalition, Onken I 47 f.

28. Flathe 720; Ludw. Salomon, Gesch. d. deutschen Zeitungswesens III 598 ff.

29. D Beust an Hohenthal 12. II. 55; W Dresden Berichte 30. VII. 55.

30. Vgl. oben S. 107. 128. 143.

das Unternehmen einem Journalisten anvertrauen, so daß sie selber gar nicht in Erscheinung traten. Als Erscheinungsort war Frankfurt vorgesehen. Eine Wechselwirkung zwischen diesem zentralen Preßbüro und der einzelstaatlichen Regierun-
gspresse sollte insofern stattfinden, als die Regierungen, ohne Rücksichten nehmen zu müssen, sich polemisch hätten äußern und durch Abdrucken von Artikeln der Bundeszeitung in ihrer heimischen Presse die Abwehr der nationalen Bewegung hätten vereinheitlichen können. Im Anschluß an die Münchener Besprechungen erhielten Pfordten und Nostitz den Auftrag, mit Fischer weiter zu verhandeln.³¹ In Würzburg legte Schrenk dessen Forderungen vor, die sich auf 60 000 fl. beliefen und bei den Versammelten nur ein Kopfschütteln bewirkten. Für polemische Artikel hatten die meisten Minister ohnehin kein Verständnis.³² Beust konnte seine Idee nur dadurch retten, daß er versprach, einen besonderen Sachverständigen mit weiteren Verhandlungen zu beauftragen. Sie waren nicht aussichtsreicher. Fischer ließ sich von den einzelnen Regierungen eine bestimmte Anzahl von Exemplaren garantieren.³³ Die Zeitung und der Plan eines Bundespreßbüros sind nie mehr ernsthaft erörtert worden.

In der Frage des Bundesgerichts zeigte sich auch den optimistischsten Verfechtern des Gedankens, daß mit einer Realisierung unter den gegebenen Voraussetzungen nicht zu rechnen war. Während sich Sachsen, Württemberg und Hessen-Darmstadt, alle selbst schon mit großen Zweifeln, ob sich auch die Großmächte seinen Sprüchen unterwerfen würden, für die Erweiterung seiner Kompetenz auch auf politische Streitfragen, d. h. praktisch für die Annahme des Ausschlußberichtes der Dresdener Konferenz aussprachen, befürworteten alle andern nur die Übernahme von Prozessen des Privatrechts. „Wie könnte man Untertanen zu Richtern über die Fürsten setzen wollen?“ rief König Max aus.³⁴ Eine nachträgliche Verstärkung des badischen Antrages war daher unmöglich zu erreichen.

31. D Bose an Beust 27. X. 59.

32. D Bose an Beust 10. XII. 59.

33. Staatsarchiv Marburg Schrenk an Abée 30. XII. 59.

34. D Bose an Beust 21. XII.; W München Berichte 21. XII. 59.

Beust, der immer noch durch das Bundesgericht die Rechte der Volksvertretungen zu treffen hoffte, stellte von Sachsen ausgehende Einzelverhandlungen in Aussicht.

Sehr schnell einigte man sich über die gemeinsame Behandlung materieller Interessen, für deren neue und erfolgreiche Behandlung aber kein einziger neuer Gesichtspunkt beigebracht werden konnte. Es war daher vollkommen ungefährlich, diejenigen Gegenstände wieder in Erinnerung zu rufen, die seit Jahren, zum Teil schon aus den Zeiten des Vormärz, zu den Traktanden der Bundesversammlung gehörten. Die Förderung der Verhandlungen über das Heimatrecht,³⁵ die Einführung gleichen Maßes und Gewichtes,³⁶ eine gemeinsame Patentgesetzgebung,³⁷ gemeinsame Regelungen über Privatbanken und Notenwesen wurden besprochen und Anträge formuliert, deren Endredaktion zum Teil noch ausgesetzt werden mußte, weil die sachlichen Unterlagen nicht zur Hand waren. Herr von Dalwigk führte sein Steckenpferd vor, die Einigung über gleiches Zivil- und Kriminalrecht, ein Antrag, mit dem Schrenk bei der Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse und Voraussetzungen nichts anzufangen wußte,³⁸ den König Max als eine „Unmöglichkeit“ bezeichnete³⁹ und von dem der König von Württemberg behauptete: „Weder die gegenwärtige noch die zukünftige Generation werden dessen Realisierung erleben“.⁴⁰

Daneben gab es noch eine Reihe anderer akuter Probleme, die der Regelung bedurften. Der am 20. Oktober vorgelegte Antrag auf Revision der Bundeskriegsverfassung hatte sich aller näheren Angaben, wie und in welchem Sinne das zu geschehen habe, enthalten. In Würzburg verständigte man sich dahin, daß die Neuerungen nicht in der von Preußen geforderten numerischen Verstärkung der Truppen, sondern in organischen Einrichtungen zu bestehen hätten. Man einigte

35. Zur Sache vgl. Kaltenborn II 380 f. 385; Fischer 133.

36. Zur Sache vgl. Fischer 128.

37. Zur Sache vgl. Fischer 129 ff.

38. D Bose an Beust 24. X. 59.

39. W München Berichte 21. XII. 59.

40. W Stuttgart Varia Handel an Rechberg Privat 16. XI. 59.

sich auf eine Erklärung, die namentlich die Verhältnisse der gemischten Armeekorps berücksichtigte und ständige Korpskommandanten für sie verlangte. Die Einheitlichkeit der zusammengehörigen Kontingente sollte durch gemeinsame Militärbildungsanstalten und Übungen, durch Einführung gleicher Munition, Signale usw. gefördert werden, nachdem man festgestellt hatte, daß z. B. in Württemberg das für den Angriff bestimmte Zeichen in Baden den Rückzug bedeutete. Die Kontingentskommandanten eines Armeekorps sollten sich auch in Friedenszeiten über schnelle Zusammenziehung und Aufstellung der Truppen für bestimmte Fälle verständigen.

Streng genommen bedeuteten diese Wünsche gar keine Neuerungen, sondern waren in der Bundeskriegsverfassung bereits gefordert. Den Zentralpunkt, die Frage des Oberfeldherrn, ließ man wohlweislich aus dem Spiel. Trotzdem hatte sich Beust auch diesem Wenigen gegenüber anfangs noch gesperrt, weil seine Regierung keine ständige Beaufsichtigung wünschte, sich dann aber schließlich doch gefügt, weil er von dem Antrag einen guten Eindruck für die ganze Konferenz in der öffentlichen Meinung erwartete. Ausschlaggebend aber war, daß diese beantragte Ordnung mit der bestehenden Korpseinteilung gar nicht zu vereinbaren war. Dalwigk hatte die Frage der Reserveinfanteriedivision zur Sprache gebracht. Der vergangene Krieg, so entwickelte er, habe gezeigt, daß das 8. Armeekorps aus Württemberg, Baden und Hessen als das exponierteste einer Verstärkung durch Kurhessen und Nassau bedürfe, womit die übrigen Kontingente der Reservedivision, die der thüringischen Länder und der norddeutschen Kleinstaaten am zweckmäßigsten den benachbarten Mittelstaaten sich anschließen. Sein Hauptanliegen war, mit Kurhessen, von dem sich Darmstadt nicht gerne trennte, in einen gemeinsamen Truppenkörper eingeordnet zu werden, ein Gedanke, den er schon 1852 angeregt hatte.⁴¹ Herr von Larisch aber, der altenburgische Minister, brauste leidenschaftlich auf: Es sei eine Unmöglichkeit, daß u. U. ein katholischer sächsischer Offizier altenburgische Truppen befehle, ein solches Projekt bedeute Mediatisierung. Herr von

41. (A. v. Biegeleben,) Erinnerungsblätter an Frhrn von Dalwigk 70.

Harbou war friedlicher gestimmt und versuchte, seinen Kollegen zu beruhigen.⁴² Beust hoffte daher, daß er, wenn er sich dem Antrag anschloß, alte sächsische Hauspolitik werde treiben können.

Den Antrag auf Befestigung der Nord- und Ostseeküste hielt Beust für die beste Empfehlung der Konferenz. Ganz gleichgültig, ob er Erfolg hatte oder nicht: Hier war allen Verdächtigungen über Sonderbündelei, als sei die Konferenz ein Schachzug gegen Preußen usw., ein unzweideutiges Dementi entgegengestellt. Die Sache beschäftigte die Uferstaaten schon 1853, seitdem Preußen durch die Erwerbung eines Landstriches am Jadebusen Zugang zur Nordsee erlangt hatte. Alle stolzen Pläne des Königs von Hannover, daß die Welfen einmal die deutsche Seemacht führen würden, waren damit vernichtet. Im Frühjahr 1859 begann Hannover seine militärischen Rüstungen damit, auf eigene Faust Befestigungen an der Elbe- und Emsmündung zu bauen.⁴³ Schon in der Kammer hatten sich bei der Bewilligung der Gelder Schwierigkeiten ergeben, weil die Landesvertretung — namentlich Bennigsen hatte darauf hingewiesen — die sehr kostspieligen Befestigungen für eine allgemein deutsche Angelegenheit hielt.⁴⁴ Die Würzburger machten sich diese nationale Forderung zu nutze um ihrer Popularität willen. Nirgends ist ihre Spiegelfechterei größer als hier. Sie befürchteten natürlich, daß Preußen als der größte Uferstaat die Sache durch freie Vereinbarungen mit den beteiligten Regierungen sich sichern werde, um damit aufs neue seine hegemoniale Stellung zu kräftigen. Um dies Plus bei der Einheitsbewegung zu zerstören, waren sie bereit, entweder trotz ihrer Uninteressiertheit erhebliche Geldmittel dafür auszuwerfen, oder sich gar noch der Gefahr auszusetzen, daß Österreich für seine adriatische Küste die gleiche Behandlung verlangen werde. Praktisch hieß das aber, das ganze Werk der Küstenbefestigung verhindern. Beust sah alle Wenn und Aber sehr deutlich. Weil die Sache aber sehr schön national klang, blieb er bei seinem Antrag. „Zudem könne man die Küstenbefestigung vorläufig

42. D Carlowitz an Beust 28. X. 59.

43. Hassell II, 1, 391 f. Vgl. zur Sache Fischer 248.

44. Oncken, Bennigsen I, 328.

auf das notwendigste beschränken, und es handle sich nur darum, die Frage anzuregen“, meinte er.⁴⁵

Die allgemeine europäische Konstellation, namentlich den beunruhigenden Gegensatz Preußen-Frankreich, hielt Beust für einen der stärksten Bundesgenossen bei seiner Gründung und hatte darum schon zeitig darüber eine Diskussion beantragt. Infolge der ausdrücklichen bayerischen Weigerung kam man jedoch nicht dazu. Nur zwei akute Tagesfragen wurden kurz berührt. Preußen verhandelte eben im Auftrage der Zollvereinsstaaten über einen Handelsvertrag mit Sardinien. Für einen überzeugten Legitimisten wie Beust war es fast Gewissenssache, zu vermeiden, daß dabei indirekt die Annexion der oberitalienischen Fürstentümer durch Sardinien anerkannt werde. Der Sachse hatte vorgeschlagen, die Ratifikation des Handelsvertrages bis nach der Konferenz zu vertagen.⁴⁶ Die Versammlung zeigte sich in ihrer Mehrheit tolleranter. Sie hielt die Unterzeichnung für unbedenklich und überließ es den einzelnen Regierungen, in die Ratifikation vermahnende Bemerkungen einfließen zu lassen. Auch die dänisch-holsteinische Frage in ihrer augenblicklichen Phase stand auf der Tagesordnung. Beusts Idee, von Bundes wegen energischer einzugreifen, indem man einen Bundeskommissar absandte, wurde, als er in Wien deswegen anfragte, dort mißbilligt⁴⁷ und fand auch bei den Gesinnungsgenossen keinen Beifall.

Es ist ein Zeichen für die große Unsicherheit, die die Regierungen in der Bekämpfung des Nationalvereins empfanden, daß sowohl Sachsen als auch Hannover sich nur schwer zu isoliertem Vorgehen ihrer Polizeiorgane entschlossen. Hannover strebte gleichmäßiges Vorgehen mehrerer Regierungen an, während Sachsen von Anfang an am Bunde Schutz

45. W. Präs. Ges. Frankfurt Berichte 30. XI. 59. Die bei Fischer 249 vertretene Anschauung, als habe Hannover den Antrag hervorgerufen, entspricht nicht den Tatsachen.

46. D. Beust an Bose 17. XI., 18. XI. 59.

47. W. Präs. Ges. Frankfurt 20. XI. Weisungen 20. XI., München Weisungen 21. XI. Berichte 26. XI. 27. XI., Schrenk an Rechberg 26. XI. 59.

suchte. Die Konstituierung des Vereins in Koburg hielt Beust wieder für eine Gelegenheit, eine Dazwischenkunft des Bundes zu beantragen.⁴⁸ Die Mehrheit der Würzburger erklärte sich gegen dieses Ansinnen, weil sie keine politischen Märtyrer schaffen wollte. In Süddeutschland hatte der Verein längst nicht so Fuß gefaßt wie im Norden. Außerdem hatte er, wie sich in Würzburg herausstellte, in seinen Satzungen es verstanden, sich jeder Ausstellung auf Grund des Bundesvereinsgesetzes zu entziehen. Es hieße ihm zu viel Ehre antun, wollte man von Bundes wegen gegen ihn vorgehen, meinte König Wilhelm.⁴⁹

Das faktische Resultat der Beratungen war also mehr als kläglich. Als man sich am letzten Tage des November trennte, lagen sechs formulierte, bei der Bundesversammlung anzubringende Aktenstücke vor: eine Instruktion für die im kurhessischen Verfassungsausschuß vertretenen Gesandten, ferner Anträge auf Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen, auf Ansässigmachung und Heimatverhältnisse der Bundesangehörigen, auf Revision der Bundeskriegsverfassung, auf Herbeiführung einer gemeinsamen Zivil- und Kriminalgesetzgebung und auf Befestigung der Nord- und Ostseeküsten.⁵⁰ Zwei weitere Anträge betreffend gleiches Maß und Gewicht und die Patentgesetzgebung wurden noch ausgesetzt und Bayern und Sachsen mit der Formulierung beauftragt. In keiner dieser Anregungen steckte ein origineller Gedanke. Entweder griffen sie Materialien auf, die den Bund schon seit Jahren hoffnungslos beschäftigten, oder sie enthielten selbstverständliche Forderungen, die in den bestehenden Gesetzen bereits enthalten, aber nicht erfüllt worden waren, oder endlich die Forderungen waren so utopisch, daß die Würzburger selber die Regelung durch den Bund nicht für möglich hielten und sie nur als liberale Aushängeschilder für ihr mehr als zweifelhaftes Unternehmen mißbrauchten. Johann Gustav Droysen traf den Nagel auf den Kopf, als er schrieb: „Alle diese Entwürfe, die da ausgeheckt sind in München, Dresden, Hannover und wo sonst, sind ja

48. D Beust an Bose 31. X.; W Dresden Berichte 3. XI.

49. W Stuttgart Varia, Handel an Rechberg Privat 16. XI. 59.

50. Vgl. Pr. B. V. 1859 § 353 ff.

nur Masken oder vielmehr Larven. Sie gehen von der *petitio principii* aus, daß Unmögliches möglich gemacht werden könne und müsse; ihre erste Frage ist, wie sie sich, nicht wie sie das gesamte Vaterland, dessen Macht, Ehre und Zukunft salvieren. Sie haben einen Schuhriemen und denken, dazu muß man doch ein paar Schuhe machen. Freilich Stiefeln, tüchtige Reiterstiefeln ohne den Schuhriemen wären notwendig“.⁵¹

Die Häupter der Würzburger Versammlung haben die Nichtigkeit ihres Werkes wohl gespürt. Sie beobachteten eisernes, sie selbst beschämendes Stillschweigen über die Ergebnisse der Beratung.⁵² Schrenk bekannte es offen gegen nächste Eingeweihte, daß er sich von den Anträgen nichts versprach.⁵³ Hügel gab kleinlaut zu: „Was die Konferenz anbelangt, so haben wir wenigstens Ursache, nicht ganz unzufrieden mit deren Ergebnis zu sein“.⁵⁴ Beust verbarg seinen Ärger nur schlecht.⁵⁵ Er hatte sich überzeugt, daß Bayern seinen Vertreter instruiert hatte, „so wenig als möglich zustande kommen zu lassen“.⁵⁶ Schrenks Verhalten hatte sein eigentliches Anliegen vollkommen vereitelt.

Wie sehr aber auch die inneren Voraussetzungen der in Würzburg Versammelten jedes geschlossene Auftreten unmöglich machten, zeigte das Schicksal der vereinbarten Anträge. Sie bedurften natürlich der Genehmigung der einzelnen Regierungen. Beust stellte schon in Würzburg den Grundsatz auf, daß, wenn Anträge die Einwilligung des einen oder andern Souveräns nicht finden sollten, die übrigen Kabinette nicht behindert sein sollten, die Vorlage trotzdem einzubringen. Ebenso sollte es den einzelnen freigestellt bleiben, Gegenstände, über die volles Einverständnis nicht erzielt wurde, vereinzelt zu beantragen.⁵⁷ Ohne

51. Briefwechsel II 629.

52. W Darmstadt Berichte 2. XII. 59.

53. D Bose an Beust 13. XII. 59.

54. D Bose an Beust Privat 2. XII. 59.

55. W Dresden Bericht 4. XII.; Nachlaß Rechberg, Werner an Rechberg 10. XII. 59.

56. D Beust an den König 30. XI.; W Dresden Berichte 10. XII., Präs. Ges. Frankfurt Berichte 30. XI. 59.

57. D Beust an den König 30. XI. 59.

Widerspruch von allen angenommen wurden die Anträge betreffend die Bundestagsprotokolle, die Heimatverhältnisse und das gemeinsame Zivil- und Kriminalrecht. Württemberg und Meiningen konnten sich mit der Instruktion für den kurhessischen Verfassungsausschuß nicht einverstanden erklären. Die meisten Differenzen entstanden über der Bundeskriegsverfassung. Nachdem schon Bayern und Sachsen zwei geringfügige Änderungen angebracht hatten, von denen die eine „die Sicherung des Ersatzes“, die andere nur eine genauere Formulierung betraf, erklärten Kurhessen, Meiningen, Altenburg und Mecklenburg, nicht mehr mittun zu können.⁵⁸

Für das weitere Schicksal der Anträge war entscheidend die Stellungnahme Preußens und Österreichs. Wien, das seit Ende des Krieges keinen ordentlichen Gesandten in Dresden unterhielt — Metternich wurde erst im Dezember durch den alten Baron Werner, den Unterstaatssekretär im auswärtigen Ministerium, ersetzt — Wien wurde von Beust nach besten Kräften auf dem laufenden gehalten. Als Rechberg die Würzburger Tagesordnung vorgelegt wurde, hatte er nur zu zwei Punkten Bemerkungen zu machen: Gegen den Nationalverein mit Mitteln des Bundes vorzugehen hielt er nach wie vor für schwierig. Zwar bot das Bundesvereinsgesetz nach seiner Meinung Handhaben; aber die erforderliche Majorität zusammenzubekommen war schwer und wenn sie gar zu erlangen sein sollte, so war die einheitliche Durchführung des Beschlusses, auf den alles ankam, noch viel schwieriger. Den Nutzen einer Debatte über die allgemeine politische Lage in dem Würzburger Gremium konnte er sich nicht recht ausmalen. Nach der Tagung machte ihn Beust mit seinen intimsten Aufzeichnungen über den Verlauf vertraut. Aber Rechbergs Stellungnahme war nur blaß. Nirgends äußerte er sich energisch für oder wider.⁵⁹

Es wäre für den österreichischen Minister in diesem Augenblicke nicht schwer gewesen, sich der Mittelstaaten mit sicherem Griff zu vergewissern. Über die Prinzipien seiner Politik den Würzburgern gegenüber schrieb er an den Präsidialgesandten:

58. D Schrenk Zirk 9. XII. 59.

59. D Beust an Könneritz (ohne Datum), Mitteilung des Ber. an den König; Könneritz an Beust 9. XII.

„Ich verkenne nicht, daß die von den Würzburgern gestellten Anträge eigentlich vom kaiserlichen Kabinette hätten eingebracht werden sollen, und daß es eine mißliche Sache ist, die Initiative auf diese Weise aus der Hand zu geben. Die Ursachen, welche uns bestimmt haben, diese Initiative den Mittelstaaten zu überlassen, sind aber zu einleuchtend, um einer näheren Auseinandersetzung zu bedürfen. Es handelt sich darum, eine Phalanx Preußen entgegenzustellen, die wir mit dem ganzen Gewicht unseres Einflusses und unserer Stimme zu unterstützen bereit sind, um den das eigene Interesse die Regierungen, welche noch nicht beigetreten sind, sich zu scharen bestimmen wird. Hätte das k. k. Kabinett sich vorangestellt, so wäre dieses Ziel nicht erreicht worden; es wären die Mittelstaaten wieder in ihren alten Erbfehler verfallen, die Vermittlerrolle zwischen Österreich und Preußen zu übernehmen, und das Berliner Kabinett hätte, diese Schwäche benützend, ungestört seine weiteren Pläne verfolgt“.⁶⁰ Gegen gelegentliches gemeinsames Vorgehen der Mittelstaaten war nichts einzuwenden. Nur eine Trias als Konstitution, auf die es keinen direkten Einfluß mehr hatte, konnte Österreich nie billigen. „Förmliche Konferenzen über Bundesangelegenheiten ohne Teilnahme Österreichs und Preußens und eine Initiative der Mittelstaaten in Reformfragen von bedeutender Tragweite bilden unverkennbar eine Anomalie in der Entwicklung der Bundesverhältnisse. So wenig wir unter den einmal obwaltenden Umständen das Verdienst verkennen, welches sich die Teilnehmer an den Würzburger Vereinbarungen durch ihr im Grunde nur die Erhaltung und Befestigung des Bundes bezweckendes, also in der Wesenheit defensives Auftreten erworben haben, so wenig können wir begünstigen, daß eine Art von Koalition sich dauernd in den Organismus des Bundes einfüge und dessen Funktionen vorauszubestimmen trachte. Wir müssen im Gegenteil wünschen, daß zwar zuvörderst der Zweck erreicht werde, die k. preußische Regierung von der Unhaltbarkeit ihres Systems, keine gemeinnützigen Maßregeln aus der Wirksamkeit des Bundes hervorgehen zu lassen, zu überzeugen, daß aber dann allmählich die Behandlung der Bundesgeschäfte wieder in die normale Bahn

60. W. Nachlaß Rechberg 21. XII. 59.

gemeinsamer Einwirkung der Kabinette von Berlin und Wien geleitet werde.“⁶¹

Man scheint bei den Würzburgern erwartet zu haben, daß Preußen sehr scharf auf die Konferenz reagieren werde. Aber Schleinitz hatte auf die Anzeige von ihrem Zusammentritt so konventionell und versöhnlich wie nur möglich entgegnet, daß man „nicht das geringste gegen die Konferenz habe und haben könne, vielmehr den lebhaften Wunsch hege, daß die Resultate derselben, deren Mitteilung man mit Interesse entgegen sehe, zum allgemeinen Wohl des Bundes gereichen möchten“.⁶² Gegen die Gesandten der Großmächte hatte er sich um eine Nüance gereizter geäußert: „Wenn die deutschen Regierungen in dieser Weise fortführen, an dem alten Frankfurter Gebäude zu rütteln, so werde der ihnen so teure Bundestag bei der nächsten Gelegenheit in sich selbst zerfallen“.⁶³ Zu Hause angekommen verständigten sich Beust und Schrenk, daß die Anträge aus schuldiger Achtung den Großmächten mitzuteilen seien.⁶⁴ Daß Preußen sich dann so milde über die Beratungsergebnisse vernehmen ließ — Hohenthal wollte sogar wissen, daß der Prinzregent die Absicht habe, sich den Mittelstaaten zu nähern⁶⁵ — dafür vermochte der Minister Sachsens nur in dem in Preußen „herrschenden inneren désarroi“ eine Erklärung zu finden.⁶⁶

Die Bundestagssitzung vom 17. Dezember, in der die Würzburger Anträge eingebracht wurden, glich eher einem Begräbnis als einem neuen Anfang, auf den Beust gehofft hatte. Auch an die nicht in Würzburg vertretenen Regierungen waren die Anträge verschickt worden mit der Bitte, sich ihnen anzuschließen. Nur Braunschweig gab der Aufforderung Folge. Ohne ein Wort des Widerspruchs oder des Beifalls wurden die mit so viel Mühe zustande gekommenen Anregungen in die längst bereitstehenden Ausschüsse versenkt. Ihr weiteres Schicksal dort ist das letzte Siegel unter das Würzburger Unternehmen.

61. W Karlsruhe, Instruktion für den Grafen Trautmannsdorff 7. I. 60.

62. D Hohenthal an Beust 21. XI. 59.

63. D Hohentfahl an Beust 23. XII. 59.

64. D Beust an Bose 6. XII., Bose an Beust 8. XII. Bericht 6. 8. XII. 59.

65. W Dresden Bericht 5. XII. 59.

66. D Hohenthal an Beust Bericht 8. XII. 59.

4. Letzte Koalitionsversuche.

Auch nach dem 17. Dezember gaben sich die Würzburger redliche Mühe, in den Ausschüssen des Bundestages ihren harmlosen Anträgen eine Mehrheit zu sichern. Die meisten von ihnen sind aus dem Stadium ewiger Beratung nie herausgekommen. Eine einzige Anregung, die die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen betraf, hatte einigen Erfolg. Die der Presse von jeder Sitzung zu übergebenden Berichte waren seit langem strittig. Einem sächsischen Vorschlag folgend einigte man sich dahin, daß die Gesandten jeweils am Tage nach der Sitzung mit dem Bundeskanzleidirektor den Wortlaut des Communiqués beschließen sollten.¹ Verhandlungen, die nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen sollten, wurden in Separatprotokollen untergebracht, deren Zahl in den folgenden Jahren der der Hauptprotokolle nicht viel nachstand.²

Am umstrittensten waren die Sitzungen des Militärausschusses, der die Würzburger Anregung über die Revision der Bundeskriegsverfassung behandelte.³ Ein Schrei der Entrüstung war an den kleinen Höfen die Antwort, als Preußen in diesem Gremium unnachsichtig das Kernproblem ins Auge faßte, die Frage des Oberbefehls, den es zwischen den beiden Großmächten teilen wollte. Allein Württemberg, das wegen der bedenklichen außenpolitischen Situation jeden Bruch im Bunde vermeiden wollte, war zu einem Kompromiß geneigt, falls es den Mittelstaaten freigestellt bleiben sollte, sich in Kriegszeiten entweder der preußischen oder der österreichischen Oberleitung unterzuordnen.⁴ In Dresden und München aber wurde diese

1. Protok. d. Bundesversamml. §§ 59. 80. 92. 101. W. Präs. Ges. Frankfurt Berichte 9. III., Dresden Weisungen 4. II., 5. III. 60.

2. Vgl. die Tabelle bei Fischer 528.

3. Zur Sache vgl. P. Bailleu, Der Prinzregent und die Reform der deutschen Kriegsverfassung, H. Z. 78 (1897) 385 ff.

4. W. Stuttgart Berichte 13. I. 60.

Stellungnahme als Verrat an der gemeinsamen Sache bezeichnet.⁵ Pfordten erklärte, daß Bayern sich vom Bunde lösen und neue Allianzen nach seinem Geschmack suchen müsse, wenn sich die eine Großmacht der Verfassung des Bundes entziehen sollte. Der König selbst versprach leidenschaftlich, „er werde sich nicht mediatisieren, nicht auf die Füße treten lassen, nicht sein Heer in Kriegs- und Friedenszeiten an einen andern Kriegsherrn abtreten“.⁶ Graf Platen wälzte im stillen wieder den Plan einer militärischen Trias, den er schon vor Jahren vorgebracht hatte, wonach die Mittelstaaten schon jetzt über einen gemeinsamen Feldherrn sich einigen sollten, mit dem sie dann hervortreten konnten, wenn Preußen die Bundeskriegsverfassung zerreißen sollte.⁷ König Georg aber war strikte gegen jede Neuerung und ließ in der begründeten Sorge, die Bundesarmee möchte dem französischen Heer nicht gewachsen sein, nur die Erhöhung der Kontingente beantragen.⁸

Beust war zutiefst empört über den Versuch Preußens, Deutschland mit der Mainlinie in Norden und Süden zu zerreißen. Eine solche „capitis diminutio der deutschen Fürsten“ mache ihnen entweder das Regieren im eigenen Hause unmöglich oder treibe sie notgedrungen in einen neuen Rheinbund, erklärte er.⁹ Eine Denkschrift über die Bundeskriegsverfassung führte aus, daß sie unter der Voraussetzung formuliert worden sei, Österreich und Preußen würden stets einig vorgehen. Nehme aber eine Macht den Schwerpunkt außerhalb des Bundes, so sei die natürliche Konsequenz die Verständigung unter den Mittelstaaten, um ihren gemeinsamen Interessen mehr Nachdruck zu verschaffen. Wenn man in Berlin die Trias nicht wolle, so sei es zweckmäßiger, den Bund weder zu meiden noch ihn zu zerreißen.¹⁰ Von allen Seiten wurde Beust wieder viel Anerkennung zuteil. Die Arbeit bewirkte in der Tat eine neue

5. W München Berichte 19. I. 60.

6. W Präs. Ges. Frankfurt Berichte 13. I. 60.

7. W Hannover Berichte 23. I.; D Könneritz an Beust 2. V. 60.

8. W Dresden Berichte 30. I. 60.

9. W Dresden Berichte 8. 15. I. 60.

10. W Dresden Berichte 18. I. 60; Flathe 745 f.; vgl. Briefwechsel König Johanns mit Friedr. Wilh. IV. 400 ff.

Verständigung unter den Gleichgesinnten. Der König von Württemberg, der als Veteran von 1813 für alle militärischen Fragen sich für besonders kompetent hielt, regte an, die Frage der Zweiteilung des Oberkommandos von der politischen Ebene auf die militärisch-technische herüberzuspielen und damit die weiteren Verhandlungen der Bundesversammlung zu entziehen. Die Militärbevollmächtigten des 8. Armeekorps brachten es auch wirklich fertig, aus strategischen Gründen einstimmig für die bestehende Einrichtung und gegen die Zweiteilung des Oberbefehls sich auszusprechen.¹¹ Hügel erbat bei Bayern und Sachsen ähnliche Instruktionen. Die Anregung, ein offener Schwindel, ging unter, ebenso eine spätere: Von der Überlegung ausgehend, daß die beiden Großmächte je nur drei Korps zur Bundesarmee stellten, regte der württembergische Minister an, die preußische Forderung dann zu berücksichtigen, wenn der Bund als solcher, in seinem äußeren Bestande bedroht, die Hilfe der beiden Großmächte anrufen mußte, die sie dann mit ihrer gesamten Heeresmacht leisten sollten.¹² König Johann war bereit, auf den Vorschlag einzugehen, aber Beust hielt ihn für einen „verkappten Rückzug, ein Aufgeben der innegehabten prinzipiell guten Stellung, um dem Gegner zuliebe auf schwankenden Boden zu gelangen“.¹³ So wurde die Revision der Bundeskriegsverfassung in Frankfurt zu Tode gehetzt. Nie ist es zu einer neuen Regelung gekommen.

Der Grund für diese besonders leidenschaftliche Diskussion lag in der außenpolitischen Situation. Die Sorge, daß Frankreich vereint mit Sardinien Österreich in Venetein angreifen werde, warf ihre Schatten auch auf den Bund, für den sich alle Gefahren des vergangenen Sommers wiederholen mußten. Die mittleren Staaten waren sicher, daß Preußen die nächste Gelegenheit benutzen werde, um seine unbestrittene Hegemonie in Deutschland zu erreichen.¹⁴ Das Wort „Rheinbund“, bisher mit Fleiß gemieden, tauchte wieder auf.

11. W Dresden Berichte 1. II. 60.

12. W Stuttgart Berichte 20. IV. 60.

13. W Dresden Berichte 28. IV. 60.

14. D Hausarchiv, Johann Nr. 38, eigenhändige Denkschrift des Königs Johann „Über die Lage Deutschlands, besonders Sachsens während

Die Medizin, die Beust für alle Schmerzen empfahl, war unentwegt die Koalition im engsten Anschluß an Österreich. Mit dem Baron Werner, dem langjährigen Mitarbeiter Metternichs, jetzt österreichischem Gesandten in Dresden, pflog er lange Beratungen. Er erwartete mit Bestimmtheit, daß Preußen die Spannung mit Frankreich in der Weise lösen werde, daß es um den Preis des freien Handelns in Deutschland das linke Rheinufer abtreten werde, wenn auch mit dem Hintergedanken, daß sich mit einem geeinten Deutschland schon Zeit und Gelegenheit zur Wiedereroberung finden werde.¹⁵ Mit düsteren Farben stellte er dem Gesandten die Möglichkeit des Krieges zwischen Österreich, Frankreich und Sardinien vor Augen, in dem er auf keinen Sieg der österreichischen Waffen rechnete, wenn sich der Kaiserstaat nicht den unverbrüchlichen Beistand des Bundes beizeiten sicherte.¹⁶ Als Sprecher der Würzburger Koalition bot er Österreich „in den weitesten Dimensionen“ die Hilfe seiner Verbündeten an, „welche Lücken ausfüllen, Verluste ersetzen, Besatzungen zu übernehmen bereit wären“. „Den sächsischen Minister bei seinen guten Gesinnungen und tätigen Absichten zu erhalten“, aber um jeden Preis zu verhindern, daß sich eine geschlossene Gruppe zwischen die beiden Großmächte als vermittelndes Ferment schöbe, das allein konnte die österreichische Antwort auf solche Angebote sein¹⁷. Graf Rechberg warf den Ball an Beust zurück, indem er ihn auf eine entsprechende Verständigung unter den Mittelstaaten aufmerksam machte.¹⁸

bzw. nach dem österreichisch-französischen Kriege“. „Wie hat sich Preußen zu einem neuen Angriffe auf die österreichischen Besitzungen in Italien zu stellen?“ Vgl. Hassel, König Albert II. 64.

15. W Dresden Ber. 8. I. 60.

16. W Dresden Ber. 27. III., 2. IV. 60.

17. W Dresden Ber. 2. IV. 60.

18. In seinem Erlaß an Werner (W Dresden Wsg. 31. III. 60) behält sich Rechberg solche Verhandlungen über die von den Mittelstaaten in bestimmten Fällen zu übernehmenden Leistungen für einen späteren Zeitpunkt vor und fährt dann fort: „Wohl aber scheinen uns die Verhältnisse vollkommen geeignet zu sein, zu grundsätzlichen Einigungen, welche zwischen diesen Staaten selbst ohne unsere ostensible Mitwirkung, jedoch mit sorgfältiger Wahrung der Prinzipien der Bundesver-

Die ohnehin schon düsteren Zukunftsaussichten wurden dann vollends verfinstert durch den Eindruck der Berliner Kammerverhandlungen über die kurhessische Verfassungsfrage. Daß bestimmte Bundesbeschlüsse für Preußen als nicht verbindlich erklärt wurden, war ein einzig dastehender Vorgang in einem deutschen Parlament. Die Berliner Debatten verstärkten bei den Staatsmännern der kleineren Regierungen den Verdacht, daß sich Preußen gewisser aktueller Tagesfragen mit Absicht bemächtige, um unter den liberalen Parteien Propaganda zu machen. War Preußen im Begriff, aus dem Bunde zu scheiden oder ihn gewaltsam zu sprengen? Waren es „souveräne Staaten“ nicht ihrer Würde schuldig, Preußen zu nicht mißzuverstehenden Erklärungen darüber zu veranlassen, welche Beziehungen es hinfort zu seinen Bundesgenossen unterhalten wollte?¹⁹ Pfordten schäumte vor Zorn. Für den Fall eines Bruches im Bunde, meinte er, bleibe den von Preußen weniger abhängigen Staaten, d. h. praktisch den süddeutschen, nichts weiter übrig, als mit Österreich ein neues Offensiv- und Defensivbündnis abzuschließen.²⁰

Einen ähnlichen Gedanken verfolgte der Präsident des württembergischen geheimen Staatsrates von Neurath, der seit der Bamberger Konferenz die Idee der gemeinsamen Politik der Mittelstaaten seinem König gegenüber vertreten hatte. Preußen zu einer eindeutigen Darlegung zu veranlassen, um damit zum Abschluß einer Defensivallianz unter den Mittelstaaten gleichsam berechtigt zu sein, war sein Ziel.²¹ Hügel, dessen er sich als ausführenden Organes hätte bedienen müsen, widersprach, weil er es für unmöglich hielt, daß sich der König an einer solchen Isolierung Preußens ohne Anlehnung an Österreich beteiligen werde. Er strebte die Defensivallianz mit

sammlung, zu dem Zwecke vorzubereiten wären, damit in jedem gegebenen Augenblick, sei es auf unseren Antrag, sei es aus eigener Initiative, der gemeinsame Entschluß der Würzburger Verbündeten, im Falle eines erneuten Angriffes auf uns für die Integrität des Kaiserstaates mit Waffenmacht einzustehen, ohne Zögern und ohne Zeitverlust zur Tat werden könnte.“

19. W. Präs. Ges. Frankfurt Berichte 27. IV. 60.

20. W. Präs. Ges. Frankfurt Berichte 4. V. 60.

21. W. Stuttgart Berichte 20. IV. 60.

Österreich auf direktem Wege an. „Wollen nun die Regierungen“, schrieb er nach München, „den Völkern, welche diesen durch das Verschulden Preußens herbeigeführten Zustand klar erkennen und sich ängstlich nach Hülfe umsehen, wieder einiges Vertrauen in die Zukunft einflößen, so scheint es mir an der Zeit, daß sie durch irgend einen sichtbaren Akt der Vereinigung unter denen, welche sich vereinigen wollen, den Beweis liefern müssen, daß man für den Fall hereinbrechender Gefahr darauf Bedacht nimmt, wenigstens durch Vereinbarung einer an Österreich sich anlehnenden Defensivallianz unter den Mittelstaaten sich gegenseitig Schutz und Beistand zuzusichern. Schon das Bewußtsein im Volke, daß sich die Souveräne der Mittelstaaten, welche allein schon eine nicht zu verachtende Streitkraft von wenigstens 200 000 Mann zu stellen im Stande sind, zum gegenseitigen Schutz vereinigt haben, wird einen beruhigenden Eindruck hervorbringen“.²² Ein für Hügel wichtiger Gesichtspunkt bei dieser neuen Anregung war die Sorge, sein König möchte sich der Verwandtschaft mit dem französischen Kaiserhaus entsinnen, wenn der von Preußen ausgehende Druck zu stark werden sollte.²³

Rechberg riet in Stuttgart ebenso wie vorher schon in Dresden dringend von solchen Machenschaften ab.²⁴ Für den Fall, daß Preußen die „spitzfindigen Radowitzschen Ideen“ zum zweitenmal aufs Tapet bringen sollte, hielt er es für besser, „formell auf der Basis des Bundesvertrages stehen zu bleiben und diesen Vertrag auch ohne Preußen und bis zu dessen Wiedereintritt ohne Unterbrechung der Kontinuität einfach fortzusetzen“. Jedes andere Verfahren würde die Anerkennung für die Auflösung des Bundes in sich schließen und für etwaige Annexionsgelüste Preußens auch bei den europäischen Mächten freies Spiel schaffen.

So gerne er auch angesichts der Berliner Vorgänge das Zusammenhalten der Mittelstaaten für alle Fälle demonstriert hätte, so sehr war Schrenk doch dem Hügelschen Plan ent-

22. D Bose an Beust Ber. 30. IV. 60.

23. W Stuttgart Ber. 1. VI. 60; vgl. Dunker, Briefwechsel 94.

24. W Stuttgart Wsg. 28 IV. 60.

gegen.²⁵ So lange der Bund noch bestand, war eine solche Separatverständigung ein „Bund im Bunde“ und darum ein Widersinn, der nur zu leicht das Gegenteil von dem zeitigen konnte, was man verhindern wollte.²⁶ Er erkannte mit mehr Sinn für das Tatsächliche als Beust, daß Österreich noch weniger als im Vorjahre auf die Bundeshilfe werde rechnen können,²⁷ daß auch Österreich nicht in der Lage war, die Mittelstaaten mit Truppen zu schützen.

Beust aber riefen die verschiedenen Nachrichten wieder auf den Plan. Er freute sich nun beinahe über die preußische Erklärung in der kurhessischen Sache. „Es sei ganz gut, daß das so lange eiternde Geschwür in Berlin aufgehe und den deutschen Regierungen unwidersprechlich klar werde, was sie von dort zu erwarten haben“, erklärte er dem Baron Werner. Die württembergischen Ideen über die Defensivallianz hielt er für unpraktisch; denn nicht unbedingte Auslieferung an Österreich war sein Ziel. Sodann erschien sie ihm auch beunruhigend für das Schicksal der mittelstaatlichen Einheit. Vereinzelte Anregungen, namentlich da, wo sie eine bedeutende Tragweite hatten, arbeiteten gemeinsamen Schritten nicht vor, sondern erschwerten sie nur. „Sie können unseres Erachtens nur dazu führen, entweder einen vereinzelt Kampf zu veranlassen und damit den Anschein einer Spaltung unter den Mittelstaaten zu begründen, oder illusorisch beruhigende Erwiderungen zu provozieren, welche alsdann die Beteiligung der Regierungen an gemeinsamen Schritten lähmen“.²⁸ Daß Preußen den Bund über kurz oder lang verlassen werde, daran zweifelte er nicht. Unter diesen Umständen einfach an ihm festzuhalten, wie Rechberg geraten hatte, war unmöglich. Man stand nicht mehr im Jahre 1850. „Bilden wir andern Mittelstaaten . . . nicht unter uns einen festen Kern, bereiten wir uns nicht rechtzeitig vor, der einmal nicht zu vertilgenden Tendenz nach größerer Einheit in Deutschland am Tage der Gefahr Nahrung und Befriedigung zu bieten, so sind wir von vornherein wehrlos an

25. D Bose an Beust 30. IV. 60.

26. W Stuttgart Berichte 4. V. 60.

27. W Nachlaß Rechberg, Schönbug an Rechberg 26. I. 60.

28. D Beust an Bose 5. V. 60.

Preußen geliefert. Einen nach dem andern wird selbes durch Versprechungen, Drohungen und Umtriebe von dem verstümmelten Bundestage loslockern; und die von Österreich befürwortete Kontinuität des Bundestages wird faute de combattants von selbst aufhören“.²⁹ Beust erklärte: „Es bleibe den Mittelstaaten, um sich des durch Preußens Gier und Perfidie hervorgerufenen Drängens nach größerer Einheit Deutschlands zu erwehren, wirklich auf die Länge nichts übrig, als die Homogenität ihrer Verhältnisse zu einer wirksameren Anbahnung jener Einheit in der Weise zu benützen, daß sie a) eine gemeinsamere Vertretung ihrer Politik in Form und Sache dem Auslande gegenüber, b) größere Gemeinsamkeit in ihrem Heerwesen, c) die Ermöglichung der Vertretung gewisser Interessen bei dem Bundestage erstrebten.“

Es gab für Beust allerlei Anzeichen, daß die Zeit reif sei, mit diesem Plan, den er schon bei den Würzburger Konferenzen im stillen verfolgt hatte, offen hervorzutreten. Dem Herzog Bernhard von Meiningen hatte das Würzburger Prinzip so eingeleuchtet, daß er dieser Lösung der deutschen Frage weiter nachgegangen war. Mitte Februar schickte er Beust einen Plan zu einer Reform des Bundes im Sinne der Trias. Er forderte eine Zentralgewalt aus drei Stimmen, zusammengesetzt aus Österreich, Preußen und einer dritten, die von sämtlichen deutschen Fürsten außer den Regenten der beiden Großmächte aus den vier Königen auf drei Jahre gewählt werden sollte. Die Bundesversammlung sollte in ihrer jetzigen Zusammensetzung neben der Zentralgewalt bestehen bleiben. Die Fürsten der nicht königlichen Häuser sollten bei der Wahl des dritten Sitzes jeder eine Stimme haben und die Zentralgewalt in allen auswärtigen Fragen, Kriegs- und Militärsachen kompetent sein; alles andere sollte der Bundesversammlung verbleiben. Die Truppen sollten nach den in Würzburg aufgestellten Grundsätzen eine einheitliche Organisation erhalten, so daß drei große deutsche Heerkörper entstünden. Auf diese Weise sollte jeder Zeit eine Regierung, mit der Generalvollmacht der von ihr ver-

29. W Dresden Berichte 7. V. 60.

tretenen Staaten versehen, das Recht und die Pflicht haben, zwischen den Großmächten vermittelnd zu wirken.³⁰

Beust hat seine Meinung über diesen alten Vorschlag, der zweifellos unter dem Druck der Verhältnisse immer wieder neu konzipiert wurde, nirgends zu verstehen gegeben. Dem Wunsche des Herzogs, daß Sachsen den Kabinetten den Plan unterbreiten und die Würzburger einen entsprechenden Antrag in Frankfurt einbringen möchten, hatte er sich nachdrücklich versagt und den Herzog selbst auf diesen Weg gewiesen.³¹ Mochte der Minister über den praktischen Wert des Vorschlages noch so verschieden denken wie sein Urheber,³² jedenfalls wußte er die Mittelstaaten wieder einmal mit der Frage ihres Zusammenwirkens beschäftigt.

In aller Stille hatte Beust in Hannover sondiert.³³ Platen machte ihm Hoffnung, daß der mißtrauische König diesmal eine Vertretung entsenden werde unter der Voraussetzung, daß zwei Projekte besprochen würden. Er wollte selbst dem König vorschlagen, innerhalb des 10. Armeekorps auch in Friedenszeiten einen Kommandanten mit gewissen diktatorischen Befugnissen zu bestellen. Für Kriegezeiten wünschte er eine Zentralgewalt aus Österreich, Preußen und einem Vertreter der dritten Staatengruppe. So lange über diese beiden Punkte keine Entschließung erfolgt sei, wünschte er die Konferenz noch aufgeschoben.³⁴

Der sächsische Minister würde längst die Anregung zur Zusammenkunft gegeben haben, wenn nicht die seit Monaten dauernde Reise des bayerischen Königs im Ausland ihn ge-

30. W Dresden Berichte 30. IV. 60.

31. D Beust an Herzog Bernhard 11. III. 60.

32. D Hg Bernhard an König Johann 22. III. 60. Der Herzog legte gleichzeitig noch zwei Varianten seines Planes zur Auswahl vor. Nach der einen sollte die Wahl der dritten Stimme nach Fürstenkurien erfolgen. Nach der andern war der Exekutive ein nach Kurien gewählter Fürstenrat mit beratender Stimme zur Seite zu stellen, falls man sich nicht entschloß, die Exekutive in der Weise zu bilden, daß Preußen und Österreich mit je fünf, die Königreiche mit je drei, die Großherzogtümer mit je zwei, die Herzöge, Fürsten und freien Städte mit je einer Stimme vertreten waren.

33. D Beust an Könneritz (Hann.) 27. IV. 60.

34. D Könneritz an Beust 2. V. 60.

lähmt hätte. Als ihm seine Rückkehr gemeldet wurde, wandte er sich sogleich mit Zustimmung des Königs Johann an Schrenk mit der Bitte, die für das Frühjahr vorgesehene Ministerzusammenkunft nach Würzburg einzuberufen. Gleichzeitig setzte er die Verbündeten und Wien von seiner Initiative in Kenntnis.³⁵

Die Anschauungen in München waren nicht einheitlich. Neumayr, der Minister des Inneren, war die Seele der Partei, die ganz und gar für Beusts Vorschläge eintrat. Wenn die Mittelstaaten bisher nicht noch ganz anderen Schwierigkeiten von Berlin begegnet waren, so dankten sie es nur der Ratlosigkeit der preußischen Regierung, meinte er.³⁶ Er erwartete aber, daß Preußen sich an die Spitze Deutschlands stellen, die Übertragung der diplomatischen und militärischen Führung verlangen und dafür eine Volksvertretung am Bunde gewähren werde. Eine solche Versprechung werde in der Öffentlichkeit in ungeahnter Weise zünden. Es sei daher Sache der Mittelstaaten, bereits im voraus sich über ein Gegenprojekt zu verständigen. Nach seiner Meinung sollte es darin bestehen: Die Mittelstaaten mußten sich ohne die Großmächte über eine gemeinsame Volksvertretung, gebildet aus den Vertretungen der einzelnen Kammern, mit bestimmt begrenzter Kompetenz, etwa Beratung der an den Bund zu bringenden Anträge über Gesetzgebungsgegenstände, Aufstellung einer Art von Budget für die Bedürfnisse des Bundes usw., verständigen. Dies Projekt, von dem er selbst bekannte, daß es nicht weiter durchdacht sei, hatte er sowohl im Ministerrat als auch dem König vorgetragen³⁷. Sein Gegenpol war der General von der Tann und auch Wilhelm von Doenniges, der freilich aus der Reihe der Berater in die der Gutachter hatte zurücktreten müssen, die aber beide den Vorzug hatten, unmittelbar auf den König einwirken zu können. Zwischen beiden Gruppen stand Schrenk, beiden Rechnung tragend und selbst unsicher. Im tiefsten Herzen war er gegen Beusts Plan. Nur widerstrebend verfaßte er unter dem Einfluß Neumayrs einen befürwortenden Vortrag an den König, von dem er sich nur dann einen Erfolg versprach, wenn auch von anderer Seite Aufforde-

35. D Beust an Bose 5. 7. V., an Könneritz und Nostitz 7. V. 60.

36. D Bose an Beust 12. V. 60.

37. D Bose an Beust Ber. 21. V. 60.

rungen zu einer Ministerkonferenz ihm zuzugingen.³⁸ Beust half nach Kräften nach. Er hoffte eine solche Einmütigkeit in der allgemeinen Beurteilung der Situation zu erzielen, daß die einzelnen auf vereinzelte Anregungen und Kundgebungen verzichteten. „Der erklärte oder doch faktische Rücktritt Preußens aus der Bundesversammlung“ bildete das Kernstück aller seiner Überlegungen. Der Vorschlag des Herzogs von Meiningen sollte im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

Die übrigen Würzburger waren über die Anregung hoch erfreut. Dalwigk und Wittgenstein bekundeten ihr „volles Einverständnis“ und beeilten sich, Beusts Appell in München zu unterstützen³⁹. Der König von Württemberg war Feuer und Flamme.⁴⁰ Nur Platen trat immer noch für Vertagung ein. Seine Denkschrift über die Bundeskriegsverfassung und über die Exekutive in Zeiten der Not wurde von seinem königlichen Herrn immer noch nicht beachtet. Die von Beust vorgeschlagenen Beratungsgegenstände hielt er für ungeeignet. „Etwas Ordentliches muß das Ergebnis sein“, war seine Parole. Die Erklärung des Ministers von Borries in der hannoverschen Kammer, daß der König lieber zu einem neuen Rheinbund die Hand bieten werde, als wesentliche seiner Souveränitätsrechte aufzugeben,⁴¹ hatte in den Kreisen des Nationalvereins einen solchen Sturm gegen die Mittelstaaten ausgelöst, daß Platen es für besser hielt, wenn sie der Erregung nicht neue Nahrung boten. Er fand überhaupt, daß Beust „im allgemeinen zu weit gegen Preußen gehe“.⁴²

Wien bekannte nicht klar Farbe. Einerseits, schrieb Reichenberg,⁴³ „sind wir von der großen Wichtigkeit vereinten Handelns der Mittelstaaten so innig durchdrungen, wie Freiherr von Beust nur immer es sein kann“. „Immerhin ist es für uns ein Axiom, daß selbst der Schein eines förmlich organisierten Bundes im Bunde vermieden werden sollte“. Er vermochte daher nicht ein-

38. D Bose an Beust Ber. 9. V. 60.

39. D Nostitz an Beust 13. V. 60.

40. W Stuttgart Ber. 18. V. 60.

41. Hassell II, 1, 423 ff.; Onken, Bennigsen I 394.

42. D Könnertitz an Beust 18. 23. V.; W Hannover Ber. 25. V. 60.

43. W Dresden Wsg. 5. V. 60.

zusehen, „warum diesesmal der Austritt Preußens aus dem Bundestage als das Signal zur Auflösung des verfassungsmäßigen Organs des Bundes erkannt werden müßte. Ist es doch nur zu wahr, daß die Bundesversammlung schon seither sich erhielt, nicht weil, sondern obgleich sie die Herren von Bismarck und Usedom zu Mitgliedern hatte“. Sollte aber Beusts Vorschlag in München Anklang finden, so hielt er es „für vollkommen sicher, daß die beabsichtigte zweite Beratung in Würzburg nur zu nützlichen und den Bedürfnissen der Lage Deutschlands entsprechenden Resultaten führen werde“.⁴⁴

Der König von Bayern, an dem alles hing, zögerte seine Entscheidung unerträglich lange hinaus. Je länger sie ausblieb, um so schwankender wurde Schrenk. Beust hatte mit ziemlicher Offenheit von seinen Grundanschauungen gesprochen, Pläne wie die des Herzogs Bernhard berührt, die in München gar nicht bekannt waren, aber nicht damit gerechnet, daß „jede neue Idee Allerhöchsten Orts immer neue Bedenken erregt“.⁴⁵ Es war nun einmal nicht abzuleugnen, daß das Unternehmen sich gegen Preußen wandte, daß es sicher nicht unbeantwortet bleiben werde. Einfaches Festhalten am Bunde, wie es auch Österreich geraten hatte, schien ihm das sicherste und einfachste.⁴⁶

So stellte sich denn mehr und mehr heraus, daß Beusts Eifer selbst das Haupthindernis für die Verwirklichung seines Planes war. Der österreichische Gesandte in München wußte aus guter Quelle zu berichten: „Der König scheut Herrn von Beust, denn er weiß, daß, wenn auch zehn Punkte bei der Konferenz im vorhinein bestimmt sind, Herr von Beust dann doch wieder zehn neue Gegenstände auftragen wird“.⁴⁷ Der König wünschte jede Herausforderung Preußens zu vermeiden. Entscheidend wurde der Landtagsabschied des Prinzregenten nach einer Session, die das lebhafteste Echo ausgelöst hatte, eine Erklärung, die die Maximen seiner deutschen und seiner auswärtigen Politik enthielt. „Ich werde fortfahren“, hieß es dort,⁴⁸ „in der Wahrung anerkannter Rechte anderer die Wahrung

44. W Dresden Ber. 12. V. 60.

45. D Bose an Beust 14. V. 60.

46. W München Ber. 12. 15. V. 60.

47. W München Ber. 27. V. 60.

48. Sten. Berichte des preuß. Abgeordnetenhauses Bd. II S. 1273.

des eigenen Rechts zu erblicken. Wenn auch Meinungsverschiedenheiten über wichtige Fragen stattfinden, in einem Gefühl sind — ich spreche es mit hoher Genugtuung aus — alle deutschen Regierungen und alle deutschen Stämme mit mir und dem preußischen Volke einig, in der unerschütterlichen Treue für das gemeinsame Vaterland und in der lebendigen Überzeugung, daß die Unabhängigkeit der Nation und die Integrität des vaterländischen Bodens Güter sind, vor deren Bedeutung alle inneren Fragen und Gegensätze weit zurücktreten“. Das war nun endlich die Erklärung, auf die man an den deutschen Höfen lange gewartet hatte und der man um so eher Glauben schenkte, als sie von dem Oberhaupt der preußischen Regierung herrührte, von dem man immer noch glaubte annehmen zu müssen, daß es in seinen Anschauungen über die deutsche Politik mit denen seiner Mitarbeiter differiere. Unmittelbar nach dem Empfang dieser Nachrichten entschied König Max das Gesuch seines Ministers ablehnend.⁴⁹

Beust blieb nichts anderes übrig, als sich zu fügen. „Indem wir jetzt die Konferenz unterlassen“ schrieb er an Hügel, „um Preußen nicht zu verletzen, sprechen wir es indirekt aber deutlich aus, daß wir diese Rücksicht auf Seite setzen, wenn wir ein anderesmal zusammenkommen; denn auf ein Einverständnis mit der preußischen Regierung wird dabei niemals zu rechnen sein“.⁵⁰ Daß die Koalition als Vorbereitung der Trias für ihn noch nicht erledigt war, verstand sich von selbst. Aber darüber belehrte ihn das abermalige Scheitern, daß er sich Österreichs noch in ganz anderer Weise werde vergewissern müssen. „Sagen Sie mir aufrichtig“, fragte er im August des gleichen Jahres den Grafen Rechberg in Wien, „wollen Sie Würzburg oder wollen Sie es nicht! Ich muß es wissen; denn ich bin es müde, in Ermangelung Ihrer Übereinstimmung das alsdann ganz undankbare Werk fortzuführen“.⁵¹ So sehr man in Wien damit einverstanden sein durfte, daß die ängstlichen kleinen Gefolgsleute, ohne besonders dazu aufgefordert zu sein, sich unter

49. D Bose an Beust 26. V. 60.

50. 7. VI. 60.

51. W Nachlaß Rechberg, Werner an Rechberg 14. VIII. 60.

Österreichs Schutz stellten und damit die „Phalanx gegen Preußen“ bildeten, so energisch mußte man sich aber auch allen Triasplänen auf die Dauer widersetzen, je deutlicher sie bei Beust hervortraten. Rechberg hat sich nie eindeutig und direkt geäußert, wohlweiblich nicht. Er suchte Beust bei seinen guten Gesinnungen zu erhalten. Daß aus der Trias nichts wurde, dafür sorgten die Mittelstaaten selbst am besten.

Schlußbetrachtung.

Friedrich Ferdinand von Beust.

Mit den hier geschilderten immer neuen Anläufen zu einer Sicherung der deutschen Verhältnisse sind die Reformprojekte der Mittelstaaten keineswegs erschöpft. Es ist auch in der Folgezeit in erster Linie wiederum Beust, der mit einer beispiellosen Leichtigkeit, die wenig Augenmaß für die Größe der Aufgabe verrät, jeden Anlaß wahrnimmt, um seine immer wieder etwas veränderten, aber im Grunde doch auf das gleiche Ziel gerichteten Ideen mitzuteilen. Schon im nächsten Jahre trat er, als in der sächsischen Kammer wieder einmal das Begehren nach einer Neuordnung Deutschlands laut geworden war, mit einem Plane hervor.¹ Äußerlich gesehen waren darin viele liberale Wünsche erfüllt: Der Bundestag sollte abgeschafft und durch periodische Ministerzusammenkünfte ersetzt werden, Preußen und Österreich sollten sich im Präsidium des Bundes abwechseln und dem Volke eine eigene Vertretung gegeben werden. Entgegen allen bisherigen Plänen, die nur unter den Diplomaten bekannt geworden waren, ging Beust 1861 zum erstenmal in die Öffentlichkeit. Damit war von Anfang an offensichtlich: Das Programm hatte nur den Sinn, die liberalen Wortführer der Kammer von der Reformbereitschaft der Regierung zu überzeugen, d. h. aber, es wurde erfunden, um sich eine Verlegenheit der Landesvertretung gegenüber vom Halse zu schaffen. Seitdem feststand, daß Preußen sich auf nichts einlassen werde, was seine Stellung in Deutschland nicht

1. H. H. Thumann, Beusts Plan zur Reform des Deutschen Bundes vom 15. X. 61, Neues Archiv f. sächs. Gesch. Bd. 46 (1925) 46 ff.

von Grund auf änderte, war es ein billiges Geschäft, Reformpläne zu erfinden, die auf den bestehenden Voraussetzungen aufbauten. Sie zielten nur noch auf die Beschwichtigung der Einheitsbewegung, sie boten den Hungrigen Steine statt Brot, und auch Beust meinte: Medikamente müssen sein bei dem kranken Körper des Bundes, aber nicht zur Heilung, sondern zur psychologischen Beruhigung.

Und doch ist mit dem letzten Versuch zur Zusammenrufung der Koalition im Mai 1860 ein Wendepunkt in der Reformpolitik des Ministers und der Mittelstaaten erreicht. Sein Weg war bis dahin gradlinig und folgerichtig verlaufen. Nachdem der restaurierte Bundestag keine Anstalten gemacht hatte, das „schätzbare Material“ der Dresdener Beratungen zu sinnvollen Ordnungen umzuschmelzen und der Dualismus der beiden Großmächte alles Leben in Frankfurt unterband, hatte Beust damit begonnen, der gemeinsamen Organisation durch die Zusammenfassung der Mittel- und Kleinstaaten, die vornehmlich auf den Bund angewiesen waren, einen neuen Impuls zu geben. Er hatte versucht, den Mechanismus der Majoritätsabstimmung für sich nutzbar zu machen. Die rein theoretischen Versuche im Sommer und Herbst 1853 scheiterten, weil keiner der deutschen Souveräne daran dachte, sich einer Vereinigung mit neuen bindenden Verpflichtungen einzuordnen, nachdem eben der Partikularismus mit preußischer Hilfe die Revolution erfolgreich abgeschlagen hatte. Die erste große außenpolitische Krise des Bundes, die orientalische Verwicklung, führte wohl formal zum Ziel der Koalition, aber für die Sache, die Beust damit im Auge hatte, war nichts gewonnen. Auch die Ausnützung der innerpolitischen Gefahr, der Bedrohung der bestehenden Gewalten durch das konstitutionelle System, führte nicht weiter. Der Anschluß an Österreich gelang ebenso wenig. Seitdem gab es nur noch eine Möglichkeit: die Vereinigung des dritten Deutschland abgelöst von den Großmächten zu vollziehen, sie als Trias zu konstituieren. Denn auch Beust mochte fühlen, daß es gegenüber einer nicht mehr aufzuhaltenden Bewegung nicht damit getan war, sich ängstlich an Formen anzuklammern, die selbst keinen Halt mehr boten. Seit dem italienischen Kriege wurde diese Möglichkeit zur Notwendigkeit. Würzburg und

der Versuch, es zu erneuern, begruben auch diese Hoffnung, als Österreich an der Beustschen Gründung, die sich folgerichtig aus der Koalition hatte entwickeln müssen, kein Interesse zeigte.

Seitdem läßt die Initiative des sächsischen Ministers in der Bundesreform deutlich nach. Wohl haben auch fernerhin Ministerkonferenzen der Mittelstaaten stattgefunden. Sie galten aber allein der Behandlung aktueller Fragen der Bundespolitik, der Bundeskriegsverfassung parallel zu den Verhandlungen zwischen Wien und Berlin in der gleichen Sache und der Stellung des Bundes in der schleswig-holsteinischen Frage, ohne daß es gelungen wäre — wie Beust früher erwartet hatte — damit auf die Behandlung der Geschäfte in Frankfurt entscheidend einzuwirken. Die Epoche, wo die Zusammenkünfte der Minister mit ihren Reformgeräuschen die öffentliche Meinung aufhören ließen, ist in der Tat mit der ersten Würzburger Konferenz beendet. König Johann hatte längst schon darauf gedrängt, daß die Souveräne selbst, die doch mannigfache Bande der Familie unter einander verknüpfte und die immer sich solidarisch erklärt hatten, wenn die Interessen ihres Standes gegen Revolution und Liberalismus auf dem Spiel standen, die Reform in die Hand nahmen, nachdem die Bemühungen ihrer Minister sich als vergeblich erwiesen hatten. Die Fürstenzusammenkünfte in Baden-Baden 1860 und in Frankfurt 1863, abwechselnd unter preußischer und österreichischer Führung, sind die Stationen auf diesem Wege, der ebenso wenig zu einer Überwindung des Kerngebrechens führte. Seitdem man in Preußen gegen eine liberale Opposition regierte und auch Österreich als der letzte deutsche Staat zu konstitutionellen Formen übergegangen war, gab es keine festen Punkte mehr, an die die mittelstaatlichen Regierungen sich hätten anlehnen können. Die Ratlosigkeit war groß. Wohl waren den Triasplänen neue Agitatoren erstanden. In der Publizistik hatten diese Ideen bisher eine untergeordnete Rolle gespielt. Seitdem Heinrich von Gagern und Julius Fröbel, denen sich später auch Konstantin Frantz zugesellte, sich für die Dreigliederung Deutschlands erklärten, war die propagandistische Kraft der Beustschen Ideen bedeutend gestiegen. Beust selbst hatte zu jenen Männern Beziehungen aufgenommen, und es unterliegt keinem

Zweifel, daß sie manchen seiner Gedanken übernahmen. Aber während in der öffentlichen Diskussion über diese Lösung der deutschen Schwierigkeit viel Geist und Kraft vergeudet wurde, war es in den Kabinetten still um die Trias.

Pfordten, Beust und Dalwigk sind diejenigen Staatsmänner, die, in den Wirren der Revolutionsjahre in ihre Ämter berufen, am längsten und nachhaltigsten die deutsche Politik der partikularistischen Gewalten bestimmt haben. Je unerbittlicher sich der Dualismus Preußens und Österreichs zuspitzte, um so deutlicher bekamen gerade die Vertreter der kleinen Regierungen ihre völlige Ohnmacht zu spüren. Pfordten und Dalwigk scheinen diese unabänderliche Notwendigkeit zum mindesten seit dem Epoche machenden italienischen Kriege gespürt zu haben. Zwar haben sie auch fernerhin kein Mittel der Abwehr unversucht gelassen, gegen alle Verletzungen vermeintlicher Rechte protestiert, wo immer es anging. Aber schwerlich haben sie geglaubt, daß sie das Schicksal ihrer Staaten damit würden aufhalten können. Ihr Lebenswerk entbehrt nicht der Tragik: Tradition und eigene ehrliche Überzeugung hieß sie sich für eine Sache einsetzen, die sie im tiefsten Herzen als verloren ansehen mußten, All ihr Tun war im Ansatz bereits gelähmt. Ihre Aufgabe bestand im Erhalten, Bewahren, Weiterführen notwendiger Geschäfte. Sie waren ihren Souveränen treue Beamte, aber keine Staatsmänner, die an ihren großen Aufgaben gewachsen wären.

Beust ist der einzige in diesem Kreis, der unaufhörlich Initiativen unternommen hat, um sein Land einer doppelten Schlinge zu entziehen und sie selbst zu zerreißen, der inneren Auflösung durch die nationale Bewegung und dem äußeren Erdrücktwerden durch die beiden Großmächte. Seine Pläne scheiterten nicht allein an dem Widerstand seiner Kollegen, nicht an ihrem bösen Willen und an ihrem Ehrgeiz, sondern vornehmlich an ihrer inneren Unmöglichkeit, die von ihnen entweder gar nicht gesehen oder in diplomatischen Formeln verhüllt wurde. Die Konstituierung der dritten Staatengruppe innerhalb des Bundes, sei es als Koalition, sei es als Trias, war eine praktisch niemals durchzuführende Aufgabe. Sie sollte Deutschland so, wie es nun einmal war, mit Klammern und

Stricken binden, ohne die leiseste Einsicht spüren zu lassen, daß seine Krankheiten organische Leiden waren, die schon 1815 verschuldet wurden. Die Gedanken über eine Dreigliederung der staatlichen deutschen Organisation sind bei Beust ebenso wenig wie bei seinen Vorgängern über den ersten Ansatzpunkt hinaus durchdacht worden. Jede Bundesorganisation, auch die des Deutschen Bundes, bedingt, wenn sie mehr sein soll als eine papierne Institution, eine gewisse Einschränkung der Souveränität. War die Selbständigkeit der Mittelstaaten selbst schon eine sehr relative, so war nicht einzusehen, wie ein engerer Bund, geschlossen auf dem Boden unbedingter Souveränität und politischer Selbständigkeit, gerade diese Güter schützen sollten. Wie sollte die Forderung nach politischer Unabhängigkeit damit in Einklang gebracht werden, daß Beust für die seiner Schöpfung beitretenen Regierungen eine Gemeinsamkeit in diplomatischer und militärischer Beziehung, gemeinsames Vorgehen in allen Fragen der deutschen Politik vorsah, was doch nur unter Opfern möglich gewesen wäre? Selbst die Methode dieser Gemeinschaftsarbeit, das Verhältnis der Beustschen Union zu den außerhalb stehenden Staaten, blieb unerörtert. Was sollte gar geschehen, wenn das Ganze in die Organisation des Bundes hineingepreßt wurde, in der Preußen und Österreich die erste Rolle spielten und die sich beide nicht damit einverstanden erklären durften, daß die Einflußsphäre beider, mit deren Hilfe sie hofften einander zu überwinden, sich ihnen entzog? Mußte nicht auch Beust sich gestehen, daß ein Verein der Mittelstaaten, wenn er nicht bloßes Gerede bleiben sollte, die Verständigung der europäischen Großmächte voraussetzte? Und ob sich die nationale Bewegung mit solchen Abschlagszahlungen hätte zufriedenstellen lassen?

Es ist erstaunlich, daß Beust allen diesen Fragen, die doch gleichsam die Voraussetzung für seine Gründung bildeten, mit Fleiß ausgewichen ist. Nur das ganz anders geartete politische Denken, das ihn mit seinen an gleicher Stelle stehenden Zeitgenossen vereinte, vermag dafür eine Erklärung zu geben. Der Grundsatz, daß nicht die Macht, sondern das Recht das Wesen des Staates ausmache, mußte da, wo reale Macht fehlte, aber doch die Entwicklung von Jahrhunderten eine Selbständigkeit

herausgebildet hatte, zum Axiom des staatsmännischen Handelns werden. Nicht eigentlich von politischen, sondern von juristischen Gesichtspunkten ist dieses Denken geprägt. Nicht so sehr das Streben nach neuen Machtgruppen, als vielmehr das Geltendmachen des einmal vereinbarten Bundesrechtes ist daher für die mittelstaatliche Politik charakteristisch. Nur so lange besaß sie überhaupt eine Chance, als auch bei den Großmächten die Achtung vor dem historischen Recht die Befriedigung der eigenen staatlichen Wachstumsbedürfnisse hintanhalt. So lange dieser Umschwung noch nicht radikal vollzogen war, durfte auch ein Beust kühnlich sich darüber hinwegsetzen, daß sein Bund der Mittelstaaten, wenn er als selbständige Größe den beiden Großmächten entgegentrat, den politischen Gesetzen Hohn sprach.

Die Verachtung fundamentaler politischer Gegebenheiten ist bei Beust vor allem begründet in seinem Charakter. Die Kollegen in den kleinen Kabinetten verehrten ihn als den „rastlosen Vorkämpfer ihrer Rechte“, mochten sie auch gleichzeitig sein diplomatisches Geschick fürchten, mit dem er sie trotz ihres Widerstrebens immer wieder auf seinen Weg zu ziehen verstand. Den Männern aber, die an die preußische Führung in Deutschland glaubten, vor allem seinem Landsmann Heinrich von Treitschke, erschien er als der Ausbund von Perfidie, Phrasenhaftigkeit und kleinstaatlichem Hochmut, den sie aus ganzer Seele haßten. Beide Urteile sind durch einseitige Parteinahme getrübt und werden dem Minister nicht gerecht. Sie erinnern nur daran, daß er im Schnittpunkt zweier sich widerstreitender Entwicklungen steht.

Man wird Beusts Persönlichkeit am besten gerecht, wenn man als den Grundzug seines Wesens den des Diplomaten sieht. Er entstammte der alten Schule. Niemals ist er aus der Atmosphäre der europäischen Höfe herausgetreten. Die meisten kannte er aus eigener Anschauung, und allen politischen Köpfen seiner Zeit ist er irgend wann einmal begegnet. Geistreich und witzig, die Geselligkeit der hohen Aristokratie überlegen meisternd und schätzend, ist er mit den bürgerlichen Schichten des Volkes nie recht in Berührung gekommen. Ihrem Denken mußte er darum nicht nur fremd gegenüberstehen, er mußte es

sogar unterdrücken, wo es ihm entgegentrat. Beust war Diplomat aus Leidenschaft. Wohl fürchtete er Zeiten schwerer Verwicklungen, aber er liebte sie auch und sehnte sie im stillen herbei, weil sie die einzigen Gelegenheiten waren, um seine eigene Fähigkeit spielen zu lassen. Der Antrieb für dieses Spiel waren persönliche Ehrsucht und Eitelkeit, nicht der Dienst an überpersönlichen und überragenden Ideen. Mit dem gleichen Eifer, mit dem der Student in die Dozentenlaufbahn strebte, drängte der Diplomat zum Ministersessel. Seine deutsche Politik erscheint nicht so sehr als der Gehorsam gegen ein Schicksal, sondern eher als eine bloße Möglichkeit seiner eigenen Person. Sachsen war ihm für seinen Betätigungsdrang und für seine Begabung zu eng. Gelegentliche Spaziergänge in die große Politik mußten ihn dafür entschädigen, und weil dort seines Bleibens nicht sein konnte, eroberte er sich die Stellung eines Premierministers der Mittelstaaten. Von einer Einsicht in die sittliche Verantwortung seines Berufes, die Pfordten und Dalwigk sehr wohl kannten, spürt man bei ihm nichts. Mit einer Behendigkeit ohne gleichen sprang er in dem Augenblick in den österreichischen Sattel, als ihm die Arbeit von 17 Jahren deutscher Politik zerbrach. Nichts ist daher weniger umstritten als seine diplomatische Fähigkeit, seine formale Begabung, die es mit der Sache selbst nicht zu schwer nahm. Auf liberaler Seite erwog man schon 1859 den Gedanken, ihn für Preußen zu gewinnen, weil keiner der preussischen Diplomaten eine so geschickte Feder führte wie er.² Als Bismarck das Ministerium übernahm, tauchten Gerüchte auf, als sollte der Sachse in die preußische Regierung eintreten. Auch für Kaiser Franz Joseph kann, als er den gegen Preußen unterlegenen, von Bismarck gestürzten, aber allezeit streitbaren Beust als seinen Minister des Auswärtigen nach Wien berief, nur diese Seite seines Wesens bestimmend gewesen sein.

Auf schmalem Untergrund hat Beust den Bau seiner Reformpolitik aufgeführt. Er wagte sich an das schwerste Problem der neueren deutschen Geschichte, das noch heute der endgültigen Krönung harrt. Da, wo überragendes Genie und Gunst

2. Max Duncker, Briefwechsel 155.

der Stunde zusammenwirken, glaubte er durch eine Kette von Intrigen ans Ende zu kommen. Aber nicht die Erfolglosigkeit entscheidet über seine Bedeutung, sondern der mangelnde Ernst, die geringe Tiefe, in der er seine Aufgabe sah, Mängel, über die auch sein durch nichts zu erschütternder Eifer nicht hinwegzutäuschen vermögen.

